

Sicherheit 2013

**Aussen-, Sicherheits- und
Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend**

Tibor Szvircsev Tresch, Andreas Wenger, Julie Craviolini,
Elvira Krämer, Evgjenije Sokoli

Hrsg.: Tibor Szvircsev Tresch und Andreas Wenger

Center for Security Studies, ETH Zürich
und Militärakademie an der ETH Zürich



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Schweizer Armee



Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
Swiss Federal Institute of Technology Zurich

Die Reihe «Sicherheit» sowie die anderen Publikationen des Center for Security Studies und der Militärakademie sind im Internet im Volltext verfügbar:
www.css.ethz.ch / www.milak.ch.

Die der Studie zugrunde liegenden Datensätze sind archiviert bei der Swiss Foundation of Research in Social Science (FORS): www2.unil.ch/fors

Hrsg.: Tibor Szvircsev Tresch und Andreas Wenger
Center for Security Studies, ETH Zürich
und Militärakademie an der ETH Zürich

© 2013 ETH Zürich
Center for Security Studies
Haldeneggsteig 4, IFW
8092 Zürich
E-Mail: css@sipo.gess.ethz.ch

Militärakademie an der ETH Zürich
Kaserne, 8903 Birmensdorf
E-Mail: tibor.szvircsev@vtg.admin.ch

Umschlaggestaltung: Susana Perrottet Rios
Layout: Miriam Dahinden

Schriftarten: «Adobe Garamond pro» und «Neue Helvetica»

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und fotomechanische oder elektronische Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der beiden Institutionen.

Die in der Reihe «Sicherheit» wiedergegebenen Auffassungen stellen ausschliesslich die Ansichten der betreffenden Autoren dar.

ISBN 978-3-905696-41-7
ISSN 1424-5698

Sicherheit 2013

**Aussen-, Sicherheits- und
Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend**

Tibor Szvircsev Tresch, Andreas Wenger, Julie Craviolini,
Elvira Krämer, Evgjenije Sokoli

Hrsg.: Tibor Szvircsev Tresch, Andreas Wenger

Center for Security Studies, ETH Zürich
und Militärakademie an der ETH Zürich

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Kurzzusammenfassung	9
Condensé	13
Sintesi	17
Executive Summary	21
Zusammenfassung der Studie «Sicherheit 2013»	25
Résumé de l'étude «Sécurité 2013»	37
Riassunto del sondaggio «Sicurezza 2013»	51
Summary of the survey «Security 2013»	65
1 Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse 2012	75
1.1 Politisierung der Weltwirtschaft – maritime Spannungen in Ostasien – Bürgerkrieg in Syrien – regionale Jihadisten	75
1.2 Aussenpolitik: Steuer- und Bankenstreit – Zukunft des EU-Bilateralismus – Sanktionspolitik	76
1.3 Verteidigungs- und Armeepolitik: Grösse und Kosten der Armee – Beschaffung des Gripen – Initiative zur Abschaffung der Wehrpflicht	80
1.4 Innere Sicherheit: Kompetenzaufteilung Bund/Kantone – Cyber-Risiken – Armeeeinsätze	82
2 Untersuchungsdesign	85
3 Datenbasis	87
4 Sicherheitsempfinden, Wahrnehmung der Schweiz und der Welt	91
4.1 Allgemeines Sicherheitsempfinden	91
4.2 Zukunftseinschätzung der Schweiz	95
4.3 Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage	96

5	Vertrauen in ausgewählte Institutionen und in die Politik im Allgemeinen	99
5.1	Institutionen-Vertrauensindex	99
5.2	Verhältnis zwischen Vertrauen und Sicherheit	103
6	Innere Sicherheit	107
6.1	Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit	107
6.2	Massnahmen zur Bekämpfung des Extremismus bzw. des Terrorismus	112
7	Öffnung versus Autonomie – die Wahrnehmung aussen- und sicherheitspolitischer Optionen	115
7.1	Eine skalenartige Fragenbatterie als Grundlage	115
7.2	Die 17 Indikatoren der Öffnungsbereitschaft bzw. der Autonomie im Trend	116
7.3	Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Bindung oder Annäherung an die Europäische Union	116
7.4	Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation ohne institutionelle Bindung	118
7.5	Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Erhöhtes Engagement in der Uno	119
7.6	Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Bereitschaft zu sicherheitspolitischen Allianzen	120
7.7	Betonung nationaler Autonomie	121
7.8	Soziodemographische Wahrnehmungsmuster von Öffnung versus Autonomie	122
7.9	Wie viel Öffnung braucht die Schweiz? Die Kooperationstypen im Trend 1993–2013	127

8 Die Neutralität	131
8.1 Allgemeine Zustimmung zur Neutralität	131
8.2 Neutralitätsfunktionen	134
8.3 Neutralität und internationale Verflechtung, Neutralität als finaler Wert	139
8.4 Neutralitätsauffassungen – eine Typologie	141
9 Akzeptanz der Armee	147
9.1 Notwendigkeit der Armee	147
9.2 Ausrüstung und Ausbildung	149
9.3 Gesellschaftliche Rolle der Armee	151
9.4 Zufriedenheit mit der Leistung der Schweizer Armee und die Wichtigkeit einer starken Armee	153
9.5 Verteidigungsausgaben	155
9.6 Gesamtbild nach soziodemographischen Variablen	156
10 Wehrpflicht	163
10.1 Akzeptanz der Wehrstruktur: Miliz- versus Berufsarmee	163
10.2 Vor- und Nachteile der Wehrpflicht	168
10.3 Alternative Dienstmodelle	174
10.4 Vertrauen in eine Freiwilligenarmee	178
10.5 Strukturelle Milizfähigkeit: Militärdienst und Arbeitsleben	178
10.6 Schweizer mit Migrationshintergrund und deren Militärdienstleistung	181
11 Sicherheitspolitisches Interesse	187

Literaturhinweise	191
Verwendete Literatur	191
Quellenhinweise in chronologischer Reihenfolge zu den Daten der Erhebungsreihe «Sicherheit»	193
Anhang I	197
I Die Qualität der Variablen	197
II Korrelationen und Koeffizienten	197
III Das Testen von Zusammenhangshypothesen mittels χ^2 -Test	198
IV Das Testen von Unterschiedshypothesen mittels t-Test	199
V Die Clusteranalyse	199
VII Regressionsanalyse	200
Anhang II	201
I Die Typologien der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit und der Neutralitätsauffassung	201
Anhang III	207
Fragebogen	207
Tabellen mit prozentualen Häufigkeiten	224

Vorwort

Die vorliegende Studie «Sicherheit 2013» ist die 15. Ausgabe der seit 1999 unter dem Titel «Sicherheit» erscheinenden Studienreihe. Die Studien beruhen auf einem Kern von Fragestellungen und Daten, die bis 1993 und zum Teil noch weiter zurückreichen. Mit jedem Jahresband werden die Zeitreihen länger. Damit wird dem Studienkonzept, Tendenzen und längerfristige Trends in der aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung der Schweizer Bevölkerung mittels Repräsentativerhebungen sichtbar zu machen, noch besser Rechnung getragen. Die Herausgeberinnen, die *Militärakademie an der ETH Zürich* und das *Center for Security Studies, ETH Zürich*, hoffen, damit den langfristigen Interessen der Politik, der Wissenschaft und der Öffentlichkeit zu dienen.

In bewährter Weise beginnt der Band mit den Zusammenfassungen der wichtigsten Ergebnisse in verschiedenen Sprachen und einer «Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse», bevor die im Januar und Februar 2013 erfolgte Erhebung analysiert und die Daten im Einzelnen ausgewiesen werden. Neben langjährigen Standardfragen werden jährlich ergänzende Themen aufgegriffen: Im vorliegenden Band wird der *Einstellung zu möglichen Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit, der Haltung gegenüber verschiedenen negativen und positiven Aspekten der Wehrpflicht, der Einstellung zu alternativen Dienstmodellen, der Wahrnehmung zur Vereinbarkeit von Arbeitsleben und Militärdienst sowie der Einstellung zum Wehrdienst eingebürgerter Schweizer* besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Die AutorInnen und Herausgeber danken Miriam Dahinden für die Erstellung des Layouts und für die Anfertigung der Abbildungen. Sie bedanken sich bei Nicole Savall für die französische, bei Markus Williner für die englische und beim Zentralen Sprachdienst Italienisch des VBS für die italienische Übersetzung. Für das Gegenlesen des Manuskripts geht der Dank an Markus Kratochwill und an die Assistentinnen und Assistenten der Militärakademie. Lajescha Dubler wird für die Zusammenstellung und Aufbereitung der Daten der Chronologie gedankt.

Dr. Tibor Szvircsev Tresch
Militärakademie
an der ETH Zürich

Prof. Dr. Andreas Wenger
Center for Security Studies,
ETH Zürich

Kurzzusammenfassung

Allgemeines Sicherheitsempfinden: In diesem Jahr blickt die Schweizer Stimmbevölkerung sowohl der Zukunft der Schweiz markant optimistischer als auch der Entwicklung der weltpolitischen Lage signifikant weniger düster und gespannt entgegen. Dennoch: Auch 2013 erwarten SchweizerInnen grossmehrheitlich keine Entspannung der weltpolitischen Lage. Hingegen befinden sich der Zukunftsoptimismus in die Schweiz als auch das Sicherheitsempfinden der Schweizer Stimmbevölkerung auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau.

Vertrauen in Institutionen: Nach dem letztjährigen allgemeinen Vertrauensgewinn in die Schweizer Institutionen und Behörden bleibt 2013 das allgemeine Vertrauensniveau auf einem im langjährigen Vergleich überdurchschnittlichen Wert. Innert Jahresfrist im Mittel signifikant zugenommen hat nur das Vertrauen in die politischen Parteien. An der Rangierung nach Vertrauen in den oberen und unteren Positionen hat sich nichts verändert. Hohes Vertrauen geniesst weiterhin das Rechtswesen mit Polizei und Gerichten, am geringsten ist das Vertrauen in die politischen Parteien und in die Medien.

Innere Sicherheit: Auch in diesem Jahr werden Massnahmen wie die Bekämpfung und Bestrafung von Hooliganismus, die Kontrolle des Ausländeranteils und der Einsatz der Armee zur Sicherung von Ruhe und Ordnung von den SchweizerInnen grossmehrheitlich unterstützt. Etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung billigt die gewaltsame Auflösung von Demonstrationen. Massnahmen wie eine Verschärfung von Eingangskontrollen an öffentlichen Gebäuden, vermehrte Telefonüberwachung und die Computerüberwachung spalten die Meinung der Schweizer Bevölkerung. Auf Ablehnung stösst nach wie vor eine Ausgangssperre für Jugendliche ab 24 Uhr.

Autonomismus und Öffnungsbereitschaft: Mit der weiterhin düsteren Wahrnehmung der weltpolitischen Lage geht auch in diesem Jahr der in der Schweizer Bevölkerung weitverbreitete Wunsch nach mehr politischer und wirtschaftlicher Autonomie einher. Die seit 2011 beobachtbare EU-Skepsis bleibt im Jahresverlauf unverändert auf hohem Niveau, ebenso verharret die Forderung nach einer Annäherung an bzw. Einbindung in die Nato auf einem niedrigen Wert. Eine absolute Autonomie wird dennoch abgelehnt. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU, die Anliegen der Uno, der Ausbau der Entwicklungshilfe und ein vermehrtes

humanitäres Engagement der Schweiz erfahren 2013 eine im langjährigen Vergleich hohe Zustimmung.

Neutralität: Eine Abschaffung der Schweizer Neutralität bleibt undenkbar: Die Neutralität wird von 94% der SchweizerInnen befürwortet und ist im Jahresvergleich stabil. Somit bleibt der seit Januar 2002 beobachtete Trend einer sehr hohen Zustimmung der Schweizer Bevölkerung zum Neutralitätsprinzip bestehen. Weiterhin sehr hohe Befürwortung erfahren die Solidaritäts- und Identitätsfunktion der Neutralität. Die sicherheitspolitische Funktion der Neutralität wird ebenfalls mehrheitlich befürwortet, jedoch auf einem tieferen Niveau. Ferner wird insbesondere die Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität kritisch hinterfragt.

Armee: Die Grundhaltung der Schweizer Bevölkerung gegenüber der Armee bleibt in diesem Jahr unverändert, ausser bei der Einstellung zur Wehrstruktur. Die Bevölkerung erachtet die Schweizer Armee 2013 mehrheitlich als notwendig. Der Anteil an SchweizerInnen, welche die Armee abschaffen wollen, verharrt auf tiefem Niveau. Ebenso bleiben das Vertrauen in die Armee sowie die Zufriedenheit mit ihrer Leistung innert Jahresfrist konstant. Wie bereits im Vorjahr messbar, halten sich Personen, welche das Verteidigungsbudget für angemessen befinden und solche, welche eine Budgetreduktion fordern, in der Schweizer Bevölkerung die Waage. Markant verändert hat sich in diesem Jahr die Einstellung der Schweizer Bevölkerung gegenüber der Wehrstruktur. In diesem Jahr ziehen signifikant weniger StimmbürgerInnen eine Berufsarmee einer Milizarmee vor. Aktuell wünscht nur jede/jeder Dritte und damit markant weniger Befragte als 2012 eine Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht. Ferner hat das Vertrauen in eine Freiwilligenarmee im Vergleich zu 2011 im Mittel signifikant abgenommen.

Alternative Dienstmodelle: Nach verschiedenen alternativen Dienstmodellen befragt, zeigt sich, dass eine obligatorische Dienstpflicht für Männer mit freier Wahl zwischen Militär-, Zivil- oder Sozialdienst in der Schweizer Bevölkerung eine deutliche Mehrheit fände. Weitaus weniger oft wird der Ausweitung einer solchen Dienstpflicht auf Frauen zugestimmt. Die Aussage, dass die Schweiz die Wehrpflicht beibehalten und auf keinen Fall eine obligatorische Dienstpflicht einführen solle, spaltet die Bevölkerung in zwei gleich grosse Lager. Keine Mehrheit findet eine Ausdehnung der allgemeinen Wehrpflicht auf Frauen und Ausländer. Am geringsten ist die Zustimmung zur Abschaffung der Wehrpflicht bei gleichzeitigem Verzicht auf eine obligatorische Dienstpflicht als Alternative.

Positive und negative Aspekte der allgemeinen Wehrpflicht: Einer Auswahl von positiven Aspekten der allgemeinen Wehrpflicht stimmt die Schweizer Bevölkerung tendenziell zu. Die Wehrpflicht wird als positiv empfunden, weil die Möglichkeit besteht, durch den Militärdienst Fähigkeiten wie z. B. soziale Kompetenzen zu erlangen. Ebenso schreibt eine Mehrheit der Bevölkerung der Wehrpflicht ein kohäsives Element zu. Die allgemeine Wehrpflicht wird mehrheitlich als gut und gerecht empfunden, weil sie alle Männer verpflichtet, Dienst zu leisten. Keine Mehrheit findet hingegen die negative Beurteilung der allgemeinen Wehrpflicht, dass Männer verpflichtet werden und Frauen auf freiwilliger Basis Dienst leisten können. Negative Aspekte, welche auf die Kosten der allgemeinen Wehrpflicht für den Einzelnen sowie für die Schweizer Wirtschaft fokussieren, spalten die Schweizer Bevölkerung. Eine Minderheit beurteilt die allgemeine Wehrpflicht negativ, weil sie zu einer ungenügend ausgebildeten, schlecht selektionierten und teuren Armee führe.

Vereinbarkeit von Militärdienst und Berufsleben: Die im Vorjahr messbare positive Haltung der SchweizerInnen gegenüber der Vereinbarkeit von Militärdienst und Berufsleben zeigt sich auch 2013. Schweizer StimmbürgerInnen sind in diesem Jahr unverändert der Ansicht, dass im Allgemeinen Militärdienst und Berufsleben vereinbar seien, ohne dass sich der Militärdienst negativ auf das Berufsleben auswirken würde. Die Mehrheit der SchweizerInnen teilt die Auffassung, dass der Militärdienst von den Arbeitgebern unterstützt werde.

Condensé

Sentiment général de sécurité: Cette année, les Suisses en âge de voter se montrent beaucoup plus optimistes quant à l'avenir de leur pays et considèrent l'évolution de la situation internationale d'un œil nettement moins sombre et moins tenue. Toutefois, dans leur grande majorité, les Suissesses et les Suisses ne s'attendent pas assister à une détente de la situation internationale. En revanche, l'optimisme quant à l'avenir de la Suisse ainsi que le sentiment de sécurité exprimé par l'électorat suisse se situent à un niveau extraordinairement élevé.

Confiance dans les institutions: Après le gain global de confiance dans les autorités et les institutions suisses relevé l'an dernier, le niveau général de confiance reste en 2013 plus élevé que la moyenne si l'on considère son évolution sur plusieurs années. En un an, seule la confiance dans les partis politiques a augmenté en moyenne de façon significative. Que ce soit en tête ou en queue du classement des institutions réalisé en fonction de la confiance que celles-ci inspirent, on ne constate aucun changement. L'appareil judiciaire avec la police et les tribunaux continue de bénéficier d'un niveau de confiance élevé, tandis que ce sont les partis politiques et les médias qui inspirent le moins confiance.

Sécurité intérieure: Cette année encore, les Suissesses et les Suisses soutiennent dans leur grande majorité les mesures de lutte et les sanctions contre le hooliganisme, le contrôle du nombre d'étrangers ainsi que le recours à l'armée pour assurer l'ordre public. Un peu plus de la moitié de la population cautionne la dissolution par la force de manifestations. Des mesures telles que le renforcement des contrôles à l'entrée de bâtiments publics, l'augmentation de la surveillance des appels téléphoniques et des ordinateurs privés divisent quant à elles l'opinion au sein de la population suisse. Par ailleurs, on reste hostiles à la mesure visant à interdire aux jeunes de sortir après minuit.

Autonomisme et volonté d'ouverture: La perception toujours aussi sombre de la situation internationale s'accompagne cette année encore de l'aspiration à plus d'autonomie politique et économique, aspiration largement répandue au sein de la population suisse. L'euroscepticisme observé depuis 2011 reste cette année au même niveau élevé, de même que la revendication d'un rapprochement de l'OTAN, voire d'une intégration dans cette organisation qui se maintient à un

faible niveau. On rejette cependant l'idée d'une autonomie absolue. Une comparaison sur plusieurs années révèle que la collaboration économique avec l'UE, les affaires de l'ONU, l'augmentation de l'aide au développement ainsi qu'un plus fort engagement humanitaire de la Suisse sont autant de questions qui recueillent en 2013 une large approbation.

Neutralité: L'abolition de la neutralité suisse reste impensable. Les Suissesses et des Suisses approuvent à 94% la neutralité, une valeur qui reste stable si on la compare aux autres années. Ainsi, la tendance observée depuis janvier 2002 se confirme, soit une forte adhésion de la population suisse au principe de neutralité. De plus, les aspects de la neutralité se référant à la solidarité et à l'identité continuent de jouir d'une très forte approbation. La fonction de la neutralité en matière de politique de sécurité est également majoritairement approuvée, quoique plus faiblement. Par ailleurs, la crédibilité de la neutralité de l'armée est sérieusement remise en question.

Armée: L'attitude fondamentale de la population suisse à l'égard de l'armée reste inchangée cette année, si ce n'est sur la question de la structure même des forces de défense. En 2013, la majorité de la population considère l'armée suisse comme indispensable. La proportion des Suissesses et des Suisses souhaitant supprimer l'armée reste faible. De même, la confiance accordée à l'armée ainsi que la satisfaction qu'inspire son action se maintiennent à un niveau constant cette année. Comme les chiffres de l'année dernière nous l'avaient déjà indiqué, la population suisse compte autant de personnes estimant raisonnable le budget de la défense que de personnes réclamant une réduction de ce même budget. Ce qui a beaucoup changé en revanche, c'est l'attitude de la population suisse vis-à-vis de la structure de l'armée. Cette année, le nombre de citoyens favorables à une armée de professionnels plutôt qu'à une armée de milice a nettement diminué. Actuellement, seule une personne sur trois – et donc bien moins qu'en 2012 – souhaite la suppression du service militaire obligatoire. Par ailleurs, l'indice moyen de confiance dans une armée de volontaires a considérablement diminué comparé à l'année 2011.

Autres modèles de servir: Si la population suisse était appelée à s'exprimer sur différents modèles de servir, le modèle d'un service obligatoire général pour les hommes avec possibilité de choisir entre un service militaire, un service civil ou un service social recueillerait une nette majorité. Le modèle prévoyant d'étendre aux femmes une telle obligation de servir est bien moins souvent approuvé. La déclaration selon laquelle la Suisse doit conserver le service militaire et en aucun cas introduire un service obligatoire divise la population en deux camps quantitativement égaux.

L'idée d'étendre les obligations militaires aux femmes et aux étrangers n'obtient pas de majorité. C'est la question de savoir s'il conviendrait de supprimer le service militaire obligatoire tout en renonçant à le remplacer par une autre obligation de servir qui a obtenu la plus faible adhésion.

Aspects positifs et négatifs du service militaire obligatoire: La population suisse reconnaît en principe un certain nombre d'aspects positifs au service militaire obligatoire. Celui-ci apparaît comme positif car il offre la possibilité d'acquérir certaines compétences comme par exemple des compétences sociales. De même, une majorité de la population voit dans le service militaire obligatoire une force cohésive. Il est majoritairement perçu comme bon et juste du fait qu'il oblige tous les hommes à servir. En revanche, le fait que le service militaire général ne soit obligatoire que pour les hommes et qu'il repose pour les femmes sur le principe du volontariat n'est, pour une majorité des interrogés, pas considéré comme un aspect négatif. La population suisse est partagée sur les aspects négatifs liés aux coûts du service militaire obligatoire pour l'individu lui-même ainsi que pour l'économie suisse. Une minorité porte un jugement négatif sur le service militaire obligatoire arguant du fait qu'il conduit à une armée coûteuse, dans laquelle la sélection serait mauvaise et la formation insuffisante.

Conciliation entre les obligations militaires et la vie professionnelle: En 2013, on retrouve la même attitude positive des Suissesses et des Suisses constatée l'an dernier quant à la conciliation des obligations militaires et de la vie professionnelle. Les électrices et électeurs suisses restent tout autant d'avis qu'il est possible de concilier obligations militaires et vie professionnelle sans que le service militaire ait des conséquences négatives sur la vie professionnelle. La majorité des Suissesses et des Suisses considèrent que le service militaire bénéficie du soutien des employeurs.

Sintesi

Sensazione generale di sicurezza: quest'anno la popolazione avente diritto di voto non considera solo il futuro della Svizzera in maniera sensibilmente più ottimistica, ma giudica anche gli sviluppi della situazione politica a livello mondiale in maniera molto meno negativa. Nondimeno la grande maggioranza degli Svizzeri anche nel 2013 non si aspetta un significativo miglioramento del quadro politico globale. I cittadini mostrano per contro un ottimismo riguardo al futuro e una percezione generale del proprio grado di sicurezza in Svizzera che si situa, al momento, sopra la media.

Fiducia nelle istituzioni: dopo l'incremento generalizzato della fiducia nelle istituzioni e nelle autorità svizzere registrato l'anno passato, il livello generale della fiducia continua a attestarsi nel 2013 su un valore superiore alla media rispetto al lungo periodo. In un anno ha subito in media un incremento significativo solo la fiducia nei partiti politici. Le posizioni in vetta e in coda alla graduatoria della fiducia sono invece rimaste immutate. Il sistema giudiziario, in particolare polizia e tribunali, continua a godere di una fiducia elevata; lo scetticismo riferito ai partiti politici e ai media è invece molto elevato.

Sicurezza interna: anche quest'anno misure come la lotta contro l'hooliganismo e la sua penalizzazione, i controlli della percentuale di stranieri e l'impiego dell'esercito per garantire l'ordine e la quiete pubblici incontrano il consenso della maggioranza degli Svizzeri. Poco più della metà della popolazione approva, inoltre, lo scioglimento di manifestazioni di protesta ricorrendo alla forza. L'opinione svizzera si divide invece su temi come l'inasprimento dei controlli all'ingresso degli edifici pubblici, l'intensificazione delle intercettazioni telefoniche e la sorveglianza dei computer. Il divieto di uscita per i giovani dopo la mezzanotte continua a raccogliere dissenso.

Autonomia e volontà d'apertura: mentre la percezione della situazione politica internazionale continua a essere cupa, tra la popolazione svizzera sembra farsi sempre più largo l'auspicio di una maggiore autonomia politica e economica. Lo scetticismo nei confronti dell'UE che si è registrato dal 2011 è rimasto immutato e continua a attestarsi su valori molto elevati; parallelamente la richiesta rispettivamente di un avvicinamento o di un'adesione alla NATO permane su livelli molto bassi. L'idea di un'autonomia assoluta viene tuttavia respinta. Nel 2013 una percentuale

di intervistati elevata rispetto al passato si è pronunciata a favore della cooperazione economica con l'UE, del sostegno alle attività dell'ONU, dell'incremento dell'aiuto allo sviluppo e di un maggiore impegno umanitario da parte della Svizzera.

Neutralità: abolire la neutralità in Svizzera rimane impensabile: il 94% dei cittadini si esprime a suo favore, con una percentuale che rimane stabile rispetto all'anno precedente. Si conferma così la tendenza rilevata fin dal gennaio 2002, che vede il principio della neutralità raccogliere un ampio consenso tra le fila della popolazione svizzera. Una maggioranza degli Svizzeri continua anche a ritenersi persuasa che la neutralità rivesta un'importante funzione solidale e identitaria. Anche la rilevanza della neutralità dal punto di vista della politica di sicurezza viene ampiamente riconosciuta, pur se con una percentuale di intervistati che si situa a un livello inferiore. Più scettico risulta il giudizio espresso in merito alla credibilità della neutralità armata.

Esercito: l'atteggiamento di fondo della popolazione svizzera verso l'esercito rimane quest'anno immutato, fatta eccezione unicamente per il giudizio espresso in merito alla struttura della difesa. La maggioranza della popolazione si dichiara persuasa nel 2013 della necessità di avere un esercito, mentre la percentuale di cittadini svizzeri che auspica la sua abolizione continua a rimanere bassa. Anche la fiducia nell'esercito e la soddisfazione per il suo operato sono rimaste immutate rispetto all'anno precedente. Come era già stato possibile rilevare nel 2012, la percentuale di persone tra la popolazione svizzera che ritiene il bilancio della difesa adeguato e quella di chi, invece, richiede che venga ridotto, sostanzialmente si equivalgono. Nel corso degli ultimi mesi sono per contro considerevolmente mutate le opinioni della popolazione svizzera riguardo alla struttura della difesa. Nel 2013 un numero significativamente inferiore di cittadini preferisce un esercito di professionisti a un esercito di milizia. Attualmente soltanto un terzo degli intervistati, e dunque una percentuale nettamente inferiore rispetto al 2012, auspica che l'obbligo militare generale sia abrogato. La fiducia in un esercito di volontari, inoltre, è in media significativamente diminuita rispetto al 2011.

Modelli alternativi di servizio: le domande che riguardavano modelli alternativi di servizio hanno permesso di rilevare che un servizio obbligatorio per i soli uomini con la possibilità di scegliere liberamente tra servizio militare, servizio civile o servizio sociale raccoglierebbe il favore di un'ampia maggioranza della popolazione svizzera. Molto meno di frequente viene invece approvata l'estensione dell'obbligo di servizio alle donne. L'affermazione secondo cui la Svizzera dovrebbe mantenere

l'attuale obbligo militare generale e in nessun caso modificarlo in un obbligo generale di servizio divide la popolazione in due fronti equivalenti. L'ipotesi di estendere l'obbligo militare generale a donne e stranieri non incontra la maggioranza dei favori. Il consenso più basso viene registrato dalla variante che prevede l'abrogazione dell'obbligo militare senza introdurre in alternativa un obbligo generale di servizio.

Aspetti positivi e aspetti negativi dell'obbligo militare generale: la popolazione svizzera si dichiara tendenzialmente in accordo con una serie di affermazioni positive sull'obbligo militare generale. L'obbligo militare generale viene giudicato in maniera positiva poiché offrirebbe l'opportunità di acquisire capacità quali ad esempio le competenze sociali. La maggioranza della popolazione attribuisce analogamente all'obbligo militare un fattore di coesione. Lo ritiene inoltre valido e giusto, poiché obbliga gli uomini a prestare servizio. La maggioranza degli intervistati non ritiene per contro che l'obbligo militare generale debba essere giudicato in maniera negativa, poiché è vincolante solo per gli uomini, mentre lascia alle donne la facoltà di scegliere liberamente se prestare servizio o meno. La popolazione svizzera si divide quando è chiamata a esprimersi sui costi che l'obbligo militare generale comporta per i singoli e per l'economia del Paese. Una minoranza di intervistati giudica l'obbligo militare generale negativamente, poiché sarebbe all'origine dell'istruzione e della selezione carenti delle persone e dei costi troppo elevati che caratterizzerebbe a suo vedere l'Esercito svizzero.

Conciliabilità tra servizio militare e vita professionale: il 2013 conferma che la maggioranza dei cittadini continua a considerare, al pari dell'anno scorso, che in Svizzera la conciliabilità tra servizio militare e vita professionale sia garantita. I cittadini svizzeri con diritto di voto anche quest'anno dichiarano di credere che servizio militare e vita professionale siano sostanzialmente conciliabili e che la carriera militare non abbia importanti ricadute negative sulla professione. La maggior parte degli svizzeri, inoltre, è persuasa che il servizio militare possa contare sul sostegno dei datori di lavoro.

Executive Summary

General feeling of security: This year the Swiss electorate is markedly more optimistic regarding Switzerland's future. The global political situation, too, is seen as significantly less bleak. Still, the Swiss do not expect the global political situation to improve in 2013 either. On the other hand, the level of optimism in Switzerland as well as the perceived level of security are above average.

Trust in institutions: After the previous year's general surge in the index of confidence in Swiss institutions, this year the level remains above the long-term average. Only confidence in political parties has increased significantly on average since the previous year. The ranking of confidence levels remains unchanged in the higher and lower positions: high confidence in the police and the courts, low confidence in the political parties and media.

Homeland security: Again, this year witnesses high levels of support for measures such as fighting and penalizing hooliganism, monitoring the share of foreign nationals as well as using the armed forces to ensure law and order. A little over half the population endorses violent breakups of demonstrations. The population is divided on measures such as tightening access controls to public buildings and whether or not police should be allowed to tap telephones and private computers. A curfew for adolescents after midnight meets with disapproval.

Autonomy and willingness to open up: The continuing bleak global outlook goes hand in hand with the wish of the Swiss population to remain politically and economically autonomous. The marked EU skepticism, which has been observed since 2011, remains unchanged. Calls for closer ties with Nato, too, remain at a low level. Still, absolute autonomy is rejected. Compared to the long-term average, in 2013 there are high approval rates for economic cooperation with the EU, the concerns of the UN, increasing foreign aid, and strengthening the humanitarian commitment of Switzerland.

Neutrality: Abolishing Swiss neutrality remains unthinkable: Indeed, neutrality is supported by 94% of the Swiss population, and thus remains unchanged compared to the previous year. Since January 2002 approval rates of neutrality by the Swiss population have tended to increase. The solidarity and identity functions of

neutrality are still very popular. The security function of neutrality is also approved of by a majority, albeit at a lower level. Moreover, particularly the credibility of armed neutrality is challenged.

Armed forces: The Swiss electorate's attitude towards the armed forces remains unchanged this year, with the exception of its attitudes towards defense structure. A majority of the population deems the armed forces necessary. The number of Swiss citizens who want to abolish the armed forces remains low. Confidence in the armed forces and satisfaction with their performance also remain constant compared to the previous year. Like in the previous year's study, an equal number of people demand defense budget cuts or approve the budget, respectively. There is a marked change in attitude when it comes to defense structure. This year a significantly lower percentage of voters prefers an all-volunteer force over militia-armed forces. Currently only every third voter – markedly less than in 2012 – wants to abolish general conscription. Moreover, confidence in an all-volunteer force has significantly declined on average compared to 2011.

Alternative service models: Asked about alternative service models, a clear majority of the Swiss population endorses compulsory general service for men with a free choice between military, civilian or social service. Significantly less popular is the idea to make such a service compulsory for women, too. The statement, whereby Switzerland should maintain general conscription and not introduce a compulsory general service splits the population into two camps of equal size. Only a minority favors making military service compulsory for women and foreign nationals. The idea of abolishing conscription and compulsory general service simultaneously is least popular.

Positive and negative aspects of general conscription: The Swiss population tends to endorse all positive aspects of general conscription listed: General conscription is considered positive because during military service abilities such as social skills can be acquired. A majority also thinks that general conscription fosters national and regional cohesion. General conscription is commonly perceived to be good and just, because all men are obliged to serve. A negative view of general conscription, however, whereby men are obliged to serve while women can do so voluntarily, is not endorsed by a majority. Negative aspects focusing on the costs of general conscription for the individual as well as for the Swiss economy divide the Swiss population. A minority criticizes general conscription because, so the argument goes, it leads to insufficiently trained, badly selected and expensive armed forces.

Compatibility of military service and professional life: The previous year's positive attitude towards compatibility of military service and professional life is reflected in this year's survey. Again, the Swiss electorate is convinced that military service and professional life are compatible. A possible negative influence of military service on professional life is rejected. A majority of Swiss citizens thinks that employers back military service.

Zusammenfassung der Studie «Sicherheit 2013»

Ziele und Datenbasis

Die Jahresstudien «Sicherheit» der *Militärakademie an der ETH Zürich* in Zusammenarbeit mit dem *Center for Security Studies* der *ETH Zürich* dienen der Trendermittlung in der aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung in der Schweiz. Sie stützen sich auf im Jahresrhythmus durchgeführte repräsentative Befragungen der Schweizer Stimmbevölkerung.

Neben einem Kern von stets oder in unregelmässigen Abständen verwendeten Fragen werden jährlich auch solche zu aktuellen sicherheitspolitischen Themen gestellt. Besondere Aufmerksamkeit wurde 2013 den Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit, den alternativen Dienstmodellen, den positiven und negativen Aspekten der allgemeinen Wehrpflicht, der Vereinbarkeit von Militärdienst und Arbeitsleben sowie der Einstellung zum Wehrdienst eingebürgerter Schweizer geschenkt.

Die Datenerhebung fand 2013 zwischen dem 09. Januar und dem 12. Februar telefonisch bei 1200 StimmbürgerInnen in allen Sprachregionen der Schweiz durch das Meinungsforschungsinstitut ISOPUBLIC statt. Am 20. Januar 2013 wurde in Österreich eine Volksbefragung zur Abschaffung der Wehrpflicht durchgeführt. Eine Mehrheit der ÖsterreicherInnen sprach sich für die Beibehaltung der Wehrpflicht aus. Das Ereignis wurde in den Schweizer Medien insbesondere am Tag der Volksbefragung sowie am Folgetag thematisiert. Aufgrund dessen wurde das Erhebungsfeld für zwei Tage unterbrochen, um den Einfluss dieses Ereignisses auf die Datenlage möglichst gering zu halten. Des Weiteren fand vom 14. bis 28. Januar 2013 ein Einsatz der Schweizer Armee im Rahmen des World Economic Forum (WEF) in Davos statt. Das Ereignis warf jedoch keine medienwirksamen Wellen.

Die \pm -Prozentzahlen in Klammern geben die Differenz zur Januarerhebung 2012 an. In der Befragung 2013 liegt der mögliche Stichprobenfehler bei einem Sicherheitsgrad von 95% im ungünstigsten Fall bei $\pm 3\%$. Das heisst, ein von uns gemessener Wert von 50% für x gehört mit einer 95%igen Wahrscheinlichkeit zur Grundgesamtheit, bei der die Häufigkeit von x zwischen 47% und 53% liegt. Die Grundgesamtheit ist in diesem Fall die Schweizer Stimmbevölkerung.

Trends und Tendenzen

1. Allgemeines Sicherheitsempfinden und Vertrauen in Institutionen

Allgemeines Sicherheitsempfinden: Die in den letzten zwei Jahren beobachtbare positive Wahrnehmung des subjektiven Sicherheitsgefühls lässt sich auch in diesem Jahr feststellen. Das Sicherheitsgefühl der SchweizerInnen hat sich im Jahresverlauf nicht verändert (–1%). Die grosse Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung fühlt sich sicher (89%). Der Anteil an Befragten, welche angeben sich «sehr» sicher zu fühlen, liegt im Januar 2013 konstant bei 32% ($\pm 0\%$), 57% (–1%) fühlen sich «eher» sicher.

Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz: Der Zukunftsoptimismus der Schweizer Stimmbevölkerung hat innert Jahresfrist signifikant zugenommen und fällt mit 82% (+4%) überdurchschnittlich positiv aus. Eine noch optimistischere Sichtweise der Zukunft der Schweiz konnte nur im Jahr 2011 beobachtet werden. Auch in diesem Jahr überwiegt jedoch die Sichtweise einer «eher» optimistischen Zukunftserwartung (75%, +3%). Nur 7% (+1%) geben an, «sehr» optimistisch zu sein.

Einschätzung der weltpolitischen Lage: Die in den letzten zwei Jahren feststellbare düstere Wahrnehmung der weltpolitischen Lage in der Schweizer Stimmbevölkerung hat sich innert Jahresfrist signifikant verbessert. Aktuell sehen markant weniger Befragte der Entwicklung der weltpolitischen Lage düster und gespannt entgegen als im Vorjahr (–7%). 46% teilen in diesem Jahr die Meinung, dass sich die weltpolitische Lage in den nächsten fünf Jahren düsterer und gespannter zeigen wird. Ähnlich viele SchweizerInnen erwarten in den nächsten fünf Jahren keine Veränderung der weltpolitischen Lage (44%, +6%). Mit 9% ist der Anteil an Befragten, welche an eine Entspannung des weltpolitischen Geschehens glauben im langjährigen Mittel.

Vertrauen in Behörden und Institutionen: Seit Beginn der Erhebung wird den sieben – seit 2007 acht – regelmässig erfassten Behörden und Institutionen der Schweiz stets mittleres bis hohes Vertrauen entgegengebracht. Nach dem letztjährig gemessenen signifikanten Vertrauensanstieg in alle Institutionen, ausser in die Wirtschaft, ist das allgemeine Vertrauen in die acht Behörden und Institutionen innert Jahresfrist unverändert geblieben (± 0.0). Das allgemeine mittlere Vertrauen liegt 2013 über dem langjährigen Durchschnitt (\emptyset : 6.2, 2013: 6.5). Seit der erstmaligen Erhebung liegt das Vertrauen in das Rechtswesen stets an der Spitze. Auch in

diesem Jahr wird der Polizei besonders stark vertraut, gefolgt von den Gerichten. Ebenso hat sich Rangierung und Grad des Vertrauens in den Bundesrat und in die Schweizer Wirtschaft nicht bzw. nur marginal verändert. Im Januar 2013 genießt der Bundesrat das dritt- und die Schweizer Wirtschaft das vierthöchste Vertrauen. Dem Parlament wird in diesem Jahr geringfügig mehr vertraut als der Armee. Die politischen Parteien und die Schweizer Medien werden auch 2013 am kritischsten beurteilt. Nachdem im Vorjahr das Vertrauen in sieben der acht erfragten Institutionen und Behörden signifikant gestiegen ist, lassen sich in diesem Jahr mit Ausnahme des Vertrauens in die politischen Parteien keine relevanten Veränderungen beobachten. Ihnen wird im Vergleich zum Vorjahr stärker vertraut.

Massnahmen zur Bekämpfung des Extremismus bzw. des Terrorismus: Vier von fünf der Befragten empfinden es für unsere Sicherheit wichtig, den Rechtsextremismus stärker als bisher zu bekämpfen (81%). Ein strikteres Vorgehen gegen den Linksextremismus wird mit 63% deutlich weniger häufig gefordert. Die Befürwortung einer stärkeren Bekämpfung des Rechtsextremismus ($\pm 0\%$) ist im Jahresverlauf gleichgeblieben, wobei die Forderung der Bekämpfung des Linksextremismus (-4%) abgenommen hat. Die Bereitschaft der Schweizer Bevölkerung, für die Bekämpfung des Terrorismus Freiheitseinschränkungen in Kauf zu nehmen, sinkt seit einem Anstieg im Januar 2011 stetig leicht (66%, -2%). Somit liegt die Billigung der Freiheitseinschränkungen im Kontext der Terrorismusbekämpfung auf dem gleichen Niveau wie 2003, der erstmaligen Erhebung dieser Einstellung nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001.

Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit: Die Bekämpfung und Bestrafung von Hooliganismus (85%, -4%) findet im Jahresvergleich eine statistisch signifikant geringere Zustimmungsrates in der Schweizer Bevölkerung, ist aber weiterhin die am stärksten unterstützte vorgegebene Massnahme. Die Kontrolle des Ausländeranteils (76%, -1%) und der Einsatz der Armee zur Sicherung von Ruhe und Ordnung im Falle einer Überforderung der Polizei (77%, -2%) erfahren ebenfalls eine hohe Akzeptanz und sind im Jahresvergleich konstant. Lediglich eine knappe Mehrheit der Schweizer Bevölkerung billigt die gewaltsame Auflösung von Demonstrationen durch die Polizei (55%, -1%). Eine ambivalente Haltung zeigen die SchweizerInnen hinsichtlich der Frage nach verstärkten Eingangskontrollen zu öffentlichen Gebäuden. Die Befürwortung dieser Massnahme erfuhr im Januar 2012 eine statistisch signifikante Zunahme, wobei dieses Jahr eine statistisch signifikante Abnahme zu verzeichnen ist (49%, -6%). Massnahmen wie eine intensivierte polizeiliche Überwachung von Telefonaten (51% Ablehnung, -4%) und

privaten Computern (52% Ablehnung, -4%) spalten die Meinung der Schweizer Bevölkerung. Die Ablehnung einer Überwachung privater Computer durch die Polizei hat innert Jahresfrist im Mittel statistisch signifikant abgenommen. Eine Ausgangsperre für Jugendliche nach Mitternacht stösst auch in diesem Jahr auf die Missbilligung einer Mehrheit der Schweizer Bevölkerung (66% Ablehnung, $\pm 0\%$).

2. Aussen- und Sicherheitspolitik

Beziehung zur EU: Die Einstellung der SchweizerInnen zu europapolitischen Fragen zeichnet sich seit 2011 durch eine konstant EU-skeptische Haltung aus. Die diesjährige Erhebung zeigt, dass sich an der Einstellung der Schweizer Bevölkerung, wie die Schweiz ihre Beziehung zu Europa gestalten soll, nichts geändert hat. In diesem Jahr befürworten nur noch 36% (-1%) eine politische Annäherung an die EU. Einen Beitritt zur EU halten lediglich 17% ($\pm 0\%$) für wünschenswert. Die Forderung nach einem EU-Beitritt verharnt damit innert Jahresfrist auf dem niedrigsten gemessenen Wert seit Beginn der Erhebung im Jahr 1993. Diese Konstanz der Einstellungen zu europapolitischen Fragen über die letzten drei Jahre manifestiert sich auch in der pragmatischen Sichtweise einer ausschliesslich wirtschaftlichen Annäherung an die EU. 80% (-1%) der SchweizerInnen stimmen der Forderung zu, «die Schweiz sollte der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit verstärken.»

Internationale Kooperation ohne souveränitätsmindernde institutionelle Bindungen: Die Haltung der Schweizer Bevölkerung gegenüber einer vermehrten internationalen Kooperation ohne Einbindung in eine Institution bleibt innert Jahresfrist unverändert. Die mehrheitliche Unterstützung eines aktiveren humanitären internationalen Engagements der Schweiz besteht auch in diesem Jahr. Konstant drei von vier Befragten wünschen im Januar 2013 eine aktive Rolle der Schweiz bei internationalen Konferenzen (75%, -1%). Beinahe eine gleich breite Unterstützung findet die Forderung nach einer intensivierten Vermittlungshilfe der Schweiz bei Konflikten (72%, +1%). Etwas weniger oft, aber immer noch von einer Mehrheit der Befragten unterstützt, wird eine Erhöhung der Entwicklungshilfe gewünscht (61%, -1%).

Beteiligung in der Uno: Die seit dem Uno-Beitritt der Schweiz positive Haltung der Schweizer Stimmbevölkerung gegenüber der Uno ist auch in diesem Jahr weiterhin vorhanden. Die Zustimmung zu einem aktiven Einsatz der Schweiz für Uno-Anliegen hat 2012 signifikant zugenommen und einen neuen Höchstwert erreicht. In diesem Jahr hat die Befürwortung dieses Engagements leicht, aber

statistisch nicht signifikant, wieder abgenommen (–3%) und liegt mit 65% auf einem im langjährigen Vergleich hohen Wert. Ebenso bleibt die Zustimmung zur Forderung, einen Sitz im Uno-Sicherheitsrat anzustreben, mit 63% auf einem vergleichsweise hohen Niveau (–2%).

Öffnungsbereitschaft für sicherheitspolitische Allianzen und Friedenstruppen:

Die sicherheitspolitische Kooperation erfährt von allen im Rahmen dieser Studie erfragten möglichen Formen internationaler Zusammenarbeit jeweils die geringste Unterstützung. Sie wird tendenziell eher abgelehnt. Der Grad der Ablehnung nimmt dabei mit dem Grad der institutionellen Einbindung zu. Seit Beginn der Erhebung erfährt dabei das militärische Engagement im Rahmen der Uno – in Form der Entsendung von Schweizer Friedenstruppen – immer die höchste Zustimmung. Die Befürwortung dieser Einsätze ist innert Jahresfrist mit 54% (+1%) konstant geblieben. Ebenso bleibt die Haltung der Schweizer Bevölkerung gegenüber der Nato als sicherheitspolitische Allianz konstant skeptisch. Eine Annäherung der Schweiz an die Nato wünschen sich 36% (–1%) der Befragten. Nur jede/jeder fünfte SchweizerIn möchte, dass die Schweiz der Nato beitrifft (19%, ±0%).

Allgemeine und sicherheitspolitische nationale Autonomie: Die 2012 in der Schweizer Bevölkerung messbare weit verbreitete Forderung nach wirtschaftlicher und politischer nationaler Autonomie setzt sich in diesem Jahr fort. Vier von fünf SchweizerInnen sind der Ansicht, dass die Schweiz wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben solle (81%, +1%). Der Wunsch nach einer wirtschaftlichen und politischen Autonomie bleibt damit 2013 auf dem Höchstwert in der Erhebungsreihe. Weitaus geringer ist die Zustimmung der Schweizer StimmbürgerInnen zu einer militärischen Autonomie. Weniger als jede/jeder zweite Befragte hält es für wichtig, dass sich die Schweiz nur auf die eigene Landesverteidigung verlässt (47%, –2%). Eine absolute Autonomie findet auch in diesem Jahr die geringste Unterstützung. 35% (+1%) der SchweizerInnen teilen die Meinung, dass sich die Schweiz «von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten» solle. Dieser Wert ist im langjährigen Vergleich überdurchschnittlich hoch.

Neutralität: Die seit mehreren Jahren beobachtbare hohe Zustimmungsrates zum Prinzip der Neutralität bleibt bestehen. 94% (–1%) der Schweizer Bevölkerung befürworten 2013 die Beibehaltung der Neutralität, wobei 69% (–1%) «sehr» und 25% (±0%) «eher» zustimmen. Die kontinuierliche Befürwortung des Neutralitätsprinzips durch die Schweizer Bevölkerung kann somit auch im Jahre 2013 bestätigt werden und liegt seit Beginn der Erhebungsserie «Sicherheit» im Jahre 1989 mit 94%

auf einem hohen Niveau. Konstant zwei Drittel der Befragten (63%, –1%) heissen die differenzielle Neutralität gut, wonach die Schweiz aussenpolitisch Stellung beziehen, sich aber bei militärischen Interventionen heraushalten solle. Die de-facto-Aufgabe der Neutralität, nämlich die Forderung, nicht nur bei politischen, sondern auch bei militärischen Konflikten klar Stellung zu beziehen, wird nur von einem Viertel der Schweizer Bevölkerung unterstützt (23%, –2%).

Neutralitätsfunktionen: Ein sehr hoher Anteil der Befragten sieht die Schweiz infolge ihrer Neutralität für die Schlichtung von Konflikten und als internationale Vermittlerin prädestiniert (92%). Im Mittel ist die Befürwortung dieser Solidaritätsfunktion der Neutralität im Jahresverlauf lediglich um ein Prozent gesunken. Seit der Jahrtausendwende wird die Schweizer Neutralität zunehmend und grossmehrheitlich als «untrennbar mit dem Staatsgedanken verbunden» wahrgenommen (84%, +1%). Darin manifestiert sich die symbolisch hohe Bedeutung der Neutralität für die nationale Identität der Schweiz. Die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung glaubt an die sicherheitspolitische Funktion der Neutralität. Sie tut dies jedoch weniger stark, als sie der Solidaritäts- und Identitätsfunktion der Neutralität zustimmt. 67% (+1%) der Befragten sind der Meinung, dank der Neutralität werde die Schweiz nicht in internationale Konflikte involviert, 55% (+3%) sehen in der bewaffneten Neutralität einen Beitrag zur Stabilisierung Europas. Nur eine Minderheit von 21% (–2%) glaubt, dass eine «Mitgliedschaft in einem europäischen Verteidigungsbündnis uns mehr Sicherheit bringen würde als die Beibehaltung der Neutralität», wobei diese Zustimmung seit 2011 kontinuierlich gesunken ist.

Kritische Beurteilung der Neutralität: Die Neutralität erfährt auch 2013 im Rahmen einer kritischen Betrachtung ein positives Urteil. So sieht die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung die internationale Handlungsfähigkeit der Schweiz durch das Neutralitätsprinzip nicht tangiert. 32% (±0%) nehmen die Neutralität der Schweiz als ein Hindernis für eine europäische Kooperation wahr. Ebenfalls nur eine Minderheit glaubt, dass infolge der engen politischen und wirtschaftlichen Verflechtung der Schweiz mit anderen europäischen Staaten die Neutralität verunmöglicht werde (32%, ±0%). Lediglich 19% (+1%) der Befragten sind der Meinung, dass die Neutralität aufzugeben sei, wenn sie keine Vorteile mehr brächte. Diese geringe Zustimmung weist darauf hin, dass die Neutralität von einer grossen Mehrheit der Schweizer Bevölkerung als ein Wert an sich und nicht zwingend als ein Zweckinstrument wahrgenommen wird. Im Januar 2013 bezweifeln bzw. bejahen beinahe ebenso viele Befragte die Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität (46% Zustimmung, 45% Ablehnung, –3% positive Beurteilung).

3. Verteidigungspolitik

Notwendigkeit und Bedeutsamkeit der Armee: An der Haltung der Schweizer Bevölkerung, die Schweizer Armee mehrheitlich für notwendig zu erachten, hat sich nichts geändert (72%, –3%). Die prozentuale Zustimmung zur Notwendigkeit liegt auch in diesem Jahr über dem langjährigen Mittel seit 1991 (70%). Die letztjährige Beobachtung, dass die Kategorie «unbedingt» notwendig zu Gunsten der Kategorie «eher» notwendig weniger häufig gewählt wurde, lässt sich in diesem Jahr nicht bestätigen. Im Januar 2013 erachten mit 26% (+6%) wieder markant mehr die Armee als «unbedingt» notwendig, währenddessen 46% (–9%) der Befragten angeben, die Armee sei «eher» notwendig.

2013 wurde zum zweiten Mal die Relevanz der Armee erhoben. Es zeigt sich, dass die Bedeutsamkeit der Armee in der Schweizer Bevölkerung seit 2011 konstant geblieben ist. Für 62% (+2%) der Schweizer StimmbürgerInnen ist es wichtig, eine starke Armee zu haben (Summe der Noten 6 bis 10 auf einer Skala von 1–10, wobei 1 «überhaupt nicht wichtig», 10 «sehr wichtig» bedeutet; Mittelwert 6.2).

Umfang der Armee: Zwei von drei Befragten unterstützen in diesem Jahr die Forderung nach einer gut ausgerüsteten und ausgebildeten Armee (67%, –2%). Es zeigt sich auch 2013, dass die Befürwortung einer gut ausgerüsteten und ausgebildeten Armee seit 2009 auf einem im langjährigen Vergleich tiefen Niveau stagniert. Die Einstellung zur Aufhebung der Wehrpflicht dient ebenfalls als Indikator für den gewünschten Umfang der Armee. Im Gegensatz zur Forderung nach einer gut ausgerüsteten und ausgebildeten Armee hat sich die Meinung zur Aufhebung der Wehrpflicht innert Jahresfrist signifikant verändert. Während im letzten Jahr noch knapp jede/jeder Zweite der Abschaffung der Wehrpflicht zustimmte, befürwortet dies im Januar 2013 nur noch jede/jeder Dritte (33%, –15%). Damit liegt die Ablehnung der Wehrpflicht im langjährigen Vergleich in diesem Jahr auf einem überaus tiefen Niveau.

Gesellschaftliche Rolle der Armee: In den achtziger Jahren konnte ein gesellschaftlicher Bedeutungsverlust des Militärs beobachtet werden. Seit Ende des Kalten Krieges hat sich dieser aber nicht fortgesetzt. In den letzten Jahren scheint sich die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Rolle des Militärs in der Schweizer Bevölkerung zu festigen. Die gesellschaftliche Bedeutung des Militärs ist auch in diesem Jahr konstant geblieben. Vor die Wahl gestellt, das Militär als zentral, als notwendiges Übel oder als abschaffungswürdige Institution zu bezeichnen, entscheiden sich 43% (–2%) der BürgerInnen für eine Umschreibung der Armee als

«notwendiges Übel». Leicht seltener wird angegeben, dass das Militär eine zentrale Rolle in der Schweiz spiele und dies positiv zu werten sei (39%, $\pm 0\%$). 17% (+1%) der Befragten sprechen sich für die Abschaffung der Armee aus.

Zufriedenheit mit der Armee: Zum dritten Mal in Folge wurde die Zufriedenheit der Schweizer Bevölkerung mit der Leistung der Armee erhoben. Auf einer Skala von 1 bis 10, wobei 1 «überhaupt nicht zufrieden» und 10 «sehr zufrieden» bedeutet, erreicht die Schweizer Armee im Schnitt die Bewertung 6.07. SchweizerInnen zeigen sich damit während der letzten drei Jahre mit der Leistung der Armee unverändert zufrieden (-0.1).

Milizarmee versus Berufsarmee: Der breite Konsens der siebziger und achtziger Jahre hinsichtlich der Miliz als die richtige Wehrform kann heute nicht mehr beobachtet werden. In den neunziger Jahren hat die Unterstützung einer Berufsarmee relativ stetig zugenommen. Mit kleinen Schwankungen halten sich seit der Jahrtausendwende die Befürworter einer Milizarmee und jene einer Berufsarmee die Waage. In diesem Jahr manifestiert sich jedoch eine markant schwächere Befürwortung der Berufsarmee in der Schweizer Bevölkerung (37%, -6%), währenddessen die Milizarmee an Unterstützung gewonnen hat (56%, +4%). Der langjährige Trend, dass die 20–29-Jährigen, das heisst die Kohorte der Wehrpflichtigen, eine Berufsarmee jeweils stärker als der Rest der Bevölkerung befürworten, kann aber auch dieses Jahr bestätigt werden (56%, $\pm 0\%$).

In diesem Jahr wurde zum zweiten Mal das Vertrauen der Schweizer Bevölkerung in eine Freiwilligenarmee erfragt. 2013 manifestiert sich ein signifikanter Vertrauensverlust der SchweizerInnen in eine Freiwilligenarmee. Aktuell würden 46% (-5% im Vergleich zur letztmaligen Erhebung 2011) der BürgerInnen einer Freiwilligenarmee «sehr» oder «eher» vertrauen, 50% «eher nicht» oder «überhaupt nicht».

Verteidigungsausgaben: Die Beurteilung der Verteidigungsausgaben in der Schweizer Bevölkerung bleibt über den Jahresverlauf unverändert. Im Januar 2013 sind 44% (-2%) der StimmbürgerInnen der Auffassung, dass die Höhe der Verteidigungsausgaben angemessen sei. Eine Verringerung der Ausgaben wird von 42% (-2%) gefordert und 9% (+2%) der Befragten wünschen sich eine Erhöhung des Budgets. Damit zeigt sich im zweiten Jahr in Folge, dass Befragte, welche die Verteidigungsausgaben für «gerade richtig» halten und solche, welche eine Budgetreduktion fordern, zu ähnlichen Teilen in der Bevölkerung vertreten sind.

Alternative Dienstmodelle: Eine obligatorische Dienstpflicht für Männer, wobei diese freie Wahl haben zwischen Militär-, Zivil- und Sozialdienst, wird im Vergleich zur letztmaligen Erhebung im Jahr 2011 konstant von 70% der SchweizerInnen unterstützt. Einer Ausweitung einer solchen obligatorischen Dienstpflicht auf Frauen zeigt sich die Schweizer Stimmbevölkerung ambivalent. 59% der SchweizerInnen befürworten eine obligatorische Dienstpflicht für Männer und Frauen, wobei im Vergleich zu 2011 die Unterstützung markant gestiegen ist (+7%). Die strikte Ablehnung einer obligatorischen Dienstpflicht als Alternative zur Wehrpflicht wird ebenso oft angenommen (48%) wie abgelehnt (44%). Ferner findet die Ausweitung der allgemeinen Wehrpflicht auf Frauen (30%, +5%) und Ausländer (25%, +2%) wenig Unterstützung in der Schweizer Stimmbevölkerung. Die Forderung nach einer Ausdehnung der allgemeinen Wehrpflicht auf Frauen hat dabei im Vergleich zu 2011 ebenfalls signifikant zugenommen. Die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und der Verzicht auf jede Form einer obligatorischen Dienstpflicht findet im Vergleich zur letztmaligen Erhebung im Jahr 2005 markant weniger Unterstützung (−6%). Aktuell spricht sich eine Minderheit von 23% gegen die Wehrpflicht und jede andere Form der obligatorischen Dienstpflicht aus.

Positive und negative Aspekte der allgemeinen Wehrpflicht: In der Studie «Sicherheit 2011» wurden die Befragten gebeten, Vor- und Nachteile der allgemeinen Wehrpflicht zu nennen. Die Antworten wurden anschliessend in verschiedene Kategorien von negativen und positiven Aspekten der allgemeinen Wehrpflicht unterteilt. In Verwendung dieser 2011 genannten Aspekte wurde 2013 erstmalig die Einstellung der Schweizer Stimmbevölkerung zu verschiedenen positiven und negativen Aussagen über die allgemeine Wehrpflicht erhoben. Dabei wird zwischen individuellen, kollektiven und normativen Aspekten unterschieden.

Individueller Nutzen und individuelle Kosten: Positive individuelle Argumente betonen den individuellen Nutzen der allgemeinen Wehrpflicht, negative die individuellen Kosten. Hinsichtlich individueller Argumente überwiegt in der Schweizer Stimmbevölkerung eine positive Haltung. Insbesondere die Aneignung von sozialen Kompetenzen (Kameradschaft 84%, Disziplin 79%, Pflichtbewusstsein 73%, Durchhaltewillen 72%, gegenseitiger Respekt 72%, Selbstständigkeit 63% und die Fähigkeit, sich unterzuordnen 58%) findet Zustimmung. Ebenso sehen SchweizerInnen in der allgemeinen Wehrpflicht eine Möglichkeit, sich weitere Fähigkeiten wie geographische (72%) und sicherheitspolitische (64%) Kenntnisse sowie ein besseres Verständnis für den Staat und die Gesellschaft (61%) anzueignen. Nach den individuellen Kosten befragt, stimmen SchweizerInnen allein dem Argument,

dass die allgemeine Wehrpflicht «schlecht ist, weil sie zu sinnlosen Regeln und Übungen führt», knapp mehrheitlich zu (54%). Eine Minderheit der Schweizer Stimmbevölkerung teilt die Meinung, dass die allgemeine Wehrpflicht zu hohen persönlichen Kosten (44%), zu einer schlechten Selektion der Milizkader (42%), zu schlecht ausgebildeten Soldaten (38%), zu einem vermehrten Alkohol- und Drogenkonsum (25%) sowie zu einem erhöhten Unfallrisiko (24%) führt.

Kollektiver Nutzen und kollektive Kosten: Die 2011 erstellten Kategorien zum kollektiven Nutzen der allgemeinen Wehrpflicht werden 2013 im Allgemeinen von einer Mehrheit geteilt. Insbesondere Argumente, welche in der allgemeinen Wehrpflicht eine Triebfeder des sozialen (66%) und regionalen (66%) Zusammenhaltes sehen, indem sie die verschiedenen gesellschaftlichen Schichten der Schweiz zusammenbringt (82%), werden von einer Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung unterstützt. 70% der Befragten stimmen der Aussage zu, dass die allgemeine Wehrpflicht gut ist, weil sie die Verantwortung des Soldaten für die Gesellschaft fördere. Ebenfalls sprechen SchweizerInnen der allgemeinen Wehrpflicht mehrheitlich eine Sicherheitsfunktion zu. Zwei von drei BürgerInnen sind der Meinung, dass die allgemeine Wehrpflicht gut ist, weil sie «uns Sicherheit gibt» (67%). Ebenso erachten 63% die allgemeine Wehrpflicht als gut, «weil sie die Schweizer Bevölkerung vor Bedrohungen schützt». Hingegen ist die Schweizer Bevölkerung in der Meinung gespalten, ob die allgemeine Wehrpflicht schlecht ist, da sie «zu hohen Kosten für die Wirtschaft führt» (45% Zustimmung, 50% Ablehnung). Jede/Jeder Dritte teilt die Ansicht, dass eine Wehrpflichtarmee teurer sei als eine Freiwilligenarmee (33%). Dabei fällt beim Kostenargument auf, dass knapp ein Fünftel der Befragten sich dazu keine Meinung bilden konnte (18%).

Positiv und negativ normative Aspekte: Normative Argumente für und gegen die Wehrpflicht behandeln vor allem Gerechtigkeits- bzw. Ungerechtigkeitsaspekte einer allgemeinen und damit für alle männlichen Bürger geltenden Verpflichtung gegenüber dem Staat. Generell wird die allgemeine Wehrpflicht von der Schweizer Stimmbevölkerung als gerecht empfunden. Der Aussage, dass die allgemeine Wehrpflicht gut ist, da sie «für alle jungen Männer gilt und deshalb gerecht ist», stimmen knapp zwei von drei Befragten zu (64%). Ebenso viele sehen die allgemeine Wehrpflicht positiv, da sie «eine staatsbürgerliche Pflicht ist». Hingegen findet nur eine Minderheit von 39% der SchweizerInnen, dass die allgemeine Wehrpflicht ungerecht sei, da sie «auf Zwang beruht» und 34%, da sie nur für Männer gilt. 37% der Befragten sind der Ansicht, dass die Wehrpflicht heute keinen Sinn mehr macht und 33% sehen das militärische Denken mit dem zivilen unvereinbar.

Vereinbarkeit von Militärdienst und Arbeitsleben: Im Januar 2013 wurde erneut die Einstellung der SchweizerInnen zur Vereinbarkeit von Militärdienst und Berufsleben erfasst. Die letztjährig beobachtbare positive Wahrnehmung der Vereinbarkeit von Militärdienst und Berufsleben manifestiert sich auch dieses Jahr. SchweizerInnen halten Militärdienst und Arbeitsleben im Allgemeinen für vereinbar, sehen jedoch auch, dass damit Schwierigkeiten verbunden sind. 62% (+4%) der Befragten betrachten die Unterstützung des Militärdienstleistenden durch den Arbeitgeber als gegeben. Ebenso finden 60% (+6%), dass die Mehrfachbelastung durch den Militärdienst bewältigt werden könne, ohne dass die Berufskarriere dadurch Schaden nimmt. Die Schweizer Bevölkerung ist in der Auffassung gespalten, wonach die Abwesenheit am Arbeitsplatz der Hauptgrund sei, weshalb der Militärdienst der Berufskarriere hinderlich sei. 41% (+2%) der Befragten stimmen der Aussage zu und 45% (+2%) nicht. In diesem Jahr ist wiederum jede/jeder Dritte der Ansicht, dass ArbeitnehmerInnen nicht mit dem Verständnis der Arbeitgeber rechnen können, wenn sie infolge des Militärdienstes ihre Leistung nicht erbringen könnten (33%, +1%). 45% nehmen dies nicht so wahr (+3%). Ebenso glaubt jede/jeder Dritte auch in diesem Jahr, dass die militärbedingten zeitlichen Absenzen von den Arbeitgebern nicht mehr akzeptiert werden (34%, +4%) wohingegen 45% (+2%) hier keine Problematik sehen.

Schweizer mit Migrationshintergrund und Militärdienst: Gemäss der Schweizer Bundesverfassung gilt für männliche Bürger die allgemeine Wehrpflicht. Solange diese gilt, sollten nach Auffassung von konstant 85% ($\pm 0\%$) der Befragten auch eingebürgerte junge Männer Wehrdienst leisten. Signifikant mehr SchweizerInnen sprechen im Januar 2013 dem Militärdienst eine Integrationsleistung zu (+5%). 71% der Befragten sind der Ansicht, dass Eingebürgerte durch den Militärdienst besser in die Schweizer Gesellschaft integriert werden. Zweifel, wonach eingebürgerte Wehrdienstleistende weniger bereit seien, die Schweiz zu verteidigen, bestehen bei 29% der Schweizer Bevölkerung. Doppelt so viele Befragte (57%, +4%) weisen die Behauptung zurück, wonach ein eingebürgerter Wehrdienstleistender weniger bereit sei, die Schweiz zu verteidigen als ein Soldat mit schweizerischer Herkunft. Eine Minderheit von 13% meint, dass es für unsere Sicherheit besser sei, eingebürgerte junge Männer nicht Militärdienst leisten zu lassen. Die Mehrheit von 76% der Befragten ist nicht dieser Ansicht.

Fazit

Die letztjährig zu beobachtende Wahrnehmung der StimmbürgerInnen einer sicheren Schweiz in einer unsicheren Welt hat sich innert Jahresfrist gefestigt. SchweizerInnen fühlen sich 2013 äusserst sicher und sind in ihren Erwartungen in die Zukunft der Schweiz sehr zuversichtlich. Hingegen glaubt die Schweizer Bevölkerung auch in diesem Jahr nicht an eine Entspannung der weltpolitischen Lage, wenn auch die Wahrnehmung der internationalen Entwicklung weniger düster ausfällt. Dieses über den Jahresverlauf stabile Wahrnehmungsmuster manifestiert sich in dem weiterhin überdurchschnittlichen allgemeinen Vertrauen in die Schweizer Institutionen und Behörden.

Der nationale Optimismus bei gleichzeitiger Skepsis gegenüber der Entwicklung der weltpolitischen Lage scheint sich wie im Vorjahr in der aussenpolitischen Kooperationsbereitschaft der SchweizerInnen niederzuschlagen. Das Misstrauen der Schweizer Stimmbevölkerung gegenüber einem EU bzw. einem Nato Beitritt verharrt auf dem Höchstwert des letzten Jahres. Nichtsdestotrotz wünschen sich SchweizerInnen keine absolute Autonomie, sondern befürworten auch 2013 ein vermehrtes humanitäres Engagement der Schweiz im Ausland oder einen verstärkten Einsatz für die Anliegen der Uno.

Neben der Öffnungsbereitschaft der Schweizer Bevölkerung weist auch die Einstellung zur Neutralität auf den Trend einer zunehmend auf die eigene Nation gerichteten Orientierung der SchweizerInnen hin. Praktisch die gesamte Schweizer Bevölkerung stimmt dem Neutralitätsprinzip zu, wobei sich dieses zu einem Wert an sich zu entwickeln scheint. Wie bereits im Vorjahr beobachtbar wird den Neutralitätsfunktionen – insbesondere der Solidaritäts- und Identitätsfunktion – ebenfalls grossmehrheitlich zugestimmt.

Die Haltung der Schweizer Bevölkerung gegenüber der Armee bleibt im Vergleich zu 2012 unverändert, ausser in Bezug auf die Wehrstruktur. SchweizerInnen erachten die Schweizer Armee für notwendig und sind mit der Leistung zufrieden, die Forderung nach einer Abschaffung der Armee stagniert auf tiefem Niveau. Die gesellschaftliche Rolle und die Höhe des Verteidigungsbudgets spalten auch in diesem Jahr die Schweizer Stimmbevölkerung. Hingegen finden die Milizarmee und die allgemeine Wehrpflicht unter den SchweizerInnen wieder vermehrt Unterstützung.

Résumé de l'étude «Sécurité 2013»

Buts et base de données

Les études annuelles «Sécurité» menées par l'*Académie militaire à l'ETH de Zurich* en collaboration avec le *Center for Security Studies, ETH Zürich* permettent d'établir les tendances de l'opinion suisse en matière de politique extérieure, de politique de sécurité et de politique de défense. Elles se basent sur des sondages annuels, représentatifs de la population suisse ayant le droit de vote.

Outre les questions posées régulièrement ou utilisées à intervalles irréguliers, le sondage comprend chaque année des questions portant sur les thèmes actuels de la politique de sécurité. En 2013, une attention particulière a été apportée aux mesures visant au maintien de la sécurité intérieure, aux autres modèles de servir, aux aspects positifs et négatifs du service militaire obligatoire, à la compatibilité entre le service militaire et la vie professionnelle ainsi qu'à l'opinion concernant l'accomplissement des obligations militaires par les Suisses naturalisés.

Le sondage s'est déroulé du 9 janvier au 12 février 2013. L'institut ISOPUBLIC a interrogé par téléphone 1200 personnes dans toutes les régions linguistiques. Les opinions relevées lors de ce sondage peuvent être influencées par des événements actuels touchant à la politique de sécurité. Le 20 janvier 2013, on effectua en Autriche une consultation populaire à propos de l'abolition du service militaire obligatoire. Une majorité des Autrichiens et Autrichiennes se prononcèrent pour le maintien du service militaire obligatoire. Cet événement fut discuté dans les médias suisses, notamment le jour même de la consultation ainsi que le lendemain. C'est la raison pour laquelle l'enquête a été suspendue pendant deux jours, afin de réduire au maximum l'impact de cet événement sur les données relevées. Du 14 au 28 janvier, l'armée suisse a été engagée dans le cadre du *World Economic Forum* (WEF) à Davos. Cet événement n'a pas provoqué de retentissement médiatique important.

Les pourcentages \pm qui figurent entre parenthèses indiquent la différence par rapport au relevé effectué en janvier 2012. Dans le sondage 2013, l'erreur d'échantillonnage potentielle pour un intervalle de confiance de 95% est de $\pm 3\%$ dans le cas le moins favorable. Cela signifie qu'une valeur mesurée de 50% pour x appartient, avec une probabilité de 95%, à une population-cible, pour laquelle la fréquence x se situe entre 47% et 53%. Dans ce sondage, la population-cible représente la population suisse ayant le droit de vote.

Courants et tendances

1. Sentiment général de sécurité et confiance dans les institutions

Perception de la sécurité: La perception positive quant au sentiment de sécurité observée ces deux dernières années se confirme une nouvelle fois cette année. Le sentiment de sécurité des Suissesses et des Suisses n'a pas changé au cours de l'année (−1%). La grande majorité de la population suisse ayant le droit de vote se sent en sécurité (89%). Le pourcentage des personnes interrogées disant se sentir «très» en sécurité reste constant en janvier 2013 avec 32% (±0%), tandis que 57% (−1%) s'estiment «plutôt» en sécurité.

Attentes concernant l'avenir de la Suisse: L'optimisme affiché par l'électorat suisse quant à l'avenir a notablement augmenté en un an en atteignant 82% (+4%), un résultat positif nettement au-dessus de la moyenne. Il n'y a qu'en 2011 qu'on a pu observer une vision encore plus optimiste de l'avenir de la Suisse. Cela dit, cette année encore, c'est la vision «plutôt» optimiste concernant l'avenir qui prédomine (75%, +3%). Ils ne sont que 7% (+1%) à se déclarer «très» optimistes.

Situation politique mondiale: La perception sombre de la situation politique mondiale constatée ces deux dernières années au sein de la population suisse s'est améliorée de façon significative en un an. Actuellement, la part des personnes interrogées à envisager l'évolution de la situation politique mondiale avec crainte et morosité a notablement baissé par rapport à l'année dernière (−7%). Ils sont 46% cette année à penser que la situation de la politique mondiale devrait s'assombrir et se crisper davantage au cours des cinq prochaines années. Un taux similaire de Suissesses et de Suisses ne s'attendent à aucun changement pour les cinq années à venir (44%, +6%). 9% des personnes interrogées pensent que la situation politique mondiale va se détendre, un pourcentage qui se situe dans la moyenne des relevés effectués depuis des années.

Confiance dans les autorités et les institutions: Depuis le début du sondage, les sept autorités et institutions suisses régulièrement évaluées – au nombre de huit depuis 2007 – bénéficient toujours d'un taux de confiance moyen voire élevé. Après l'augmentation notable de la confiance accordée à toutes les institutions exceptée l'économie que l'on relevée l'an dernier, la confiance générale dans les huit autorités et institutions est restée la même (±0.0). La confiance générale moyenne se situe en 2013 au-dessus de la moyenne enregistrée depuis des années (Ø : 6.2, 2013 : 6.5).

Depuis le tout premier sondage, c'est toujours l'appareil judiciaire qui bénéficie du plus haut taux de confiance. Cette année encore, la police, suivie des tribunaux, continue de bénéficier d'une confiance particulièrement forte. De même, la place occupée dans le classement par le Conseil fédéral et l'économie suisse ainsi que le taux de confiance qui leur est accordé n'ont pas voire peu changé. En janvier 2013, le Conseil fédéral occupe la troisième place, suivi de l'économie suisse. Le Parlement jouit d'une confiance légèrement supérieure à celle accordée à l'armée. Les partis politiques et les médias suisses sont quant à eux, cette année encore, les institutions les plus critiquées. Après l'augmentation notable du taux de confiance relevée l'an dernier pour sept des huit autorités et institutions évaluées, on n'observe pas de changements significatifs cette année, exceptée la confiance accordée aux partis politiques. Comparé à l'année passée, ils jouissent d'une confiance nettement plus élevée.

Mesures visant à combattre l'extrémisme et le terrorisme: Quatre personnes interrogées sur cinq estiment important pour notre sécurité de combattre l'extrémisme de droite plus fortement que jusqu'à présent (81%). Une position similaire concernant l'extrémisme de gauche est nettement moins fréquente avec 63%. L'approbation d'un renforcement de la lutte contre l'extrémisme de droite ($\pm 0\%$) est restée inchangée au cours de l'année, tandis que le taux de ceux qui revendiquent des mesures de lutte contre l'extrémisme de gauche a diminué (-4%). Après avoir observé une hausse en 2011, le pourcentage de ceux au sein de la population suisse se disant prêts à accepter des restrictions de leur liberté au nom de la lutte contre le terrorisme ne cesse de diminuer légèrement (66%, -2%). Ainsi, l'approbation des restrictions de liberté pour lutter contre le terrorisme se situe au même niveau qu'en 2003, date de la première évaluation de cette dimension après les attentats du 11 septembre 2001.

Mesures visant au maintien de la sûreté intérieure: Comparé aux années précédentes, la proportion de la population suisse approuvant la lutte et les sanctions contre le hooliganisme affiche une baisse chiffrée notable (85%, -4%), même si ces mesures restent les mesures les plus plébiscitées. Le contrôle du nombre d'étrangers (76%, -1%) et le recours à l'armée pour assurer l'ordre public lorsque la police est dépassée par les événements (77%, -2%) sont deux mesures qui connaissent elles aussi une forte approbation et qui enregistrent des valeurs constantes par rapport aux années précédentes. Seule une faible majorité de la population suisse se déclare favorable à ce que la police soit autorisée à dissoudre par la force des manifestations non-autorisées (55%, -1%). En ce qui concerne le renforcement des contrôles d'accès

aux bâtiments publics, la population suisse affiche une position ambivalente. L'approbation de cette mesure, qui connut en janvier 2012 une hausse notable, connaît cette année une baisse significative (49%, -6%). La population suisse se montre partagée concernant des mesures telles que le renforcement des écoutes d'appels téléphoniques (51% contre, -4%) et de la surveillance des ordinateurs privés (52% contre, -4%). Le refus d'une surveillance des ordinateurs privés par la police a notablement baissé en un an. La population suisse continue de désapprouver majoritairement une interdiction de sortir après minuit pour les jeunes (66% contre, ±0%).

2. Politique extérieure et politique de sécurité

Relation avec l'UE: Depuis 2011, l'attitude des citoyennes et citoyens suisses face à la politique européenne est marquée par un euroscepticisme constant. L'enquête de cette année montre que la position de la population suisse concernant la relation que la Suisse doit entretenir avec l'Europe est restée la même. Ils ne sont plus que 36% (-1%) à se déclarer cette année en faveur d'un rapprochement politique avec l'UE. 17% (±0) seulement considèrent souhaitable une adhésion à l'UE. Ainsi, depuis le début de l'enquête remontant à 1993, la revendication de l'adhésion de la Suisse à l'UE se maintient depuis un an à son plus bas niveau. Cette constance des positions sur les questions de politique européenne constatée ces trois dernières années se manifeste également dans la vision pragmatique d'un rapprochement exclusivement économique avec l'UE. 80% (-1%) des citoyennes et citoyens suisses approuvent l'idée que «la Suisse ne devrait pas adhérer à l'UE, mais renforcer sa collaboration économique avec l'UE».

Coopération internationale sans lien institutionnel susceptible de restreindre la souveraineté: La position de la population suisse sur la question d'une plus grande coopération internationale sans lien institutionnel n'a pas changé depuis l'an dernier. Cette année encore, les sondés soutiennent majoritairement un engagement humanitaire international plus actif de la Suisse. En janvier 2013, à nouveau trois personnes interrogées sur quatre souhaitent voir la Suisse jouer un rôle actif dans les conférences internationales (75%, -1%). Ils sont quasiment aussi nombreux à soutenir l'idée que la Suisse devrait davantage servir de médiatrice dans les conflits (72%, +1%). Le souhait de voir la Suisse contribuer davantage à l'aide au développement est certes moins souvent exprimé, mais reste malgré tout soutenu par une majorité des sondés (61%, -1%).

Participation au sein de l'ONU: L'attitude positive que les Suisses affichent envers l'ONU depuis que le pays y a adhéré se confirme cette année encore. Le souhait de voir la Suisse s'engager activement dans les affaires de l'ONU a nettement progressé en 2012 en atteignant une valeur record. Cette année, le taux de sondés favorables à cet engagement a légèrement baissé (−3%), une baisse cependant insignifiante d'un point de vue statistique, la valeur atteignant les 65% et se situant ainsi à un niveau élevé si on considère les chiffres sur le long terme. De même, l'approbation relative à l'obtention d'un siège au conseil de sécurité de l'ONU reste comparativement forte avec 63% (−2%).

Volonté d'ouverture face à des alliances et des troupes de maintien de la paix: Parmi les formes possibles de coopération internationale proposées dans le sondage, la coopération en matière de politique de sécurité est la moins soutenue. Elle a plutôt tendance à être rejetée. Le degré du rejet est proportionnel à celui du lien institutionnel. Cependant, depuis le début de l'enquête, l'engagement militaire dans le cadre de l'ONU – sous forme d'envoi de troupes suisses pour le maintien de la paix – recueille toujours l'approbation maximale. L'approbation de ce type d'engagement est restée stable depuis l'an dernier en totalisant 54% (+1%). De même, la population suisse reste tout aussi sceptique face à l'OTAN en tant qu'alliance de la politique de sécurité. 36% (−1%) des personnes interrogées souhaitent voir la Suisse se rapprocher de l'OTAN. Seul un cinquième des sondés se déclare favorable à une adhésion de la Suisse à l'OTAN (19%, ±0%).

Autonomie nationale en général et en matière de politique de sécurité: La volonté constatée en 2012 et largement répandue au sein de la population de voir la Suisse préserver son autonomie nationale sur le plan économique et politique perdure cette année encore. Quatre Suisses sur cinq estiment que la Suisse doit rester le plus autonome possible économiquement et politiquement parlant (81%, +1%). Ainsi, le désir d'une autonomie économique et politique reste en 2013 au niveau maximal enregistré depuis le début des relevés. Les Suisses sont beaucoup moins nombreux à approuver une autonomie militaire. Moins d'une personne interrogée sur deux pense qu'il est important que la Suisse ne compte que sur sa propre défense nationale. (47%, −2%). Cette année encore, c'est l'idée d'une autonomie absolue qui est la moins soutenue. 35% (+1%) des Suissesses et des Suisses estiment que la Suisse «ne devrait conclure aucun accord ou alliance avec d'autres Etats». Cette valeur dépasse la moyenne relevée sur plusieurs années.

Neutralité: La forte approbation du principe de neutralité observée depuis plusieurs années se confirme encore cette année. En 2013, 94% (−1%) de la population suisse approuvent le maintien de la neutralité, 69% (−1%) se déclarant être «très» d'accord et 25% (±0%) «plutôt» d'accord. Ainsi, l'attachement de la population suisse au principe de neutralité toujours réaffirmé se voit réitérer cette année encore avec un taux d'approbation de 94% qui se maintient à un niveau élevé depuis 1989, date du début de la série des relevés «Sécurité». Deux tiers des personnes interrogées (63%, −1%), soit un taux constant, sont favorables à la neutralité différenciée qui préconise une prise de position de la Suisse en matière de politique extérieure, mais une non-participation à des interventions militaires. L'abandon de la neutralité de facto, c'est-à-dire la volonté de voir le pays prendre clairement position non seulement dans les conflits politiques mais également dans les conflits militaires, est une position qui n'est soutenue que par un quart de la population suisse (23%, −2%).

Fonctions de la neutralité: Un très grand nombre de sondés pensent qu'en raison de sa neutralité, la Suisse est prédestinée à jouer un rôle de conciliatrice dans les conflits et de médiatrice au niveau international (92%). En moyenne, le taux de personnes approuvant cette fonction de la neutralité en matière de solidarité n'a baissé que d'un pourcent. Depuis le tournant du millénaire, la neutralité suisse est perçue par une grande majorité – la tendance étant à la hausse – comme «indissociablement liée à la conception de l'Etat» (84%, +1%). Cet aspect révèle l'importante valeur symbolique que revêt la neutralité pour l'identité nationale de la Suisse. La majorité de la population suisse pense que la neutralité joue un rôle en matière de politique de sécurité. Toutefois, elle approuve moins souvent cette fonction qu'elle ne le fait pour celles relatives à la solidarité et à l'identité. 67% (+1%) des personnes interrogées sont d'avis que c'est grâce à la neutralité que la Suisse n'est pas impliquée dans des conflits internationaux, 55% (+3%) pensent quant à elles que la neutralité armée contribue à la stabilisation de l'Europe. Seule une minorité de 21% (−2%) pense qu'«une affiliation à une alliance européenne nous apporterait davantage de sécurité que le maintien de la neutralité», une position dont le soutien affiche cependant une baisse continue depuis 2011.

Evaluation critique de la neutralité: Soumise à une analyse critique, la neutralité fait encore en 2013 l'objet d'un jugement positif. En effet, la majorité de la population suisse estime que le principe de neutralité n'empêche pas la Suisse d'agir sur le plan international. 32% (±0%) perçoivent la neutralité du pays comme un obstacle à une coopération européenne. De même, seule une minorité pense que le fait d'entretenir des liens politiques et économiques étroits avec d'autres Etats

européens empêche la Suisse d'être neutre (32%, $\pm 0\%$). Seulement 19% (+1%) des personnes interrogées sont d'avis qu'il faudrait renoncer à la neutralité si celle-ci n'apportait plus d'avantages à la Suisse. Ce faible taux indique que la neutralité est considérée par une grande majorité de la population suisse comme une valeur en soi et pas nécessairement comme un instrument destiné à atteindre des objectifs. En janvier 2013, on compte presque autant de sondés mettant en doute la crédibilité de la neutralité armée que de sondés qui la confirment (46% d'accord, 45% pas d'accord, -3% d'évaluation positive).

3. Politique de défense

Nécessité de l'armée: La population suisse continue de considérer majoritairement que l'armée suisse est nécessaire (72%, -3%). Le taux approuvant la nécessité de l'armée est cette année encore supérieur à la moyenne enregistrée depuis 1991 (70%). Ce qui a pu être observé l'an dernier, à savoir que les personnes interrogées avaient été moins nombreuses à choisir la catégorie «absolument» nécessaire que celles ayant opté pour «plutôt» nécessaire, ne se confirme pas cette année. Avec 26% (+6%), ils ont été en janvier 2013 à nouveau beaucoup plus nombreux à considérer l'armée comme «absolument» nécessaire, tandis que 46% (-9%) des sondés ont déclaré qu'elle était «plutôt» nécessaire.

En 2013, le sondage a porté pour la deuxième fois sur la pertinence de l'armée. On constate que l'importance de l'armée au sein de la population suisse est constant depuis 2011. Pour 62% (+2%) des Suissesses et Suisses en âge de voter, il est important d'avoir une armée forte (somme des notes de 6 à 10 sur une échelle allant de 1 à 10, 1 correspondant à «absolument pas important» et 10 à «très important»; valeur moyenne de 6.2).

Taille de l'armée: Deux sondés sur trois se prononcent cette année en faveur d'une armée bien équipée et bien instruite (67%, -2%). Ainsi, une comparaison sur le long terme révèle que depuis 2009, l'approbation d'une armée bien équipée et bien instruite stagne cette année encore à un niveau bas. La position face à la suppression du service militaire obligatoire sert aussi d'indicateur pour la taille souhaitée de l'armée. Celle-ci, contrairement à la revendication relative à une armée bien équipée et bien instruite, a beaucoup évolué en un an. Tandis que l'an dernier, quasiment une personne sur deux se déclarait favorable à la suppression du service militaire obligatoire, ils ne sont plus qu'un tiers à approuver cette mesure en janvier 2013 (33%, -15%). Ainsi, si l'on considère les chiffres sur le long terme, le rejet du service militaire obligatoire se situe cette année à un niveau extrêmement faible.

Rôle sociétal de l'armée: Dans les années quatre-vingt, on a pu constater une diminution de l'importance de l'armée dans la société. Cette évolution ne s'est pourtant pas poursuivie depuis la fin de la Guerre Froide. Ces dernières années, la perception du rôle sociétal de l'armée semble se stabiliser. L'importance de l'armée dans la société s'est, cette année encore, maintenue au même niveau. Invités à choisir entre trois options pour caractériser l'armée, à savoir l'armée comme institution centrale, comme mal nécessaire ou encore comme institution pouvant être supprimée, 43% (−2%) des citoyennes et citoyens optent pour une description de l'armée «comme mal nécessaire». Ils sont légèrement moins nombreux à reconnaître à l'armée un rôle central en Suisse et à ranger ce fait parmi les aspects positifs (39%, ±0%). 17% (+1%) des personnes interrogées se déclarent favorables à l'abolition de l'armée.

Satisfaction des prestations de l'armée: C'est la troisième année consécutive qu'est évaluée la satisfaction de la population suisse concernant les performances de l'armée. Sur une échelle de 1 à 10, la valeur 1 correspondant à «absolument pas satisfait» et la valeur 10 à «très satisfait», l'armée suisse atteint en moyenne la valeur 6.07. Ainsi, les Suissesses et les Suisses affichent depuis trois ans une satisfaction vis-à-vis des performances de l'armée qui reste stable (−0.1).

Armée de milice versus armée professionnelle: Le large consensus des années soixante-dix et quatre-vingt qui consistait à voir dans la milice la bonne structure de l'armée n'est plus de mise aujourd'hui. Dans les années quatre-vingt-dix, le soutien à l'idée d'une armée de professionnels a augmenté avec une relative régularité. Depuis l'entrée dans le nouveau millénaire, on compte autant de partisans d'une armée de milice que ceux d'une armée de professionnels, avec quelques petits coups de balanciers ponctuels dans un camp ou dans l'autre. Cette année toutefois, on enregistre une nette diminution du nombre de partisans d'une armée professionnelle dans la population suisse (37%, −6%), tandis que le soutien à une armée de milice a augmenté (56%, +4%). En 2013 encore, on voit se confirmer la tendance observée depuis des années selon laquelle le groupe des 20–29 ans, c'est-à-dire la cohorte des citoyens concernés par les obligations militaires, se déclare plus favorable que le reste de la population à une armée de professionnels (56%, ±0%).

En 2013, un sondage a été effectué pour la seconde fois pour interroger la confiance que la population suisse accorderait à une armée de volontaires. Cette enquête révèle cette année un net recul de la confiance de la population suisse dans une armée de volontaires. Actuellement, 46% (−5% comparé au dernier relevé de cette question en 2011) des citoyennes et citoyens feraient «très» ou «plutôt» confiance à une armée de volontaires, contre 50% «plutôt pas» ou «pas du tout».

Dépenses de l'armée: Le jugement porté par la population suisse sur les dépenses de l'armée n'a pas changé depuis l'an dernier. En janvier 2013, 44% (–2%) des citoyennes et citoyens suisses estiment raisonnable le montant des dépenses de l'armée. Ils sont 42% (–2%) à réclamer une baisse des dépenses, et 9% (+2%) à souhaiter une augmentation du budget. Il apparaît ainsi pour la seconde année consécutive que les personnes interrogées jugeant «raisonnables» les dépenses militaires et celles réclamant une réduction budgétaire constituent deux groupes semblables au sein de la population.

Autres modèles de servir: Une comparaison aux résultats de la dernière enquête effectuée en 2011 révèle que le soutien apporté à l'idée d'une obligation de servir pour les hommes avec la possibilité de choisir entre un service militaire, civil ou social reste constant avec un taux de 70% des Suissesses et des Suisses. L'électorat suisse affiche une attitude ambivalente face à la question de savoir s'il convient d'étendre une telle obligation de servir aux femmes. 59% des Suissesses et des Suisses se disent favorables à une obligation de servir pour les hommes et les femmes, un soutien qui, comparé à 2011, a nettement augmenté (+7%). Le refus catégorique d'une obligation de servir comme alternative au service militaire obligatoire est aussi souvent approuvé (48%) que rejeté (44%). Par ailleurs, l'idée d'étendre le service militaire obligatoire aux femmes (30%, +5%) et aux étrangers (25%, +2%) est peu soutenue par l'électorat suisse. Cela dit, la revendication d'un service militaire obligatoire étendu aux femmes a connu une forte progression comparé à 2011. La suppression du service militaire obligatoire sans autre forme de service obligatoire rencontre un écho nettement moins favorable (–6%) par rapport à la dernière enquête effectuée en 2005. À l'heure actuelle, une minorité de 23% se déclare opposée au service militaire obligatoire ainsi qu'à tout autre forme de service obligatoire.

Aspects positifs et négatifs de l'obligation de servir: Dans le cadre de l'étude «Sécurité 2011», les personnes interrogées ont été invitées à nommer les avantages et les inconvénients de l'obligation de servir. Les réponses ont ensuite été classées selon différentes catégories d'aspects négatifs et positifs du service militaire obligatoire. Reprenant ces aspects nommés en 2011, on a sondé pour la première fois en 2013 l'opinion de l'électorat suisse sur différentes affirmations positives et négatives relatives au service militaire obligatoire. Lors du sondage, on a distingué entre les aspects individuels, collectifs et normatifs.

Profit et coûts individuels: Les arguments individuels positifs soulignent le profit individuel qui ressort de l'obligation de servir, tandis que les arguments indivi-

duels négatifs en soulignent quant à eux les coûts individuels. Pour ce qui est des arguments individuels, on constate qu'une attitude positive prédomine au sein de l'électorat suisse. On approuve notamment l'acquisition de compétences sociales (camaraderie 84%, discipline 79%, sens du devoir 73%, ténacité 72%, respect mutuel 72%, autonomie 63% et capacité de se soumettre 58%). De même, les Suissesses et les Suisses voient dans le service militaire obligatoire une possibilité d'acquérir d'autres compétences telles que des connaissances géographiques (72%) et relatives à la politique de sécurité (64%) ainsi qu'une meilleure compréhension de l'Etat et de la société (61%). Interrogés sur les coûts individuels, les Suissesses et les Suisses approuvent uniquement l'argument selon lequel l'obligation de servir est «négative car elle a pour conséquence des règles et des exercices insensés», et ce, à une petite majorité (54%). Une minorité de l'électorat suisse estime que l'obligation de servir génère des coûts individuels élevés (44%), qu'elle a pour conséquence une mauvaise sélection des cadres de milice (42%), des soldats mal instruits (38%), l'augmentation de la consommation d'alcool et de stupéfiants (25%) ainsi qu'un plus grand risque d'accident (24%).

Profit et coûts collectifs: Les catégories établies en 2011 concernant le profit collectif sont en général majoritairement approuvées en 2013. Une majorité de l'électorat suisse soutient tout particulièrement les arguments voyant dans l'obligation de servir un ressort de la cohésion sociale (66%) et régionale (66%) dans la mesure où elle rassemble les différentes couches sociales de la population suisse (82%). 70% des personnes interrogées approuvent l'affirmation selon laquelle l'obligation de servir est une bonne chose car elle favorise la responsabilité du soldat vis-à-vis de la société. De même, une majorité de Suissesses et de Suisses considère que l'obligation de servir joue un rôle en matière de sécurité. Deux citoyennes et citoyens sur trois estiment que l'obligation de servir est positive car elle «nous apporte la sécurité» (67%). 63% considèrent également que l'obligation de servir est une bonne chose «car elle protège la population suisse des menaces». En revanche, la population suisse est divisée quant à la question de savoir si l'obligation de servir est négative «car elle génère des coûts élevés pour l'économie suisse» (45% pour, 50% contre). Une personne interrogée sur trois pense qu'une armée de conscrits est plus coûteuse qu'une armée de volontaires (33%). Concernant cet argument relatif au coût, une chose frappe cependant : presque un cinquième des personnes interrogées n'était pas en mesure de se faire une idée sur la question (18%).

Aspects positivement et négativement normatifs: Les arguments normatifs pour ou contre l'obligation de servir traitent surtout du caractère juste ou injuste d'une

obligation générale et donc contraignante pour tous les citoyens masculins envers l'Etat. En règle générale, l'électorat suisse considère l'obligation de servir comme quelque de juste. Presque deux tiers des personnes interrogées (64%) approuvent l'affirmation selon laquelle l'obligation de servir est une bonne chose car elle «est obligatoire pour tous les jeunes hommes et par conséquent équitable». Une même proportion de sondés estime que l'obligation de servir est positive car elle «est un devoir civique». Par contre, seule une minorité de Suissesses et de Suisses considère que l'obligation de servir est injuste, pour 39% parce qu'elle «est basée sur une contrainte» et pour 34% parce qu'elle ne vaut que pour les hommes. 37% des personnes interrogées estiment que l'obligation de servir n'a plus de sens aujourd'hui et 33% estiment que la façon de penser dans la vie militaire n'est pas compatible avec celle qui prévaut dans la vie civile.

Conciliation entre les obligations militaires et la vie professionnelle: En janvier 2013, l'attitude face à la compatibilité des obligations militaires et de la vie professionnelle a été une nouvelle fois évaluée. On constate cette année encore la même perception positive observée l'an dernier concernant cette compatibilité. En général, les Suisses et les Suissesses considèrent qu'il est possible de concilier obligations militaires et vie professionnelle, même s'ils voient toutefois les problèmes que cela pose. 62% (+4%) des personnes interrogées pensent qu'une personne qui effectue son service militaire peut compter sur le soutien de son employeur. De même, 60% (+6%) trouvent que les charges multiples de travail dues au service militaire peuvent être gérées sans que la carrière professionnelle n'en souffre. La population suisse est divisée sur la question de savoir si l'absence sur le lieu de travail est la raison principale qui fait du service militaire un obstacle à la carrière professionnelle. 41% (+2%) des personnes interrogées estiment que oui, contre 45% (+2%) qui estiment le contraire. En revanche, cette année, un tiers des sondés pense que les employés ne peuvent pas compter sur la compréhension de l'employeur s'ils ne sont pas en mesure, en raison du service militaire, de fournir les performances attendues (33%, +1%). 45% (+3%) ne voient pas les choses ainsi. De même, cette année encore, une personne sur trois pense que les absences temporelles dues au service militaire ne sont plus acceptées par les employeurs (34%, +4%), tandis que 45% (+2%) pensent que ce n'est pas le cas.

Les Suisses issus de l'immigration et le service militaire: Selon la constitution fédérale suisse, tout citoyen est astreint aux obligations militaires. Tant que ce principe est en vigueur, 85% (± 0) des personnes interrogées sont d'avis que les jeunes hommes naturalisés doivent eux aussi remplir les obligations militaires. Les

Suissesses et les Suisses sont beaucoup plus nombreux en janvier 2013 à voir dans le service militaire un facteur d'intégration (+5%). 71% des personnes interrogées estiment que le service militaire permet aux jeunes gens naturalisés une meilleure intégration dans la société suisse. 29% de la population suisse doutent que les Suisses naturalisés faisant leur service militaire soient moins disposés à défendre la Suisse. Deux fois plus de personnes interrogées (57%, +4%) rejettent l'affirmation selon laquelle un Suisse naturalisé faisant son service militaire serait moins disposé à défendre la Suisse qu'un soldat d'origine suisse. Une minorité de 13% pense qu'il serait préférable pour notre sécurité que les jeunes gens naturalisés n'effectuent pas leur service militaire. La majorité de 76% des personnes interrogées n'est pas de cet avis.

Bilan

L'observation faite l'an dernier selon laquelle les citoyennes et citoyens suisses perçoivent leur pays comme un lieu sûr dans un monde où règne l'insécurité s'est renforcée en un an. Les Suisses se sentent extrêmement en sécurité en 2013 et sont très confiants quant à l'avenir proche de leur pays. En revanche, cette année non plus la population suisse ne s'attend pas à une détente de la situation internationale, même si sa vision de l'évolution de cette situation est moins sombre. C'est dans ce contexte qu'il convient de considérer la confiance générale très au-dessus de la moyenne qui continue d'être accordée aux institutions et aux autorités suisses.

Comme l'année dernière, l'optimisme national assorti dans un même temps d'un scepticisme à l'égard de l'évolution de la situation internationale semble se manifester dans la volonté d'ouverture des Suisses sur les questions de politique extérieure. La méfiance de la population suisse vis-à-vis d'une adhésion à l'UE, voire à l'OTAN reste au même niveau record atteint l'année dernière. Cela dit, les Suisses ne souhaitent pas pour autant une autonomie absolue. On observe une nouvelle fois un large soutien à la coopération économique avec l'UE. De même, si l'on considère les relevés sur le long terme, on constate un souhait encore plus fort de voir la Suisse s'engager davantage dans l'aide humanitaire, dans la médiation lors de conflits internationaux ainsi que dans les affaires de l'ONU.

À côté de la volonté d'ouverture de la population suisse, sa position à l'égard de la neutralité révèle une tendance à s'orienter de plus en plus vers sa propre nation. Pratiquement l'ensemble de la population suisse approuve le principe de neutralité, ce dernier semblant toutefois devenir une valeur en soi. Comme nous avons pu l'observer l'an dernier, les fonctions de la neutralité – celles relatives notamment à la solidarité et à l'identité – sont à nouveau approuvées par une grande majorité.

La position de la population suisse vis-à-vis de l'armée reste inchangée par rapport à 2012, sauf en ce qui concerne la structure des forces de défense. Les Suissesses et les Suisses considèrent l'armée de leur pays comme nécessaire et se déclarent satisfaits de ses prestations ; la revendication de l'abolition de l'armée stagne à un faible niveau. Le rôle social ainsi que le montant du budget de la défense sont cette année encore deux questions sur lesquelles la population suisse est partagée. En revanche, les Suisses sont à nouveau plus nombreux à soutenir l'idée d'une armée de milice ainsi que celle du service militaire obligatoire.

Riassunto del sondaggio «Sicurezza 2013»

Obiettivi e dati

Lo studio «Sicurezza», condotto ogni anno dall'*Accademia militare presso il Politecnico federale di Zurigo* in collaborazione con il *Center for Security Studies, ETH Zurich*, rileva le tendenze dell'opinione pubblica nell'ambito della politica estera, della politica di sicurezza e della difesa in Svizzera. Lo studio si fonda su sondaggi annuali rappresentativi della popolazione svizzera avente diritto di voto.

In aggiunta ad un ventaglio di domande generali riferite a temi ricorrenti, il sondaggio integra ogni anno degli argomenti specifici e attuali in materia di politica di sicurezza. Nel 2013 è stata dedicata particolare attenzione alle misure per la salvaguardia della sicurezza interna, ai modelli alternativi di servizio, agli aspetti positivi e negativi dell'obbligo militare generale, alla conciliabilità tra servizio militare e vita professionale e all'atteggiamento nei confronti del servizio militare da parte degli svizzeri naturalizzati.

La raccolta dei dati è stata eseguita dall'istituto di ricerche di mercato ISOPUBLIC tra il 9 gennaio e 12 febbraio 2013 e ha coinvolto 1200 persone contattate telefonicamente in tutte le regioni linguistiche della Svizzera. Le opinioni rilevate nel corso del presente sondaggio possono essere influenzate da eventuali sviluppi recenti attinenti alla politica di sicurezza. Il 20 gennaio 2013 in Austria è stato messo al voto l'abolizione dell'obbligo di leva. La maggioranza del popolo austriaco si è espressa a favore del mantenimento dell'obbligo di leva. La questione è stata tematizzata dai media svizzeri in particolare il giorno in cui il popolo è stato chiamato a esprimersi sulla questione nonché il giorno successivo. Per tale motivo il campo di rilevamento è stato interrotto per due giorni, al fine di ridurre al minimo l'influsso di tale evento sui dati statistici. Inoltre, dal 14 al 28 gennaio 2013, ha avuto luogo un impiego dell'Esercito svizzero nel quadro del World Economic Forum (WEF) a Davos. Tale impiego non si è tuttavia ripercosso sul piano mediatico.

Le percentuali \pm , riportate tra parentesi, indicano la differenza rispetto al rilevamento effettuato nel gennaio 2012. Nel sondaggio 2013, l'errore di campionamento potenziale per un intervallo di fiducia del 95% ammonta a $\pm 3\%$ nel caso meno favorevole. Ciò significa che un valore x misurato del 50% rientra, con una probabilità del 95%, in una popolazione-obiettivo la cui frequenza di x si situa tra il 47% e il 53%. In questo sondaggio, la popolazione-obiettivo rappresenta i cittadini svizzeri aventi diritto di voto.

Tendenze

1. Sensazione generale di sicurezza e fiducia nelle istituzioni

Sensazione generale di sicurezza: anche quest'anno è stato possibile rilevare al pari dei due anni precedenti come il senso di sicurezza soggettivo sia generalmente positivo. Nel corso dell'anno il sentimento di sicurezza degli svizzeri non è mutato (-1%). La gran maggioranza della popolazione svizzera avente diritto di voto si sente sicura (89%). La percentuale di persone intervistate che dichiarano di sentirsi «molto» sicure nel gennaio 2013 è rimasta costante al 32% ($\pm 0\%$), mentre il 57% delle persone (-1%) dichiara di sentirsi «piuttosto» sicura.

Opinione circa il prossimo futuro della Svizzera: l'ottimismo della popolazione svizzera riguardo al futuro del Paese è aumentato in maniera significativa nel corso degli ultimi dodici mesi: la percentuale di intervistati che si dichiara ottimista risulta superiore alla media (82%, +4%). Solo nel 2011 era stato registrato un ottimismo ancora maggiore riguardo all'avvenire della Svizzera. Anche quest'anno predomina la visione di chi dichiara di nutrire aspettative per il futuro «piuttosto» ottimistiche (75%, +3%). Solo il 7% (+1%) delle persone intervistate ha dichiarato di sentirsi «molto» ottimista.

Analisi della situazione politica mondiale: la percezione più cupa della situazione politica a livello mondiale registrata negli ultimi due anni tra la popolazione svizzera è significativamente migliorata nel corso dell'anno. Attualmente un numero considerevolmente inferiore di intervistati rispetto all'anno precedente valuta l'evoluzione della situazione politica a livello mondiale in maniera negativa (-7%). Il 46% delle persone intervistate ritiene che nei prossimi cinque anni aumenteranno le tensioni a livello mondiale e che, di conseguenza, la situazione politica internazionale sarà più cupa. Una percentuale analoga di Svizzeri non si aspetta invece per i prossimi cinque anni un mutamento sostanziale della situazione (44%, +6%). La percentuale delle persone intervistate che dichiarano di credere in una distensione politica a livello mondiale nei prossimi anni rientra con il 9% nei valori medi registrati in una prospettiva a lungo termine.

Fiducia nelle autorità e nelle istituzioni: dall'inizio dei rilevamenti, nei confronti delle sette (dal 2007 otto) autorità e istituzioni della Svizzera regolarmente oggetto di indagine, è sempre stato espresso un grado di fiducia da medio a elevato. Dopo il significativo aumento osservato l'anno scorso in tutte le istituzioni, eccezion fatta

per l'economia, la fiducia generale nei confronti delle otto autorità e istituzioni è rimasta quest'anno immutata (± 0.0). La fiducia generale media nel 2013 si è attestata a un livello superiore alla media di lungo periodo (\emptyset : 6.2, 2013: 6.5). Da quando è stato eseguito il primo rilevamento, la fiducia nella giustizia ha sempre registrato i valori più alti. Anche quest'anno il tasso di fiducia registrato nei confronti della polizia è stato particolarmente elevato, seguito da quello rilevato nei confronti dei tribunali. Anche il grado di fiducia nel Consiglio federale e nell'economia svizzera non è mutato o ha subito soltanto modifiche marginali. Di conseguenza anche il rango da loro occupato nei favori riservati ad autorità e istituzioni è rimasto invariato: nel gennaio del 2013 il Consiglio federale si è attestato al terzo posto, l'economia svizzera invece al quarto. Il Parlamento ha raccolto quest'anno una fiducia leggermente superiore rispetto a quella registrata nei confronti dell'esercito. I partiti politici e i media svizzeri anche nel 2013 costituiscono le istituzioni del Paese valutate in maniera maggiormente critica. Dopo che l'anno precedente la fiducia in sette delle otto istituzioni e autorità prese in considerazione è aumentata in maniera significativa, quest'anno non si è osservato nessun mutamento di rilievo, se non per quanto riguarda la fiducia riposta nei partiti politici. Quest'ultima ha subito un incremento rispetto all'anno precedente.

Misure per la lotta all'estremismo e al terrorismo: quattro su cinque intervistati ritengono che per la nostra sicurezza sia importante combattere più intensamente di quanto fatto finora l'estremismo di destra (81%). Un atteggiamento più severo verso l'estremismo di sinistra viene invocato con una frequenza nettamente inferiore (63%). La percentuale di persone che propugnano una lotta più intensa contro l'estremismo di destra ($\pm 0\%$) è rimasta la stessa nel corso dell'anno; mentre la richiesta di un maggiore impegno nella lotta all'estremismo di sinistra è diminuita (-4%). La disponibilità della popolazione svizzera a rinunciare a parte della propria libertà personale in nome della lotta al terrorismo continua, dopo avere subito un leggero aumento nel gennaio del 2011, a diminuire (66%, -2%). Il consenso all'introduzione di limitazioni della libertà personale per lottare contro il terrorismo si situa in questo modo allo stesso livello del 2003, quando era stato rilevato per la prima volta dopo gli attacchi dell'11 settembre 2001.

Misure per la salvaguardia della sicurezza interna: la percentuale di persone intervistate che dichiara di approvare la lotta all'hooliganismo e la sua condanna ha subito un calo significativo dal punto di vista statistico (85%, -4%), anche se quest'ultima continua a rappresentare la misura che incontra i maggiori favori. Anche il controllo della quota di stranieri (76%, -1%) e l'impiego dell'esercito a sostegno della polizia

per garantire la quiete e l'ordine pubblici (77%, -2%) raccolgono un ampio consenso, rimasto costante rispetto all'anno precedente. Una lieve maggioranza della popolazione svizzera approva lo scioglimento di dimostrazioni da parte della polizia ricorrendo alla forza (55%, -1%). Gli Svizzeri dimostrano una posizione ambivalente rispetto alla richiesta di controlli intensificati dell'accesso agli immobili pubblici. L'approvazione di questa misura è aumentata nel 2012 in modo significativo dal punto di vista statistico, mentre quest'anno ha conosciuto un calo, anch'esso notevole ai fini statistici (49%, -6%). Misure come una sorveglianza intensificata delle telefonate (51% di contrari, -4%) e dei computer privati (52% di contrari, -4) da parte della polizia dividono l'opinione pubblica svizzera. Nel corso dei dodici mesi il tasso di intervistati che si è dichiarato contrario alla sorveglianza dei computer privati da parte della polizia è diminuito in media in una misura statisticamente rilevante. Anche quest'anno la maggioranza della popolazione si è dichiarata contraria all'introduzione di un divieto di uscire dopo la mezzanotte per i giovani (66% di contrari, ±0%).

2. Politica estera e di sicurezza

Rapporti con l'UE: dal 2011 la posizione degli Svizzeri verso le questioni europee è contrassegnata da un costante scetticismo. Il rilevamento di quest'anno mostra come i cittadini non abbiano per niente mutato le loro opinioni su come la Svizzera debba gestire i propri rapporti con l'Europa. Quest'anno solo il 36% (-1%) si è dichiarato favorevole a un avvicinamento politico all'UE. Solo il 17% (±0%) ritiene auspicabile l'adesione della Svizzera all'UE. Dall'inizio dei rilevamenti nel 1993 questo è il valore più basso che sia mai stato registrato in proposito. La posizione della popolazione sulle questioni in materia di politica europea è rimasta costante negli ultimi tre anni e si traduce in un approccio pragmatico che consiste in un avvicinamento limitato all'ambito economico. L'80% (-1%) degli Svizzeri ritiene che la Svizzera non dovrebbe aderire all'UE, ma intensificare la collaborazione sul piano economico.

Cooperazione internazionale senza vincoli istituzionali che comporterebbero una diminuzione della sovranità nazionale: le opinioni degli Svizzeri in merito a un'intensificazione della cooperazione internazionale senza un diretto coinvolgimento a livello istituzionale sono rimaste immutate nel corso degli ultimi dodici mesi. La maggioranza della popolazione continua a essere favorevole a un impegno umanitario più attivo da parte del Paese. Come già l'anno precedente, tre persone intervistate su quattro auspicano anche nel 2013 che la Svizzera si assuma un ruolo attivo nelle conferenze internazionali (75%, -1%). Una percentuale quasi altrettanto ampia di intervistati ritiene che il Paese dovrebbe intensificare la propria attività di

mediazione in caso di conflitti (72%, +1%). Una percentuale leggermente inferiore, ma comunque la maggioranza delle persone intervistate, si dichiara favorevole a un incremento degli aiuti ai paesi in via di sviluppo (61%, -1%).

Partecipazione in seno all'ONU: anche quest'anno si è registrato un diffuso consenso verso l'ONU da parte della popolazione svizzera, come è sempre successo da quando il nostro Paese vi ha aderito. La percentuale di intervistati che auspica un impegno attivo della Svizzera nelle attività delle Nazioni Unite è considerevolmente aumentata nel 2012, raggiungendo un nuovo valore massimo. Quest'anno ha subito un lieve calo, che non è tuttavia da ritenersi significativo dal punto di vista statistico (-3%): con il 65% si situa a un valore elevato in una prospettiva di lungo periodo. Anche la percentuale di intervistati che si dichiara favorevole alla candidatura della Svizzera per un seggio al Consiglio di Sicurezza dell'ONU si situa con il 63% a un livello relativamente elevato (-2%).

Volontà di apertura nei confronti di alleanze in materia di politica di sicurezza e truppe di pace: la cooperazione in materia di politica di sicurezza risulta essere forma di collaborazione internazionale contemplata dal presente studio che raccoglie il minor consenso, tanto che la maggioranza delle persone intervistate tende a respingerla. Le riserve sono tanto più grandi quanto maggiore è il coinvolgimento istituzionale prospettato. Dall'inizio dei rilevamenti il maggiore consenso è sempre stato riservato di anno in anno a un impegno militare in seno all'ONU sotto forma di invio di truppe di pace svizzere. Nel corso degli ultimi dodici mesi, la percentuale di intervistati favorevoli a un invio di contingenti di pace in seno alle Nazioni Unite è rimasta costante, attestandosi al 54% (+1%). Anche lo scetticismo della popolazione svizzera nei confronti della NATO non è mutato: solo il 36% (-1%) degli intervistati si dichiara favorevole a un avvicinamento della Svizzera all'Alleanza atlantica, e solo uno Svizzero su cinque auspica che il Paese vi aderisca (19%, ±0%).

Autonomia nazionale in generale e rispetto alla politica di sicurezza: anche quest'anno è stato possibile, analogamente al 2012, rilevare un'ampia maggioranza favorevole al mantenimento da parte della Svizzera della propria autonomia economica e politica. Quattro intervistati su cinque ritengono che il nostro Paese debba rimanere il più indipendente possibile dal punto di vista economico e politico (81%, +1%), valore che rappresenta anche il livello più alto mai raggiunto dall'inizio dei rilevamenti. A livelli nettamente inferiori si attesta il consenso dei cittadini svizzeri rispetto a un'autonomia militare. Meno di un intervistato su due ritiene importante che la Svizzera debba fare affidamento unicamente alla propria difesa nazionale

(47%, -2%). Anche quest'anno la prospettiva di un'autonomia assoluta ha raccolto il tasso di consenso più basso. Il 35% (+1%) dei cittadini ritiene che la Svizzera «dovrebbe evitare alleanze di qualsiasi tipo con altri Stati»: in una prospettiva di lunga durata, si tratta di una percentuale che si situa sopra la media.

Neutralità: l'ampio consenso che si registra da diversi anni nei confronti del principio della neutralità è rimasto invariato. Nel 2013 il 94% (-1%) della popolazione svizzera si è espressa a favore del mantenimento della neutralità; il 69% (-1%) di questi si è detto «molto» e il 25% (±0%) «piuttosto» favorevole. Il principio di neutralità continua pertanto a essere condiviso dalla grande maggioranza della popolazione del Paese; da quando nel 1989 i rilevamenti hanno avuto inizio, la percentuale di persone che auspicano il suo mantenimento si attesta con il 94% a un livello elevato. È rimasto costante anche il tasso di intervistati (63%, -1%) che condividono la dottrina della neutralità differenziata, secondo la quale la Svizzera deve prendere posizione nelle questioni di politica estera, ma astenersi dall'intervenire militarmente. Solo un quarto della popolazione svizzera (23%, -2%) ritiene che la Svizzera debba pronunciarsi chiaramente non solo in merito ai conflitti politici, ma anche a quelli militari, una politica che equivarrebbe di fatto a rinunciare alla neutralità.

Funzioni della neutralità: una quota molto alta degli intervistati considera che la Svizzera a seguito della sua neutralità sia predestinata ad assumere un ruolo di rilievo nella risoluzione dei conflitti e nella mediazione internazionale (92%). Nel corso degli ultimi dodici mesi la percentuale di persone che condividevano questa opinione è scesa soltanto di un punto. Dall'inizio del nuovo millennio una maggioranza sempre più grande della popolazione ritiene che la neutralità svizzera sia «collegata indissolubilmente alla nostra idea di Stato» (84%, +1%). Questo dato conferma l'elevata importanza che la neutralità riveste sul piano simbolico nel definire l'identità nazionale degli Svizzeri. La maggioranza della popolazione è persuasa che la neutralità costituisca un pilastro della politica di sicurezza del Paese, in una percentuale tuttavia lievemente inferiore rispetto a quella registrata nel caso della sua funzione solidale e identitaria. Il 67% (+1%) degli intervistati ritiene che la neutralità permetta alla Svizzera di non lasciarsi invischiare in conflitti internazionali. Il 55% (+3%) considera che la neutralità armata della Svizzera contribuisca alla sicurezza e alla stabilità dell'Europa. Solo una minoranza del 21% (-2%) dichiara di credere che «l'appartenenza a un'alleanza difensiva europea ci darebbe più sicurezza rispetto al mantenimento della neutralità». Dal 2011 questa percentuale è diminuita costantemente.

Valutazione critica della neutralità: anche nel 2013 la neutralità viene giudicata in maniera complessivamente positiva, quando viene valutata in modo critico. La maggior parte della popolazione ritiene ad esempio che il principio della neutralità non comprometta i margini d'azione della Svizzera in ambito internazionale. Il 32% ($\pm 0\%$) degli intervistati si dichiara persuaso che la neutralità costituisca un ostacolo alla cooperazione della Svizzera con l'Europa. Analogamente, solo una minoranza crede che il nostro coinvolgimento politico e economico con altri Stati rende di fatto la neutralità impossibile (32%, $\pm 0\%$). Solo il 19% (+1%) degli intervistati ritiene che, non appena la neutralità non le porterà più vantaggi, vi si dovrà rinunciare. Questi dati mostrano come la neutralità sia ritenuta da una larga maggioranza della popolazione svizzera un valore di per sé e non semplicemente uno strumento volto a difendere gli interessi della nazione. Nel gennaio 2013 la percentuale di cittadini che dubitava che oggi la neutralità armata possa essere garantita in modo credibile e quella di cittadini che si dichiarava persuasa del contrario si equivalevano: il 46%, ossia il 3% in meno rispetto all'anno precedente, si è dichiarato d'accordo, il 45% ha espresso il proprio dissenso in proposito.

3. Politica di difesa

Necessità e importanza dell'esercito: la maggioranza della popolazione svizzera continua a ritenere che l'esercito sia necessario (72%, -3%). La percentuale si situa anche quest'anno, come è il caso invariabilmente dal 1991, sopra la media di lungo periodo (70%). A differenza del 2012, quest'anno la risposta «assolutamente necessario» è stata scartata con una frequenza leggermente inferiore rispetto agli anni precedenti, a favore della risposta «abbastanza necessario». Al contrario, nel gennaio del 2013 le persone che considerano l'esercito «assolutamente necessario» sono aumentate con il 26% (+6%) in maniera sensibile, mentre il 46% (-9%) degli intervistati ha giudicato l'esercito «abbastanza necessario».

Nel 2013 è stata prevista per la seconda volta anche una domanda che riguardava l'importanza dell'esercito. Dai dati rilevati è emerso che la popolazione svizzera continua a ritenere altrettanto importante l'esercito di quanto faceva nel 2011. Per il 62% (+2%) dei cittadini svizzeri è importante avere un esercito forte (somma delle note da 6 a 10 su una scala da 1 a 10, dove 1 sta per «assolutamente non importante» e 10 per «molto importante»; valore medio 6.2).

Entità dell'esercito: due intervistati su tre ritengono che la Svizzera dovrebbe disporre di un esercito ben equipaggiato e con un'istruzione di alta qualità (67%, -2%). Dal 2009 il numero di persone che condividono questa opinione continua a stagnare rispetto ai dati rilevati in una prospettiva di lungo periodo. Le posizio-

ni sull'abolizione dell'obbligo militare hanno, al contrario, subito un importante mutamento nel corso degli ultimi dodici mesi. Mentre l'anno scorso quasi un intervistato su due si dichiarava favorevole all'idea di abrogare l'obbligo militare, nel 2013 la stessa opinione è stata espressa soltanto da una persona intervistata su tre (33%, -15%). La percentuale di persone contrarie al mantenimento dell'obbligo militare si attesta così a un livello estremamente basso rispetto alla media di lungo periodo.

Ruolo sociale dell'esercito: negli anni Ottanta si registrò una perdita d'importanza dell'esercito a livello sociale. Dalla fine della Guerra fredda questa tendenza non si è però protratta. Negli ultimi anni la percezione del ruolo sociale dell'esercito tra la popolazione svizzera sembra essersi consolidata. Anche quest'anno la rilevanza sociale attribuita all'esercito è rimasta costante. Posti di fronte alla richiesta di giudicare l'esercito come un'istituzione cardine, come un male necessario o come un'istituzione che dovrebbe essere eliminata, il 43% (-2%) dei cittadini dichiara di ritenere l'esercito un «male necessario». Leggermente più di rado viene espressa l'opinione che l'esercito svolge un ruolo fondamentale in Svizzera e che questo deve essere giudicato in maniera positiva (39%, ±0%). Il 17% (+1%) degli intervistati si dichiara a favore dell'abolizione dell'esercito.

Soddisfazione nei confronti dell'esercito: per la terza volta di seguito è stata rilevata la soddisfazione della popolazione svizzera per quanto riguarda le prestazioni dell'esercito. Su una scala da 1 a 10, dove 1 sta per «molto insoddisfatto» e 10 per «molto soddisfatto», l'Esercito svizzero raggiunge in media un valore del 6.07. Gli Svizzeri dimostrano così di essere globalmente soddisfatti delle prestazioni del loro esercito, con una flessione solo di lievissima entità rispetto ai due anni precedenti (-0.1).

Esercito di milizia ed esercito di professionisti: oggi l'esercito di milizia non raccoglie più il largo consenso di cui ha goduto nel corso degli anni Settanta e Ottanta. Negli anni Novanta il sostegno a favore di un esercito di professionisti è cresciuto in maniera relativamente costante. A prescindere da alcune lievi oscillazioni, a partire dal nuovo millennio vige un equilibrio tra i sostenitori di un esercito di milizia e quelli di un esercito di professionisti. Quest'anno si è tuttavia registrato un calo considerevole del numero di intervistati che si è dichiarato favorevole a un esercito di professionisti (37%, -6%), mentre l'esercito di milizia ha guadagnato consensi (56%, +4%). Anche il 2013 ha confermato la tendenza di lunga prospettiva secondo cui la popolazione compresa nella fascia di età tra i 20 e i 29 anni, vale a dire la coorte delle persone soggette all'obbligo militare, è più favorevole rispetto al resto dei cittadini a un esercito di professionisti (56%, ±0%).

Per la seconda volta, inoltre, è stata rilevata anche la fiducia della popolazione svizzera in un esercito di volontari, registrando una perdita significativa rispetto all'anno precedente. Attualmente il 46% (–5% all'ultimo rilevamento di questo parametro nel 2011) dei cittadini dichiara di essere «molto» o «piuttosto» fiducioso in un esercito di volontari, mentre il 50% «piuttosto poco» o «per niente».

Spese per la difesa: il giudizio sulle spese per la difesa tra la popolazione svizzera è rimasto immutato rispetto all'anno scorso. Nel gennaio 2013 il 44% (–2%) dei cittadini aventi diritto di voto ritiene che il bilancio riservato alla difesa sia adeguato. Il 42% (–2%) della popolazione propugna una riduzione delle spese, mentre il 9% (+2%) degli intervistati auspica un incremento del budget. Questo significa che per il secondo anno di seguito gli intervistati che ritengono che la Svizzera spenda per la difesa «il giusto» e quelli che invocano invece una riduzione del budget sono rappresentati in maniera uguale tra la popolazione.

Modelli alternativi di servizio: un servizio obbligatorio per gli uomini con la possibilità di scegliere liberamente tra servizio militare, servizio civile o servizio sociale continua a essere auspicato dal 70% degli Svizzeri, con una percentuale che rispetto al 2011, quando fu fatto l'ultimo rilevamento, rimane immutata. La popolazione svizzera avente diritto di voto mostra un atteggiamento ambivalente rispetto all'eventualità di estendere il servizio obbligatorio anche alle donne. Il 59% degli Svizzeri appoggia l'introduzione di un servizio obbligatorio sia per gli uomini sia per le donne. Si tratta di un incremento notevole rispetto al 2011, quando le persone favorevoli erano solo il 52% degli intervistati (+7%). Il rifiuto assoluto all'introduzione del servizio obbligatorio come alternativa all'obbligo militare viene accettato (48%) altrettanto spesso di quanto venga rifiutato (44%). L'estensione dell'obbligo militare generale alle donne (30%, +5%) e agli stranieri (25%, +2%) trova uno scarso riscontro tra la popolazione svizzera con diritto di voto. Rispetto al 2011, tuttavia, le persone favorevoli a estendere l'obbligo militare generale alle donne sono aumentate in maniera significativa. L'abolizione dell'obbligo militare generale e la rinuncia a qualsiasi forma di servizio obbligatorio vengono invocate da un numero significativamente inferiore di intervistati rispetto all'ultimo rilevamento nel 2005 (–6%). Attualmente una minoranza del 23% si è dichiarata contraria all'obbligo militare e a ogni altra forma di servizio obbligatorio.

Aspetti positivi e aspetti negativi dell'obbligo militare generale: nello studio «Sicurezza 2011» fu chiesto agli intervistati di indicare vantaggi e svantaggi dell'obbligo militare generale. Le risposte furono suddivise in diverse categorie relative ad

aspetti negativi e positivi dell'obbligo militare generale. Sulla base di queste categorie elaborate nel 2011, nel 2013 è stata rilevata per la prima volta la posizione della popolazione svizzera avente diritto di voto rispetto a diverse affermazioni positive e negative in merito all'obbligo militare generale. Nell'elaborazione delle categorie si è fatta la distinzione tra aspetti individuali, collettivi e normativi.

Vantaggi e costi da un punto di vista individuale: i giudizi positivi sottolineano i vantaggi che può comportare per le singole persone l'obbligo militare generale; quelli negativi ne rilevano invece i costi. Verso i risvolti personali del servizio militare tra la popolazione svizzera avente diritto di voto predomina un atteggiamento positivo. Viene in particolare approvata l'acquisizione di competenze sociali (cameratismo 84%, disciplina 79%, senso del dovere 73%, tenacia 72%, rispetto reciproco 72%, autonomia individuale 63%, capacità di rispettare le differenze gerarchiche 58%). Nell'obbligo militare generale gli Svizzeri vedono anche una possibilità di acquisire altre competenze come conoscenze geografiche (72%), comprensione della politica di sicurezza (64%) e comprensione dello Stato e della società (61%). Interrogati sui costi personali, gli Svizzeri raggiungono una maggioranza risicata (54%) soltanto in merito al giudizio secondo cui l'obbligo militare generale «porta a regole e esercizi senza senso durante il servizio militare». Una minoranza della popolazione svizzera avente diritto di voto condivide l'opinione secondo cui l'obbligo militare generale comporta elevati costi personali (44%), una selezione scadente dei quadri di milizia (42%), un'istruzione scadente dei soldati (38%), un maggior consumo di alcolici e di stupefacenti (25%) nonché un rischio più elevato di incidenti (24%).

Benefici e costi collettivi: dal 2011 viene rilevata anche l'opinione della popolazione svizzera in merito ai benefici prodotti dall'obbligo militare generale. Anche nel 2013 il giudizio della maggioranza degli intervistati è stato positivo. Essi considerano, in particolare, che l'obbligo militare generale costituisca un'importante leva per garantire la coesione sociale (66%) e regionale (66%) della nazione, poiché permette di avvicinare le diverse fasce che compongono la popolazione svizzera (82%). Il 70% degli intervistati si dichiara inoltre persuaso che l'obbligo militare generale promuova la responsabilità dei soldati verso la società e che debba pertanto essere giudicato in maniera positiva. Parimenti, una maggioranza degli Svizzeri ritiene che l'obbligo militare generale sia funzionale a garantire la sicurezza del Paese. Due cittadini intervistati su tre esprimono l'opinione secondo cui l'obbligo militare generale sarebbe da valutare in maniera positiva, poiché «ci dà sicurezza» (67%). Il 63% della popolazione ritiene che l'obbligo militare generale debba essere giudicato favorevolmente perché «protegge la popolazione dalle minacce». Gli intervistati si

dividono in merito all'affermazione secondo cui l'obbligo militare generale debba essere giudicato negativamente, poiché «genera costi troppo elevati per l'economia svizzera» (il 45% acconsente, il 50% dissente). Una persona intervistata su tre ritiene che un esercito basato sull'obbligo militare sia più caro di un esercito formato da volontari (33%). Spicca, infine, il dato relativo all'argomento che riguarda i costi: quasi un quinto degli intervistati ha, infatti, dichiarato di non avere nessuna opinione in proposito (18%).

Aspetti normativi positivi e negativi: gli argomenti di natura normativa a favore o contro l'obbligo militare considerano soprattutto aspetti legati all'equità di un obbligo generale valido per tutti i cittadini maschi nei confronti dello Stato. In linea generale la popolazione svizzera ritiene giusto l'obbligo militare generale. Quasi due persone intervistate su tre (64%) si dichiarano d'accordo con l'affermazione secondo cui l'obbligo militare generale sarebbe giusto, perché «vale per tutti i giovani uomini svizzeri, per cui è equo». La stessa percentuale di intervistati crede che l'obbligo militare generale sia positivo, poiché rappresenta «un dovere civico». Solo una minoranza del 39% degli Svizzeri, ritiene che l'obbligo militare generale sia ingiusto, poiché «si basa su un'imposizione»; il 34% è invece persuaso che lo sia, poiché vale solo per gli uomini. Il 37% degli intervistati è convinto che oggi l'obbligo militare generale non abbia più alcun senso; il 33% ritiene che la mentalità militare sia fundamentalmente incompatibile con quella civile.

Conciliabilità tra servizio militare e vita professionale: nel gennaio 2013 è stata nuovamente sondata l'opinione degli Svizzeri riguardo alla possibilità di conciliare servizio militare e vita professionale. Si è potuto così confermare il risultato dell'anno precedente, quando la maggior parte degli intervistati aveva espresso un giudizio positivo in proposito. Gli Svizzeri ritengono che sia in generale possibile conciliare servizio militare e vita lavorativa, anche se sono del tutto consapevoli delle difficoltà che questo può a volte comportare. Il 62% (+4%) crede che in generale una persona che presta servizio militare possa contare sul sostegno del proprio datore di lavoro. Una percentuale analoga (60%, +6%), ritiene che il maggiore onere che comporta il servizio militare può essere affrontato senza ostacolare la carriera professionale. La popolazione svizzera si divide in merito alla questione, se l'assenza sul posto di lavoro costituisca uno dei motivi principali per cui il servizio militare ostacolerebbe la carriera professionale. Il 41% (+2%) degli intervistati crede di sì, mentre il 45% (+2%) è persuaso del contrario. Quest'anno un intervistato su tre ha espresso l'opinione, secondo cui un collaboratore che non può svolgere appieno i propri compiti a causa del servizio militare non potrebbe contare sulla comprensione del

suo datore di lavoro (33%, +1%). Il 45% ritiene che ciò non sia il caso (+3%). Analogamente anche quest'anno un intervistato su tre ritiene che le assenze dovute al servizio militare non vengono più accettate dai datori di lavoro (30%, +4%), mentre il 45% (+2%) crede, al contrario, che in sé non costituiscano un problema.

Cittadini svizzeri con un passato migratorio e servizio militare: la Costituzione federale svizzera prevede l'obbligo militare generale per i cittadini maschi. La stessa percentuale di intervistati dell'anno scorso 85% ($\pm 0\%$) ritiene che, fino a quando il dettato costituzionale rimarrà in vigore, anche i giovani naturalizzati di sesso maschile debbano prestare servizio militare. Il numero di intervistati persuaso che il servizio militare possa svolgere un'importante funzione nell'integrazione di cittadini con passato migratorio è cresciuto in maniera rilevante rispetto all'anno precedente (+5%). Il 71% delle persone intervistate ritiene che il servizio militare aiuti i giovani naturalizzati a inserirsi più facilmente nella società svizzera. Il 29% della popolazione ha espresso dubbi sull'effettiva disponibilità da parte dei giovani naturalizzati che prestano servizio militare a difendere la Svizzera. Quasi il doppio degli intervistati (57%, +4%) respinge l'affermazione secondo cui un soldato di origini svizzere sarebbe più propenso a difendere il Paese rispetto a un soldato naturalizzato. Una minoranza del 13% ritiene che per la nostra sicurezza sia meglio che i giovani naturalizzati non prestino servizio militare. Una maggioranza del 76%, al contrario, non condivide questa opinione.

Conclusioni

I rilevamenti che riguardano gli ultimi dodici mesi confermano che, al pari dell'anno precedente, i cittadini svizzeri continuano a ritenere il loro Paese un luogo sicuro in un mondo caratterizzato da grande insicurezza. Nel 2013 gli Svizzeri dichiarano di sentirsi estremamente sicuri e di essere molto fiduciosi per quanto riguarda il futuro del Paese. La popolazione si dimostra, invece, anche quest'anno molto scettica quanto alla possibilità di una distensione della situazione politica mondiale, anche se la percezione dell'evoluzione a livello internazionale risulta meno negativa. Su questo sfondo va collocata anche la fiducia che gli Svizzeri in linea generale continuano a dimostrare di nutrire in una misura sopra la media verso le istituzioni e le autorità del loro Paese.

Questo ottimismo a livello nazionale e lo scetticismo che lo accompagna in merito agli sviluppi della situazione politica mondiale sembra ripercuotersi, come era già il caso nell'anno precedente, sulla disponibilità degli Svizzeri alla cooperazione nell'ambito della politica estera. Lo scetticismo della popolazione nei confronti dell'eventualità di un'adesione all'UE o alla NATO permane al valore massimo registrato nel 2012. Nondimeno gli Svizzeri non auspicano un'autonomia assoluta del loro Paese. La collaborazione economica con l'UE continua a raccogliere un largo consenso. In una prospettiva di lungo periodo anche un maggiore impegno della Svizzera nell'aiuto allo sviluppo e nell'ambito della mediazione dei conflitti a livello internazionale e un suo maggiore coinvolgimento nelle attività dell'ONU possono contare su un maggiore sostegno.

Accanto alla disponibilità all'apertura anche il consenso di cui gode il principio della neutralità rivela come l'orientamento dei cittadini svizzeri verso la loro nazione sia tendenzialmente sempre più forte. Praticamente l'intera popolazione della Svizzera approva il principio della neutralità, che viene sempre più percepito come un valore di per sé. Come è già stato possibile rilevare l'anno scorso, anche la sua funzione solidale e identitaria viene riconosciuta dalla grande maggioranza della popolazione.

La posizione dei cittadini nei confronti dell'esercito è rimasta immutata rispetto al 2012, eccezion fatta per la struttura della difesa. Gli Svizzeri si dichiarano persuasi della necessità di avere un esercito e si ritengono soddisfatti dell'operato di quest'ultimo; il consenso a favore di una sua abolizione rimane al contrario stagnante e continua a situarsi a un livello basso. Il giudizio della popolazione anche quest'anno si divide per quanto riguarda il ruolo sociale dell'esercito e l'entità del bilancio della difesa. L'esercito di milizia e l'obbligo militare generale, invece, raccolgono di nuovo un maggiore consenso tra gli Svizzeri.

Summary of the Survey «Security 2013»

Goals and Database

The annual «Security» survey jointly conducted by the *Military Academy at ETH Zurich (Swiss Federal Institute of Technology Zurich)* and the *Center for Security Studies of ETH Zurich* serves to determine trends in the opinion-making of foreign, security and defense policy in Switzerland. It is based on representative surveys of the Swiss electorate, carried out on an annual basis.

Apart from a core of questions always included or in irregular intervals, there are also always some questions about current issues of security policy. In 2013, special attention was paid to measures to maintain homeland security, alternative models of service, positive and negative aspects of general conscription, compatibility of military service and professional life, as well as naturalized Swiss' attitude toward military service.

Data collection took place telephonically between January 9 and February 12, 2013, with 1,200 people from all language regions, and it was carried out by the survey institute ISOPUBLIC. The surveyed attitudes here may be influenced by current issues of security policy. On January 20, 2013 a referendum on the abolishment of conscription was held in Austria. A majority of Austrians rejects abolishing conscription. In the Swiss media the referendum was discussed mainly on that day with a follow-up the following one. From January 14 to 28, a deployment of the Swiss armed forces took place as part of the World Economic Forum (WEF) in Davos. However, the event didn't catch the attention of the media.

The \pm -figures in brackets indicate the difference to the survey in January 2012. In the survey of 2013, the maximum sampling error is $\pm 3\%$ with a 95% degree of certainty. In other words, there is a probability of 95% that a value of x which we measured as 50% belongs to a population in which the rate of x lies between 47% and 53%. In this case, the population is the Swiss electorate.

Trends and Tendencies

1. General Sense of Security and Trust in Institutions

General sense of security: The last two years witnessed a positive subjective perception of security. This year is no different. Perceived levels of security have remained unchanged over the course of the previous year (–1%). The vast majority of people polled feel secure (89%). The share of people who feel «very» secure remains at a constant 32% (±0%), 57% (–1%) feel «quite» secure.

Evaluation of Switzerland's near future: The Swiss electorate feels markedly more optimistic about the future compared to the previous year. Indeed, the value of 82% (+4%) is above average. Only the survey of 2011 witnessed an even more optimistic outlook. However, with 75% (+3%) the «quite» optimistic view outweighs the «very» optimistic view with 7% (+1%).

Evaluation of the global political situation: The Swiss electorate's bleak perception of the global political situation as seen in the last two years has significantly improved over the course of the previous year. Compared to the previous year, currently far fewer people expect the situation to become bleaker (46%, –7%). With 44% (+6%) an almost equal number of Swiss citizens expects no change in global outlook. Finally, with 9% the number of people who expect the global political situation to improve is in line with the long-term average.

Trust in authorities and institutions: Since the beginning of the survey series «Security» the seven institutions – respectively eight since 2007 – have always been assigned medium to high levels of confidence. After the previous year's significant increase in confidence levels across all institutions (with the exception of the economy) this year these remain constant (±0.0). The average general confidence levels in 2013 are above the long-term average (Ø: 6.2, 2013: 6.5). Ever since the beginning of this survey series the judiciary has always received the highest confidence levels. This year the police get very high confidence levels again, followed by the courts. Similarly, the ranking and levels of confidence in the Federal Council remain constant while those in the Swiss economy have changed only marginally. In January 2013 the Federal Council comes third and the Swiss economy fourth. The population has slightly more confidence in its Federal Parliament than in the armed forces. Political parties and the Swiss media come last. After the previous year's surge in confidence levels across seven institutions – the exception being the

Swiss economy – this year there are no notable changes apart from political parties. Compared to the previous year, political parties are trusted considerably more.

Measures to fight against extremism and terrorism: Four in five respondents think that it is important for our security to fight against right-wing extremism more intensively than today (81%). Equal measures against left-wing extremism, however, are endorsed by only 63%. The former has remained stable compared to the previous year's survey, whereas the latter has decreased by 4%. The Swiss population's willingness to accept restricted personal freedoms in the fight against terrorism has been steadily and slowly decreasing to 66% (–2%) since reaching its peak in January 2011. This year's level is equal to the level of 2003 (the year when this question was asked for the first time after 9/11).

Measures to ensure homeland security: Statistically speaking there is significantly less support for fighting and penalizing hooliganism (85%, –4%). Still, it remains the measure most endorsed by the population. The two measures keeping tabs on the share of foreign nationals (76%, –1%) as well as deploying the armed forces to secure law and order should the police fail to do so (77%, –2%) are highly popular. Both have remained constant over the course of the previous year. Only a narrow majority of the Swiss population endorses violent breakups of demonstrations by the police (55%, –1%). An ambivalent attitude of the Swiss population becomes apparent when it comes to access controls in public buildings. There was a statistically significant increase in popularity of this measure in January 2012. This year, however, approval has dropped to 49%, which amounts to a statistically significant decrease of 6%. Measures such as increasingly tapping telephones (51% rejection, –4%) as well as private computers (52% rejection, –4%) divide the Swiss population. The latter has significantly decreased over the course of one year. Again, a majority of the population rejects a curfew for adolescents after midnight (66% rejection, ±0%).

2. Foreign and Security Policy

Relations with the EU: The Swiss population has been predominantly skeptical of the EU since 2011. This year's study shows no shift in attitudes towards the EU. Only 36% (–1%) are in favor of closer ties with the EU. Merely 17% (±0%) want to join the EU, the lowest approval rate since the beginning of the survey series in 1993.

This consistency of attitudes in European matters over the last three years is reflected elsewhere: The Swiss population adopts a pragmatic view in that it only wants to build stronger ties with the EU in economic matters. 80% (–1%) think that «Switzerland should not join the EU but increase its economic cooperation with the EU».

International cooperation without sovereignty-reducing institutional bindings: The population's attitude towards increased international cooperation without institutional binding has remained constant compared to the previous year. Again, a majority is in favor of Switzerland playing a more active role in humanitarian issues. In January 2013 a constant three in four respondents wish that Switzerland would play a more active role in international conferences (75%, -1%). Almost equally popular are demands for Switzerland to mediate more frequently in conflicts (72%, +1%). Still popular, albeit less so, are demands for an increase in development aid (61%, -1%).

Participation in the UN: Ever since Switzerland joined the UN, the population has had a positive attitude towards this organization. 2013 is no different. In fact, the approval rate of Switzerland playing an active role in the UN significantly increased in 2012 and reached a new peak that same year. This year, the approval rate has dropped slightly by 3%, which is statistically insignificant. It's currently at 65%, which is above the long-term average. Similarly popular is the demand that Switzerland should strive for a seat in the UN Security Council (63%, -2%).

Willingness to open up for security political alliances and peacekeeping forces: Of all the different forms of international cooperation mentioned in this study, the security-political cooperation is least popular. It tends to be rejected by the population. The level of rejection increases with the level of institutional involvement. Since the beginning of the survey series, a military engagement within the UN framework – deploying Swiss peacekeeping forces abroad – has always received the highest levels of support. A constant 54% (+1%) endorses such deployments. Likewise, the Swiss population remains skeptical of Nato as a security political alliance. 36% (-1%) want closer ties with Nato. Only one in five Swiss citizens wants to join Nato (19%, ±0%).

General and military national autonomy: The popularity of the demand for economic and political autonomy, as seen in 2012, continues in 2013. Four in five Swiss citizens think that Switzerland should remain as economically and politically autonomous as possible (81%, +1%), the highest value in the history of this survey. Considerably less popular is the wish for military autonomy. Less than half of the Swiss population thinks that Switzerland should rely solely on its own national defense (47%, -2%). Like in previous years, there is little support for absolute autonomy this year. 35% (+1%) of the Swiss population want Switzerland to «keep out of all kinds of alliances and unions with other states», which is above the long-term average.

Neutrality: Neutrality has been very popular for the last few years. In 2013, 94% (–1%) of the Swiss population are in favor of neutrality, whereby 69% (–1%) «totally» and 25% (±0%) «quite» agree. In other words, neutrality remains popular this year and with 94% it achieves a high level of endorsement compared to the individual surveys since 1989. Two in three respondents (63%, –1%) constantly endorse differential neutrality, whereby Switzerland takes a firm stand in foreign-policy matters, but keeps out of military affairs. Only a fourth of the Swiss population (23%, –2%) is in favor of Switzerland taking a firm stand in both foreign-political and military conflicts, which effectively would mean the end of neutrality.

Functions of neutrality: A large number of respondents think that due to its neutral status Switzerland is predisposed towards being a mediator in international conflicts (92%). Over the course of the previous year the average approval rate of this solidarity function of neutrality has only dropped by one percentage point. Since the turn of the millennium, a majority has seen Swiss neutrality increasingly as being «inseparably linked to our view of the state» (84%, +1%). This pinpoints to the strong symbolic importance of neutrality for Switzerland's national identity. A majority of the Swiss population believes in the security political function of neutrality, albeit less so than in the solidarity or identity function of neutrality. 67% (+1%) of respondents think that it is thanks to neutrality that Switzerland is not involved in international conflicts. 55% (+3%) think that armed neutrality contributes to a stable Europe. Only a minority of 21% (–2%) believes that «being a member of a European defense alliance would increase our security more than maintaining neutrality would». However, support for this proposition has been declining since 2011.

Critical assessment of neutrality: In 2013, too, a critical assessment of neutrality leads to a positive outcome. Indeed, a majority of the Swiss population does not think that neutrality restricts Switzerland's freedom to act in the international arena. Only a minority of 32% (±0%) thinks that neutrality is an obstacle to European cooperation. Another minority is convinced that neutrality is impossible due to Switzerland's close economic and political interconnection with other states (32%, ±0%). Only 19% (+1%) of respondents think that Switzerland should give up the principle of neutrality as soon as it stops yielding any benefits. This low level of approval indicates that neutrality is seen by a large majority to be a value in itself and not necessarily a means to other ends. In January 2013, an equal number of people endorse or reject credible armed neutrality (46% approval, 45% rejection, –3% approval).

3. Defense Policy

Necessity of the armed forces: A majority of the Swiss population continues to deem the armed forces necessary (72%, -3%). Again, this year the level of approval lies above the long-term average since 1991 (70%). The previous year's observation, whereby the category «absolutely» necessary lost ground over «quite» necessary, has disappeared. In January 2013 with 26% (+6%) clearly more people deem the armed forces «absolutely» necessary, while 46% (-9%) say they are «quite» necessary.

In 2013, the survey included questions about the relevance of the armed forces for the second time. The assigned relevance of the armed forces has remained constant since 2011. 62% (+2%) of the Swiss electorate think it is important to have strong armed forces (sum of the grades 6 to 10 on a scale ranging from 1 «absolutely unnecessary» to 10 «absolutely necessary»; average 6.2).

Size of the armed forces: This year two in three respondents demand well-equipped and trained armed forces (67%, -2%). Support for this demand has stagnated since 2009 compared to the long-term average. 2013 is no exception. The attitude towards abolishing conscription is another indicator of the desired size of the armed forces. Contrary to the demand for well-equipped and trained armed forces, the attitude towards abolishing conscription has changed significantly over the course of the previous year. While in 2012 almost one in two respondents was in favor of abolishing conscription, in January 2013 only one in three takes this stance (33%, -15%). Thus, in 2013 rejection of conscription is at a noticeably low level compared to the long-term average.

Social relevance of the armed forces: In the 80s the military lost some of its societal significance. Since the end of the Cold War, however, this trend has stopped. In the last few years, the military seems to have gained a stronger position in society. The societal relevance of the military has remained constant in 2013. When asked whether the armed forces play a major societal role, whether they are a necessary evil, or need to be abolished, 43% (-2%) of respondents say that the armed forces are a «necessary evil». A less popular answer is that the military plays a major role in Switzerland, which is seen as a positive thing (39%, ±0%). 17% (+1%) of respondents want to abolish the armed forces.

Satisfaction with the armed forces: This year, satisfaction with the performance of the armed forces was surveyed for the third time. On a scale ranging from 1 to 10, whereby 1 means «not satisfied at all» and 10 «very satisfied», the Swiss armed

forces scored an average of 6.07. In the last three years, satisfaction with the performance of the armed forces has remained constant (−0.1).

Militia vs. professional army: The broad consensus of the 70s and 80s, clearly favoring militia armed forces over an all-volunteer force, has disappeared. In the 90s, support for an all-volunteer force had seen a relatively steady increase. With little fluctuations, supporters of militia armed forces and all-volunteer forces, respectively, are in balance. This year, however, there is markedly less support for an all-volunteer force (37%, −6%), while the militia armed forces gained ground (56%, +4%). The longstanding trend, whereby the 20 to 29 year olds – the age cohort of conscripts – are more in favor of an all-volunteer force than the rest of the population can be confirmed in 2013 (56%, ±0%).

For the second time, this year's survey asked the Swiss population about its confidence in an all-volunteer force. In 2013, there is a significant loss of confidence in an all-volunteer force. At present, 46% (−5% compared to the last inquiry of this question in 2011) of the population «totally» or «quite» trust an all-volunteer force, 50% «quite» or «totally» distrust it.

Defense expenditures: Opinions about defense spending remain unchanged compared to the previous year. In January 2013 44% (−2%) of respondents think that defense spending is appropriate. Cuts are demanded by 42% (−2%), while 9% (+2%) wish for an increase in spending. For the second time in a row, the share of the population who thinks that defense spending is «just right» is equal to the share that demands budget cuts.

Alternative models of service: Like in 2011, a constant 70% of Swiss endorse compulsory general service for men, whereby men can freely choose whether they want to do military service, civilian service or social service. Extending this compulsory general service to include women causes mixed reactions. 59% endorse compulsory general service for men and women, a significant increase of 7% compared to 2011. 48% totally reject compulsory general service as an alternative to conscription, an almost equal share of the population (44%) endorses this. Moreover, there is little support for extending general conscription to women (30%, +5%) and foreign nationals (25%, +2%). Another significant increase compared to 2011 can be seen in the demands to extend general conscription to women. Abolishing general conscription and refraining from any form of compulsory general service is markedly less popular in 2013 (−6%) than in 2005, when this item was last polled. Currently, a minority of 23% rejects conscription and every other form of compulsory general service.

Positive and negative aspects of general conscription: In the study «Security 2011» respondents were asked to name advantages and disadvantages of general conscription. Answers were then divided into different categories of negative and positive aspects of general conscription. Using these categories, in 2013 Swiss attitudes towards various positive and negative statements about general conscription were polled for the first time. A distinction was made between individual, collective and normative aspects.

Individual benefits and individual costs: Positive individual arguments stress individual benefits of general conscription, while negative ones stress individual costs. With regard to individual arguments, positive attitudes are predominant. Particularly acquiring social competencies are appealing (comradeship 84%, discipline 79%, sense of duty 73%, perseverance 72%, mutual respect 72%, independence 63% and the ability to follow orders 58%). Furthermore, the Swiss population sees general conscription as an opportunity to acquire other skills such as better knowledge of national geography (72%), security policy (64%) as well as state and society (61%). Asked about individual costs, the only argument endorsed by an – albeit small – majority is that general conscription is «bad because it leads to pointless rules and exercises» (54%). A minority of the Swiss population thinks that general conscription leads to high personal costs (44%), a poor selection of militia cadre (42%), poorly trained soldiers (38%), increased alcohol and drug abuse (25%) as well as to a higher risk of injury (24%).

Collective benefits and collective costs: A majority generally endorses the categories of collective benefits of general conscription. These categories were established in 2011. In particular, a majority favors arguments that see general conscription as an impetus for social (66%) and regional (66%) cohesion by bringing different social strata together (82%). 70% think that general conscription is good because it fosters a sense of social responsibility in soldiers. Also, a majority of the Swiss population thinks that general conscription increases security. Two in three citizens think that general conscription is good because it gives them «a sense of security» (67%). 63% think that general conscription is good because «it protects the Swiss population from harm». In contrast, the Swiss population is divided when it comes to the question as to whether general conscription is bad because it leads to «high economic costs» (45% approval, 50% rejection). One in three respondents thinks that militia armed forces are more expensive than an all-volunteer force (33%). A surprisingly high number of respondents (18%) have no opinion about it.

Positive and negative normative aspects: Normative arguments for and against conscription mainly deal with aspects of justice and injustice of a general obligation of all male citizens vis-à-vis the state. Overall, the Swiss electorate thinks that general conscription is just. Almost two in three respondents (64%) think that general conscription is good and «just, because all men are legally obliged». An equal number of people think that general conscription is positive because it is a «civic duty». Only 39%, however, think that general conscription is unjust because it is «against free will», while 34% reject it because only men are obliged. 37% of respondents think that conscription is pointless today and 33% think that military and civil mindsets are irreconcilable.

Compatibility of military service and professional life: In January 2013 attitudes towards compatibility of military service and professional life were measured again. Like the previous year, this year a majority thinks that military service and professional life are compatible. Still, the Swiss population sees that there are difficulties. 62% (+4%) of respondents think that employers support their employees who serve in the military. Likewise, 60% (+6%) are convinced that the multiple burden of military service and professional career is manageable without damaging career prospects. The Swiss population is divided on the question whether or not absence from the workplace is the main reason why military service hinders careers. 41% (+2%) of respondents agree, while 45% (+2%) disagree. Like the previous year, one in three respondents thinks that employers have no sympathy for servicemen's reduced performance in the workplace due to military service (33%, +1%), while 45% (+3%) disagree. Likewise, one in three thinks that employers do not accept temporary absence from work any more (34%, +4%), while 45% (+2%) disagree.

Swiss with migration background and military service: According to the Swiss constitution, male citizens are obliged to do military service. As long as the constitution demands so, a constant 85% ($\pm 0\%$) argue that conscription should include naturalized young men. In 2013, significantly more Swiss think that military service helps naturalized young men assimilate more easily into Swiss society (71%, +5%). 29% think that a soldier of Swiss origin is more willing to defend Switzerland than a naturalized soldier. Twice as many respondents reject this view (57%, +4%). A minority of 13% thinks that it is better for our security not to let naturalized young men serve in the military. A majority of 76% disagrees.

Conclusion

The perception of secure Switzerland in an insecure world, as seen in the previous year, is confirmed this year. In 2013 the Swiss population feels very secure and is very optimistic about Switzerland's future. However, this does not entail that the Swiss population believes that the global situation will ease, even though perceptions are less bleak this year. The continuing high levels of confidence in Swiss institutions and authorities should be seen in this light.

Like last year, the simultaneous occurrence of national optimism and global skepticism seems to affect the foreign-political willingness to cooperate. Mistrust in the EU and Nato remain at last year's peak levels. Nevertheless, the Swiss population does not wish for absolute autonomy. There is broad support for economic cooperation with the EU. Likewise, there is stronger support for increased efforts in foreign aid, in international conflicts as well as in UN affairs compared to the long-term average.

Apart from the willingness to open-up, opinions about neutrality pinpoint to a trend, whereby the Swiss population increasingly focuses on itself. Almost all citizens endorse the principle of neutrality, which seems to become a value in itself. As seen in the previous year, there is broad support for the different functions of neutrality, in particular the solidarity and identity functions.

All attitudes towards the armed forces – with the exception of defense structure – remain unchanged compared to 2012. The Swiss deem the armed forces necessary and are satisfied with their performance. Only a constant minority wants to abolish the armed forces. The societal role of the armed forces and the size of the defense budget again divide the Swiss electorate. However, the militia-armed forces and the principle of general conscription are more popular this year.

1 Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse 2012

Wie sich bereits in früheren Jahren gezeigt hat, kann das Interesse der SchweizerInnen an sicherheitspolitischen Themen – das Sicherheits- und Bedrohungsempfinden, die internationale Kooperationsbereitschaft sowie die Neutralitätsauffassung – kurzfristigen Schwankungen unterliegen, die von tagesaktuellen Ereignissen im In- und Ausland geprägt sind. Der Analyse wichtiger Meinungstrends auf Befragungsbasis wird deshalb eine Chronologie meinungsbildender Ereignisse des Jahres 2012 vorangestellt. Die Auswahl der Ereignisse ist naturgemäss selektiv und auf die Wahrnehmung in der öffentlichen Debatte ausgerichtet. Die Angaben beruhen auf der Chronologie zur schweizerischen Sicherheitspolitik, welche das *Center for Security Studies* der ETH Zürich als Teil seiner Homepage unterhält (<http://www.css.ethz.ch/>).¹

1.1 Politisierung der Weltwirtschaft – maritime Spannungen in Ostasien – Bürgerkrieg in Syrien – regionale Jihadisten

Als Folge der globalen Finanzkrise sind die wirtschaftlichen Probleme der westlichen Industriestaaten im Berichtszeitraum sichtbar geworden. Gleichzeitig beschleunigten sich die wirtschaftlichen und politischen Machtverschiebungen vom Westen in den Osten. Die internationale Finanz- und Schuldenkrise führte insgesamt zu einer zunehmenden Politisierung der Weltwirtschaft. Das Ringen um die Spielregeln und Ordnungsstrukturen einer globalisierten Welt ist im Jahr 2012 konfrontativer geworden. Dabei manifestierten sich die Bruchlinien allerdings nicht nur zwischen den Industriestaaten und den Schwellenländern, sondern auch innerhalb des Westens machten sich an den Schnittstellen zwischen Politik und Wirtschaft vermehrt Spannungen bemerkbar. Die Spannungen zwischen der Schweiz und den USA im Kontext von Steuer- und Bankenfragen sind in diesem Zusammenhang zu sehen.

Während sich die EU vorrangig mit der Überwindung der Eurokrise und damit mit sich selbst beschäftigte, konzentrierten sich die USA auf die Neuausrichtung ihrer globalen Führungsrolle. Im Zentrum stand dabei der *Pivot to Asia*, das heisst eine verstärkte Fokussierung auf flexible Partnerschaften im asiatisch-pazifischen

1 Der Autor dankt Lajescha Dubler für die Zusammenstellung und Aufbereitung des Materials.

Raum. Damit reagierte Präsident Barack Obama auf die zunehmenden maritimen Spannungen in Ostasien. Viele Regionalmächte wünschen sich amerikanische Rückendeckung als Ausgleich für ein zunehmend selbstbewusst auftretendes China. Einerseits eskalierte der Streit zwischen China und seinen Nachbarstaaten um zumeist kleine Inseln im ost- und südchinesischen Meer. Andererseits machten sich auf der Ebene der militärischen Beziehungen zwischen China und den USA vermehrt Spannungen bemerkbar, was wiederum den regionalen Aufrüstungsprozess beschleunigte.

Gleichwohl blieb der Nahe und Mittlere Osten von zentraler Bedeutung für die internationale Sicherheitspolitik. Im Irak nahmen die Spannungen zwischen Sunniten, Schiiten und Kurden nach dem Abzug der US-Truppen gegen Ende des Jahres 2012 erneut zu und auch im Palästinakonflikt liess sich keine Entspannung der Lage feststellen. Die internationale Aufmerksamkeit konzentrierte sich allerdings auf den Bürgerkrieg in Syrien, der die Region zunehmend zu destabilisieren drohte. Der Iran wiederum wurde schrittweise isoliert und mit stärkeren Sanktionen belegt. Zeitweise schob sich in diesem Zusammenhang die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung mit Israel auf die internationale Agenda. Angesichts dieser Entwicklungen wird es sich zeigen müssen, ob die USA die durch Präsident Barack Obama eingeleitete Strategie der Selbstbeschränkung im Mittleren Osten aufrechterhalten können.

Während die westlichen Staaten ihr Engagement in Südwestasien schrittweise verkleinerten, verharrte die Sicherheitslage in Afghanistan und in Pakistan im Zustand chronischer Instabilität. Dabei beschleunigte der amerikanische Drohnenkrieg gegen Al-Kaida-Zellen in Pakistan und in Jemen den wachsenden Antiamerikanismus in den lokalen Bevölkerungen. Regionale Jihadisten-Gruppen rückten enger zusammen und die Ideologie der Al-Kaida traf in einigen Ländern auf eine erneut steigende Zustimmung, nachdem sie in den vergangenen Jahren zunehmend marginalisiert worden war. Auch wenn in westlichen Ländern die Gefahr terroristischer Anschläge insgesamt deutlich gesunken ist, blieben westliche Interessen in islamischen Ländern im Visier regionaler Jihadisten.

1.2 Aussenpolitik: Steuer- und Bankenstreit – Zukunft des EU-Bilateralismus – Sanktionspolitik

Mit dem Jahresbeginn übernahm Bundesrat Didier Burkhalter das EDA. Er übergab die Leitung des EDI seinem Nachfolger Bundesrat Alain Berset. Nur wenige Tage danach ernannte der Bundesrat Yves Rossier zum neuen Staatssekretär im EDA (11.01.2012). Sein Vorgänger im Amt, Staatssekretär Peter Maurer, wurde Präsident

des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) in Genf. Überraschend musste der Bundesrat zudem den Rücktritt des Präsidenten des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, Philipp M. Hildebrand, zur Kenntnis nehmen (9.01.2012). Ebenfalls bereits Anfang des Jahres bestätigte die OSZE die Wahl der Schweiz für den Vorsitz der Organisation im Jahr 2014 (10.02.2012). Serbien wird den Vorsitz der OSZE im Jahr 2015 übernehmen, wobei die zwei aufeinanderfolgenden OSZE-Präsiden aufeinander abgestimmt werden sollen, wie Bundesrat Didier Burkhalter anlässlich eines offiziellen Arbeitsbesuchs des serbischen Aussenministers in Bern bestätigte (1.03.2012). Damit wird die OSZE wieder verstärkt in den Fokus der Schweizer Aussenpolitik rücken.

Wie schon im Jahr 2011 entwickelte sich der Steuer- und Bankenstreit auch 2012 zum dominanten aussenpolitischen Thema. Im Februar präsentierte der Bundesrat ein Diskussionspapier zur Finanzplatzstrategie (22.02.2012). Im Verlaufe des Jahres wurde das Papier weiter entwickelt, so dass Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf gegen Ende des Jahres die Parteipräsidenten und Fraktionsspitzen über den Stand der Diskussionen des Bundesrates zur Finanzmarktstrategie orientieren konnte. Dabei brachten die Parteien ihre Sorge über die aktuellen Entwicklungen zum Ausdruck, was deutlich machte, dass der Steuer- und Bankenstreit auch 2013 im Zentrum der öffentlichen Debatte stehen dürfte (9.11.2012).

Die USA hatten die Gespräche um eine Globallösung im Herbst 2011 abgebrochen. Gleichwohl hatte Bundespräsidentin Widmer-Schlumpf Anfang des Jahres 2012 eine Lösung des Steuerstreits mit den USA in Aussicht gestellt. Die USA gingen jedoch nicht auf den Schweizer Vorschlag ein, sondern erhöhten im Gegenzug den Druck auf die Bank Wegelin. Gegen Ende des Jahres zeichnete sich ab, dass sich die Vertreter der Bank schuldig erklären würden, Amerikaner geholfen zu haben, Geld vor dem US-Fiskus zu verstecken. Anfang Januar 2013 verpflichtete sich die Bank Wegelin, 74 Mio. US-Dollar zu bezahlen; im Gegenzug wurde das Strafverfahren gegen die Bank eingestellt.

Im August 2012 erteilte der Bundesrat ein Mandat für Verhandlungen mit den USA über ein Rahmenabkommen zur Umsetzung des *Foreign Account Tax Compliance Act* (FATCA) (29.08.2012). Dabei hielt der Bundesrat vorerst an der Position fest, das Abkommen würde erst unterschrieben, wenn die USA einer Globallösung zustimmen würden. Bald zeigte sich jedoch, dass diese Position nicht haltbar war. Im Dezember paraphierte der Bundesrat ein Abkommen zur erleichterten Umsetzung der US-Steuer-gesetzgebung FATCA, obwohl weiterhin keine Globallösung des Steuerstreits mit den USA in Sicht war (3.12.2012).

Auch im europäischen Umfeld sah sich die Schweiz im Zusammenhang mit dem Modell der Abgeltungssteuer zunehmendem Druck ausgesetzt. Obwohl es

zwischenzeitlich ausgesehen hatte, dass der automatische Informationsaustausch vermieden werden könnte, verschlechterte sich die Ausgangslage deutlich, als das Steuerabkommen mit Deutschland im Dezember endgültig am Widerstand von SPD und Grünen scheiterte. Bereits Mitte des Jahres hatte der Bundesrat ein Mandat für den Dialog mit der EU über Unternehmenssteuerregimes verabschiedet (1.06.2012). Die EU stösst sich an der steuerlichen Ungleichbehandlung in- und ausländischer Einkünfte auf kantonaler Ebene. Der Steuer- und Bankenstreit dürfte die Schweizer Aussenpolitik im Jahr 2013 beschäftigen.

Wie bereits im vorangehenden Jahr sah sich die Schweiz auch 2012 vermehrt vor Grundsatzfragen gestellt, wie die künftigen Beziehungen mit Brüssel ausgestaltet werden sollen. Der EU-Ministerrat hatte festgehalten, dass der bilaterale Weg seine Grenzen erreicht habe und sich die EU eine dynamische Anpassung der Abkommen an das künftige EU-Recht wünsche. Im Bericht über die aussenpolitischen Schwerpunkte 2012-2015 verdeutlichte der Bundesrat seinen Willen, die Beziehungen zur EU unter Fortführung des bilateralen Wegs anzupassen und zu vertiefen (2.03.2012). Aus Schweizer Sicht geht es dabei um die Wahrung des politischen Handlungsspielraums in institutionellen Fragen sowie um wirtschaftliche Interessen im Hinblick auf den Marktzugang oder die Steuerfragen. Anlässlich eines Arbeitsbesuches von Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf und Bundesrat Didier Burkhalter in Brüssel vereinbarten beide Seiten, die aktuellen Dossiers im Rahmen eines koordinierten Ansatzes voranzutreiben und in diesem Zusammenhang Lösungen für institutionelle Fragen auszuarbeiten (20.03.2012).

Vor diesem Hintergrund verabschiedete der Bundesrat im Rahmen einer Klausur Grundsätze über institutionelle Lösungen mit der EU (25.04.2012). In den darauffolgenden Monaten diskutierte er diese Grundsätze mit den aussenpolitischen Kommissionen des National- und Ständerates, mit den Kantonen sowie mit den Sozialpartnern. Nachdem die Konsultationen ergeben hatten, dass die Stossrichtung des Bundesrates grundsätzlich Unterstützung fand, verabschiedete der Bundesrat den definitiven Wortlaut der Grundsätze und informierte die EU-Verhandlungspartner über die Schweizer Position (15.06.2012).

Die Vorschläge der Schweiz wurden in Brüssel mit Skepsis aufgenommen. Gegen Ende des Jahres informierte Brüssel Bern, dass der EU-interne Prozess zu den institutionellen Vorschlägen der Schweiz fortgesetzt werde (30.11.2012). Vorerst geht es darum, die Verhandlungen im Strom/Energie-Dossier voranzutreiben, da diese Verhandlungen bereits weit fortgeschritten sind und auf beiden Seiten grosses Interesse an einem Abkommen besteht. In diesem Rahmen sollen gleichzeitig konkrete institutionelle Lösungen gesucht werden, die allenfalls als Referenz für künftige CH-EU Abkommen dienen könnten.

Die Europapolitik wird eine zentrale Herausforderung der Schweizer Aussenpolitik bleiben, wobei sich sowohl die inneren als auch die äusseren Rahmenbedingungen schwierig gestalten. Was den äusseren Rahmen anbelangt, mag der Fluglärmkonflikt mit Deutschland als Beispiel dienen. Im Herbst unterzeichneten die zwei Verkehrsminister den Staatsvertrag zum Flugverkehr und schienen damit die seit Jahren andauernde Auseinandersetzung zwischen der Schweiz und Deutschland zu beenden (4.09.2012). Schon bald zeigte sich allerdings, dass süddeutsche Vertreter den Vertrag ablehnten und wieder aufschnüren wollten. Die Schweiz wiederum lehnte Nachverhandlungen ab. Vor diesem Hintergrund ist an eine Ratifizierung des Vertrags durch die beiden Parlamente momentan nicht zu denken.

Die inneren Rahmenbedingungen können mit dem Hinweis auf die bereits Anfang des Jahres eingereichte Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» (14.02.2012) veranschaulicht werden. Die vorgeschlagene Lösung ist nicht mit dem Freizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU vereinbar und eine Annahme der Initiative würde die bilateralen Beziehungen zu den europäischen Nachbarstaaten belasten. Vor diesem Hintergrund empfahl der Bundesrat Mitte des Jahres die Initiative ohne Gegenentwurf zur Ablehnung (4.07.2012) und verabschiedete gegen Jahresende eine entsprechende Botschaft (7.12.2012). Die Initiative wird im Jahr 2013 viel zu reden geben.

Parallel zu den Grundsatzfragen beschäftigte sich die Schweiz wie in den vergangenen Jahren mit den Herausforderungen im Rahmen der Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit. In einem umfassenden Bericht über die Auswirkungen der Personenfreizügigkeit und die Zuwanderung in die Schweiz bestätigte der Bundesrat, dass sich die Zuwanderung grundsätzlich positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz ausgewirkt habe. Gleichzeitig stellte er allerdings fest, dass sich der Reformdruck in der Integration, beim Wohnungsmarkt, der Infrastruktur- und Raumplanung sowie der Bildungspolitik erhöhe (4.07.2012). Die innenpolitische Diskussion um die Personenfreizügigkeit dürfte sich 2013 erneut zuspitzen. Im Dezember nahm der Bundesrat Verhandlungen mit der EU über die Ausdehnung des Abkommens auf Kroatien auf, das der EU voraussichtlich im Juli 2013 beitreten wird (7.12.2012).

Auf die Zuspitzung der Lage in Syrien reagierte die Schweiz Anfang des Jahres mit der Einberufung einer Sitzung zur Koordination der humanitären Hilfe in Genf (23.02.2012). Aus Sicherheitsgründen schloss das EDA die Schweizer Botschaft in Damaskus für unbestimmte Zeit (29.02.2012). Mitte des Jahres verschärfte der Bundesrat die Sanktionen gegenüber dem Regime von Präsident Baschar al-Assad. Wie in den vorangegangenen Jahren orientierte sich die Schweiz dabei an den EU-Massnahmen, um Umgehungsgeschäfte über die Schweiz zu verunmögli-

chen (8.06.2012). Beinahe zeitgleich hob der Bundesrat die Sanktionen gegenüber Myanmar auf (9.05.2012) und beschloss – wiederum parallel zur EU – Finanzsanktionen gegenüber führenden Mitgliedern der Putschregierung von Guinea-Bissau (1.06.2012). Nur wenig später schloss sich die Schweiz den verschärften Sanktionen gegenüber Iran an, welche die EU bereits im Januar verhängt hatte (4.07.2012).

1.3 Verteidigungs- und Armeepolitik: Grösse und Kosten der Armee – Beschaffung des Gripen – Initiative zur Abschaffung der Wehrpflicht

Auch in diesem Berichtszeitraum rissen die politischen Grundsatzdebatten über die zukünftige Ausrichtung der Schweizer Armee nicht ab. Die Räte zeigten sich unzufrieden mit den durch den Bundesrat festgelegten finanziellen und strukturellen Planungsparametern der Armee und kritisierten den Entscheid zur Beschaffung von 22 Kampfflugzeugen des Typs Gripen teilweise heftig. Im April 2012 bestätigte der Bundesrat, dass an der Beschaffung von 22 Gripen ebenso festgehalten werden soll wie am Armeemodell von 100'000 Armeeingehörigen. Gleichzeitig schlug er dem Parlament eine Erhöhung des Ausgabenplafonds für die Armee auf 4.7 Mrd. Franken ab 2015 vor. Der Gripen soll über einen Fonds finanziert werden, der jährlich mit 300 Mio. Franken aus dem Ausgabenplafonds von 4.7 Mrd. Franken gespeist werden soll (25.04.2012).

Wie bereits im vorangegangenen Jahr hielt das Parlament auch 2012 an einem Ausgabenplafonds von fünf Mrd. für die Armee fest. In einer schriftlichen Stellungnahme kritisierte die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates die unübersichtlichen militärpolitischen Sparvorgaben des Bundesrates (18.10.2012). Die Kommission forderte den Bundesrat dazu auf, die geplanten Budgetkürzungen mit dem Leistungsprofil der Armee in Einklang zu bringen, da das im Armeebericht skizzierte Leistungsprofil mit den in Aussicht gestellten Mitteln nicht finanziert werden könne. In einer Stellungnahme stellte der Bundesrat in Aussicht, das reduzierte Leistungsprofil im Rahmen der Botschaft zur Weiterentwicklung der Armee im nächsten Jahr zu präzisieren (31.10.2012).

Gleich mehrfach bestätigte der Bundesrat zu Jahresanfang, dass das schwedische Kampfflugzeug Gripen eine optimale Lösung für die Schweizer Armee darstelle (14.02./25.04.2012). Im vergangenen Jahr waren Gripen-kritische Interna der Schweizer Luftwaffe öffentlich gemacht worden, welche die Leistungsfähigkeit des Waffensystems in Zweifel gezogen hatten. In diesem Zusammenhang konnte der Bundesrat vom Bericht der Subkommission der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats Kenntnis nehmen, welcher die Evaluation des Gripen als korrekt

einstufte (21.08.2012). Aber auch nachdem das VBS ein Rahmenabkommen mit Schweden abgeschlossen hatte (24.08.2012), hielt die innenpolitische Kritik des Rüstungsgeschäftes an.

Im November verabschiedete der Bundesrat die Botschaft zur Beschaffung des Gripen zusammen mit dem Rüstungsprogramm 2012 und dem Gripen-Fondsgesetz (14.11.2012). Wenige Tage später traf er sich mit den Parteipräsidenten von FDP, CVP, BDP und GLP, die dem Bundesrat einen umfangreichen Fragenkatalog zum geplanten Rüstungsgeschäft unterbreitet hatten (15.11.2012). Die Tatsache, dass ein weiteres Treffen in Aussicht gestellt wurde, verdeutlicht, dass die Gripen-Diskussion auch im nächsten Jahr ihre Fortsetzung finden wird.

Am 5. Januar 2012 hatte die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) die Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» eingereicht. Ziel der Initiative ist, die Militärdienstpflicht abzuschaffen und die gegenwärtige Armee durch eine kleine Freiwilligenmiliz abzulösen. Der Bundesrat empfahl die Volksinitiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung (14.09.2012). In seiner Botschaft legte er die Gründe dar, wieso er am heutigen Wehrmodell festhalten will. Nach einer fünfstündigen Debatte lehnte der Nationalrat das Volksbegehren mit 121 gegen 56 Stimmen ebenfalls deutlich ab. Gegen die Initiative stimmte das Gros von SVP, FDP, CVP, GLP und BDP. Für die Initiative stimmte die Mehrheit der Grünen und der SP. Auch diese Frage wird Parlament und Politik 2013 beschäftigen.

Am 20. Januar 2013 stimmte Österreich über die Abschaffung der Wehrpflicht und die Einführung eines Berufsheeres ab. Mit einem deutlichen Votum sprachen sich die ÖsterreicherInnen für den Erhalt der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes aus. Die Analyse der Volksbefragung ergab, dass die starke Zustimmung zur Wehrpflicht damit begründet wird, dass die Bevölkerung mit der Wehrpflicht die Beibehaltung des Zivildienstes und den Einsatz von Soldaten in Katastrophenfällen verbindet. Der Initiativtext der GSoA ist jedoch kaum mit der österreichischen Volksbefragung zu vergleichen, da sie eine Freiwilligenmiliz anstrebt. Hinzu kommt, dass die beiden Systeme der allgemeinen Wehrpflicht der Schweiz und Österreich sehr unterschiedlich sind. Insbesondere die Milizarmee spielt für Österreich eher nur auf dem Papier aber nicht in der Realität eine Rolle.

Im Berichtszeitraum wurden rund um die Auslandseinsätze der Schweizer Armee keine Grundsatzdebatten geführt. Dies reflektierte nicht zuletzt das eng begrenzte Engagement der Armee im Bereich der militärischen Friedensförderung. Bereits im April 2012 hatte der Bundesrat beschlossen, sich mit bis zu sechs unbewaffneten Armeangehörigen am Vorausdetachment der Uno-Mission zur Überwachung des Waffenstillstandes in Syrien zu beteiligen (18.04.2012). Kurze Zeit später erweiterte er das Kontingent und entschied, die *United Nations Supervision Mission* in Syrien

mit acht unbewaffneten Militärbeobachtern zu unterstützen (4.05.2012). Im Herbst ermächtigte der Bundesrat das VBS, das Schweizer Kontingent SWISSCOY im Kosovo per 1. Januar 2013 für die Dauer eines Jahres um maximal 15 Personen zu erhöhen (28.09.2012).

1.4 Innere Sicherheit: Kompetenzaufteilung Bund/Kantone – Cyber-Risiken – Armeeinsätze

Die Koordination der sicherheitspolitischen Anstrengungen zwischen Bund und Kantonen stand im Fokus des Sicherheitspolitischen Berichts 2010. Mit Blick auf die Umsetzung präsentierten sich die bestehenden Strukturen und Kompetenzen im Bereich der Inneren Sicherheit als komplex und unübersichtlich. Vor diesem Hintergrund verabschiedete der Bundesrat den Bericht über die Innere Sicherheit 2011, der die Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Kantonen klarer regeln will (2.03.2012). Der Bericht skizzierte Lösungsvorschläge für den Staatsschutz, die zivile Unterstützung durch die Armee, die sicherheits- und kriminalpolizeilichen Aufgaben des Bundes sowie die Sicherheitsaufgaben im Zoll- und Grenzbereich.

Anfang Mai 2012 veröffentlichte der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) seinen Jahresbericht 2012 (8.05.2012). Der Bericht nannte Proliferation und Spionage sowie Terrorismus und Angriffe auf die Informationsinfrastrukturen als die grössten potentiellen Bedrohungen für die Schweiz. Dagegen wird das Gewaltpotential beim Links- und Rechtsextremismus nicht als staatsgefährdend eingestuft. Die Schuldenkrise in Europa sowie der Arabische Frühling werden in ihren Auswirkungen als relevant für die Sicherheit der Schweiz eingeschätzt.

Im Kontext dieses Bedrohungsbildes verabschiedete der Bundesrat eine nationale Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken (27.06.2012). Die Strategie fokussiert auf die Zusammenarbeit zwischen diversen Behörden des Bundes und der Kantone mit der Wirtschaft. Dabei sollen die bestehenden Strukturen gestärkt und ausgebaut und kein neues zentrales Steuerungsorgan geschaffen werden. Parallel dazu verabschiedete der Bundesrat auch eine nationale Strategie zum Schutz kritischer Infrastrukturen (27.06.2012). Auch hier geht es primär um die Koordination der Schutzanstrengungen des öffentlichen und des privaten Sektors, wobei den Betreibern der Infrastrukturen eine zentrale Rolle zukommt.

Einmal mehr leistete die Armee im Berichtszeitraum grosse Unterstützungsbeiträge an die zivilen Behörden. Beim *World Economic Forum* (WEF) 2012 in Davos standen bis zu 3000 Angehörige der Armee in einem Assistenzdienst-Einsatz (14.01.-28.01.2012). Der Einsatz verlief reibungslos und ohne gravierende Zwischenfälle. Nur wenige Tage später verabschiedete der Bundesrat eine Botschaft über den

Einsatz der Armee zur Unterstützung des Kantons Graubünden im Rahmen der WEF-Jahrestreffen in den Jahren 2013–2015. Auch in diesen Jahren ist der Einsatz der Luftwaffe sowie von maximal 5000 Angehörigen der Armee im Assistenzdienst-Einsatz zum Schutz der Veranstaltung vorgesehen (22.02.2012).

Bereits im Dezember 2011 hatte der Bundesrat beschlossen, die Schweizer Botschaft in Tripolis durch Spezialkräfte der Schweizer Armee schützen zu lassen. Anfang des Jahres beantragte der Bundesrat den Einsatz eines Detachements während sechs Monaten (18.01.2012). Da die Sicherheitslage weiterhin instabil war, verlängerte der Bundesrat Mitte des Jahres den Einsatz der Spezialkräfte um weitere sechs Monate (4.07.2012). Bereits Anfang des Jahres 2012 hatte der Bundesrat beantragt, dass der Einsatz der Armee zur Unterstützung der zivilen Behörden beim Schutz ausländischer Vertretungen (Amba Centro) in reduzierter Form bis Ende 2015 verlängert werden soll. Der Assistenzdienst-Einsatz der Armee zur Unterstützung des Grenzwachtkorps hingegen lief wie früher beschlossen per Ende 2012 aus (2.03.2012).

2 Untersuchungsdesign

Seit 1991 führen die Dozentur für Militärsoziologie der *Militärakademie an der ETH Zürich* und das *Center for Security Studies* der *ETH Zürich* in regelmässigen Abständen die bevölkerungsrepräsentative Befragung «Sicherheit» zur Wahrnehmung von Themen der nationalen Sicherheit im weitesten Sinne durch.

Ziel dieser Erhebung ist die Ermittlung von Trends und Tendenzen in Bezug auf:

- das allgemeine Sicherheits- und Bedrohungsempfinden,
- das Vertrauen in Institutionen und Behörden,
- den Grad an aussen- und sicherheitspolitischer Kooperationsbereitschaft,
- die Neutralität allgemein und verschiedene Auffassungen von Neutralität,
- die Einstellung zur militärischen Landesverteidigung.

Neben einem Kern von stets oder in unregelmässigen Abständen gestellten Fragen werden jährlich auch solche zu aktuellen sicherheitspolitischen Themen gestellt. 2013 sind dies:

- Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit,
- positive und negative Aspekte der Wehrpflicht,
- alternative Dienstmodelle,
- die Vereinbarkeit von Militärdienst und Arbeitsleben,
- der Wehrdienst eingebürgerter Schweizer.

Nebst der Analyse einzelner Aspekte der öffentlichen Meinung zur Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik fokussiert diese Studie auch auf die Frage, inwiefern die Einstellungen zu diesen drei Themenkomplexen mit den Lebensbedingungen und der politischen Orientierung zusammenhängen. Lebensumstände variieren vor allem nach soziodemographischen Merkmalen. Zu den hier analysierten soziodemographischen Merkmalen gehören das Geschlecht, die regionale Zugehörigkeit¹,

1 Unterschieden wird nach Wohnort in den drei Sprachregionen Deutschschweiz, Westschweiz und Südschweiz. Die Zuordnung erfolgt anhand der Postleitzahl bzw. der fünf WEMF-Regionen.

das Alter² und das Bildungsniveau³. Dieses Jahr wird zusätzlich untersucht, ob die Einstellung zur Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik auch mit dem Einkommen⁴ variiert und ob SchweizerInnen ohne und mit Migrationshintergrund⁵ sich in ihrem Antwortverhalten unterscheiden. Die politische Einstellung wird mit einer selbstdeklarierten Einstufung auf einer Links-rechts-Achse mithilfe einer 11er-Skala erhoben.⁶

Im Fragebogen für die Erhebung in der Deutschschweiz wurde die Schriftsprache an die schweizerdeutsche Umgangssprache angepasst (siehe Anhang III). Dies erleichtert einerseits die Durchführung der Befragung auf Schweizerdeutsch, andererseits wird dadurch verhindert, dass die Befragten beim Vorlesen auf Schweizerdeutsch keine Formulierungen wählen, die nicht dem Erhebungsinstrument entsprechen.

Die negativen und positiven Aspekte der Wehrpflicht wurden erstmals als geschlossene Fragen erhoben. Als Grundlage hierzu diente die offene Frage nach den Vor- und Nachteilen der Wehrpflicht der Studie «Sicherheit 2011». In dieser Studie wurden SchweizerInnen gebeten, Vor- und Nachteile der allgemeinen Wehrpflicht zu nennen. Die Antworten wurden anschliessend in verschiedene Kategorien von negativen und positiven Aspekten der allgemeinen Wehrpflicht unterteilt. In einem zweiten Schritt wurde ein Pretest durchgeführt. Die Vorgaben zu den negativen und positiven Aspekten der Wehrpflicht wurden anhand der *Think-Aloud*-Methode bei zehn DeutschschweizerInnen getestet: Die Befragten wurden jeweils gebeten, bei der Beantwortung der Frage «laut zu denken». Ziel dieser qualitativen Interviews war es, die Assoziationen zu den einzelnen Fragestellungen zu ermitteln und die Frage nach der Verständlichkeit bzw. Eindeutigkeit zu klären. Nachfolgend zum Pretest wurden die Frageformulierungen optimiert.

2 Es wird nach drei Alterskategorien unterschieden: 18–29-Jährige, 30–59-Jährige, ab 60-Jährige.

3 Befragte, die nur die obligatorische Schule abgeschlossen haben, werden in der Kategorie eines «tiefen» Bildungsgrades zusammengefasst, jene, die eine Berufsausbildung absolviert oder das Gymnasium besucht haben (Sekundarstufe II gemäss Klassifikation der schweizerischen Bildungsstatistik) in der mittleren Kategorie. Ein «hohes» Bildungsniveau haben Befragte mit einem höheren Bildungsabschluss (Tertiärstufe gemäss der Klassifikation der schweizerischen Bildungsstatistik).

4 Hierzu wurden für das monatliche Netto-Haushaltseinkommen drei Einkommenskategorien gebildet: 0–6000 CHF, 6001 bis 10'000 CHF, über 10'000 CHF.

5 Befragte, welche nicht von Geburt an die Schweizer Staatsbürgerschaft besitzen, werden als SchweizerInnen mit Migrationshintergrund bezeichnet.

6 Wer auf einer Skala politischer Selbsteinstufung von 0 «ganz links» bis 10 «ganz rechts» einen Wert zwischen 0 und 4 angibt, wird in dieser Studie als politisch links orientiert bezeichnet. Zur Mitte werden jene gezählt, die sich mit einem Wert von 5 einstufen, und zur politischen Rechten jene mit einem Wert zwischen 6 und 10.

3 Datenbasis

Die Daten 2013 beruhen auf einer Repräsentativbefragung von 1200 Schweizer StimmbürgerInnen aus allen drei Landesteilen. Die Interviews wurden zwischen dem 9. Januar und dem 12. Februar 2013 telefonisch vom Befragungsinstitut ISO-PUBLIC mittels CATI (*Computer Assisted Telephone Interview*) durchgeführt. Am 20. Januar 2013 fand in Österreich eine Volksbefragung über die Abschaffung der Wehrpflicht statt. Um einen möglichen Einfluss der medialen Berichterstattung dieses Ereignisses auf die Erhebung zu minimieren, wurde das Feld zwischen dem 20. und dem 23. Januar 2013 unterbrochen.

Die Stichprobenauswahl erfolgte nach der *Random-Quota*-Methode (Alter, Geschlecht, Region). Die Resultate sind ungewichtet. Die in Anlehnung an den AAPOR-Standard berechnete Ausschöpfungsquote beträgt 25%¹; ein Interview dauerte im Schnitt 30 Minuten. Tabelle 3.1 zeigt die Verteilung der Interviewten nach Geschlecht, Alter und Region. Insgesamt wurden 567 Männer befragt. Dies entspricht 47% der Stichprobe. Als Vergleich wird in der letzten Tabellenspalte auch die Bevölkerungsstatistik des Bundesamtes für Statistik ausgewiesen.² Die beiden Verteilungen stimmen aufgrund des gewählten Stichprobenverfahrens überein.

1 Die Stichprobentheorie basiert auf einer absoluten Ausschöpfungsquote. Bei Studien mit einer Rücklaufquote von weniger als 100% muss mit Verzerrungen gerechnet werden und zwar besonders dann, wenn sich die Antwortenden von den Nicht-Antwortenden systematisch unterscheiden. Eine hohe Ausschöpfungsquote minimiert zwar das Risiko von Verzerrungen, ein Zusammenhang zwischen Rücklaufquote und Ausmass von Verzerrungen ist jedoch nicht per se gegeben. Groves (2006) nimmt an, dass die Verzerrungen innerhalb einer Studie grösser sind als zwischen Studien mit unterschiedlicher Rücklaufquote. Anzunehmen ist, dass im Falle dieser Studie die Teilnahme an der Umfrage unter anderem vom generellen Interesse an Sicherheitspolitik sowie von der Einstellung gegenüber dem Auftraggeber (Bund) abhängt und dass das Risiko von Verzerrungen bei Fragen, die direkt mit diesen Einstellungen in Zusammenhang stehen, am höchsten ist.

2 Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes (ESPOP).

Tabelle 3.1

Quotenplan 2013 – Schweizer Stimmbevölkerung

Merkmal	Anzahl absolut	Anzahl in %	BFS Ende 2010 in %
Geschlecht			
Männer	567	47	47
Frauen	633	53	53
Alter			
18–29 Jahre	173	14	17
30–59 Jahre	630	53	51
60+ Jahre	397	33	32
Altersdurchschnitt		51.58	49.98
Region			
D-CH	859	72	73
F-CH	289	24	22
I-CH	52	4	5
Total	1200	100	100

Da diese Studie ferner auf die unterschiedliche Zustimmung nach soziodemographischen Merkmalen fokussiert, wird hier zusätzlich zum Alter, Geschlecht und zur regionalen Zugehörigkeit (siehe Tabelle 3.1) die Zusammensetzung der Stichprobe nach Bildung und politischer Einstellung beschrieben (siehe Tabelle 3.2).

Tabelle 3.2

Bildungsgrad und politische Einstellung der Befragten 1999 bis 2013

Jahr	Bildung			Politische Einstellung			MIWE*	SD**
	tief	mittel	hoch	links	Mitte	rechts		
1999	19%	60%	22%	27%	41%	32%	5.13	1.71
2000	17%	61%	22%	32%	36%	32%	5.02	2.04
2001	13%	61%	26%	30%	38%	32%	5.05	1.77
2002	17%	59%	25%	28%	41%	31%	5.12	1.88
2003	19%	62%	20%	24%	51%	25%	5.04	1.59
2004	9%	61%	30%	30%	36%	34%	5.19	1.73
2005	11%	58%	31%	31%	36%	33%	5.14	2.08
2006	17%	58%	25%	32%	42%	26%	4.89	1.58
2007	19%	57%	25%	26%	37%	38%	5.26	1.84
2008	14%	55%	31%	30%	39%	31%	5.10	1.76
2009	14%	52%	35%	30%	37%	33%	5.13	1.85
2010	13%	53%	34%	27%	35%	39%	5.30	1.79
2011	13%	57%	30%	22%	41%	37%	5.44	1.74
2012	8%	55%	36%	27%	36%	32%	5.20	1.64
2013	9%	55%	35%	26%	33%	34%	5.25	1.84
Durchschnitt	14%	58%	28%	28%	39%	33%	5.15	1.79

* Mittelwert; ** Standardabweichung

Die Zusammensetzung nach Bildungsgrad und politischer Selbsteinstufung hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht signifikant verändert. 2013 haben 9% (+1%) der Befragten ein tiefes, 55% ($\pm 0\%$) ein mittleres und 35% (–1%) ein hohes Bildungsniveau. Der Anteil an Befragten der politischen Mitte ist dieses Jahr leicht geringer als im Vorjahr (33%, –3%), ebenso jener der politisch links Orientierten (26%, –1%). Hingegen ist der Anteil der politisch rechts Orientierten in diesem Jahr leicht höher als im Vergleich zum Vorjahr (34%, +2%). 2013 liegt die Verteilung nach politischer Einstellung im langjährigen Schnitt seit 1999.

Die Häufigkeitsverteilungen der Antworten auf die gestellten Fragen sind in Anhang III aufgeführt. Der mögliche Stichprobenfehler bei einem Sicherheitsgrad von 95% beträgt im ungünstigsten Fall $\pm 3\%$. Wo nichts anderes erwähnt, sind sämtliche angegebenen Zusammenhangsgrößen mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von höchstens 5% signifikant ($\alpha=5\%$). Zusätzliche Informationen zur Methodik und zu den verwendeten Einstellungstypologien finden sich in Anhang I bzw. in Anhang II. Die \pm -Prozentwerte geben Veränderungen im Vergleich zur letzten Erhebung von Januar 2012 an.

Tabelle 3.3 listet alle Datenerhebungen zur aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung der Jahre 1976 bis 2013 auf, auf die in diesem Bericht Bezug genommen wird. Ausgewiesen werden nebst dem Publikationstitel und Erscheinungsjahr die Anzahl befragter StimmbürgerInnen (N), der genaue Erhebungszeitraum (falls vorhanden) und das mit der Feldarbeit beauftragte Befragungsinstitut.

Tabelle 3.3: Wichtigste Datenerhebungen 1976 bis 2013

Jahr	Publikation	N	Erhebungszeitraum	Institut
1976	Meyer (1976): Werte und Wertordnungen in der schweizerischen Bevölkerung	1872	1976	Isopublic
1983	Haltiner & Anker (1986): Der Bürger und seine Verteidigung (NFP 11)	1786	Juni–Oktober 1983	gfs
1986	Riklin & Frei (1986): Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung»	666	1986	gfs
1988	Riklin & Laggner (1988): Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung»	676	1988	gfs
1989/90	Haltiner & Gut (1990): Nachbefragung zur Initiative «Schweiz ohne Armee»	1061	Dezember 1989	Isopublic
1990	Riklin & Hafen (1990): Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung»	686	1990	gfs
1990/91	Buri et al. (1991): Sicherheit 1991	1005	17.11.1990–28.02.1991	Explora
1992	Haltiner & Bertossa (1993): Stand der sicherheitspolitischen Information in der Schweizer Bevölkerung	1003	16.11.–08.12.1992	Demoscope
1993	Haltiner & Spillmann (1994): Öffnung oder Isolation der Schweiz?	1003	April–Juni 1993	Isopublic

1994	Haltiner (1994): Sicherheit 1994. Unveröffentlichter Bericht	827	1994	Isopublic
1995–1	Haltiner (1995): Sicherheit 1995	795	21.02. – 21.03.1995	IHA
1995–2	Haltiner et al. (1996): Internationale Kooperationsbereitschaft und Neutralität	801	Mai–Juli 1995	Isopublic
1996	Haltiner (1996): Sicherheit 1996	821	22.02. – 16.04.1996	Isopublic
1997	Haltiner et al. (1997): Sicherheit 1997	1014	24.02. – 11.03.1997	Demoscope
1998	Haltiner (1998): Sicherheit 1998	1000	24.02. – 15.03.1998	Isopublic
1999–1	Haltiner et al. (1999): Sicherheit 1999	1201	Januar–Februar 1999	IPSO
1999–2	Haltiner et al. (1999): Sicherheit 1999	1009	August 1999	Demoscope
2000	Haltiner et al. (2000): Sicherheit 2000	1202	Januar–Februar 2000	Demoscope
2001	Haltiner et al. (2001): Sicherheit 2001	1235	Januar–Februar 2001	Isopublic
2002	Haltiner et al. (2002): Sicherheit 2002	1201	Februar 2002	Demoscope
2003–1	Haltiner et al. (2003): Sicherheit 2003	1202	11.01. – 05.02.2003	gfs, Bern
2003–2	Haltiner et al. (2003): Sicherheit 2003	1002	07.04. – 14.04.2003	Demoscope
2004–1	Haltiner et al. (2004): Sicherheit 2004	1200	07.01. – 09.02.2004	Isopublic
2004–2	Haltiner et al. (2004): Sicherheit 2004	803	22.03. – 28.03.2004	Demoscope
2005	Haltiner et al. (2005): Sicherheit 2005	1200	17.01. – 04.02.2005	Demoscope
2006–1	Haltiner et al. (2006): Sicherheit 2006	1200	16.01. – 06.02.2005	LINK
2006–2	Haltiner et al. (2007): Sicherheit 2007	826	23.10. – 01.11.2006	Isopublic
2007	Haltiner et al. (2007): Sicherheit 2007	1200	15.01. – 10.02.2007	Isopublic
2008	Haltiner et al. (2008): Sicherheit 2008	1200	14.01. – 02.02.2008	Demoscope
2009	Szvircev Tresch et al. (2009): Sicherheit 2009	1200	07.01. – 28.01.2009	Isopublic
2010	Szvircev Tresch et al. (2010): Sicherheit 2010	1200	12.01. – 11.02.2010	Isopublic
2011	Szvircev Tresch et al. (2011): Sicherheit 2011	1209	17.01. – 04.02.2011	Demoscope
2012	Szvircev Tresch et al. (2012): Sicherheit 2012	1200	12.01. – 06.02.2012	Isopublic
2013	Szvircev Tresch et al. (2013): Sicherheit 2013	1200	09.01. – 19.01.2013 23.01. – 12.02.2013	Isopublic

4 Sicherheitsempfinden, Wahrnehmung der Schweiz und der Welt

Das Sicherheitsempfinden wird in dieser Jahresstudie mittels dreier Fragestellungen erhoben. Dabei dient die Frage nach dem allgemeinen unspezifischen subjektiven Sicherheitsempfinden jeweils als Einstiegsfrage, gefolgt von der Einschätzung der künftigen Entwicklung der Schweiz (Zukunftserwartung) und der Welt (weltpolitische Lage).

4.1 Allgemeines Sicherheitsempfinden

Als allgemeines Sicherheitsempfinden kann die unspezifische Wahrnehmung bezeichnet werden, wonach Befragte das, was ihnen in ihrer aktuellen Lebensumgebung wichtig ist, zurzeit als ungefährdet sehen.¹ Die Teilnehmenden der Studie können seit 1991 ihr Sicherheitsgefühl auf vier Stufen mit «sehr», «eher» sicher sowie «eher» und «ganz» unsicher angeben.

2013 fühlen sich unter den SchweizerInnen 32% ($\pm 0\%$; siehe Abbildung 4.1) ganz allgemein gesprochen «sehr» sicher in unserer heutigen Zeit. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten (57%, -1%) gibt an, sich «eher» sicher zu fühlen. Insgesamt fühlen sich 89% (-1%) der Befragten sicher. Weitere 10% ($+2\%$) stufen sich als «eher» unsicher und 1% ($\pm 0\%$) als «ganz» unsicher ein.

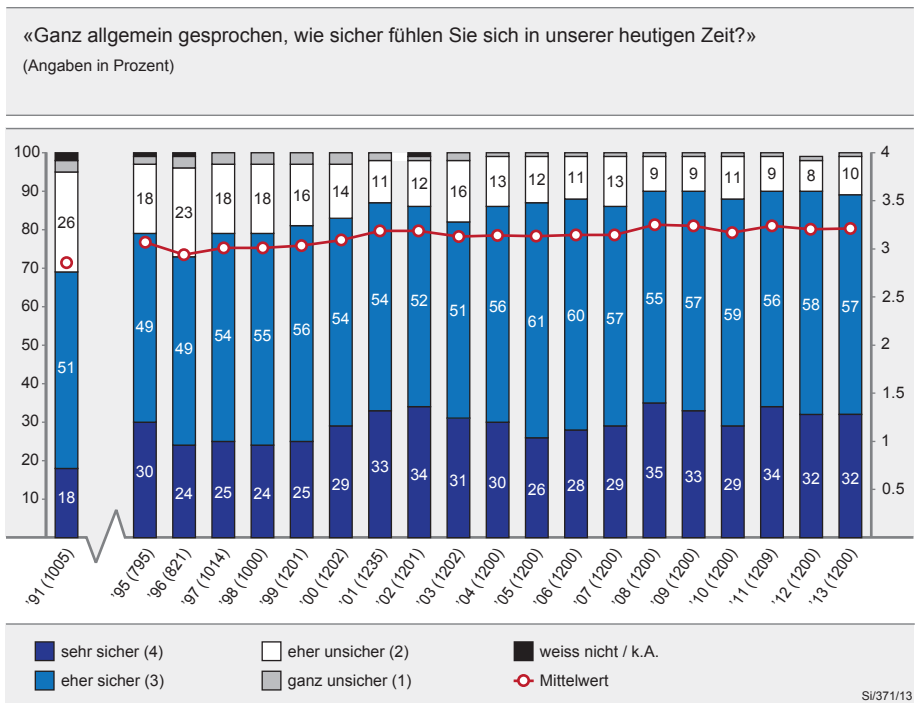
Wie im Vorjahr bestätigt sich auch im Januar 2013 der Befund, dass sich die SchweizerInnen aktuell besonders sicher fühlen. In der zwanzigjährigen Erhebungsreihe fühlten sich die Befragten im Mittel nur in den Jahren 2001/2002, 2008/2009 sowie 2011/2012 genau so sicher wie dieses Jahr. Der Vergleich des subjektiven Sicherheitsempfindens über alle Jahre hinweg zeigt weiter, dass die SchweizerInnen sich in den neunziger Jahren im Schnitt weniger sicher fühlten als im neuen Jahrtausend (ab 2001).

In der Sicherheitsstudie 2011 wurde im Anschluss an die Frage des subjektiven Sicherheitsempfindens erhoben, woran die Befragten spontan bei der Nennung des Begriffs «Sicherheit» denken. Wie erwartet, assoziierten die Befragten sehr unterschiedliche Aspekte mit diesem Begriff. Die genannten Aspekte liessen sich in drei übergeordnete Kategorien zusammenfassen: erstens in Sicherheit vor Bedrohungen,

1 Ein Vergleich der Wichtigkeit und Gefährdung verschiedener Sicherheitsaspekte findet sich bei Haltiner et al. (2004, 71–75).

zweitens in Sicherheit durch Institutionen, Technologien sowie Strategien und drittens in Sicherheit als Gefühlszustand. Bei den Bedrohungen wurde die physische Sicherheit am häufigsten und die ökonomische Sicherheit am zweithäufigsten genannt, bei der Sicherheit von Institutionen vor allem die Polizei. Die Antworten variierten teilweise nach soziodemographischen Merkmalen (Szvircsev Tresch et al. 2011, 81–86). Diese Resultate entsprechen der anfangs aufgestellten These, wonach wir uns dann sicher fühlen, wenn wir die für unser Leben wichtigen Aspekte nicht als bedroht wahrnehmen.

Abbildung 4.1
Allgemeines Sicherheitsgefühl



Da das subjektive Sicherheitsempfinden sozial konstruiert wird, hängt dieses nicht nur von objektiven Gefahren und Bedrohungen ab, sondern variiert auch mit unterschiedlichen Lebensumständen, die unter anderem durch Bildung, Geschlecht, Alter und Einkommen bestimmt werden. Ferner ist Sicherheit, wie Bennett (2005, 228) zeigen konnte, nicht nur eine Empfindung, sondern ein Wert für sich. Diesem Wert wird eine unterschiedliche Bedeutung beigemessen, die sich unter anderem in der jeweiligen politischen Einstellung der Befragten spiegelt.

Wie erwartet, zeigt sich das erhobene subjektive Sicherheitsempfinden je nach Geschlecht, Alter, Bildungsgrad, regionaler Zugehörigkeit, politischer Selbsteinstufung und Einkommensniveau signifikant unterschiedlich. Wie in den vergangenen Jahren äussern Frauen im Durchschnitt ein etwas geringeres Sicherheitsgefühl als Männer (siehe Tabelle 4.1).² Auch die Altersgruppe der ab 60-Jährigen bekundet ein leicht tieferes Sicherheitsempfinden als die 18–29- bzw. 30–59-Jährigen. Unsicherer fühlen sich im Vergleich zu den gut Ausgebildeten die Befragten der mittleren und tieferen Bildungsschicht. Zudem sinkt das Sicherheitsgefühl mit abnehmendem Einkommen. Diese soziodemographischen Unterschiede können über alle erhobenen Jahre hinweg beobachtet werden. Auf die bis anhin konstatierten Differenzen nach Sprachregionen trifft dies wie im Vorjahr nicht zu. Zwischen 1991 und 1998 fühlten sich die Befragten der Westschweiz sicherer als ihre MitbürgerInnen aus der Deutschschweiz. In der Zeitspanne von 1999 bis 2011 fühlten sie sich hingegen gleich sicher. 2012 gaben StimmbürgerInnen der Deutschschweiz im Vergleich zur lateinischen Schweiz signifikant häufiger an, sich sicher zu fühlen. Auch dieses Jahr nimmt die Deutschschweiz unsere heutige Zeit signifikant sicherer wahr als die französische Schweiz. Es ergibt sich jedoch kein signifikanter Unterschied zur italienischen Schweiz, obwohl die Mittelwerte der französischen und italienischen Schweiz nicht divergieren. Dies könnte an der kleinen Anzahl der italienischsprachigen Befragten liegen.

2 Die Beschreibungen dieser und der folgenden Mittelwertunterschiede basieren auf bivariaten Analysen.

Tabelle 4.1

Gruppenmittelwerte und Differenzen zum Gesamtbevölkerungsmittelwert³ des Sicherheitsempfindens

Merkmal	Mittelwert	Δ vom MIWE Gesamtbevölkerung*	Merkmal	Mittelwert	Δ vom MIWE Gesamtbevölkerung*
Geschlecht			Bildungsgrad		
Männer	3.25	+ 0.05	tiefer	3.03	– 0.17
Frauen	3.17	– 0.03	mittlerer	3.15	– 0.05
			hoher	3.36	+ 0.16
Alter			Einkommen		
18–29 Jahre	3.31	+ 0.11	niedriges	3.11	– 0.09
30–59 Jahre	3.25	+ 0.05	mittleres	3.23	+ 0.03
60+ Jahre	3.09	– 0.11	hohes	3.35	+ 0.15
Region			Politische Einstellung		
D-CH	3.25	+ 0.05	links	3.39	+ 0.19
F-CH	3.10	– 0.10	Mitte	3.13	– 0.07
I-CH	3.10	– 0.10	rechts	3.16	– 0.04
Gesamtbevölkerung	3.20		Gesamtbevölkerung	3.20	

* Abweichung vom Mittelwert der Gesamtbevölkerung

Befragte der politischen Mitte und rechts davon fühlen sich auch dieses Jahr unsicherer als die politisch links Orientierten. Dass sich die politisch rechts Situierten im Schnitt leicht unsicherer fühlen, lässt sich, wie bereits erwähnt, wahrscheinlich mit einem stärkeren Sicherheitsbedürfnis dieser Gruppe erklären. Wie die Studie von Bennett (2005, 228) zeigt, ist Sicherheit als Wert für SchweizerInnen mit einer eher politisch rechten Einstellung wichtiger als für politisch links Ausgerichtete. Seit der erstmaligen Erhebung der politischen Selbsteinstufung (1996) verlaufen die Mittelwertdifferenzen zwischen politisch links und rechts Eingestellten jedoch nicht gleichläufig. Die sich politisch links Positionierenden fühlten sich von 1996 bis 1998 signifikant unsicherer. Erst seit 1999 bekunden Befragte der politischen Rechten ein geringeres subjektives Sicherheitsempfinden. Das subjektive Sicherheitsgefühl korreliert zudem negativ mit dem sicherheitspolitischen Interesse. Es kann vermutet werden, dass dieser gegenläufige Zusammenhang darauf zurückzuführen ist, dass Befragte, für die der Wert Sicherheit eine hohe Bedeutung hat, mehr für sicherheitsrelevante Themen sensibilisiert sind und sich folgedessen stärker für Sicherheitspolitik interessieren.

3 Zur Berechnung der Mittelwerte wurden die ursprünglichen Werte im Sinne einer einfacheren Interpretation gedreht. Demnach bedeutet der Wert 1 «ganz unsicher», der Wert 4 «sehr sicher». Das bedeutet auch, dass je höher der Mittelwert ist, desto grösser ist das allgemeine Sicherheitsempfinden. Der Mittelwert, wie er der Tabelle in Anhang III zu entnehmen ist, wurde hingegen mit den Werten 1 «sehr sicher» bis 4 «ganz unsicher» berechnet.

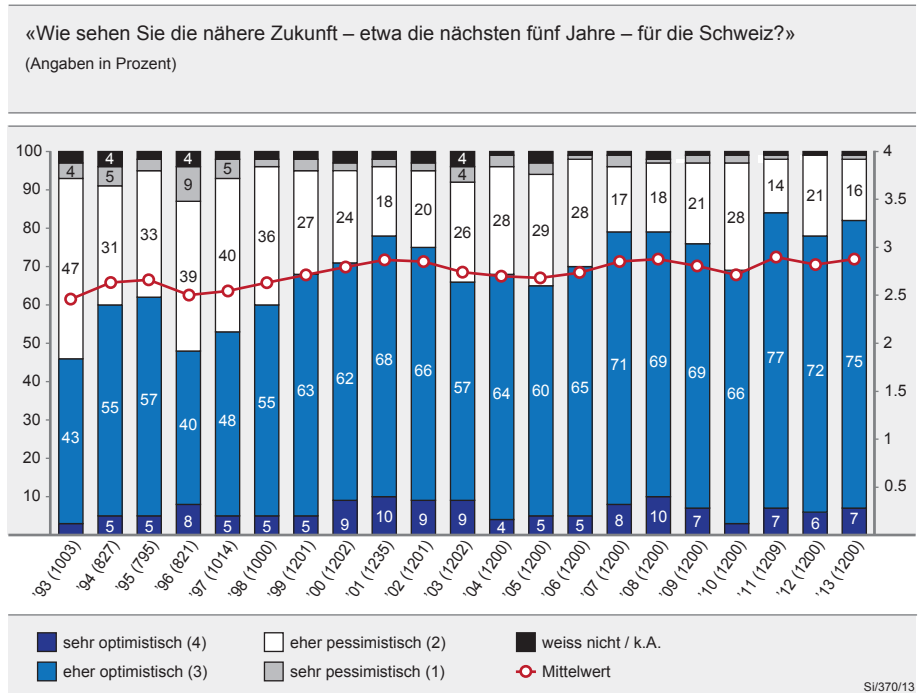
4.2 Zukunftseinschätzung der Schweiz

Acht von zehn SchweizerInnen beurteilen 2013 die Zukunft des Landes in den nächsten fünf Jahren optimistisch (82%; siehe Abbildung 4.2). Nur ein geringer Anteil von 7% ist «sehr» optimistisch. Die meisten geben an, «eher» optimistisch zu sein (75%).

Im Vergleich zum letztjährigen signifikanten Abfall des Zukunftsoptimismus hat sich die Zukunftszuversicht der Schweiz wieder signifikant um 4% verbessert. Der nationale Zukunftsoptimismus liegt seit 2006 konstant über dem langjährigen Mittel. Betrachtet man den Trend der Zukunftserwartungen, waren die SchweizerInnen in den Jahren 2001 und 2002 ebenfalls überdurchschnittlich optimistisch. Ähnlich wie bereits beim subjektiven Sicherheitsempfinden lag auch der Zukunftsoptimismus in den neunziger Jahren im Allgemeinen tiefer als im neuen Jahrtausend (ab 2000). Die beiden Kurven verlaufen weitgehend parallel (siehe auch Abbildung 5.1, Abschnitt 5.2). Allerdings scheinen sich in der Messreihe bei der nationalen Zukunftserwartung Trendwellen schneller anzukündigen, da hierzu die Einstellung volatiler ist als beim allgemeinen Sicherheitsempfinden.

Im Januar 2013 nehmen Männer wie Frauen, gut Gebildete wie weniger gut Gebildete, Befragte der deutschen und der lateinischen Schweiz, Junge und Alte sowie politisch links und politisch rechts Orientierte die nähere Zukunft sehr ähnlich wahr. Einzig die ab 60-Jährigen sehen in diesem Jahr die Zukunft ein wenig pessimistischer als die 18–59-Jährigen. Ausserdem unterscheiden sich auch dieses Jahr Befragte mit und ohne Migrationshintergrund in ihrer Einschätzung, wobei erstere leicht optimistischer sind als letztere. Eine Analyse über die Jahre hinweg zeigt, dass die Meinung zur Entwicklung der Schweiz kaum mit den Lebensumständen und der politischen Einstellung zusammenhängt. Einzig nach Bildungsgrad und nach Sprachregion variiert diese Wahrnehmung teilweise. So beurteilten WestschweizerInnen im Vergleich zu den Befragten der Deutschschweiz die nationale Zukunft zwischen 1998 und 2007 weniger zuversichtlich. Gut gebildete SchweizerInnen sind in der Regel leicht optimistischer, wobei dieser Unterschied nur in gewissen Jahren statistisch signifikant war (1999, 2001, 2003, 2006, 2008, 2011).

Abbildung 4.2
Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz



Zusätzlich kann bemerkt werden, dass die Zukunftserwartung und das Sicherheitsempfinden schwach korrelieren ($\rho=0.25$).⁴ Wer an eine positive Entwicklung der Schweiz glaubt, fühlt sich folglich auch sicherer und umgekehrt.

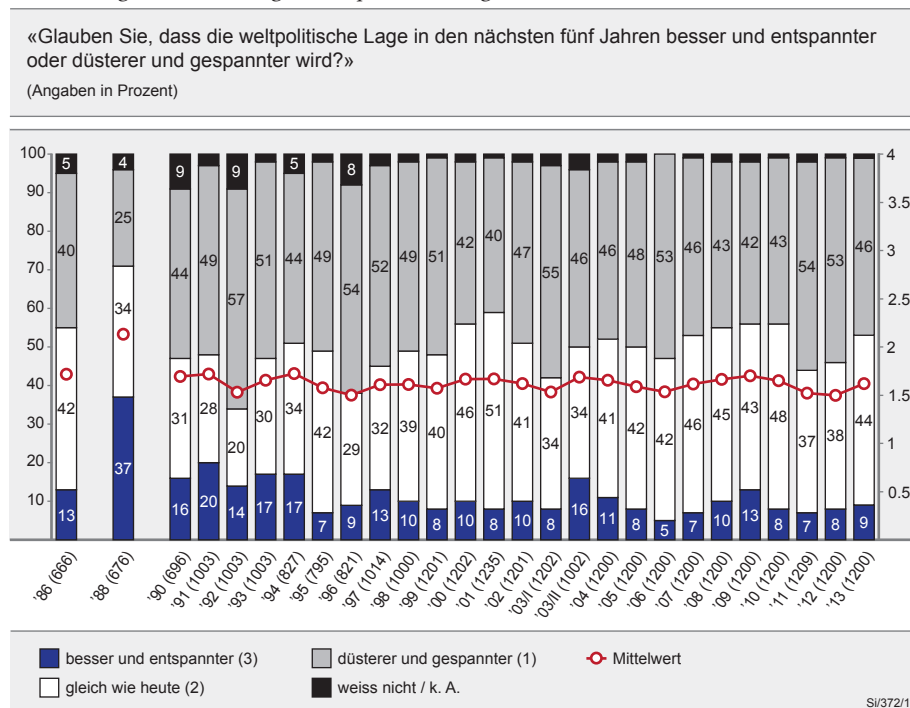
4.3 Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage

Nur eine schwindend kleine Minderheit von 9% (+0%; siehe Abbildung 4.3) der SchweizerInnen glaubt, dass sich die weltpolitische Lage in den nächsten fünf Jahren entspannen wird. Der Rest der Bevölkerung meint entweder, dass sich die Welt in fünf Jahren «düsterer und gespannter» präsentieren wird (46%, -7%) oder erwartet

⁴ Im Folgenden weisen die Vorzeichen der Korrelationskoeffizienten (γ , ρ und r) auf die Richtung des inhaltlichen Zusammenhangs zwischen ordinalen oder intervallskalierten Merkmalen und nicht auf die den Antwortkategorien zugrundeliegenden Werte hin. Ein positiver Korrelationskoeffizient ist demzufolge stets als eine «je mehr ... desto mehr» bzw. «je weniger ... desto weniger» Aussage zu interpretieren. Eine negative Korrelation weist auf einen «je mehr ... desto weniger» bzw. «je weniger ... desto mehr» Zusammenhang hin.

keine Veränderungen (44%, +6%). Seit der im Januar 2011 markant kritischeren Einschätzung der weltpolitischen Zukunft zeigt sich 2013 ein leicht optimistischerer Trend. Ein ähnliches Stimmungsbild in Bezug auf die weltpolitische Entwicklung konnte seit der Jahrtausendwende 2002, zwischen 2004 und 2005 wie auch zwischen 2007 und 2008 sowie 2010 beobachtet werden.

Abbildung 4.3
Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage



Im Gegensatz zum allgemeinen Sicherheitsempfinden, welches abhängig vom soziodemographischen Hintergrund deutlich variiert, fällt wie im letzten Jahr die Einschätzung der geopolitischen Lage über alle soziodemographischen Merkmalsgruppen hinweg ähnlich aus. Lediglich Befragte mit einem hohen Einkommen sehen die zukünftige Weltlage signifikant entspannter als Personen mit einem tieferen Verdienst.

Die Sicherheitswahrnehmung und der nationale Optimismus korrelieren mit der Einschätzung der weltpolitischen Lage. Wer an eine düstere Entwicklung der weltpolitischen Lage glaubt, der fühlt sich tendenziell unsicherer und nimmt die Zukunft der Schweiz weniger optimistisch wahr ($\rho=0.19$ bzw. $\rho=0.25$). Über die

Zeit verlaufen die Einschätzungen zu den drei Vorgaben oftmals parallel, wie auch 2013: Das Sicherheitsempfinden bleibt dieses Jahr konstant, hingegen haben sich die Einschätzung der weltpolitischen Lage und der nationale Optimismus leicht verbessert. Eine Ausnahme dieser Entwicklung bildete 2011 die markant düstere Wahrnehmung der weltpolitischen Lage im Vergleich zu einem deutlichen Anstieg im nationalen Optimismus sowie im allgemeinen Sicherheitsempfinden.

Fazit: Der Trend, dass in der Stimmbevölkerung zunehmend die Wahrnehmung einer sicheren Schweiz in einer unsicheren Welt überwiegt, hat sich auch im Januar 2013 nicht geändert. Im langjährigen Vergleich fühlen sich aktuell ausgesprochen viele Befragte sicher. Ferner sehen wieder weniger SchweizerInnen der Entwicklung der weltpolitischen Lage düster entgegen, währenddessen der Anteil an Befragten, welche keine Veränderungen der weltpolitischen Lage erwarten, deutlich angestiegen ist. Die Zukunftserwartungen für die Schweiz fallen nach wie vor sehr optimistisch aus, mit einem leichten Anstieg an Zuversicht im Vergleich zum Vorjahr. Die zukünftige Aussicht für die Schweiz erwies sich in der langjährigen Studienreihe als guter Prädiktor für das allgemeine Sicherheitsempfinden im Folgejahr. Demnach ist zu erwarten, dass bei ähnlicher Entwicklung das allgemeine Sicherheitsempfinden auch 2014 hoch bleiben wird.

5 Vertrauen in ausgewählte Institutionen und in die Politik im Allgemeinen

Ein hohes Vertrauen in die Institutionen eines Staates deutet auf eine gut funktionierende Gesellschaft hin. Wird den staatlichen Institutionen aber von Seiten der Bevölkerung kein Vertrauen entgegengebracht, kann die gesellschaftliche Stabilität gefährdet sein. Aufgrund dessen misst die Studie «Sicherheit» in regelmässigen Abständen, inwiefern die Schweizer Bevölkerung verschiedenen Schweizer Institutionen und Behörden vertraut, um indirekt Rückschlüsse auf die Stabilität der Gesellschaft ziehen zu können. In diesem Kapitel wird zuerst auf das allgemeine Vertrauen der Schweizer Stimmbevölkerung in ausgewählte staatliche Institutionen und Behörden eingegangen. Anschliessend wird das Verhältnis zwischen Vertrauen und Sicherheit analysiert.

5.1 Institutionen-Vertrauensindex

Das Vertrauen der Bevölkerung in eine bestimmte Institution drückt einerseits deren gesellschaftliche Legitimation und Akzeptanz aus, andererseits die Zufriedenheit mit den Leistungen dieser Institution. Kurzfristige Vertrauensschwankungen werden in der Regel mit der Zufriedenheit der Leistungen in Zusammenhang gebracht, längerfristige Veränderungen mit der Legitimation. Seit 1995 wird das Vertrauen in ausgewählte Institutionen und Behörden erhoben. Es handelt sich bei diesen um wichtige Behörden (Bundesrat, Schweizer Parlament, Gerichte, Polizei und Armee), um die Schweizer Wirtschaft, die Medien sowie um die politischen Parteien. Die Befragten bekunden ihr Vertrauen auf einer Skala von 1 «überhaupt kein Vertrauen» bis 10 «volles Vertrauen».

Über die Bewertungen und Trends gibt Tabelle 5.1 summarisch Auskunft. Den erfassten Institutionen wird regelmässig mittleres bis hohes Vertrauen entgegengebracht. Fasst man das Vertrauen in die erfragten Schweizer Institutionen und Behörden zu einem Gesamtvertrauensindex zusammen, fällt auf, dass die SchweizerInnen diesen 1997 und 1998 besonders wenig Vertrauen aussprachen, während in den Jahren 2001, 2007, 2008 und 2012 ausgeprägt stark vertraut wurde. 2013 liegt das allgemeine Vertrauen ebenfalls signifikant über dem langjährigen Mittel (\bar{X} : 6.2, 2013: 6.5; siehe Tabelle 5.1).¹

1 Reliabilität des Vertrauensindex 2013: Cronbachs α = 0.8.

In diesem Jahr zeigt sich eine gewisse Stabilität im Vertrauen der Schweizer Bevölkerung in die verschiedenen erfassten Behörden und Institutionen. Wie 2012 scheinen SchweizerInnen im langjährigen Vergleich ausgesprochen zufrieden mit der Leistung und Funktionsweise ihrer Institutionen zu sein. Es kann vermutet werden, dass dies unter anderem mit der unverändert positiven Wahrnehmung der Entwicklung der Schweiz zusammenhängt (vgl. Abschnitt 5.2).

Diese aktuell messbare hohe allgemeine Konfidenz manifestiert sich auch im Vertrauen in die einzelnen Institutionen. Im Vergleich zum Vorjahr bleibt das Vertrauen in die erfragten Institutionen unverändert hoch, abgesehen vom Vertrauen in die politischen Parteien. Diese weisen 2013 einen signifikanten Vertrauensgewinn auf (+0.2).² Die Gründe für diesen Vertrauensanstieg wurden nicht erhoben. Der Vertrauensgewinn der politischen Parteien findet jedoch keinen Niederschlag in der Rangierung der verschiedenen Institutionen. Seit Beginn der Erhebung führt unverändert das Rechtswesen mit Polizei (7.6) und Gerichten (7.1) die Vertrauensrangliste an. Ebenso besetzen der Bundesrat und die Schweizer Wirtschaft die oberen mittleren Plätze wie in den Jahren zuvor. Der Bundesrat (6.7) liegt auf dem dritten, die Schweizer Wirtschaft (6.6) auf dem vierten Rang. Das Parlament hat im Vergleich zum Vorjahr einen Rang dazu gewonnen (6.3). Die Armee, welche letztes Jahr den fünften Platz im Rating erzielte, belegt dieses Jahr den sechsten (6.2). Am kritischsten ist man gegenüber den politischen Parteien (5.3) und den Medien (5.3) eingestellt. Diesen beiden Institutionen wird in diesem Jahr gleichermassen vertraut.

Diese Rangierung entspricht trotz der Veränderungen im mittleren Bereich der langjährigen Beobachtung, wonach an der Spitze jeweils das Rechtswesen (Polizei und Justiz) liegt, das Mittelfeld durch Bundesrat, Parlament, Armee und die Schweizer Wirtschaft belegt wird und die politischen Parteien und die Medien sich die letzten Ränge teilen.

Tabelle 5.1 gibt auch Aufschluss darüber, bei welchen Institutionen das Vertrauen 2013 über oder unter ihrem eigenen langjährigen Schnitt liegt. In diesem Jahr befindet sich das Vertrauen in die erfragten Institutionen, ausser demjenigen in die Armee, über dem langjährigen Schnitt. Das Vertrauen in die Armee liegt aktuell leicht unter dem langjährigen Mittel. Inwiefern die mediale Auseinandersetzung mit der geplanten Beschaffung des Kampfflugzeuges Typs Gripen einen Einfluss hatte, kann hier nicht eruiert werden. Ferner stellt sich die Frage, ob gewisse Institutionen über mehrere Jahre hinweg eher an Vertrauen gewonnen oder eingebüsst

2 Obwohl der Vertrauensgewinn der Schweizer Medien 2013 gleich gross ist wie derjenige in die politischen Parteien, ist dieser statistisch nicht signifikant.

haben, was auf einen Legitimationswandel hindeuten würde. Im Allgemeinen hat das Vertrauen der Schweizer Bevölkerung in die regelmässig erfassten Institutionen und Behörden im langjährigen Vergleich zugenommen. Regierung (Bundesrat und Parlament), Armee, Medien und Wirtschaft liegen seit der Jahrtausendwende, das Rechtswesen seit 2004 (Polizei und Gerichte), tendenziell über dem langjährigen Schnitt und scheinen somit an Legitimation gewonnen zu haben. Auffallend ist das Jahr 2009, in welchem mit Ausnahme der Regierung, alle erfassten Institutionen und Behörden an Vertrauen verloren haben. Ein Vertrauensverlust zeigt sich in den Jahren 2010 und 2011 in den Bundesrat und das Parlament. Diese kurzfristigen Schwankungen scheinen mehr auf eine vorübergehende Unzufriedenheit mit der Leistung als auf ein Legitimationsdefizit hinzuweisen. Seit 2009 liegt das Vertrauen in die Armee wie in den Jahren vor 2001 nicht mehr über dem Mittel. Eine Langzeit-Betrachtung des Vertrauens in die Armee zeigt, dass dieses über alle Jahre hinweg stärker variiert als jenes in die restlichen Institutionen. Ebenso fallen beim Vertrauen in die Wirtschaft die starken Schwankungen auf, was unter Umständen daran liegen könnte, dass deren Leistungen und die Wirtschaftszyklen gut wahrnehmbar sind.

Tabelle 5.1

Index des Vertrauens in öffentliche Institutionen 1995 bis 2013

Mittelwerte auf einer Skala von 1 bis 10 (1 = «kein Vertrauen», 10 = «volles Vertrauen» nach Vertrauensmass sortiert)

	'95	'97	'98	'99	'00	'01	'02	'03	'04	'05	'06	'07	'08	'09	'10	'11	'12	'13	SD**	Δ 12/13	Δ VI#	\emptyset 95–13
Polizei	6.9	6.5	6.5	6.7	6.8	7.0	7.1	7.1	7.2	7.1	7.2	7.3	7.2	6.9	7.2	7.1	7.6	7.6	1.71	–	1.1	7.1
Gerichte allgemein	–	–	6.3	–	6.4	6.7	6.6	6.7	6.9	6.7	6.8	7.0	7.0	6.7	6.9	6.6	7.0	7.1	1.86	0.1	0.6	6.8
Bundesrat	6.0	5.5	5.8	6.5	6.3	6.9	6.5	6.4	6.4	6.3	6.0	6.3	6.5	6.5	5.9	5.9	6.8	6.7	1.89	-0.1	0.2	6.3
Schweizer Wirtschaft	–	5.6	5.7	6.3	6.1	6.8	6.1	5.7	6.0	6.0	6.1	6.7	6.7	6.2	6.4	6.6	6.6	6.6	1.73	–	0.1	6.2
Eidg. Parlament	5.4	5.2	5.4	5.9	5.8	6.3	6.2	6.1	6.1	6.0	5.8	6.1	6.3	6.2	5.9	5.7	6.2	6.3	1.81	0.1	-0.2	5.9
Armee	6.2	6.1	6.2	6.1	6.3	6.4	6.4	6.6	6.3	6.3	6.8	6.6	6.5	5.9	6.1	6.0	6.3	6.2	2.27	-0.1	-0.3	6.3
Politische Parteien	4.8	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	5.1	5.2	4.9	5.1	4.9	5.1	5.3	1.81	0.2*	-1.2	5.1
Medien	–	4.8	4.8	4.8	4.7	5.0	4.9	5.0	4.9	4.9	4.5	5.0	4.9	4.6	4.9	4.9	5.1	5.3	1.86	0.2	-1.2	4.9
Vertrauens- index#	6.1	5.6	5.8	6.0	6.0	6.4	6.2	6.2	6.3	6.2	6.2	6.5	6.4	6.2	6.2	6.1	6.5	6.5	1.26	–		6.2

* signifikanter Unterschied, t-Test, 0,5% Irrtumswahrscheinlichkeit, ** Standardabweichung, Δ Differenz, \emptyset Durchschnitt

Mittleres Institutionenvertrauen (Mittelwert Vertrauen in alle Institutionen, ohne Vertrauen in politische Parteien)

Es ist anzunehmen, dass das Vertrauen aufgrund persönlicher Erfahrungen und der Sozialisierung variiert. Kommt man mit einer Institution häufig in Kontakt

und macht positive Erfahrungen, dann dürfte sich dies im Vertrauen in diese Institution niederschlagen. Ebenso könnte das Vertrauen höher ausfallen, wenn man eine Institution aufgrund der eigenen Sozialisation verstärkt legitimiert. Diese den einzelnen Institutionen zugesprochene Legitimität und die persönlichen Erfahrungen können je nach Geschlecht, Sprachregion, Alter, politischer Einstellung und Bildungsgrad variieren. Dieses Jahr wurde zusätzlich untersucht, ob das Vertrauen auch mit dem Einkommen oder dem Migrationshintergrund variiert.

In diesem Jahr fällt das Variationsmuster im Vertrauen in die Institutionen nach Geschlecht, Sprachregion, Alter, politischer Einstellung und Bildungsgrad ausgeprägter aus als im langjährigen Mittel (siehe Tabelle 5.2). Wie in den Vorjahren unterscheiden sich die SchweizerInnen bezüglich des Vertrauens in die Armee am stärksten (siehe auch Standardabweichung, Tabelle 5.1).

Tabelle 5.2

Korrelationen zwischen Vertrauen in öffentliche Institutionen und individuellen Merkmalen 2013 und zusammengefasst für 1997 bis 2012 (politische Parteien ab 2007)

2013									
	Koeffi- zient	Bundesrat	Parlament	Politische Parteien	Gerichte	Polizei	Armee	Medien	CH- Wirtschaft
Weiblich	CC					–		–	–
Deutsch-Schweiz	CC		–						
Je älter	y				– –		+		
Je höher gebildet	y	+			++		–		
Je politisch rechter	y	–	–				+++		++
Je höher das Einkommen	y	+	+		++			+	+
Mit Migrationshintergrund	CC								+

1997–2012									
	Koeffi- zient	Bundesrat	Parlament	Politische Parteien	Gerichte	Polizei	Armee	Medien	CH- Wirtschaft
Weiblich	CC								–
Deutsch-Schweiz	CC								
Je älter	y				–	+	++		
Je höher gebildet	y	+			++		–		
Je politisch rechter	y					+	+++		++

+ und – schwache, positive oder negative Korrelation: $\gamma = 0.1–0.2$

++ und -- mässig schwache, positive oder negative Korrelation: $\gamma = 0.2–0.3$

+++ und --- mittlere, positive oder negative Korrelation: $\gamma = 0.3–0.4$

Aktuell vertrauen Frauen im Vergleich zu den Männern der Polizei, den Medien und der Schweizer Wirtschaft weniger stark. Dieses höhere Misstrauen der Frauen in die Schweizer Wirtschaft zeigte sich schon in den Jahren 1997 bis 2012. Im Allgemeinen variiert das Vertrauen in die einzelnen Institutionen kaum mit der

regionalen Zugehörigkeit. 2013 zeigt sich aber ein geringeres Vertrauen der DeutschschweizerInnen in das Parlament. Wie in den Vorjahren misstrauen in diesem Jahr ältere Personen den Gerichten stärker und bringen der Armee grösseres Vertrauen entgegen. Diese Differenz zwischen den Generationen bezüglich Armeevertrauen hat sich jedoch in den letzten Jahren deutlich abgeschwächt. Je besser die Befragten gebildet sind, umso eher vertrauen sie dem Bundesrat und den Gerichten. Demgegenüber misstrauen sie aber eher der Armee. Es zeigt sich somit in diesem Jahr in Bezug auf das Bildungsniveau dasselbe Bild wie in den Jahren 1997 bis 2012. Die Vertrauenswerte in diese Institutionen sind bei Personen, die sich politisch rechts einstufen, gerade entgegengesetzt. Diese bringen sowohl aktuell als auch in den Vorjahren insbesondere der Armee – aber auch der Schweizer Wirtschaft – mehr Vertrauen entgegen. Umgekehrt vertrauen politisch rechts Orientierte den politischen Instanzen wie Bundesrat und Parlament sowie den Gerichten im Schnitt weniger. Abgesehen vom Vertrauen in die politischen Parteien und die Armee haben ökonomisch gut Situierte aktuell mehr Vertrauen. SchweizerInnen mit oder ohne Migrationshintergrund vertrauen den Institutionen und Behörden gleichermassen. Einzig das Vertrauen in die Schweizer Wirtschaft ist bei Personen mit Migrationshintergrund leicht stärker ausgeprägt.

5.2 Verhältnis zwischen Vertrauen und Sicherheit

In hoch arbeitsteilig organisierten Gesellschaften wie der Schweiz ist Vertrauen eine wichtige sicherheitsstiftende Verhaltensweise. In dem Masse, in dem Abläufe und das Funktionieren lebenswichtiger komplexer Systeme von den einzelnen Gesellschaftsmitgliedern immer weniger oder nicht (mehr) durchschaut werden können, hilft Vertrauen, Komplexität zu reduzieren (vgl. Luhmann 1968). Vertrauen manifestiert sich dabei im Gefühl, dass «Personen oder Instanzen die Dinge schon richtig machen». Es kann ebenso angenommen werden, dass wer sich sicher fühlt und eine optimistische Zukunftserwartung aufweist, aufgrund dieser positiven Erfahrungen Institutionen eher vertraut. Folgedessen stellt sich somit die Frage, wie eng das Vertrauen in Institutionen und Gefühle der Sicherheit bzw. der Zuversicht miteinander verknüpft sind.

In Tabelle 5.3 sind die Koeffizienten von signifikanten Zusammenhängen zwischen dem allgemeinen Sicherheitsempfinden bzw. dem Zukunftsoptimismus in die Schweiz und dem Vertrauen in die erfassten Institutionen dargestellt. Ein positiver Wert bedeutet, dass sich die Befragten umso sicherer fühlen bzw. optimistischer sind, je stärker sie einer Institution vertrauen. Aktuell weisen die Korrelationsmasse aller Institutionen und Behörden, ausser der Schweizer Wirtschaft und der Armee,

auf positive Zusammenhänge hin. Besonders Personen, welche den Gerichten, der Regierung (Bundesrat und Parlament) und der Polizei vertrauen, fühlen sich eher sicher. Zwischen dem allgemeinen Sicherheitsgefühl und dem Vertrauen in staatlich-politische Institutionen scheint demzufolge eine starke positive Wechselwirkung zu bestehen. Aktuell korreliert das Vertrauen in die Armee negativ mit dem Sicherheitsgefühl. Die negative Wechselwirkung zwischen dem Vertrauen in die Armee und dem Sicherheitsempfinden begründet jedoch auf soziodemographischen Merkmalen wie dem Alter, der politischen Einstellung, dem Geschlecht und dem Bildungsniveau der/des Befragten. Kontrolliert man den Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in die Armee und dem Sicherheitsempfinden mit diesen soziodemographischen Eigenschaften, zeigt sich, dass die Signifikanz entfällt. Bei allen anderen erfragten Behörden und Institutionen bleibt die Wechselbeziehung zwischen dem Vertrauen in die Institution und dem Sicherheitsgefühl auch in einer multiplen Regressionsanalyse signifikant.

Das Vertrauen in die verschiedenen Institutionen und Behörden steht ebenfalls in positivem Zusammenhang mit der Zukunftszuversicht der Schweiz. Vor allem das Vertrauen in den Bundesrat und in die Schweizer Wirtschaft geben den Ausschlag, die Entwicklung der Schweiz optimistisch einzuschätzen. Wird der Einfluss des Vertrauens in eine bestimmte Institution zusammen mit den soziodemographischen Eigenschaften in einer Regressionsanalyse untersucht, zeigt sich dasselbe Bild wie oben. Eine bivariate signifikante Wechselwirkung zwischen dem Vertrauen in eine bestimmte Institution und der Einschätzung der Entwicklung der Schweiz bleibt somit auch unter Kontrolle soziodemographischer Merkmale signifikant.

Tabelle 5.3

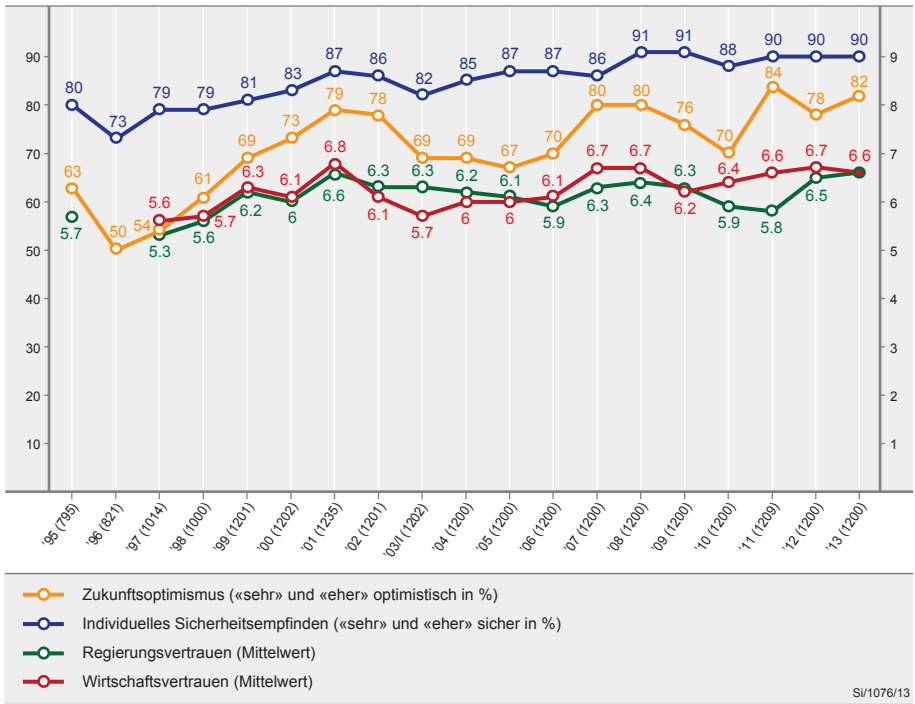
Signifikante Korrelationen zwischen Vertrauen in öffentliche Institutionen und Sicherheitsgefühl bzw. Optimismus, 2012 und 2013

	Allgemeines Sicherheitsgefühl		Zukunftsoptimismus bezüglich Schweiz	
	ρ		ρ	
	2012	2013	2012	2013
Polizei	0.17	0.18	0.11	0.12
Gerichte allgemein	0.25	0.25	0.19	0.16
Bundesrat	0.22	0.21	0.21	0.21
Schweizer Wirtschaft	0.14	n.sig	0.22	0.19
Armee	n.sig	-0.06	0.14	n.sig
Schweizer Parlament	0.19	0.17	0.23	0.15
Medien	0.06	0.09	0.09	0.08
Politische Parteien	0.12	0.14	0.22	0.14

Wechselwirkungen auf der individuellen Ebene können nicht per se auf die aggregierte Ebene übertragen werden. Es stellt sich deshalb die Frage, ob die oben festgestellten Zusammenhänge zwischen dem Vertrauen in die Institutionen und dem Sicherheitsempfinden bzw. dem Zukunftsoptimismus in die Schweiz auch auf der aggregierten Ebene wiederzufinden sind. Ist eine solche Aggregation möglich, so ist in Jahren, in denen sich die Bevölkerung besonders sicher und optimistisch fühlt, auch das Vertrauen in die staatlich-politischen Instanzen und in die Wirtschaft hoch. Dieser Zusammenhang wurde für das Vertrauen in die Regierung (Parlament und Bundesrat zusammengefasst) und in die Wirtschaft untersucht. Die Kurvenverläufe in Abbildung 5.1 scheinen diese Annahme zu bestätigen. Das allgemeine Sicherheitsempfinden, der Zukunftsoptimismus und das Vertrauen in die Wirtschaft sowie in die Regierung verlaufen tendenziell parallel. So gaben sich die SchweizerInnen in jenen Jahren, in denen sie der Wirtschaft und der Regierung besonders vertrauten, deutlich optimistischer und sicherer als sonst.

Abbildung 5.1

Regierungsvertrauen, Wirtschaftsvertrauen und Sicherheit



Korreliert man die Jahresmittelwerte des Sicherheitsempfindens bzw. des Zukunftsoptimismus mit den Jahresmittelwerten des Vertrauens in die Regierung (Bundesrat und Parlament) und in die Wirtschaft, so kann diese Wechselwirkung auch statistisch bestätigt werden.³

Fazit: Das hohe Sicherheitsempfinden sowie die optimistische Erwartung in die Zukunft der Schweiz finden auch in diesem Jahr Niederschlag im Vertrauen der Schweizer Bevölkerung in die verschiedenen erfassten Institutionen und Behörden. Das allgemeine Vertrauen der SchweizerInnen in die erfragten Institutionen bleibt über den Jahresverlauf unverändert hoch. StimmbürgerInnen vertrauen 2013 den erfassten Institutionen gleichermassen wie 2012, einzig den politischen Parteien schenken sie im Vergleich zum Vorjahr mehr Vertrauen.

3 Jahresmittelwerte Sicherheitsempfinden und Vertrauen in die Regierung: $r=0.661$, $p=0.003$, $N=18$.
 Jahresmittelwerte Sicherheitsempfinden und Vertrauen in die Wirtschaft: $r=0.702$, $p=0.002$, $N=17$.
 Jahresmittelwerte Zukunftsoptimismus und Vertrauen in die Regierung: $r=0.720$, $p=0.001$, $N=18$.
 Jahresmittelwerte Zukunftsoptimismus und Vertrauen in die Wirtschaft: $r=0.799$, $p=0.000$, $N=17$.

6 Innere Sicherheit

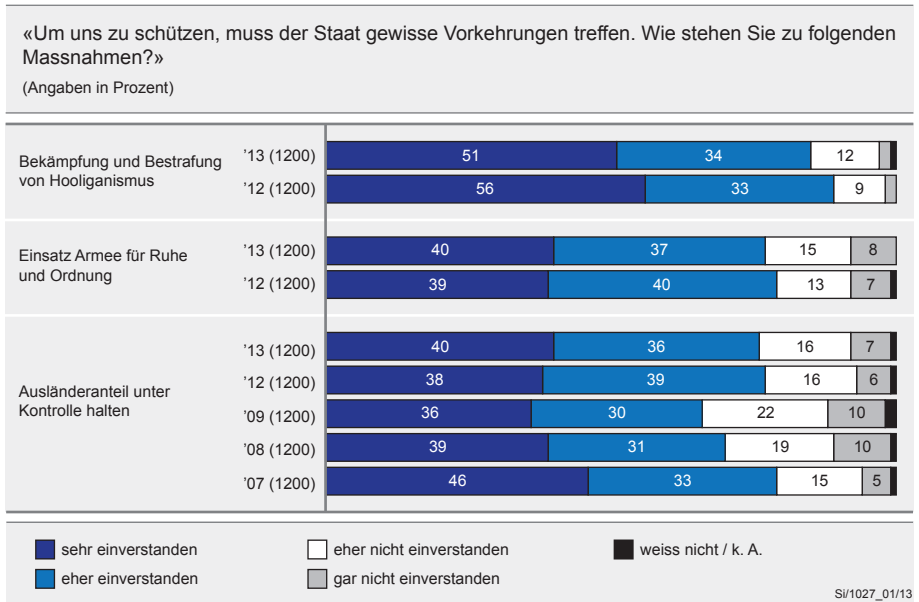
Die rasante Verbreitung moderner Technologien und das Aufkeimen neuer politisch motivierter nichtstaatlicher Akteure haben die aktuelle Bedrohungs- und Gefährdungslage sowohl innerstaatlich wie auch auf internationaler Ebene in den letzten Jahren radikal verändert. Infolge dieses Umbruchs verwischen die einstmals deutlichen Grenzen zwischen Innerer und Äusserer Sicherheit zusehends. Dennoch spiegelt sich die Unterscheidung dieser beiden Begriffe sowohl kognitiv in der Wahrnehmung der Bevölkerung als auch strukturell in der sicherheitspolitischen Ausrichtung der Schweiz wider. Deshalb wird diese begriffliche Unterscheidung auch dieses Jahr verwendet und die Thematik der Inneren Sicherheit in einem eigenen Kapitel abgehandelt. Der erste Abschnitt erfasst die Einstellung der Schweizer Stimmbevölkerung gegenüber verschiedenen Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit im Allgemeinen. Der zweite Teil dieses Kapitels beschäftigt sich spezifisch mit Massnahmen zur Bekämpfung des Extremismus und des Terrorismus.

6.1 Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit

Die Schweiz als Rechtsstaat muss über eine Palette differenzierter Massnahmen verfügen, um die Durchsetzung der Gesetze, die Souveränität staatlichen Handelns sowie die Unversehrtheit ihrer Bevölkerung gewährleisten zu können. Auch wenn es die Aufgabe des Staates ist, Art und Umfang der Schutzmassnahmen festzulegen, so ist die Akzeptanz dieser Massnahmen seitens der Bevölkerung für die Legitimation und schliesslich für eine erfolgreiche Implementierung und Durchsetzung elementar. Im Folgenden soll deshalb geprüft werden, wie die Schweizer Stimmbevölkerung zu möglichen Vorkehrungen zur Wahrung der Inneren Sicherheit steht. In der Zustimmung bzw. Ablehnung lassen sich grundsätzlich drei Gruppen von Massnahmen ausmachen: Solche, die mehrheitlich begrüsst werden, ambivalente Massnahmen mit einer mittleren Zustimmungsquote und nicht akzeptierte Massnahmen, das heisst solche, die keine Mehrheit in der Stimmbevölkerung finden.

Massnahmen, die einem klar erkennbaren Zweck dienen, finden im Allgemeinen eine breite Zustimmung in der Schweizer Stimmbevölkerung. So erreicht die Einstellung der Befragten zur Bekämpfung und Bestrafung des Hooliganismus, welche dieses Jahr zum zweiten Mal erhoben wurde, mit 85% (–4%) eine immer noch sehr hohe Zustimmungsrate, wobei sich 51% mit der Vorlage «sehr» einverstanden erklären (siehe Abbildung 6.1). Im Jahresvergleich ist die geringere Zustimmung signifikant.

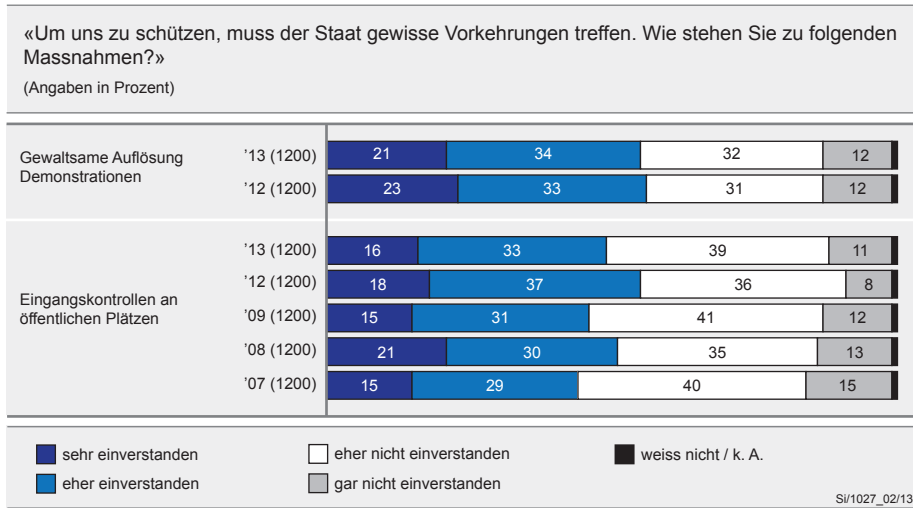
Abbildung 6.1

Mehrheitliche Zustimmung zu Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit

Die Kontrolle des Ausländeranteils sehen 76% (+1%) der Befragten als geeignete Massnahme im Bereich der Inneren Sicherheit an. Bei einer allfälligen Überforderung der Polizei heissen 77% der Schweizer Stimmbevölkerung den Einsatz der Armee zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung gut (+2%). Sämtliche dieser oben genannten Massnahmen werden von Befragten jeglicher politischen Richtung, jeglichen Alters, unabhängig vom Geschlecht, über sämtliche Einkommens- oder Bildungsniveaus als auch in allen drei Sprachregionen befürwortet.

Massnahmen, die eine Zustimmungsrate um die 50% haben, können als «ambivalente» Massnahmen bezeichnet werden, da die Schweizer Stimmbevölkerung gegenüber diesen Sicherheitsvorkehrungen zwiespältig eingestellt ist. Der Polizei die Möglichkeit zuzugestehen, nicht bewilligte Demonstrationen auch gewaltsam aufzulösen, sehen 55% (+1%) als geeignete Vorkehrung zur Wahrung der Inneren Sicherheit (siehe Abbildung 6.2). Stellten Eingangskontrollen an öffentlichen Gebäuden im Vorjahr für eine geringe Mehrheit der Stimmbevölkerung (55%) ein geeignetes Mittel zur Wahrung der Inneren Sicherheit dar, so wird diese Massnahme 2013 signifikant weniger begrüsst (49%, -6%).

Abbildung 6.2
Ambivalenz bezüglich Massnahmen im Bereich der Inneren Sicherheit



Eine nach politischer Einstellung differenzierte Betrachtung zeigt auch dieses Jahr, dass politisch links Orientierte im Gegensatz zu Personen der politischen Mitte und rechts davon diese ambivalenten Massnahmen mehrheitlich ablehnen. So sprechen sich politisch links Eingestufte nur mit 27% für Eingangskontrollen an öffentlichen Gebäuden aus (Mitte: 60%, rechts: 52%, $\gamma=0.25$) und lediglich 34% (Mitte: 62%, rechts: 68%, $\gamma=0.37$) stimmen der gewaltsamen Auflösung von Demonstrationen zu. Die höchste Zustimmung zu Eingangskontrollen an öffentlichen Gebäuden geben die ab 60-Jährigen (61%, 30–59-Jährige: 43%, 18–29-Jährige: 44%, $\gamma=0.24$). Ebenso hohen Zuspruch gewährt die ältere Generation der gewaltsamen Auflösung von Demonstrationen (66%, 30–59-Jährige: 49%, 18–29-Jährige: 51%, $\gamma=0.26$). Unter den Befragten mit hohem Bildungsniveau finden die zwei ambivalenten Massnahmen keine Mehrheitsunterstützung (Eingangskontrolle: hoch: 36%, mittel: 53%, tief: 72%, $\gamma=0.34$ und gewaltsame Auflösung von Demonstrationen: hoch: 46%, mittel: 59%, tief: 64%, $\gamma=0.21$). Dasselbe gilt für das Einkommen: je höher das Einkommen, desto tiefer die Zustimmung zu Eingangskontrollen an öffentlichen Gebäuden (hoch: 37%, mittel: 47%, tief: 58%, $\gamma=0.25$) und dem gewaltsamen Auflösen von Demonstrationen (hoch: 49%, mittel: 56%, tief: 58%, $\gamma=0.11$).

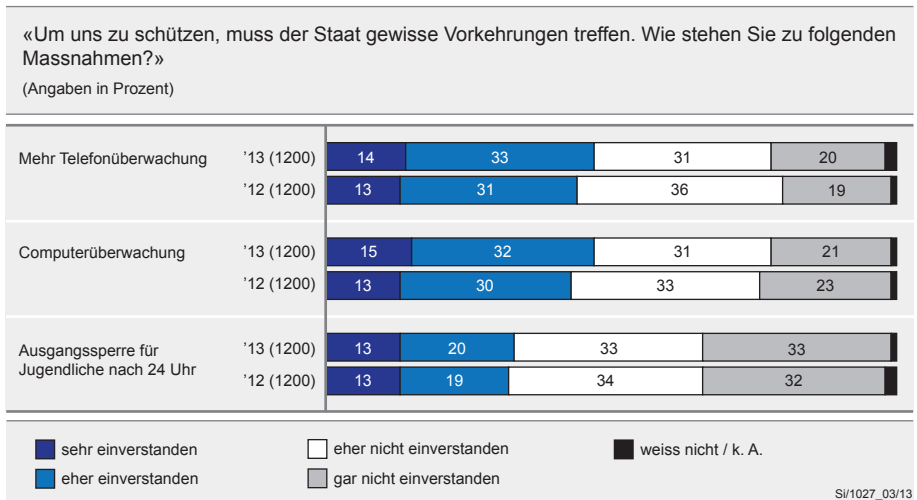
Tendenziell nimmt die Akzeptanz einer Massnahme in dem Masse ab, wie vermutet wird, dass die eigene Privatsphäre direkt davon betroffen sein könnte. So zählen zu den mehrheitlich missbilligten Vorkehrungen die vermehrte Telefon- (47%, +3%;

siehe Abbildung 6.3) sowie die intensivierte Computerüberwachung (47%), die mit 4% Zunahme zum Vorjahr signifikant gestiegen ist. Eine Ausgangssperre für Jugendliche nach 24 Uhr (33%, +1%) wird als das unwirksamste Mittel zur Wahrung der Inneren Sicherheit angesehen.

Im Jahresvergleich fällt auf, dass sich die Zustimmung- und Ablehnungsrate der Telefon- (47% Zustimmung; 51% Ablehnung) sowie der Computerüberwachung (47% Zustimmung; 52% Ablehnung) angenähert haben. Dies lässt erkennen, dass die Grenze zwischen der ambivalenten und ablehnenden Kategorie zum Teil fließend geworden ist. Eine Vermutung hinsichtlich dieser Annäherung bzw. leicht höheren Akzeptanz der Computer- und Telefonüberwachung könnte die Debatte um das neue Nachrichtendienstgesetz sein, das einen Ausbau der Überwachungskompetenzen von Computern und Telefonaten nur in speziellen Fällen durch eine Bewilligung vorsieht. Die ziemlich offen gestellten Fragen der Computer- und Telefonüberwachung wurden somit vielleicht zum Teil in einem konkretisierten Kontext durch den öffentlichen Diskurs gesehen.

Abbildung 6.3

Mehrheitliche Ablehnung von Massnahmen im Bereich der Inneren Sicherheit



Eine multiple logistische Regressionsanalyse (siehe dazu Anhang I, Kapitel VI) mit allen im Rahmen dieser Studie erhobenen soziodemographischen Variablen¹ zeigt, dass die politische Selbsteinstufung mit dem Zustimmungsgrad zu den ein-

1 Dies sind das Alter, das Einkommens- und Bildungsniveau, die politische Selbsteinstufung, die Sprachregion und das Geschlecht.

zelenen Sicherheitsmassnahmen korreliert. Politisch links Stehende befürworten die Sicherheitsvorkehrungen im Allgemeinen weniger stark als solche der politischen Mitte oder rechts davon. Am stärksten unterscheiden sie sich dabei in der Frage der gewaltsamen Auflösung von Demonstrationen und schärferen Eingangskontrollen bei öffentlichen Gebäuden als potenzielle Richtlinien zur Wahrung der Inneren Sicherheit. Ebenso wird die Zustimmungsrates zu den verschiedenen Sicherheitsvorkehrungen durch das Alter beeinflusst. Tendenziell befürworten ältere Personen die einzelnen Sicherheitsvorkehrungen häufiger. Nebst der politischen Einstellung hat das Bildungsniveau einen Einfluss auf die Zustimmung zu Massnahmen der Inneren Sicherheit. Allgemein stimmen Personen mit einem hohen Bildungsniveau Sicherheitsvorkehrungen im Bereich der Inneren Sicherheit weniger oft zu als solche mit einer Primär- oder Sekundärausbildung. Diese Diskrepanz ist vor allem ersichtlich bei Fragen zur gewaltsamen Auflösung von Demonstrationen, schärferen Eingangskontrollen sowie vermehrter Computer- und Telefonüberwachung. Befragte aus der Südschweiz befürworten die verschiedenen Sicherheitsvorkehrungen tendenziell häufiger als jene aus der Deutsch- und Westschweiz. Zu diesen Massnahmen gehören der Einsatz der Armee für die Innere Sicherheit bei einer Überforderung der Polizei, die gewaltsame Auflösung von Demonstrationen, die verschärfte Eingangskontrolle öffentlicher Gebäude und die vermehrte Telefonüberwachung. Die französische Schweiz wiederum stimmt dem Ausgangsverbot für Jugendliche ab 24 Uhr am deutlichsten zu. Hingegen befürwortet sie im Regionalvergleich die Unterstützung zur stärkeren Bekämpfung des Hooliganismus unterdurchschnittlich. Die DeutschschweizerInnen bejahen einzig die polizeiliche Computerüberwachung überdurchschnittlich stark. In Bezug auf das Geschlecht neigen Frauen eher dazu Sicherheitsvorkehrungen zu favorisieren. Dies könnte auf das geringere subjektive Sicherheitsgefühl von Frauen zurückzuführen sein (vgl. Abschnitt 4.1). Hingegen stimmen Männer einer verschärften Eingangskontrolle von öffentlichen Gebäuden, dem Ausgangsverbot für Jugendliche nach Mitternacht und der polizeilichen Computerüberwachung stärker zu. Überdies gilt: Je höher das Einkommensniveau einer Person, desto geringer fällt die Zustimmung zu Sicherheitsvorkehrungen aus wie beim Ausgangsverbot für Jugendliche nach 24 Uhr, der Telefon- und Computerüberwachung sowie Eingangskontrollen an öffentlichen Gebäuden. Ausserdem kann beobachtet werden, dass Personen mit tiefem Einkommen den Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit tendenziell am höchsten zustimmen, gefolgt von der Mittelschicht.

6.2 Massnahmen zur Bekämpfung des Extremismus bzw. des Terrorismus

Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus stehen stets im Spannungsfeld zwischen den Grundwerten Sicherheit und Freiheit. Die Diskussion über eine Intensivierung der Bekämpfung verschiedener Arten von Extremismus ist letztendlich auch eine Auseinandersetzung darüber, ob und inwieweit Einschränkungen der persönlichen Freiheit zugunsten von vermehrter Sicherheit legitimiert werden können. Das Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit kann als ein Spektrum betrachtet werden, wobei die absolute Freiheit auf der einen und die totale Sicherheit auf der anderen Seite als Extrempole einer Skala zu verstehen sind. In diesem Kontext wurde sowohl die Einstellung der Schweizer Stimmbevölkerung gegenüber einer stärkeren Bekämpfung des Rechts- und Linksextremismus sowie des Terrorismus erhoben als auch deren Haltung gegenüber Freiheitseinschränkungen im Zuge von Sicherheitsmassnahmen eruiert.

Vier von fünf Befragten heissen eine intensivere Bekämpfung des Rechtsextremismus gut (siehe Tabelle 6.1). Die Zustimmung zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus ist zum Vorjahr gleich geblieben und liegt weiterhin mit 81% ($\pm 0\%$) auf einem hohen Stand seit Beginn der Erhebung dieser Einstellung 2003. Eine stärkere Bekämpfung des Linksextremismus findet 2013 ebenfalls eine mehrheitliche Zustimmung seitens der Schweizer Stimmbevölkerung. 63% der Befragten sprechen sich für eine intensivere Bekämpfung des Linksextremismus aus, wobei die Zustimmung zur Eindämmung des Linksextremismus im Jahresverlauf um 4% abgenommen hat. Seit dem Höchstwert von 71% im Jahr 2011 befürwortet die Schweizer Stimmbevölkerung persönliche Freiheitseinschränkungen im Kontext der Terrorismusbekämpfung weniger häufig (66%, -2%). Aktuell hat die Forderung der SchweizerInnen nach einer energischen Bekämpfung des Rechts- und Linksextremismus einen ähnlichen Stellenwert wie im Jahr 2012.

Tabelle 6.1

Massnahmen zur Bekämpfung des Extremismus und des Terrorismus

«Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass... («sehr» und «eher» einverstanden in Prozent)									
	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2011	2012	2013
wir den Rechtsextremismus stärker als bisher bekämpfen.»	73	79	-	85	-	78	75	81	81
wir den Linksextremismus stärker als bisher bekämpfen.»	60	54	-	64	-	62	63	67	63
wir den Terrorismus mit allen Mitteln bekämpfen, auch wenn dabei unsere persönliche Freiheit eingeschränkt werden muss.»	66	59	51	64	63	61	71	68	66

SI/712/13

Eine multiple logistische Regressionsanalyse illustriert, dass – analog der in Abschnitt 6.1 genannten Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit – auch hier der Zustimmungsgrad zu Sicherheitsvorkehrungen am stärksten mit der politischen Selbsteinstufung korreliert. In der Einstellung gegenüber einer verstärkten Bekämpfung des Rechts- und Linksextremismus widerspiegelt sich auch eine unterschiedliche, nach politischer Selbsteinstufung differenzierte Bedrohungswahrnehmung. So schätzen politisch links Orientierte die Gefahr des Rechtsextremismus (86%) höher ein als jene des Linksextremismus (40%). Politisch rechts Orientierte hingegen stufen beide extremistischen Strömungen als annähernd gleich gefährlich ein (Linksextremismus: 75%, Rechtsextremismus: 78%). Mit Blick auf das inhärente Spannungsverhältnis zwischen individuellen Freiheitsrechten und kollektiver Sicherheit im Kontext der Terrorismusbekämpfung räumen politisch rechts Stehende der Sicherheitsdimension höhere Priorität ein (77%) als politisch links Orientierte (50%). Neben der politischen Orientierung hat das Alter einer Person einen Einfluss auf die Einstellung gegenüber der Bekämpfung des Terrorismus und des Linksextremismus. Je älter eine Person ist, desto stärker befürwortet sie Freiheitseinschränkungen infolge der Terrorismusbekämpfung. Das Bildungsniveau hat lediglich einen Effekt auf den Zustimmungsgrad der Bekämpfung des Linksextremismus. Hier gilt tendenziell: je höher das Bildungsniveau, desto geringer ist die Zustimmung zu Massnahmen der Bekämpfung von Extremismus. Ferner sprechen sich Befragte der Deutschschweiz häufiger für eine energische Bekämpfung des Rechts- und Linksextremismus als jene der West- und Südschweiz aus.

Fazit: 2012 konnte eine allgemein hohe Zustimmung zu den erhobenen Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit verzeichnet werden. Im Jahresverlauf hat diese leicht abgenommen. Insbesondere Massnahmen wie eine Verschärfung von Eingangskontrollen sowie eine verstärkte Bekämpfung und Bestrafung des Hooliganismus finden aktuell im Vergleich zum Vorjahr weniger Unterstützung in der Bevölkerung. Hingegen stösst eine vermehrte Telefonüberwachung 2013 auf deutlich mehr Zustimmung unter den Schweizer StimmbürgerInnen.

7 Öffnung versus Autonomie – die Wahrnehmung aussen- und sicherheitspolitischer Optionen

Wie viel Öffnung braucht die Schweiz nach Ansicht der Schweizer Bevölkerung, bzw. wie gross ist die Öffnungsbereitschaft der SchweizerInnen? – Dieses Kapitel untersucht diese weit gefasste Fragestellung und befasst sich mit der Kooperationsbereitschaft der Schweizer StimmbürgerInnen in Bezug auf verschiedene aussen- und sicherheitspolitische Optionen. So werden die Einstellungen der SchweizerInnen zur EU, ihre Haltung gegenüber internationalen Kooperationen ohne institutionelle Bindung, das gewünschte Engagement innerhalb der Uno, ihr Verhältnis zu sicherheitspolitischen Allianzen und das allgemeine Bestreben nach nationaler Autonomie erfragt. Anschliessend werden diese verschiedenen Aspekte der Kooperationsbereitschaft nach soziodemographischen Merkmalen betrachtet. Am Ende des Kapitels wird eine Typologie zur aussenpolitischen Öffnungsbereitschaft der SchweizerInnen vorgestellt und deren Trend von 1993 bis heute nachgezeichnet.

7.1 Eine skalenartige Fragebatterie als Grundlage

Die aussenpolitische Kooperationsbereitschaft der Bevölkerung lässt sich mit einer Einzelfrage nicht angemessen beurteilen. Dieser Tatsache wird im Rahmen der Befragungsreihe «Sicherheit» Rechnung getragen, indem die Kooperationsbereitschaft über einen Index, das heisst eine Zusammenstellung mehrerer Indikatoren, erfasst wird (vgl. Haltiner & Spillmann 1994). Diesem Index – bestehend aus insgesamt 17 Indikatoren – liegt die Überlegung zugrunde, dass sich eine maximale Öffnungsbereitschaft bzw. ein stark ausgeprägtes Autonomiebestreben als Extreme eines Kontinuums verstehen lassen. Innerhalb dieses Kontinuums sind demnach auch mildere Ausprägungsformen sowohl der Autonomie als auch der Öffnung denkbar. Maximal Öffnungsbereite zeichnen sich dadurch aus, dass sie Beitritte zu supra- bzw. internationalen Institutionen wie der EU und der Nato befürworten und sich eine Schweiz wünschen, die sich innerhalb der Uno stark engagiert. Eine abgemilderte Form der Öffnungsbereitschaft liesse sich dadurch charakterisieren, dass man etwa der Uno durchaus sehr wohlwollend gegenüber steht, hingegen von einer EU-, geschweige denn einer Nato-Mitgliedschaft, nichts wissen will.

Als «Autonomismus» kann jene Haltung definiert werden, die jeglicher Art von internationaler Kooperation kritisch gegenübersteht und generell danach strebt, die politische Souveränität der Schweiz zu maximieren.

7.2 Die 17 Indikatoren der Öffnungsbereitschaft bzw. der Autonomie im Trend

Die 17 Indikatoren sind gegliedert nach der

- Bereitschaft zur internationalen Kooperation durch institutionelle Annäherung an die oder Beitritt zur EU (siehe Abbildung 7.1),
- Bereitschaft zur Öffnung der Schweiz ohne institutionelle Bindungen an inter- bzw. supranationale Institutionen (siehe Abbildung 7.2),
- Bereitschaft zu einem verstärkten Engagement innerhalb der Uno (siehe Abbildung 7.3),
- Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit sicherheitspolitischen Allianzen wie der Nato (siehe Abbildung 7.4),
- Betonung verschiedener Grade nationaler Autonomie (siehe Abbildung 7.5) und
- Einstellung zur Beibehaltung verschiedener Grade der Neutralität (siehe Kapitel 8.1, Abbildung 8.1).

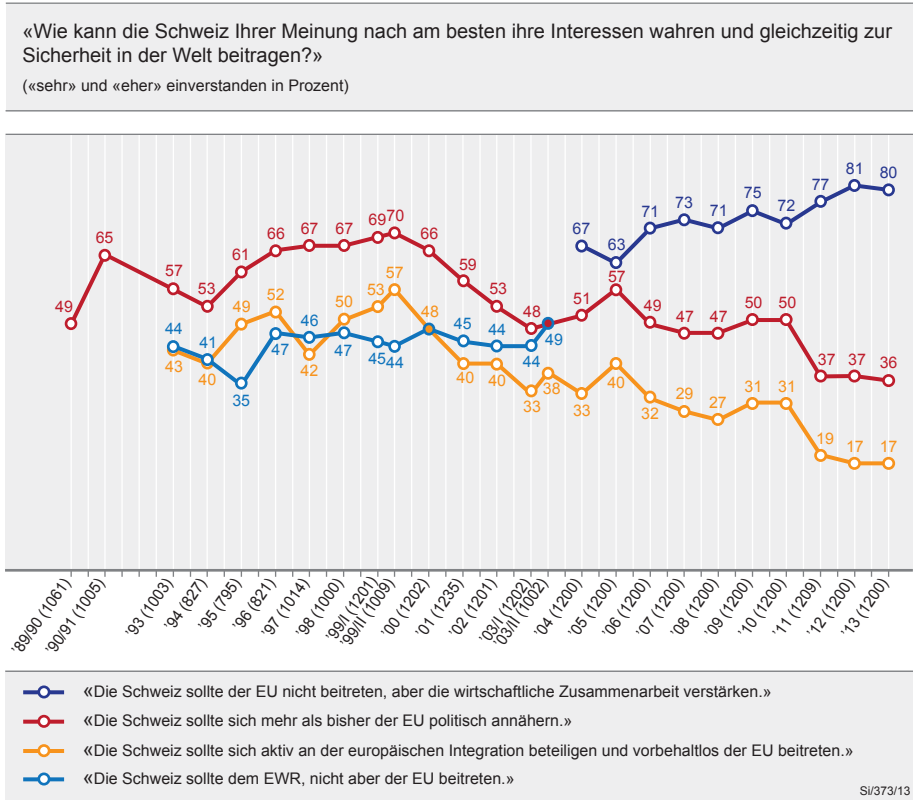
7.3 Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Bindung oder Annäherung an die Europäische Union

Die im Vorjahr messbare Skepsis der Schweizer Bevölkerung gegenüber der EU lässt sich auch 2013 bestätigen. Sowohl die Unterstützung einer politischen Annäherung an die EU (36%, -1%; siehe Abbildung 7.1) als auch eines Beitritts zur EU (17%, ±0%) stagnieren auf Tiefstwerten. Das Einverständnis der SchweizerInnen zu einer (rein) wirtschaftlichen Zusammenarbeit hingegen bleibt weiterhin ausserordentlich hoch (80%, -1%).

Wie in Abbildung 7.1 deutlich zu erkennen ist, hat sich der in den letzten Jahren beobachtbare Trend im Meinungsbild gegenüber der EU gefestigt, verstärkte wirtschaftliche Aussenbeziehungen mit dem europäischen Staatenverbund zu fordern, ohne eine politische Anbindung an denselben anzustreben. Dieses weit verbreitete Misstrauen gegenüber einer institutionellen politischen Zusammenarbeit mit der EU ist wahrscheinlich als Reaktion der Schweizer StimmbürgerInnen auf die anhaltende Schuldenkrise etlicher europäischer Staaten und auf die Spannungen

innerhalb der Organisation zu deuten. Des Weiteren kann vermutet werden, dass die zu beobachtende Skepsis gegenüber Europa Ausdruck des anhaltenden Banken- und Steuerstreits ist (vgl. Kapitel 1).

Abbildung 7.1
Europäische Integration



In der Langzeit-Betrachtung zeigt sich, dass sich die Haltung der SchweizerInnen zur Europapolitik stark verändert hat. In den neunziger Jahren favorisierten zwei Drittel der Schweizer Bevölkerung eine politische Annäherung, wohingegen knapp die Hälfte für eine Intensivierung der rein wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Form eines EWR-Beitritts plädierte. 2003 änderte sich die Stimmungslage jedoch markant und die Einstellung der StimmbürgerInnen kehrte sich um.

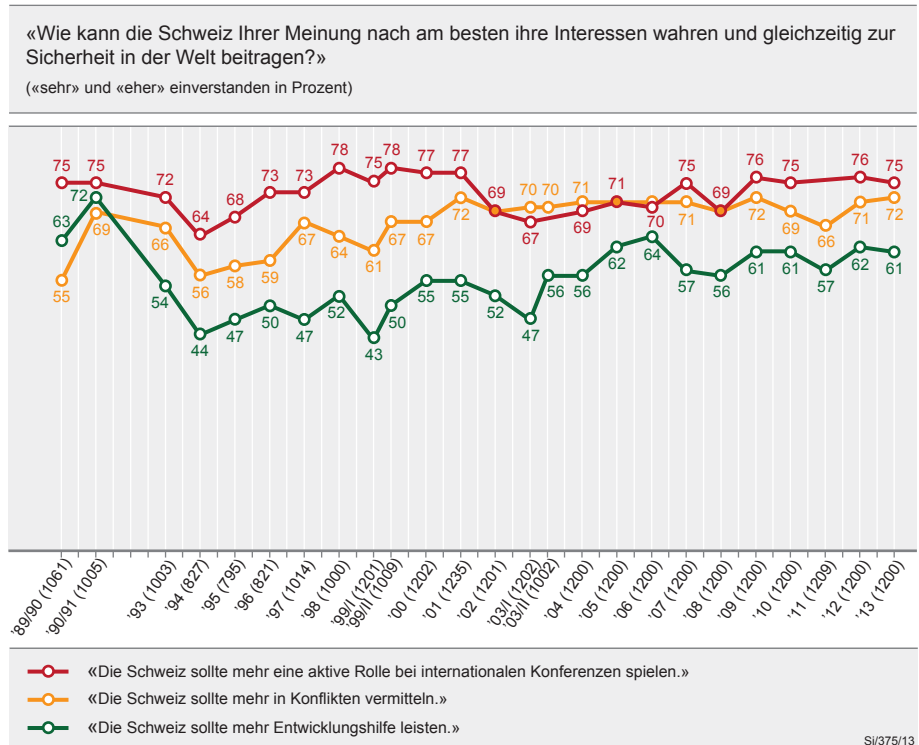
7.4 Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation ohne institutionelle Bindung

2012 manifestierte sich ein verstärkter Wunsch nach internationaler Kooperation ohne institutionelle Einbindung in der Schweizer Bevölkerung. Diese Forderung bleibt im Jahresverlauf unverändert. 2013 finden alle erfragten Formen internationaler Kooperation ohne institutionelle Bindung und ohne Souveränitätsminderung die Unterstützung einer deutlichen Mehrheit.

Drei von vier StimmbürgerInnen wünschen sich eine aktivere Rolle der Schweiz bei internationalen Konferenzen (75%, -1%; siehe Abbildung 7.2) und 72% heissen eine Erhöhung der Vermittlungsaktivität der Schweiz in internationalen Konflikten gut (+1%). Im langjährigen Vergleich ist die öffentliche Meinung über den Ausbau der Entwicklungshilfe am stärksten Schwankungen unterworfen. Seit dem Anstieg im Vorjahr ist die Unterstützung eines solchen Ausbaus aber auf unverändert hohem Niveau (61%, -1%).

Abbildung 7.2

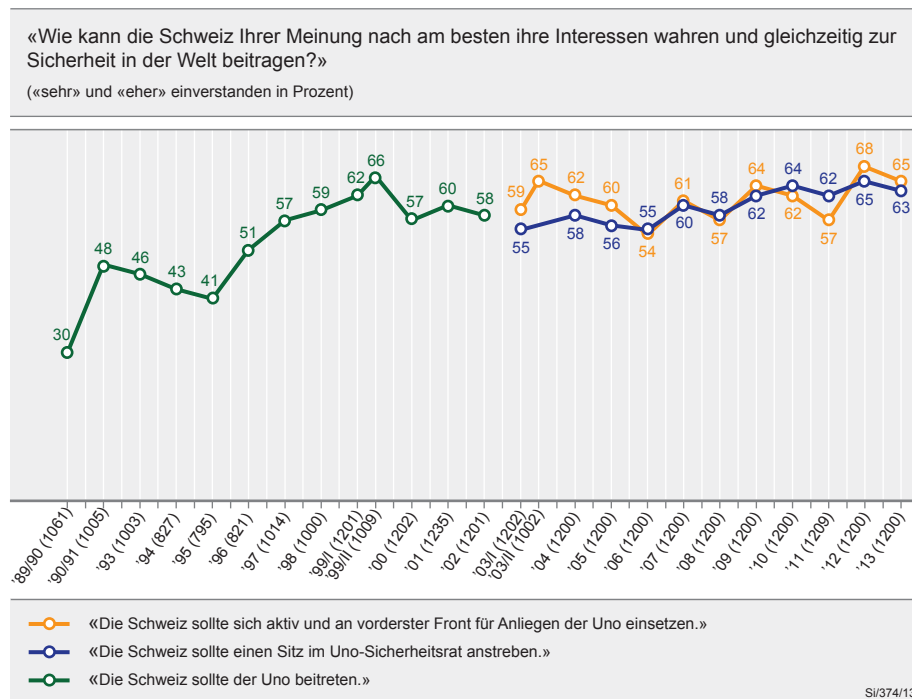
Indikatoren der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsbereitschaft ohne institutionelle Bindungen («weiche» Kooperation)



7.5 Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Erhöhtes Engagement in der Uno

Nach einem engagierten Abstimmungskampf wurde am 3. März 2002 die Volksinitiative für den Uno-Beitritt mit 55% Ja-Stimmen vom Schweizer Stimmvolk angenommen. Die Einstellung gegenüber der Uno hat sich seit dem Beitritt nur marginal verändert und bleibt positiv. Nachdem die Schweizer Stimmbevölkerung insbesondere 2006 der Uno gegenüber relativ kritisch eingestellt war, hat sich das Verhältnis zur internationalen Kooperation im Rahmen der Uno entspannt. Nach dem deutlichen Anstieg im Vorjahr bleibt die Befürwortung eines Schweizer Engagements innerhalb der Uno auf unverändert hohem Niveau (siehe Abbildung 7.3).

Abbildung 7.3
Einstellungen zur Uno

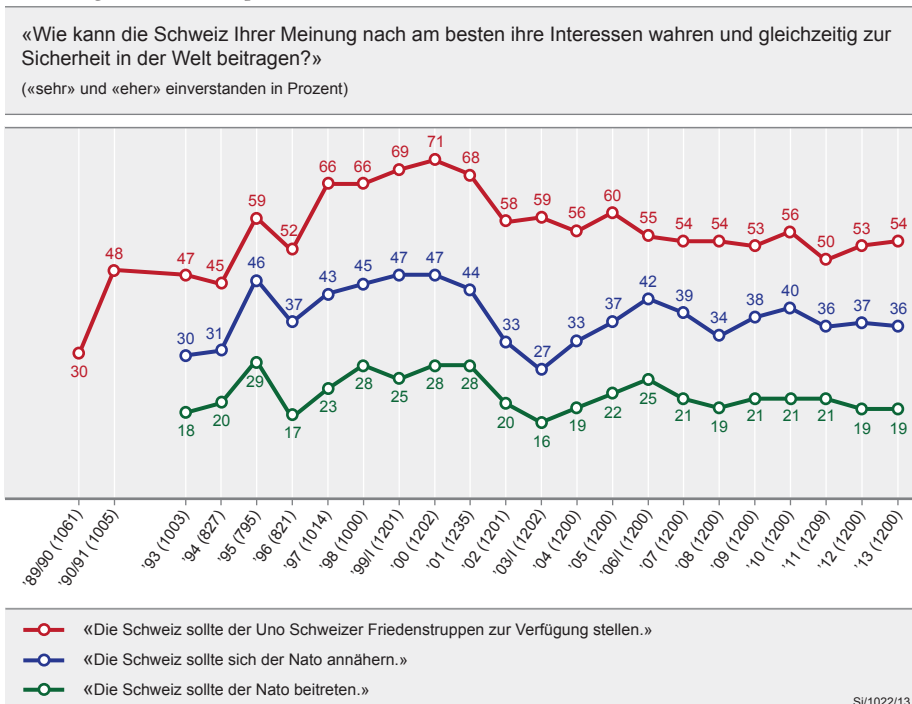


Zwei von drei Befragten sprechen sich dafür aus, dass sich die Schweiz aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der Uno einsetzen soll (65%). Mit 63% unterstützen ähnlich viele SchweizerInnen die Forderung, die Schweiz solle «einen Sitz im Uno-Sicherheitsrat anstreben». Nach den Höchstwerten im Vorjahr hat die Zustimmung eines Engagements im Rahmen der Uno damit nur marginal abgenommen (–3% bzw. –2%).

7.6 Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Bereitschaft zu sicherheitspolitischen Allianzen

Seit Beginn der Erhebung findet von den drei erfragten Möglichkeiten einer sicherheitspolitischen Kooperation lediglich die Forderung, «die Schweiz soll der Uno Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen», eine knappe mehrheitliche Zustimmung. Nachdem in den neunziger Jahren die Popularität einer Entsendung von Friedenstruppen im Rahmen der Uno zugenommen hat, sank die Unterstützung einer solchen Form der sicherheitspolitischen Kooperation nach der Jahrtausendwende erneut und pendelte sich in den letzten Jahren um den Wert von 53 Prozentpunkten ein. Mit 54% bleibt die Akzeptanz für solche Einsätze im Vergleich zum Vorjahr unverändert (+1%; siehe Abbildung 7.4).

Abbildung 7.4
Einstellungen zu sicherheitspolitischen Allianzen



Ähnlich kritisch wie in den Vorjahren beurteilt die Schweizer Bevölkerung die Vorgaben, mehr Sicherheit durch Kooperation mit der Nato zu erlangen. Eine politische Annäherung an die Nato (36%, –1%) oder ein Beitritt zu dieselben (19%,

±0%) kommen weiterhin nur für eine Minderheit der SchweizerInnen in Frage. Eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit der Nato ist damit auch 2013 keine sicherheitspolitische Alternative für die Schweizer Stimmbevölkerung.

Die drei Zustimmungskurven zu den erfragten Optionen sicherheitspolitischer Kooperation verlaufen über die gesamte Messreihe ziemlich ähnlich. Die Reihenfolge ihrer Akzeptanz bleibt über die Jahre hinweg gleich (vgl. Abbildung 7.4). Seit Beginn der Erhebung wird der Bereitstellung von Friedenstruppen im Rahmen der Uno am stärksten, einem Nato-Beitritt am geringsten zugestimmt. Der Grad der Zustimmung der Bevölkerung hängt dabei mit der Intensität der Kooperation zusammen: je enger und verpflichtender die Bindung, desto stärker die Ablehnung.

Die Entwicklung des Meinungsbildes über die Jahre zeigt, dass in den Zeiträumen von 1998 bis 2001 sowie von 2004 bis 2006 die unterschiedlichen sicherheitspolitischen Kooperationsmöglichkeiten positiver beurteilt wurden. Dies könnte daran liegen, dass zu diesen Zeitpunkten der Krieg im ehemaligen Jugoslawien bzw. die gemeinsame Terrorbekämpfung der Nato-Länder deutlich machten, dass Sicherheit durch Kooperation zu erreichen ist.

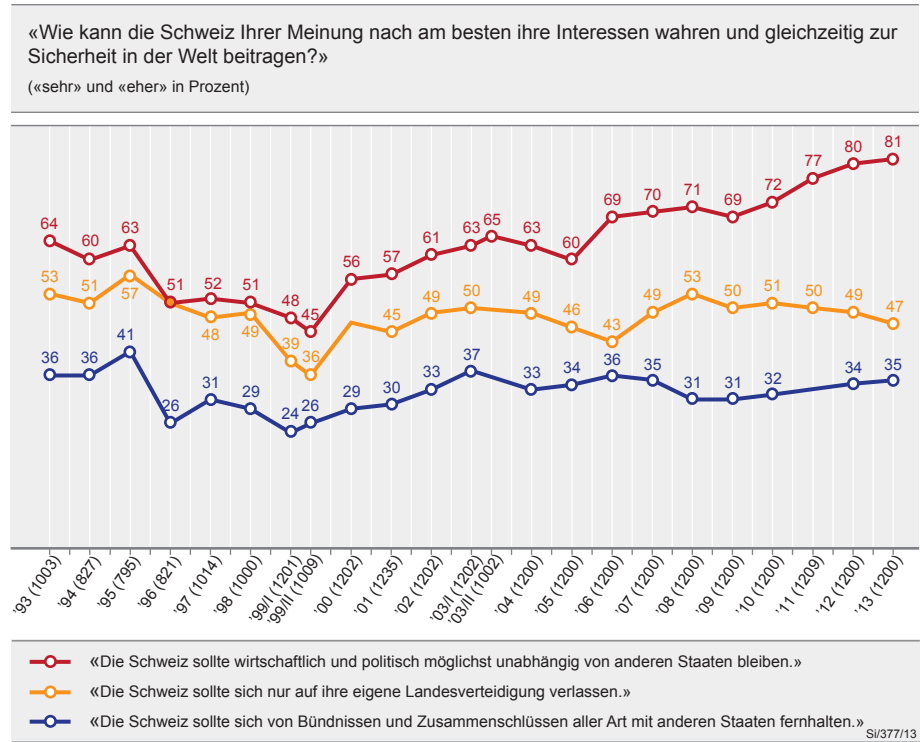
7.7 Betonung nationaler Autonomie

Die Einstellung der Bevölkerung zur nationalen Autonomie wird anhand dreier Indikatoren gemessen: wirtschaftliche, politische und militärische Autonomie. Seit Messbeginn im Jahr 1993 erhält die Politik der wirtschaftlichen und politischen Autonomie die höchste Zustimmungsrates – mit rund 50% oder mehr – vor der militärischen Autonomie, die im Zeitverlauf knapp jede/jeder zweite Befragte gutheisst. Die geringste Zustimmung verzeichnet jeweils die Aussage, wonach sich die Schweiz von jeglichen Bündnissen und institutionellen Zusammenschlüssen fernhalten solle.

Der Wunsch nach einer politisch und wirtschaftlich möglichst autonomen Schweiz hat in der Bevölkerung seit 2011 deutlich zugenommen und bleibt auf dem Höchstwert der Erhebungsreihe. Vier von fünf Befragten teilen in diesem Jahr die Meinung, die Schweiz solle «wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben» (81%, +1%; siehe Abbildung 7.5). 2013 fordern 47% (–2%) der StimmbürgerInnen, dass sich die Schweiz nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen soll. Der Anteil jener Befragten, welche sich eine absolute Autonomie wünschen, pendelt seit 1996 um die 30%-Marke. 2013 sind 35% der Befragten mit einem Alleingang ohne «Bündnisse und Zusammenschlüsse aller Art mit anderen Staaten» einverstanden (+1%).

Abbildung 7.5

Indikatoren zur Betonung nationaler Autonomie



7.8 Soziodemographische Wahrnehmungsmuster von Öffnung versus Autonomie

Die politische Selbsteinschätzung der SchweizerInnen auf einer Links-Mitte-rechts-Skala ist diejenige Variable, welche die Spannweite der Öffnungsbereitschaft bzw. des Autonomiebestrebens am besten zu erklären vermag. Je mehr man sich auf dem politischen Spektrum von links über die Mitte nach rechts bewegt, desto seltener spricht man sich für internationale Kooperationen aus und desto eher betont man die nationale Autonomie. Politisch rechts orientierte Personen sind einer politischen Annäherung an die bzw. einem Beitritt zur EU mehrheitlich ablehnend eingestellt und befürworten deshalb auch den bilateralen Weg stärker als Personen, die sich politisch links einstufen.

Dasselbe Meinungsbild zeigt sich bei Personen, welche sich zur politischen Mitte zählen, wobei die Intensität der Ablehnung bzw. der Zustimmung geringer ausfällt. Befragte der politischen Mitte lehnen sowohl den Beitritt zur wie auch eine Annäherung an die EU ab, jedoch deutlich weniger stark als die sich politisch rechts Einstufenden. Eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Europa wird von Personen der politischen Mitte und solchen rechts davon gleichermassen gefordert. Ein EU-Beitritt ist auch bei den sich politisch links einstufenden Personen nicht mehrheitsfähig. Gleichwohl ist das linke politische Spektrum gegenüber der EU deutlich wohlwollender gesinnt und kann sich knapp mehrheitlich eine politische Annäherung an den Staatenverbund vorstellen. Eine rein wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU findet auch in diesem politischen Lager die Zustimmung einer Mehrheit, aber deutlich weniger als in der politischen Mitte oder auf dem Spektrum rechts davon (EU-Beitritt: links: 31%, Mitte: 14%, rechts: 8%, $\gamma = -.47$; politische Annäherung an die EU: links: 57%, Mitte: 32%, rechts: 25%, $\gamma = -.43$; verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU: links: 75%, Mitte: 84%, rechts: 82%, $\gamma = 0.11$). Sowohl der Einsatz für die Anliegen der Uno wie auch die Forderung nach einem schweizerischen Sitz im Uno-Sicherheitsrat werden über das gesamte politische Spektrum gutgeheissen. Gleichwohl sinkt der Grad an Zustimmung von links nach rechts deutlich (Einsatz für die Anliegen der Uno: links: 76%, Mitte: 67%, rechts: 55%, $\gamma = -.30$; Streben nach Sitz im Uno-Sicherheitsrat: links: 75%, Mitte: 63%, rechts: 55%, $\gamma = -.25$).

Die drei erfragten Formen der sicherheitspolitischen Kooperation wiederum werden von sich politisch links Positionierenden über die Mitte bis zu politisch rechts Eingestuften allgemein skeptisch beurteilt. Eine politische Annäherung an die Nato oder ein Beitritt zu derselben wird von allen Befragten über das gesamte politische Spektrum gleichermassen abgelehnt. Der Entsendung von Friedenstruppen im Rahmen der Uno stimmen Befragte der politischen Mitte und solche links davon mehrheitlich zu (Schweizer Uno-Friedenstruppen: links: 64%, Mitte: 56%, rechts: 44%, $\gamma = -.20$).

Formen der internationalen Kooperation ohne institutionelle Einbindung werden abgesehen vom finanziellen Ausbau der Entwicklungshilfe über das gesamte politische Spektrum von einer Mehrheit der StimmbürgerInnen unterstützt. Die politisch rechts eingestellten Befragten lehnen eine Erhöhung der Entwicklungshilfe knapp ab. Die Befragten unterscheiden sich jedoch in der Intensität der Zustimmung zu den verschiedenen aussenpolitischen Aktivitäten, welche die Souveränität der Schweiz nicht tangieren. Personen, die sich politisch rechts einstufen, sind weniger bereit, solche Formen der Kooperation zu unterstützen, als Personen der politischen Mitte und insbesondere weniger als politisch links

Situierte (aktivere Rolle bei internationalen Konferenzen: links: 85%, Mitte: 77%, rechts: 64%, $\gamma = -.30$; vermehrte Konfliktvermittlung: links: 87%, Mitte: 71%, rechts: 63%, $\gamma = -.33$; zusätzliche Entwicklungshilfe: links: 83%, Mitte: 58%, rechts: 48%, $\gamma = -.43$). Das Bestreben nach möglichst grosser wirtschaftlicher und politischer Unabhängigkeit von anderen Staaten findet in allen politischen Gruppierungen eine Mehrheit, ein prinzipieller Verzicht auf zwischenstaatliche Bündnisse und institutionelle Zusammenschlüsse wird jedoch nicht gefordert. Personen, die sich in der Mitte des politischen Spektrums und rechts davon einordnen, streben aber stärker nach wirtschaftlicher und politischer Autonomie sowie in Richtung eines Verzichts auf Bündnisse und Zusammenschlüsse mit anderen Staaten als Befragte der politischen Linken. Ebenso zeigt sich ein deutlicher Unterschied in der Meinung von politisch links orientierten Befragten in Bezug auf die Zustimmung zur Vorgabe, «dass sich die Schweiz nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen sollte». Diese Aussage wird von politisch links Eingestellten im Gegensatz zu den beiden anderen Lagern klar abgelehnt (wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit von anderen Staaten: links: 63%, Mitte: 86%, rechts: 89%, $\gamma = 0.38$; Verzicht auf Bündnisse und Zusammenschlüsse aller Art: links: 19%, Mitte: 41%, rechts: 40%, $\gamma = 0.25$; militärische Autonomie: links: 25%, Mitte: 51%, rechts: 60%, $\gamma = 0.33$).

Neben der politischen Selbsteinstufung eines Befragten ist die Zugehörigkeit zu einer der drei grossen Sprachregionen der Schweiz das zweite Merkmal, nach welchem signifikante Unterschiede in allen Aspekten der Öffnungsbereitschaft zu erkennen sind. Ein EU-Beitritt oder eine politische Annäherung an dieselbe sind in keiner Sprachregion mehrheitsfähig. In diesem Jahr zeigen sich die Befragten aus der Deutsch- und aus der Südschweiz den beiden Vorgaben gegenüber ablehnender als Personen aus der Romandie. Hingegen findet der bilaterale wirtschaftliche Weg in der gesamten Schweiz Zustimmung (EU-Beitritt: D-CH: 14%, F-CH: 25%, I-CH: 15%, $CC = 0.16$; politische Annäherung an die EU: D-CH: 32%, F-CH: 48%, I-CH: 37%, $CC = 0.15$; verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU: D-CH: 82%, F-CH: 77%, I-CH: 75%, $CC = 0.05$).

In der Deutschschweiz wird ein Einsatz für die Anliegen der Uno sowie die Forderung nach einem schweizerischen Sitz im Uno-Sicherheitsrat mehrheitlich aber gleichwohl in deutlich geringerem Masse unterstützt als in der französischsprachigen Schweiz (Einsatz für die Anliegen der Uno: D-CH: 62%, F-CH: 73%, I-CH: 62%, $CC = 0.12$; Streben nach Sitz im Uno-Sicherheitsrat: D-CH: 60%, F-CH: 69%, I-CH: 73%, $CC = 0.12$).

Aussenpolitische Aktivitäten ohne institutionelle Bindung werden in allen Regionen der Schweiz begrüsst. DeutschschweizerInnen sind jedoch einem erhöhten

Engagement bei internationalen Konferenzen sowie einer Intensivierung der Vermittleraktivitäten der Schweiz bei internationalen Konferenzen deutlich weniger positiv eingestellt als Personen aus der lateinischen Schweiz (aktivere Rolle bei internationalen Konferenzen: D-CH: 72%, F-CH: 81%, I-CH: 83%, $CC=0.16$; vermehrte Konfliktvermittlung: D-CH: 69%, F-CH: 78%, I-CH: 77%, $CC=0.12$; zusätzliche Entwicklungshilfe: D-CH: 53%, F-CH: 84%, I-CH: 60%, $CC=0.28$).

Der Einsatz von Schweizer Friedenstruppen in Uno-Einsätzen wird in der lateinischen Schweiz mehrheitlich akzeptiert, währenddessen in der Deutschschweiz die StimmbürgerInnen gegenüber einem solchen militärischen Engagement geteilter Meinung sind (D-CH: 51%, F-CH: 61%, I-CH: 62%, $CC=0.12$). In allen Sprachregionen finden die beiden anderen erfragten Optionen sicherheitspolitischer Kooperation, ein Nato-Beitritt oder eine politische Annäherung an dieselbe, keine Mehrheit.

Die italienischsprachige Schweiz befürwortet im Gegensatz zur französischsprachigen deutlich einen ausschliesslichen Verlass auf die eigene Landesverteidigung. DeutschschweizerInnen sind in der Meinung zur Vorgabe, «dass sich die Schweiz nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen sollte» gespalten (D-CH: 50%, F-CH: 36%, I-CH: 69%, $CC=0.16$). Ferner ist die italienische Schweiz die einzige Sprachregion, die gutheisst, sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art fernzuhalten (D-CH: 38%, F-CH: 19%, I-CH: 64%, $CC=0.24$). Der deutschsprachige Landesteil lehnt dies ab, wenn auch weniger ausdrücklich als die Westschweiz. WestschweizerInnen zeigen sich weniger entschieden als die beiden anderen Landesteile in der Meinung, dass die Zukunft der Schweiz primär politisch und wirtschaftlich autonom gestaltet werden sollte (D-CH: 83%, F-CH: 75%, I-CH: 81%, $CC=0.06$).

Das Alter einer Person ist das dritte wesentliche Merkmal, welches Differenzen in der Öffnungsbereitschaft bzw. im Autonomiebestreben zu erklären vermag. Ein EU-Beitritt oder eine politische Annäherung an dieselbe finden bei sämtlichen Alterskategorien keine Mehrheit. Eine bilaterale (rein) wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Europa wird von den Jüngeren deutlich weniger oft befürwortet als von den älteren Generationen (18–29-Jährige: 76%, 30–59-Jährige: 82%, ab 60-Jährige: 79%, $\gamma=0.06$).

Alle drei erfragten Optionen einer aussenpolitischen Kooperation ohne institutionelle Bindung finden über die Altersgrenzen hinweg breite Zustimmung. Jüngeren Befragten ist ein aktives Engagement der Schweiz bei internationalen Konferenzen jedoch signifikant weniger wichtig als Personen über 30 Jahre (18–29-Jährige: 73%, 30–59-Jährige: 75%, ab 60-Jährige: 74%, $\gamma=0.09$). Ebenso unterstützen 18–29-Jährige eine Intensivierung der Vermittlerrolle der Schweiz

weniger stark als Personen ab 30 Jahre (18–29-Jährige: 58%, 30–59-Jährige: 75%, ab 60-Jährige: 72%, $\gamma=0.10$). Je jünger eine Person ist, desto eher spricht sie sich für eine Erhöhung der Entwicklungshilfeleistungen aus (18–29-Jährige: 71%, 30–59-Jährige: 63%, ab 60-Jährige: 53%, $\gamma=0.16$). Eine politische Annäherung an die Nato oder ein Beitritt zu derselben wird von StimmbürgerInnen jeglichen Alters abgelehnt. 18–29-Jährige sind gegenüber diesen sicherheitspolitischen Kooperationsformen jedoch signifikant weniger skeptisch eingestellt (politische Annäherung: 18–29-Jährige: 45%, 30–59-Jährige: 34%, ab 60-Jährige: 35%, $\gamma=0.05$; Nato-Beitritt: 18–29-Jährige: 30%, 30–59-Jährige: 18%, ab 60-Jährige: 17%, $\gamma=0.12$).

Die oben beschriebenen bivariaten Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Optionen aussen- und sicherheitspolitischer Kooperation und den soziodemographischen Merkmalen (politische Selbsteinstufung, Sprachregion und Alter) bleiben im Allgemeinen auch in einer multiplen Regression (vgl. Anhang I) mit weiteren soziodemographischen Variablen wie Einkommen, Bildungsniveau, Geschlecht und Migrationshintergrund sowie dem sicherheitspolitischen Interesse signifikant. Abhängig vom Geschlecht, vom Einkommen, von der Bildung und einem allfälligen Migrationshintergrund einer Person sind zwar Unterschiede in der Meinung zu aussenpolitischen Optionen der Schweiz festzustellen. Im Gegensatz zur politischen Selbsteinstufung, zur Sprachregion sowie zum Alter verschwinden diese allerdings mehrheitlich, wenn eine multiple Regression mit allen soziodemographischen Variablen durchgeführt wird. Deshalb vermögen diese Merkmale nur begrenzt ein Bild der aussenpolitischen Kooperationsbereitschaft zu zeichnen. Es zeigt sich, dass das wirtschaftliche, politische und militärische Autonomiebestreben mit steigendem Einkommen als auch mit höherem Bildungsniveau abnimmt (wirtschaftliche und politische Autonomie: Einkommen tief: 85%, mittel: 79% hoch: 77%, $\gamma=-.14$; militärische Autonomie: Einkommen tief: 58%, mittel: 44% hoch: 36%, $\gamma=-.27$; Bildung tief: 67%, mittel: 51%, hoch: 36%, $\gamma=-.31$; Verzicht auf Bündnisse und Zusammenschlüsse: Einkommen tief: 44%, mittel: 30% hoch: 24%, $\gamma=-.25$; Bildung tief: 53%, mittel: 38%, hoch: 25%, $\gamma=-.28$). Die Unterstützung von Kooperationsformen, welche keine institutionelle Einbindung in eine Organisation zur Folge haben, ist in höheren Bildungssegmenten tendenziell stärker vertreten (Vermittlerrolle: tief: 59%, mittel: 67%, hoch: 82%, $\gamma=0.32$; Entwicklungshilfe: tief: 48%, mittel: 56%, hoch: 71%, $\gamma=0.24$). Männer sind sowohl gegenüber einer politischen Annäherung an die als auch einem möglichen Beitritt zur Nato skeptischer eingestellt als Frauen (politische Annäherung an die Nato: Ablehnung Frauen: 49%, Ablehnung Männer: 62%, $CC=0.10$; Nato-Beitritt: Ablehnung Frauen: 62%, Ablehnung Männer: 80%, $CC=0.15$).

7.9 Wie viel Öffnung braucht die Schweiz? Die Kooperationstypen im Trend 1993 bis 2013

Die aussenpolitische Öffnungsbereitschaft der SchweizerInnen wird mit insgesamt 17 Fragen ermittelt. Neun besonders stark differenzierende Fragen werden seit mehreren Jahren dazu verwendet, eine Kooperationstypologie¹ zu bilden. Aus ihr lassen sich drei charakteristische Haltungen gegenüber der aussenpolitischen Öffnung der Schweiz ableiten (siehe Abbildung 7.6):

- **«Harte Öffnungswillige» (26% der Antwortenden):** Als solche können Personen bezeichnet werden, die eine aussenpolitische Öffnung der Schweiz selbst unter Inkaufnahme gewisser Souveränitätseinbussen befürworten. Sie sind nicht nur für einen EU-Beitritt der Schweiz, sondern unterstützen auch mehrheitlich eine Nato-Annäherung. Sie heissen aber auch den eingeschlagenen bilateralen Weg mit der EU gut. Die Schweizer Neutralität als sicherheitspolitisches Instrument halten sie für ein Auslaufmodell, wollen aber trotzdem an ihr festhalten. Zudem verlangen sie ein stärkeres Schweizer Engagement im Rahmen der Uno.
- **«Autonomisten» (35% der Antwortenden):** Diese nehmen eine diametral entgegengesetzte Haltung ein. Sie lehnen nicht nur den EU- und den Nato-Beitritt ab, sondern sprechen sich auch gegen ein aussenpolitisches Engagement ohne institutionelle Bindung aus. Dem bilateralen Weg mit der EU wird seit 2004 zugestimmt. Nach dem gegen ihren Willen erfolgten Beitritt zur Uno plädieren sie gegen ein stärkeres Engagement innerhalb der Weltorganisation. Neutralität bedeutet für sie nebst Selbstverständnis vor allem Schutz.
- **«Weiche Öffnungswillige» (39% der Antwortenden):** Sie sind zwischen den beiden eben geschilderten Kooperationstypen anzusiedeln. Einer aussenpolitischen Kooperation stehen sie grundsätzlich positiv gegenüber, insbesondere was die Uno betrifft. Einen EU- oder gar einen Nato-Beitritt lehnen sie allerdings ab. Ferner kann gefolgert werden, dass sich die «weichen Öffnungswilligen» eine maximale internationale Kooperation der Schweiz bei minimaler Souveränitätseinbusse wünschen. Sie bilden die Gruppe, welche die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU ohne politische Annäherung am stärksten befürwortet. Die Strategie einer vorsichtigen und behutsamen Öffnung entspricht dem bilateralen Weg der Schweiz zu Europa. Das Plädoyer für die «weiche» Öffnungsstrategie steht zugleich für eine defensive Aussenpolitik, die sich stets

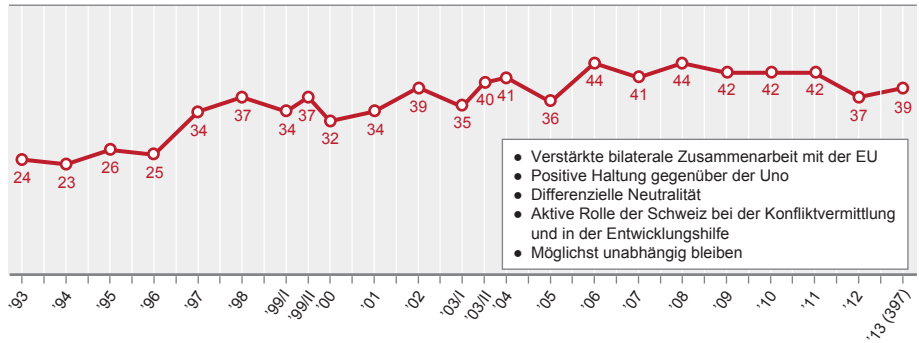
1 Die Typologie wurde anhand der Clustermethode gebildet (vgl. Anhang I und II). 17% der Befragten lassen sich keinem der drei Kooperationstypen zuordnen. Die Prozentangaben zu den drei Kooperationstypen beziehen sich deshalb nur auf 1002 Personen und nicht auf 1200 Personen.

der Tradition der Neutralität des Landes bewusst ist. Diese soll aber im Sinne einer differenziellen Neutralität gelebt werden.

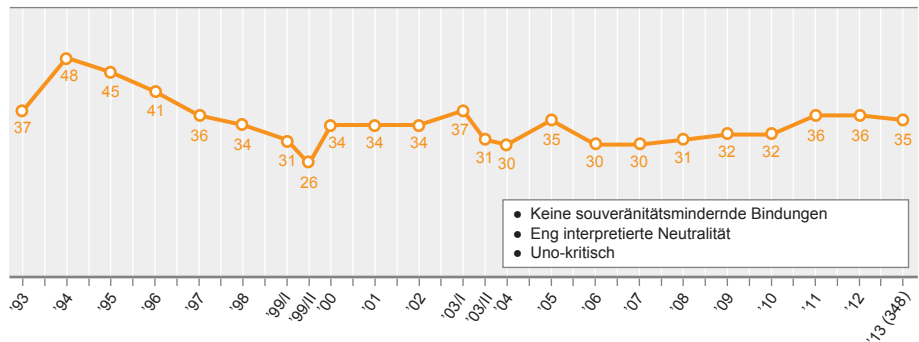
Abbildung 7.6

Die Kooperationstypen und ihre anteilmässige Veränderung 1993 bis 2013 (Angaben in Prozent)

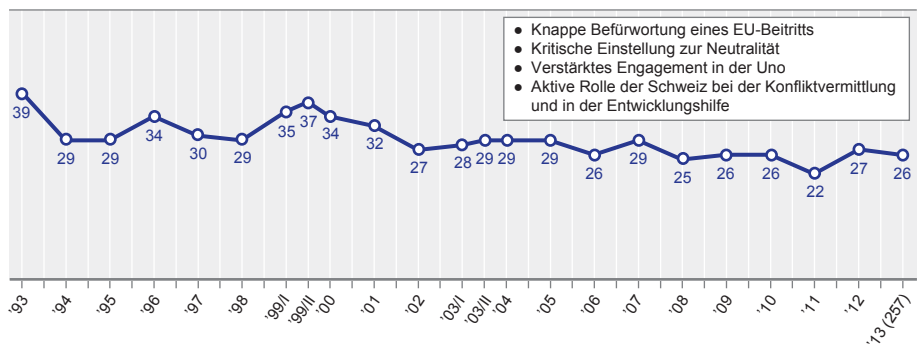
«Weiche Öffnungsbereitschaft»



«Autonomismus»



«Harte Öffnungsbereitschaft»



Auch bei der Zuordnung zu den unterschiedlichen Kooperationstypen zeichnet sich die in diesem Jahr zu beobachtende Konstanz der Einstellungen ab. Der Anteil der jeweiligen Kooperationstypen in der Grundpopulation hat sich nur marginal und im Vergleich zu 2012 nicht signifikant verändert. 39% (+2%; siehe Abbildung 7.6) gehören zum Typus der «weichen» Form der internationalen Kooperation und 35% (–1%) zu demjenigen der «Autonomisten». 26% (–1%) lassen sich dem Typus der «harten Öffnungswilligen» zuordnen.

Bei der Verteilung nach Typen lässt sich ein langfristiger Trend beobachten:

- Die «harten Öffnungswilligen» haben über die letzten 15 Jahre anteilmässig deutlich abgenommen. Konnte zu Beginn der Erhebungsreihe noch gut ein Drittel diesem Typus zugeordnet werden, sackt der Anteil an «harten Öffnungswilligen» 2011 auf einen Tiefstwert von 22% ab. Seit 2012 scheint sich dieser Wert um die 25%-Marke einzupendeln. Das aussenpolitische Meinungsbild der «harten» und der «weichen Öffnungswilligen» hat sich seit 2012 leicht angenähert. Daher werden seit 2012 einige Grenzfälle nun dem härteren Typus zugerechnet, wodurch im Vorjahr der Anteil der «harten» auf Kosten der «weichen Öffnungswilligen» zugenommen hat. Wie bereits im Vorjahr messbar haben sich die Einstellungen der beiden Gruppen von «Öffnungswilligen» in Bezug auf einen EU-Beitritt, eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU und die differenzielle Neutralität leicht angeglichen. Detailliertere Darstellungen der unterschiedlichen Ausprägungen der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationstypen finden sich in Anhang II.
- Die «Autonomisten» erlebten ihren Höhenflug unmittelbar nach der Diskussion um den EWR-Beitritt der Schweiz in den frühen neunziger Jahren. Seit der «Trendwende» im Jahr 1999 halten sie sich stabil bei rund einem Drittel der Stimmbürgerschaft. Seit 1999 ist der Typus der «Autonomisten» leicht weniger oft vertreten als derjenige der «weichen Öffnungswilligen». Im Vergleich zu den Jahren nach der Trendwende verharrt der Anteil dieses Typus aktuell auf einem hohen Niveau, nachdem der Wert nach 2011 erneut angestiegen ist.
- Seit Beginn der Messung im Jahr 1993 ist der Anteil der «weichen Öffnungswilligen», welche eine Intensivierung internationaler Kooperationsformen ohne Souveränitätsminderung wünschen, im Trend gestiegen. Von 2006 bis 2011 machte diese Gruppe einen Anteil von etwas mehr als 40% der Befragten aus. Seit 2012 liegt ihr Anteil unter der 40%-Marke.

Die Zuordnung zu einem der drei Kooperationstypen variiert in diesem Jahr am stärksten mit der politischen Selbsteinschätzung ($\gamma=0.46$), dem Bildungsgrad ($\gamma=-.21$)

und der regionalen Herkunft ($CC=0.20$). «Autonomisten» sind überdurchschnittlich häufig bei den politisch rechts Orientierten, bei Personen mit tiefem Bildungsgrad und bei StimmbürgerInnen der Deutschschweiz zu finden. «Harte Öffnungswillige» hingegen sind überdurchschnittlich oft politisch links eingestellte SchweizerInnen, Befragte aus der höheren Bildungsschicht und StimmbürgerInnen aus der französischsprachigen Schweiz. Befragte, welche sich in der politischen Mitte einstufen und solche mit mittlerem Bildungsniveau stellen überdurchschnittlich häufig «weiche Öffnungswillige».

Während das Alter früher ebenfalls eine wesentliche Rolle bei der Zuordnung der Kooperationstypen spielte, hat dieses Merkmal inzwischen keinen Einfluss mehr. Des Weiteren sind das Einkommen und das Geschlecht bedeutungslos.

Fazit: Die wirtschaftliche, politische und militärische Unabhängigkeit der Schweiz hat 2013 für die Bevölkerung einen hohen Stellenwert. Eine absolute Autonomie im Sinne eines Verzichts auf sämtliche Bündnisse und Zusammenschlüsse kann sich aber dennoch nur etwas mehr als jede/jeder dritte StimmbürgerIn vorstellen. Die letztjährige zu beobachtende EU-Skepsis bleibt auch 2013 weitverbreitet. Die Zustimmung zu einer politischen Annäherung an die EU und insbesondere zu einem Beitritt zum europäischen Staatenverbund verharrt auf Tiefstwerten. Hingegen manifestiert sich auch in diesem Jahr eine breite Unterstützung des bilateralen Weges mit der EU. Eine sicherheitspolitische Kooperation mit der Nato stellt nach wie vor nur für eine Minderheit eine aussenpolitische Option dar. Einzig die Bereitstellung von Schweizer Truppen für Uno-Friedensmissionen stösst bei einer knappen Mehrheit der Schweizer Bevölkerung auf Akzeptanz. Ebenso wünschen sich SchweizerInnen ein intensiveres Engagement im Rahmen der Uno. Internationale Kooperationsformen, welche keine souveränitätsmindernde Bindung an eine Institution nach sich ziehen, wie eine Intensivierung der Vermittlerrolle der Schweiz und ein Ausbau der Entwicklungshilfe, weisen auch in diesem Jahr eine breite Abstützung in der Schweizer Stimmbevölkerung auf.

8 Neutralität

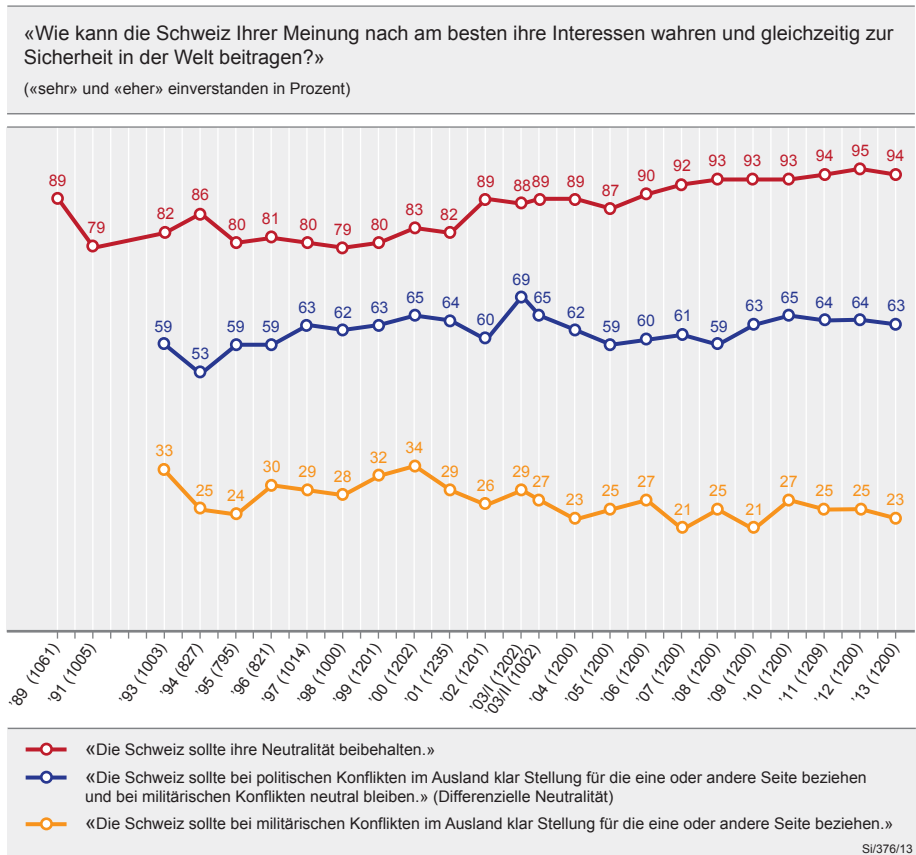
Besonderes Interesse in der Studie «Sicherheit» gilt der Neutralität als eines der Kernelemente der Aussen- und Sicherheitspolitik der Schweiz. Im ersten Teil dieses Kapitels wird die Zustimmung zum Neutralitätsprinzip und zur spezifischen Ausgestaltungsform der differenziellen Neutralität wie auch die de-facto-Aufgabe der Neutralität beschrieben. Der zweite Abschnitt befasst sich mit der Haltung der Schweizer Bevölkerung gegenüber den verschiedenen Funktionen der Neutralität, sowohl allgemein als auch differenziert nach soziodemographischen Merkmalen. Anschliessend wird gefragt, inwieweit die Neutralität heute noch umgesetzt werden kann und ob sie als ein Wert an sich wahrgenommen wird. Im letzten Teil dieses Kapitels werden verschiedene Neutralitätstypen vorgestellt.

8.1 Allgemeine Zustimmung zur Neutralität

Das Prinzip der Neutralität bleibt für die SchweizerInnen unantastbar. Die Befürwortung der Neutralität durch die Schweizer Bevölkerung fällt konstant hoch aus. 2013 heissen 94% der StimmbürgerInnen die Beibehaltung der Neutralität gut (–1%; siehe Abbildung 8.1). Diese wird über alle Altersgruppen, sämtliche Bildungs- und Einkommensniveaus, in allen drei Sprachregionen sowie über das gesamte politische Spektrum und unabhängig vom Geschlecht als gut befunden. Am stärksten variiert der Zustimmungsggrad mit der politischen Selbsteinstufung. Die Unterschiede scheinen sich aber im Zeitverlauf tendenziell aufzuheben. So erachten politisch in der Mitte und rechts Eingestellte die Beibehaltung der Neutralität im Jahr 2013 für nahezu gleich wichtig (Mitte: 96%, rechts: 98%). Unter dem Durchschnitt bleibt die Zustimmung zur Neutralität bei den politisch links Eingestellten. Ihre Zustimmungstendenz verlief über mehrere Jahre steigend (1996: 72%, 2013: 86%, mit einem sprunghaften Anstieg im Jahr 2002). Auch in der Zustimmungstärke «sehr einverstanden» zeigt sich eine Diskrepanz zwischen den politisch Linken (53%), jenen in der Mitte (74%) und den sich rechts Einordnenden (78%).

Abbildung 8.1

Verschiedene Einstellungen zur Neutralität



Die Differenzen zwischen den Sprachregionen, den Altersgruppen und den Bildungsschichten nehmen seit 2002 stark ab. Diese Annäherung zeigt sich insbesondere auch beim Geschlecht mit gleichen Anteilen von 94% Zustimmungsraten. BefürworterInnen des Neutralitätsprinzips sind unterdurchschnittlich in der oberen Bildungsschicht (92%) repräsentiert und am meisten im mittleren (95%) und niedrigen (94%) Bildungssegment vertreten. Hinsichtlich des Einkommens stimmen Befragte in der unteren (94%) und mittleren Einkommensklasse (93%) stärker dem Neutralitätsprinzip zu als die obere Schicht (92%). Regionale Unterschiede zeigen sich vor allem in der Zustimmungstärke. Die Deutschschweiz stimmt dem Neutralitätsprinzip mit 72% «sehr» zu (insgesamt: 94%). Zurückhaltender ist dabei die französische Schweiz. 60% der Befragten aus der Westschweiz stimmen dem Neutralitätsprinzip «sehr» zu, 33% zeigen sich «eher» einverstanden (insgesamt: 93%).

Werden alle genannten soziodemographischen Merkmale in einer logistischen Regressionsanalyse (vgl. Anhang I) gleichzeitig analysiert, so bleiben hinsichtlich der Frage nach der Unterstützung des Neutralitätsprinzips die Unterschiede in der Zustimmungsrates nach politischer Einstellung, Einkommen, Bildungsniveau, Region und Geschlecht statistisch signifikant.

Seit der Beteiligung an Uno-Wirtschaftssanktionen gegen den Irak im Jahr 1990 praktiziert die Schweiz eine differenzielle Ausgestaltung der Neutralität. Mit der Aussage «Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten klar Stellung beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben» wird die Zustimmung zur differenziellen Neutralität erhoben. Die Resonanz zu dieser Neutralitätspraxis liegt seit der Ersterhebung 1993 deutlich tiefer im Vergleich zum allgemeinen Prinzip der Neutralität und ist gegenüber dem letzten Jahr mit 63% (–1%) im Mittel konstant geblieben. Die de-facto-Aufgabe der Neutralität, welche eine klare Stellungnahme in militärischen Konflikten für die eine oder andere Seite nach sich ziehen würde, befürworten 23% (–2%) der Bevölkerung.

Die Spannweite der Zustimmung zur differenziellen Neutralität unterscheidet sich nach dem Alter, der Sprachregion, dem Einkommen und der politischen Einstellung der Befragten. Hinsichtlich des Alters befürwortet die jüngste Altersgruppe der 18–29-Jährigen die differenzielle Neutralität am wenigsten (59%) im Vergleich zu den 30–59-Jährigen und ab 60-Jährigen (je 64%). Die französische Schweiz fällt dieses Jahr durch die geringste Zustimmung und höchste Ablehnung der differenziellen Neutralität auf. Mit 54% Zustimmung liegt sie unter dem Durchschnitt im Vergleich zur Deutschschweiz (66%) und als einzige Region über dem Mittel bezüglich der Ablehnung (41%). Betreffend des Einkommens gilt, je höher das Einkommen desto geringer der Zuspruch zur differenziellen Neutralität. StimmbürgerInnen, die sich auf dem politischen Spektrum links und rechts einstufen, unterstützen die differenzielle Neutralität gleichermassen (je 66%). Hingegen stimmen solche, die sich in der politischen Mitte sehen, der differenziellen Neutralität unterdurchschnittlich zu (59%). In einer logistischen Regressionsanalyse (vgl. Anhang I) zur gleichzeitigen statistischen Überprüfung der soziodemographischen Merkmale bleiben das Alter und die politische Einstellung der Befragten signifikant.

Die de-facto-Aufgabe der Neutralität wird dieses Jahr von den verschiedenen Sprachregionen unterschiedlich stark befürwortet. Die italienische Schweiz (39%) unterstützt die de-facto-Aufgabe der Neutralität überdurchschnittlich stärker als die Deutsch- und Westschweiz (23% bzw. 20%). In einer logistischen Regressionsanalyse (vgl. Anhang I) bleibt die Sprachregion ebenfalls signifikant.

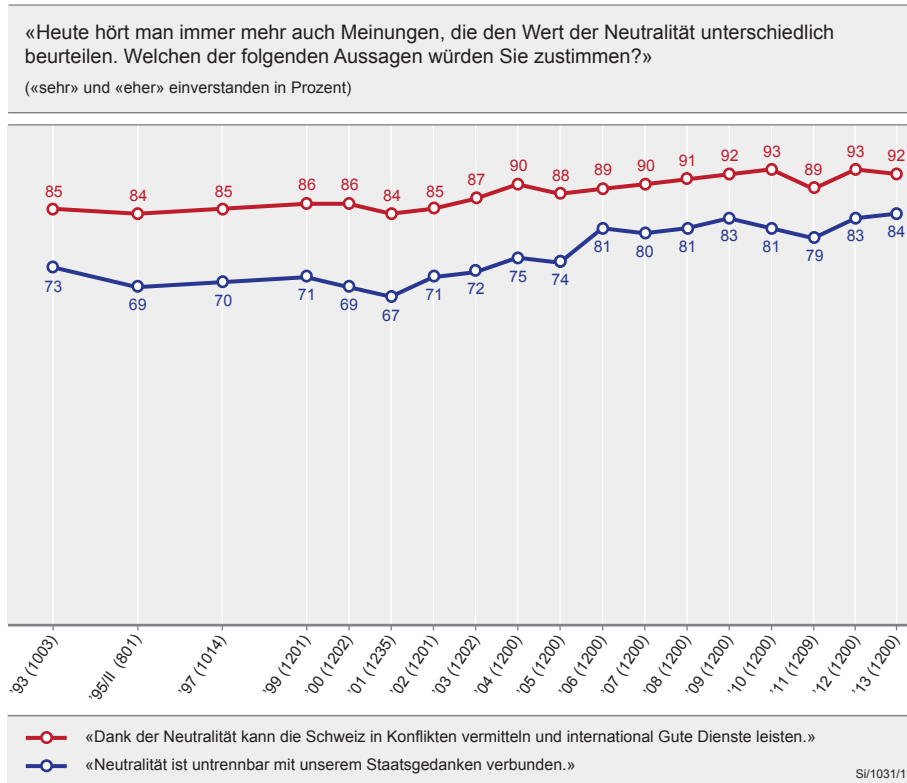
8.2 Neutralitätsfunktion

Die Schweizer Neutralität diene stets verschiedenen Zielen und wird daher unter anderem im Staatsrecht als Neutralitätsfunktion bezeichnet. Seit 1993 gilt eines der Interessen dieser Studie der Bevölkerungswahrnehmung dreier ausgewählter Funktionen der Neutralität: der Solidaritäts-, der Identitäts- und der sicherheitspolitischen Funktion (siehe Abbildung 8.2 und 8.3).¹ Bei der Formulierung der Fragen wurde stets darauf geachtet, dass keine entsprechende Fachterminologie vorausgesetzt werden kann.

In der Schweizer Bevölkerung findet die Solidaritätsfunktion der Neutralität eine hohe Unterstützung. 92% (–1%) der SchweizerInnen sind der Ansicht, dass die Schweiz dank der Neutralität «in Konflikten vermitteln und Gute Dienste leisten» könne (siehe Abbildung 8.2). Etwas weniger häufig als die Solidaritätsfunktion wird die Identitätsfunktion der Neutralität befürwortet. 84% (+1%) der Befragten stimmen der Aussage zu, dass die Neutralität untrennbar mit dem Staatsgedanken verbunden sei. Nachdem die Unterstützung dieser beiden Neutralitätsfunktionen 2012 signifikant angestiegen ist, bleibt die Wertschätzung der Solidaritäts- und der Identitätsfunktion 2013 unverändert.

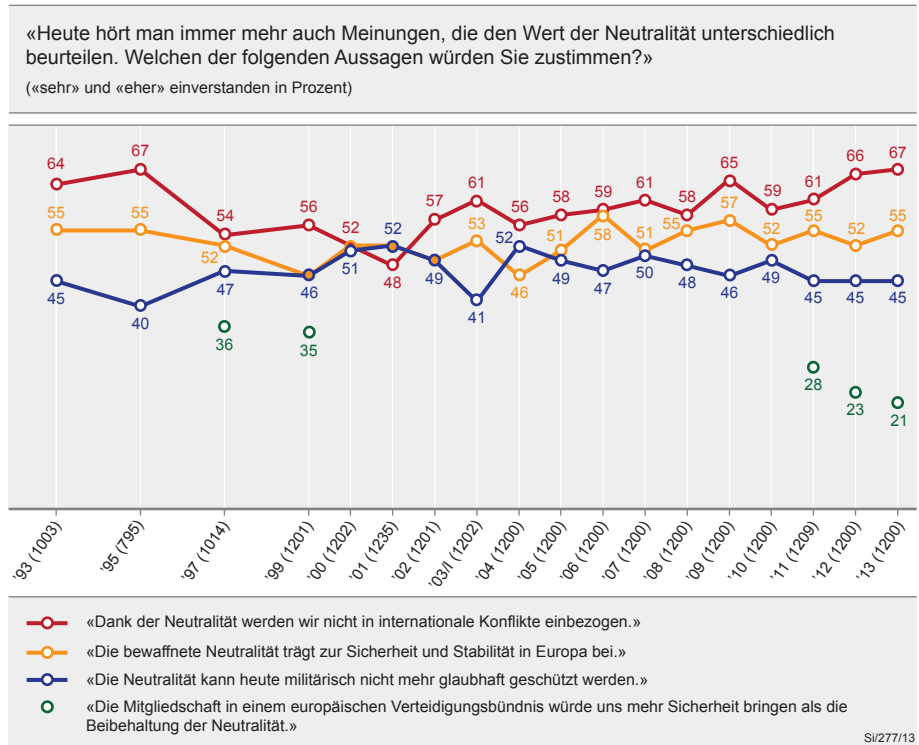
1 Für eine ausführliche Beschreibung der Funktionen vgl. Haltiner et al. (1993).

Abbildung 8.2
Solidaritäts- und Identitätsfunktion



Die Neutralität gilt im klassischen Diskurs primär als ein sicherheitspolitisches Instrument. Diese sicherheitspolitische Neutralitätsfunktion wird ebenfalls mehrheitlich – aber deutlich schwächer als die Solidaritäts- und Identitätsfunktion – unterstützt. 67% der Schweizer Bevölkerung stimmen der Aussage zu, dass wir dank der Neutralität nicht in internationale Konflikte involviert werden (siehe Abbildung 8.3). Das Ansehen dieser Schutzwirkung ist im Jahresverlauf stabil geblieben (+1%). Eine knappe Mehrheit der Schweizer Bevölkerung (55%, +3%) ist zudem der Ansicht, dass die bewaffnete Neutralität zur Sicherheit und Stabilität in Europa beitrage.

Abbildung 8.3
Sicherheitspolitische Funktion



Integraler Bestandteil des schweizerischen Neutralitätskonzepts ist die Auffassung, wonach die Schweiz im Ernstfall fähig sein muss, ihre Neutralität auch militärisch autonom zu verteidigen. Die Schweizer Stimmbevölkerung spaltet sich an der Frage, ob die Neutralität militärisch durchsetzbar sei. 45% (± 0) der Befragten zweifeln an der Glaubwürdigkeit dieser bewaffneten Neutralität, wobei 46% (-3%) an deren Umsetzung glauben.

In diesem Jahr wurde erneut erhoben, wie die Schweizer Stimmbevölkerung die Schutzwirkung einer Mitgliedschaft in einem europäischen Verteidigungsbündnis im Vergleich zur Schutzwirkung der bewaffneten Neutralität einschätzt. Die skeptische Haltung gegenüber dieser Schutzfunktion im Vergleich zur bewaffneten Neutralität hat sich im Jahresverlauf weiter verstärkt (siehe Abbildung 8.3). Sprachen 1999 noch 35% der Befragten einer militärischen Sicherheitsallianz eine bessere Schutzwirkung als der Neutralität zu, ist die Zustimmung zum militärischen Sicherheitsbündnis zwischen Januar 2012 und 2013 weiter gesunken und erreicht mit 21% (-2%) einen

neuen Tiefstwert.² Insgesamt wird die Neutralität als sicherheitspolitisches Instrument einem europäischen Sicherheitspakt klar vorgezogen.

8.2.1 Die Neutralitätsindikatoren im Trend 1993–2013

Die Solidaritäts- und Identitätsfunktion der Neutralität unterscheiden sich von der sicherheitspolitischen Dimension sowohl hinsichtlich der stärkeren Befürwortung als auch im langfristigen Trend. Seit der erstmaligen Erhebung im Jahr 1993 verläuft die Entwicklung in der Zustimmung zur Solidaritäts- und Identitätsfunktion beinahe parallel zu jener der allgemeinen Neutralität. Die Unterstützung beider Dimensionen war in den neunziger Jahren stabil aber tendenziell weniger verbreitet als nach 2002. Im Jahr 2001 wiesen die Solidaritäts- und die Identitätsfunktion die geringste Zustimmungsrates auf. Es kann vermutet werden, dass nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 die Befürwortung dieser beiden Funktionen ab 2002 durch die veränderte internationale Sicherheitslage wieder zunahm. Die Zustimmungsrates zur Solidaritätsfunktion stieg zwischen 2001 und 2013 um 8% an, die der Identitätsfunktion gar um 17%. Die Identitätsfunktion erreicht 2013 die höchste gemessene Unterstützung in dieser Trendstudie, wobei die Solidaritätsfunktion das Höchstmass vom Vorjahr und 2010 um ein Prozentpunkt knapp nicht erreicht.

Analog zum Verlauf der Solidaritäts- und Identitätsdimension markierte der 11. September 2001 eine Trendwende in der Haltung der Schweizer Stimmbevölkerung gegenüber der sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität. Es scheint, dass mit der veränderten Bedrohungswahrnehmung nach den Anschlägen der Glaube an einen «Schutz durch Neutralität» wiederkehrte und die früheren Zweifel an der schweizerischen Sicherheitspolitik verflogen. Bis 2008 liess sich der langjährige Trend beobachten, dass mit einer Intensivierung der Bedrohungswahrnehmung die Befürwortung der sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität in der Regel steigt. Jedoch hat sich die im langjährigen Vergleich düstere Wahrnehmung der weltpolitischen Lage zum Vorjahr signifikant verbessert, währenddessen die drei Indikatoren der sicherheitspolitischen Funktion im Jahresverlauf konstant geblieben sind. Zu diesen Merkmalen gehören die Auffassungen, dass die Neutralität die Schweiz vor zwischenstaatlichen Konflikten bewahre und die bewaffnete Neutralität als Beitrag zur Sicherheit und Stabilität in Europa beitrage oder nicht mehr glaubhaft geschützt werden könne. Die Einschätzung der weltpolitischen Lage und die Einstellungen gegenüber den drei Indikatoren der sicherheitspolitischen

2 Dies entspricht dem Trend einer abnehmenden Skepsis gegenüber der sicherheitspolitischen Schutzwirkung der Neutralität (siehe Abschnitt 8.2.1).

Schutzfunktion der Neutralität korrelieren 2013 zudem nicht. Damit kann auch in diesem Jahr der bis 2008 zu beobachtende Trend eines Zusammenhangs zwischen der Bedrohungswahrnehmung und der Befürwortung der sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität nicht mehr bestätigt werden.

8.2.2 Differenzen im Zustimmungsgrad nach soziodemographischen Merkmalen

Eine multiple logistische Regressionsanalyse (siehe dazu Anhang I, Kapitel VI) mit allen im Rahmen dieser Studie erhobenen soziodemographischen Variablen³ zeigt, dass politisch links Stehende den Neutralitätsfunktionen gegenüber skeptischer eingestellt sind als jene der politischen Mitte oder rechts davon. Allerdings kann im Zeitverlauf eine Annäherung der politischen Lager beobachtet werden. Dennoch zeigen sich auch 2013 Differenzen zwischen den sich politisch links Einstufenden, jenen der politischen Mitte und rechts davon. So unterscheidet sich die Haltung der politisch links Eingestellten vor allem durch die unterdurchschnittliche Zustimmungsrates zur Identitätsfunktion (76%, Durchschnitt 84%), zur sicherheitspolitischen Schutzwirkung (57%, Durchschnitt 67%), zur stabilisierenden Wirkung (38%, Durchschnitt 55%) sowie zur Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität (38%, Durchschnitt 46%). Im Gegensatz dazu divergiert die Einschätzung der Solidaritätsfunktion seit 2003 nicht mehr nach der politischen Selbsteinstufung.

Die Überzeugung, dass die Schweiz aufgrund ihrer Neutralität für die Schlichtung von Konflikten und als internationale Vermittlerin prädestiniert sei, wird von den Jüngsten (88%) am wenigsten und von den 30–59-Jährigen (93%) sowie ab 60-Jährigen (92%) am meisten geteilt. In der Einstellung zur Solidaritätsfunktion scheinen sich die Differenzen zwischen den verschiedenen Alterskategorien insgesamt verringert zu haben. Eine zustimmende Haltung gegenüber der Identitätsfunktion der Neutralität ist wiederum bei den ab 60-Jährigen (86%) am häufigsten und bei der jüngsten Altersgruppe (80%) am wenigsten verbreitet, wobei die 30–59-Jährigen (84%) das Mittel repräsentieren. Es kann vermutet werden, dass hier weniger das Alter als der Kohorteneffekt⁴ eine Rolle spielt. Bei den sicherheitspolitischen Funktionen kann beobachtet werden, dass die Stabilitätsfunktion der Neutralität von den ab 60-Jährigen (60%), die Schutzwirkung von den Jüngsten (73%) und die Glaubhaftigkeit der bewaffneten Neutralität von den 18–29-Jährigen (48%)

3 Dies sind das Alter, das Einkommens- und Bildungsniveau, die politische Selbsteinstufung, die Sprachregion und das Geschlecht.

4 Eine Kohorte ist eine Gruppe in der Bevölkerung, welche sich durch eine zeitlich gemeinsame und längerfristig prägende Erfahrung definiert.

sowie ab 60-Jährigen (49%) am meisten begrüsst werden. Die Zustimmung zur Schutzfunktion der Neutralität zeigt zudem einen regionalen Unterschied. Die Deutschschweiz (70%) und italienische Schweiz (69%) heissen diese Funktion dabei stärker gut als die Westschweiz (57%). Seit 2011 jedoch steigt die Befürwortung der WestschweizerInnen deutlich. Ausserdem findet die Deutschschweiz am wenigsten (41% Ablehnung), dass die bewaffnete Neutralität zur Stabilität in Europa beiträgt. Ferner wird die Identitätsfunktion von der italienischen Schweiz (62%) am höchsten mit «sehr einverstanden» bewertet, im Gegensatz zur französischen Schweiz, die nur zu 35% «sehr einverstanden» ist. Des Weiteren werden die sicherheitspolitischen Neutralitätsfunktionen je nach Bildungsgrad unterschiedlich bewertet. Befragte mit einem mittleren Bildungsabschluss befürworten die Schutzfunktion der Neutralität überdurchschnittlich stark (70%), jene aus dem hohen Bildungssegment stimmen mit 61% unterdurchschnittlich zu. Das gleiche Muster lässt sich bei der regional stabilisierenden Wirkung der bewaffneten Neutralität feststellen. StimmbürgerInnen mit einem hohen Abschluss ziehen diese Funktion mit 49% unterdurchschnittlich vor und Befragte aus der mittleren Bildungsschicht (58%) erkennen sie am häufigsten an. Die Solidaritätsfunktion der Neutralität wird von der hohen Bildungsschicht hingegen überdurchschnittlich (82%) unterstützt. Weiter gilt, dass die höchste Einkommensschicht am wenigsten für die Identitätsfunktion (81%), die stabilisierende Wirkung der bewaffneten Neutralität (49%) und deren Glaubwürdigkeit (43%) stimmt. Abschliessend hat das Geschlecht einen Effekt auf die Zustimmungsraten der Solidaritätsfunktion, die Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität und auf die Schutzwirkung eines europäischen Verteidigungsbündnisses. Mit der Solidaritätsfunktion sind Männer zu 49% «sehr einverstanden» und die Frauen lediglich zu 40%. Die Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität wird vermehrt von Männern (51%, Frauen: 42%) unterstützt, wie auch das weniger erwünschte europäische Verteidigungsbündnis (24%, Frauen: 19%), wobei auffällt, dass 10% der Frauen bei dieser Frage keine Antwort gaben.

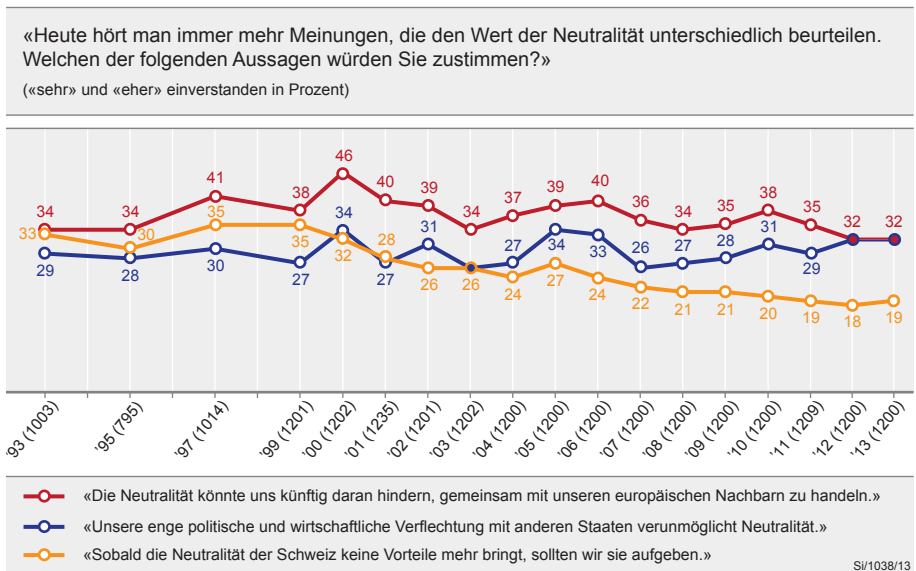
8.3 Neutralität und internationale Verflechtung, Neutralität als finaler Wert

Neben der Einstellung der Schweizer Stimmbevölkerung zur Neutralität im Allgemeinen sowie zu deren spezifischen Ausgestaltungsformen, wird in dieser Studienreihe erhoben, inwieweit die Neutralität als Instrument der Aussenpolitik angesichts der heutigen internationalen Verflechtung noch umgesetzt werden kann und ob ihr die Bevölkerung einen finalen Charakter, d. h. einen Wert an sich, zuschreibt.

Es stellt sich die Frage, in welchem Umfang die zunehmende Verflechtung der Aussen- und Wirtschaftspolitik in der heutigen Zeit zu einem Hindernis in der Umsetzung der Neutralität werden könnte.⁵ Die Aussage, dass «unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten» Neutralität verunmögliche, vertreten lediglich 32% der Befragten ($\pm 0\%$; siehe Abbildung 8.4). Auf der anderen Seite könnte die Neutralität auch zu einem Hindernis werden, wenn angesichts der zunehmenden Globalisierung aussen- und wirtschaftspolitische Problemlösungen internationale Kooperationen erfordern. Eine/Einer von drei Befragten glaubt, dass Neutralität uns künftig daran hindern könnte, «gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln» (32%, $\pm 0\%$). Trotz der zunehmenden internationalen Verflechtung der Schweiz sieht die Mehrheit der Bevölkerung in der Umsetzung der Neutralität weder ein Hindernis noch eine Einschränkung der aussenpolitischen Handlungsfähigkeit durch die Neutralität. Beide Einstellungen sind konstant gegenüber dem Vorjahr.

Abbildung 8.4.

Neutralität und internationale Verflechtung, Neutralität als finaler Wert



Für die Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung ist die Neutralität mit der globalisierten Welt vereinbar. Dennoch kann vermerkt werden, dass trotz der mit

5 Der Neutralität wird auch eine wirtschaftspolitische Funktion zugesprochen. Die Neutralität erlaubt es der Schweiz, mit allen Staaten wirtschaftliche Beziehungen aufrechtzuerhalten.

94% sehr hohen allgemeinen Zustimmung zur Neutralität, 32% der Schweizer Bevölkerung die Umsetzung des Neutralitätsprinzips heutzutage anzweifeln. Diese kognitive Dissonanz lässt sich dadurch erklären, dass ein Teil der Bevölkerung das Neutralitätsprinzip bejaht und zugleich dessen Durchsetzung anzweifelt.

Inwieweit die Schweizer Bevölkerung der Neutralität auch eine finale Geltung zuspricht, wird mittels der Aussage «Sobald die Neutralität für die Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben» erfragt. Die Forderung, dass die Neutralität lediglich als ein Instrument der Aussenpolitik wahrgenommen wird, befürwortet nur eine Minderheit von 19% (+1%) der Befragten. Die Schweizer Stimmbevölkerung interpretiert die Staatsmaxime somit auch 2013 überwiegend final. Als zusätzliches Indiz kann die hohe Befürwortung der Identitätsfunktion der Neutralität beurteilt werden.

In diesem Jahr wurde erneut erfragt, inwieweit sich SchweizerInnen für Sicherheitspolitik interessieren und wie oft Freunde oder Bekannte sie um politischen Rat bitten. Alle Neutralitätsvariablen korrelieren positiv mit dem Sicherheitsinteresse: Je stärker das sicherheitspolitische Interesse der Befragten ist, desto höher befürworten sie die Neutralitätsfunktionen der Schweiz. Zudem stimmen sicherheitspolitisch Interessierte dem Neutralitätsprinzip und der differenziellen Neutralität signifikant stärker zu als Personen mit geringem Interesse an nationaler Sicherheitspolitik. Einzig die de-facto-Aufgabe der Neutralität weist keinen Unterschied zwischen den beiden Gruppen auf.

8.4 Neutralitätsauffassungen – eine Typologie

Wie im Falle der ausserpolitischen Kooperationsbereitschaft lassen sich mit Hilfe einer Typenbildung (Clusteranalyse, vgl. Anhang I) die verschiedenen Auffassungen von Neutralität besser differenzieren und im Trendverlauf analysieren (siehe Abbildung B in Anhang II). Eine befriedigende Lösung zur Erklärung der Varianz bildet eine Vier-Cluster-Variante. Ihr lassen sich von 1200 Befragten 995 eindeutig zuordnen.⁶ Die vier Neutralitätstypen können wie folgt charakterisiert werden:

- **«Neutralitätsdissonante» (31% der Antwortenden)** Personen dieses Typus zeichnen sich durch eine widersprüchliche Haltung gegenüber Neutralitätsfragen aus. So stimmen Personen dieses Typus einerseits allen drei Funktionen der Neutralität mehrheitlich zu. Besonders hohe Zustimmung erhalten die Solidaritätsfunktion und die Identitätsfunktion (siehe Abbildung B in Anhang II). Dass die Neutralität die Schweiz vor internationalen Konflikten verschone und eine positive

6 205 Befragte lassen sich keinem Neutralitätstypus zuordnen.

Wirkung auf die europäische Sicherheit und Stabilität ausübe, wird ebenfalls von einer Mehrheit befürwortet. Andererseits beurteilen «Neutralitätsdissonante» die Umsetzbarkeit der Neutralität kritisch. Sie halten die Neutralität für militärisch nicht mehr glaubhaft durchsetzbar und sind der Ansicht, dass die Neutralität die Schweiz vom gemeinsamen Handeln mit den europäischen Nachbarn abhalten könne und die internationale Zusammenarbeit verunmögliche. Dennoch sind Personen dieses Neutralitätstyps nicht bereit, auf die Neutralität zu verzichten, selbst wenn klar feststünde, dass diese der Schweiz keine Vorteile mehr brächte. In dieser widersprüchlichen Haltung manifestiert sich ein erhebliches Mass an Verunsicherung. Personen dieser Auffassungsrichtung sehen die möglichen zunehmenden Hindernisse für die schweizerische Neutralität, möchten aber subjektiv und emotional trotzdem an ihr festhalten. Entweder sind sie sich ihrer widersprüchlichen Haltung und ihrer kognitiven Dissonanz bewusst oder sie realisieren ihre gegensätzliche Einstellung gar nicht, sind tendenziell apolitisch und haben sich noch kaum eingehend mit Fragen zur Neutralität auseinandergesetzt. Anteilsmässig macht die Gruppe der «Neutralitätsdissonanten» im Zeitraum von 1993 bis 2013 zwischen 21% und 33% aus (siehe Abbildung 8.5). 2013 können 31% (–2%) der Befragten zu ihnen gezählt werden.

- **«Neutralitätspragmatiker» (28%):** Befragte, die sich diesem Typus zuordnen lassen, stimmen der Solidaritäts- und der Identitätsfunktion, nicht aber der sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität zu (siehe Abbildung B in Anhang II). Sie sind weder der Ansicht, dass die Schweiz dank ihrer Neutralität vor Konflikten verschont bleibe noch, dass die bewaffnete Neutralität zur Sicherheit und Stabilität in Europa beitragen könne. Diese Meinung teilen sie mit den «Neutralitätskritikern». Ob die Neutralität heute militärisch noch glaubhaft geschützt werden könne, ist für sie unklar. Im Gegensatz zu den «Neutralitätskritikern» sehen «Neutralitätspragmatiker» die Neutralität jedoch nicht rein nutzenorientiert als Instrument der Aussenpolitik. So würden sie diese selbst dann nicht aufgeben, wenn sie der Schweiz keinen Nutzen mehr brächte. Zudem glauben sie weder, dass die Neutralität die Schweiz am gemeinsamen Handeln mit ihren europäischen Nachbarn hindern könne noch, dass die internationale Verflechtung der Schweiz Neutralität verunmögliche. Der Anteil an «Neutralitätspragmatikern» bewegt sich im Beobachtungszeitraum von 1993 bis 2013 zwischen 20% und 33%. Dieser Anteil liegt 2013 im Vergleich zum Vorjahr konstant bei 28% (+1%).
- **«Neutralitätstraditionalisten» (25%):** Befragte, die eine traditionalistische Neutralitätsauffassung haben, beurteilen die Neutralität konträr zu den «Neutralitätskritikern». Sie stimmen der Solidaritäts- und Identitätsfunktion wie auch der sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität überaus deutlich zu und leh-

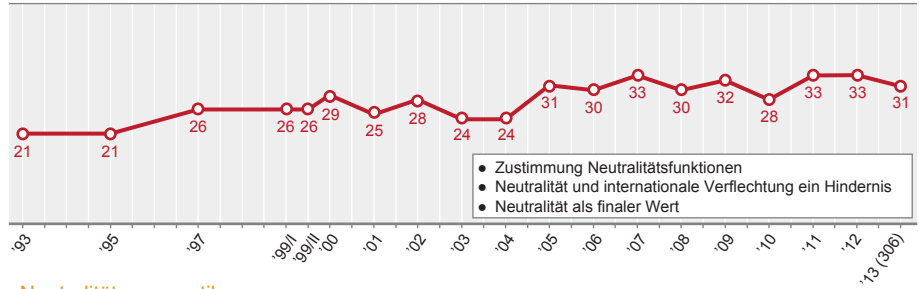
nen ganz klar jegliche kritische Beurteilung der Neutralität ab (siehe Abbildung B in Anhang II). Vor allem die Solidaritäts- und die Identitätsfunktionen werden als sehr bedeutend bewertet. Der Glaube an die der Neutralität zu verdankenden Gelegenheiten für Gute Dienste im internationalen Umfeld ist ungebrochen. «Neutralitätstraditionalisten» lehnen deutlich sowohl die Vorgabe ab, dass die Schweizer Neutralität ein Hindernis für gemeinsames Handeln mit anderen europäischen Staaten darstelle als auch, dass die zunehmende internationale Verflechtung Neutralität verunmögliche. Eine rein instrumentelle Betrachtung der Neutralität weisen sie deutlich zurück. Auch wenn die Neutralität keine Vorteile mehr bringen sollte, so würden «Neutralitätstraditionalisten» diese nicht aufgeben. Der Neutralität wird eine hohe symbolische Wirkung zugeschrieben und sie wird normativ zum Selbstzweck erhoben. Sie ist aus Sicht der «Neutralitätstraditionalisten» eng mit dem schweizerischen Staatsgedanken verbunden. Seit 1993 ist der Anteil an «Neutralitätstraditionalisten» tendenziell von 48% zu Beginn der Erhebung auf 21% im Jahr 2011 gesunken. In diesem Jahr können 25% (+2%) den «Neutralitätstraditionalisten» zugeordnet werden.

- **«Neutralitätskritiker» (16%):** Personen dieses Neutralitätstypus glauben einzig an die Solidaritätsfunktion und dies nicht sehr ausgeprägt. Die Identitätsfunktion wie auch die sicherheitspolitische Funktion lehnen sie deutlich ab (vgl. Abbildung B in Anhang II). «Neutralitätskritiker» bezweifeln die Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität, die ihrer Meinung nach nicht zur Sicherheit und Stabilität in Europa beitragen kann. Zudem glauben sie nicht, dass die Schweiz dank ihrer Neutralität vor Konflikten verschont bleibe. Eine nutzenorientierte Bewertung der Neutralität heissen sie knapp gut, d.h. die Maxime soll dann aufgegeben werden, wenn sie keine Vorteile mehr bringt. Sie meinen – wenn auch nur knapp mehrheitlich – dass die enge internationale Verflechtung der Schweiz Neutralität verunmögliche beziehungsweise, dass die Neutralität die Schweiz am gemeinsamen Handeln mit anderen europäischen Staaten hindere. «Neutralitätskritiker» halten die schweizerische Neutralität offensichtlich für ein national-egoistisches Konzept, das die Schweiz daran hindere, ihre internationale Mitverantwortung wahrzunehmen. Es lässt sich folgern, dass aus ihrer Sicht die Neutralität den heutigen politischen Gegebenheiten, insbesondere der internationalen Verflechtung der Schweiz und den sich daraus ergebenden Forderungen nach kooperativem Handeln, nicht mehr entspricht. Der Typus «Neutralitätskritiker» bewegt sich im Beobachtungszeitraum 1993 bis 2013 anteilmässig zwischen 11% und 19%. Sein Anteil an den Neutralitätstypen aller typologisierten Befragten beträgt 2013 16% (–2%).

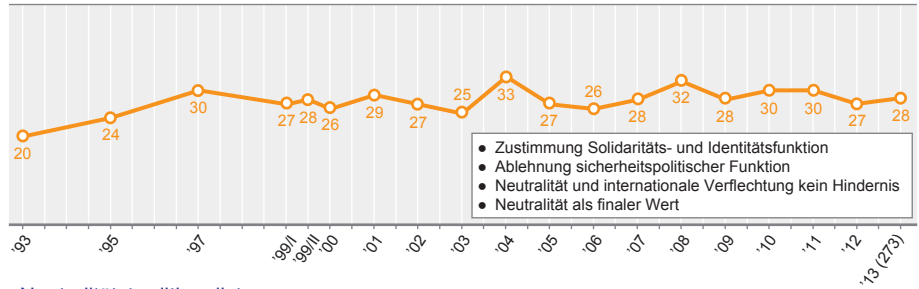
Abbildung 8.5.

Die Neutralitätstypen und ihre anteilmässigen Veränderungen von 1993 bis 2013 (in Prozent)

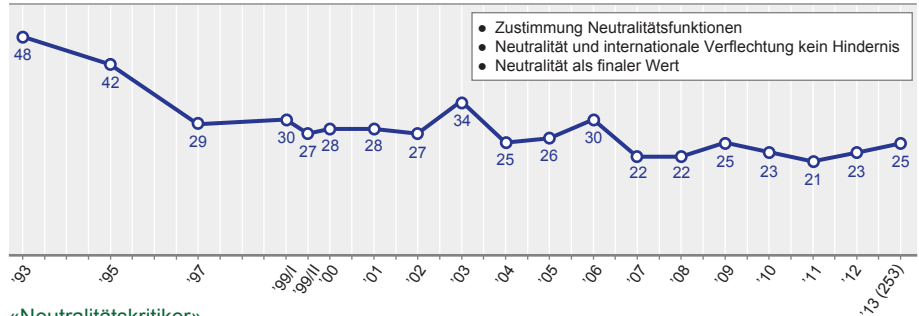
«Neutralitätsdissonante»



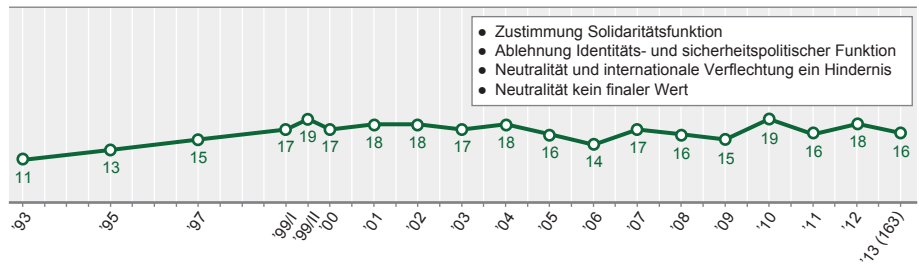
«Neutralitätspragmatiker»



«Neutralitätstraditionalisten»



«Neutralitätskritiker»



Die Verteilung der Neutralitätstypen ist im Jahresverlauf konstant geblieben. Die «Neutralitätsdissonanten» und die «Neutralitätspragmatiker» bilden auch 2013 die beiden grössten Gruppen, dicht gefolgt von den «Neutralitätstraditionalisten». Die «Neutralitätsdissonanten», welche zu einer widersprüchlichen Neutralitätsauffassung tendieren, haben über den Zeitverlauf zugenommen. Konnte Anfang der neunziger Jahre gut jede/jeder Fünfte diesem Typus zugeordnet werden, ist seit 2005 jede/jeder Dritte gegenüber der Neutralität dissonant eingestellt. Der Anteil an «Neutralitätspragmatikern», welche die Neutralität eher nüchtern nach Kosten-Nutzen Kriterien beurteilen, folgt einem leichten Abwärtstrend. Im Gegensatz dazu unterliegt die Gruppe der «Neutralitätstraditionalisten», welche vor allem die positiven Aspekte der Neutralität betonen, seit 2011 einem Wertzuwachs, nachdem dieser Neutralitätstyp seit Beginn der Erhebung im Jahr 1993 quasi kontinuierlich – mit Ausnahme der Jahre 2003 und 2006 – gesunken war. Der anteilmässig kleinste Typus – und dies seit Beginn der Erhebung – wird von den «Neutralitätskritikern» gestellt.

8.4.1 Die Neutralitätsauffassungen nach soziodemographischen Merkmalen

Befragte, welche sich politisch links positionieren, finden sich häufiger als der Schnitt innerhalb des Typus «Neutralitätspragmatiker» (29%) und am seltensten innerhalb der «Neutralitätstraditionalisten» (13%), währenddessen die politisch rechts Orientierten oft eine traditionalistische (30%) und dissonante (31%) Auffassung von Neutralität vertreten. Personen, die in der politischen Mitte angesiedelt sind, lassen sich keinem der vier Neutralitätstypen speziell zuordnen. 2013 teilen Personen mit einem höheren Bildungsabschluss häufig eine neutralitätspragmatische (27%) oder neutralitätskritische (18%) Auffassung. Die «Neutralitätsdissonanten» zeichnen sich dieses Jahr durch einen mittleren Bildungsstand von 29% aus. Die «Neutralitätstraditionalisten» lassen sich an Hand des Bildungsgrads nicht kategorisieren.

18–29-Jährige vertreten überdurchschnittlich häufig eine dissonante (34%) oder kritische (18%) Sichtweise, wobei die 30–59-Jährigen vermehrt eine pragmatische (26%) Ansicht haben. Ab 60-Jährige teilen häufiger die Auffassungen der «Neutralitätstraditionalisten» (25%). Hinsichtlich des Geschlechts lässt sich beobachten, dass Männer häufiger eine neutralitätspragmatische (26%) oder traditionalistische (27%) Auffassung teilen. Hingegen sind Frauen vor allem bei den «Neutralitätsdissonanten» (27%) anzutreffen. Beim Typus «Neutralitätskritiker» halten sich die Geschlechter die Waage.

Die Schweizer Neutralitätspolitik erklärt sich unter anderem durch ihr Bestreben nach Autonomie. Demzufolge dürften sich die drei Meinungstypen der internationalen Kooperation – die «Autonomisten», die «weichen» und «harten» Öffnungsorientierten – in ihrer Einstellung zur Neutralität stark unterscheiden. Auch dieses Jahr bestätigt sich die Tendenz, wonach eine grosse Öffnungsbereitschaft mit einer traditionalistischen Neutralitätsauffassung unvereinbar ist. Nur 11% der «harten Kooperationswilligen» teilen eine traditionalistische Neutralitätssicht, während 31% neutralitätskritisch eingestellt sind. Zusätzlich sind Befragte, die eine kritische Neutralitätsauffassung vertreten weniger kompatibel mit «Autonomisten» (27%) und dem Typus der «weichen Öffnung» (29%). Wie im Vorjahr lassen sich auch in diesem Jahr die «Autonomisten» und die «weichen Öffnungsorientierten» keinem Neutralitätstypus eindeutig zuordnen.

Fazit: Das Neutralitätsprinzip ist und bleibt in der Schweizer Bevölkerung unbestritten. Grosse Teile der Schweizer StimmbürgerInnen sehen in der Schweizer Neutralität weniger ein Instrument der Aussenpolitik als einen Wert an sich. Dies manifestiert sich auch darin, dass eine kritische Beurteilung der Chancen und Grenzen der schweizerischen Neutralitätspolitik im Kontext einer globalisierten Welt kaum stattfindet. Der solidarische Gedanke der Neutralität findet weiterhin eine überaus breite Unterstützung. Das kollektiv identitätsstiftende Element der Neutralität beeinflusst die Einstellung der Schweizer Bevölkerung gegenüber dem Neutralitätsprinzip am stärksten und die sicherheitspolitische Funktion am schwächsten, wobei letztere vom sicherheitspolitischen Interesse der Befragten abhängt. Der Glaube an die drei Neutralitätsfunktionen bleibt im Jahresverlauf unverändert. Auch 2013 zeigt sich, dass die regional stabilisierende Wirkung der Neutralität in der Schweizer Bevölkerung Rückhalt geniesst, währenddessen die Bevorzugung eines europäischen Verteidigungsbündnisses keine Unterstützung findet. Dies steht mit dem verstärkten Bestreben nach nationaler Unabhängigkeit im Einklang (vgl. Kapitel 7). Dennoch – auch wenn das Neutralitätsprinzip in der Schweizer Bevölkerung fest verankert ist – überwiegen in diesem Jahr wiederholt dissonante und pragmatische Neutralitätssichtweisen gegenüber traditionalistischen.

9 Akzeptanz der Armee

In dieser Studienreihe gilt der Schweizer Armee als eines der Sicherheitsinstrumente der Schweiz jeweils grosses Interesse. Die militärpolitische Einstellung der Schweizer Bevölkerung wird in dieser Studie anhand von mehreren Dimensionen erfasst: (1) nach der Wahrnehmung der Notwendigkeit der Armee, (2) nach dem gewünschten Ausbildungs- und Ausrüstungsstand der Armee, (3) nach dem gesellschaftlichen Stellenwert der Armee, (4) nach der Zufriedenheit mit den Leistungen der Armee, (5) nach der Relevanz der Armee, (6) nach der Zustimmung zu den Verteidigungsausgaben und (7) nach der Rekrutierungs- und Mobilisierungsform (vgl. Kapitel 10). Dabei wird dieses Jahr ein besonderer Schwerpunkt auf die Bevölkerungsmeinung zur allgemeinen Wehrpflicht gelegt.

9.1 Notwendigkeit der Armee

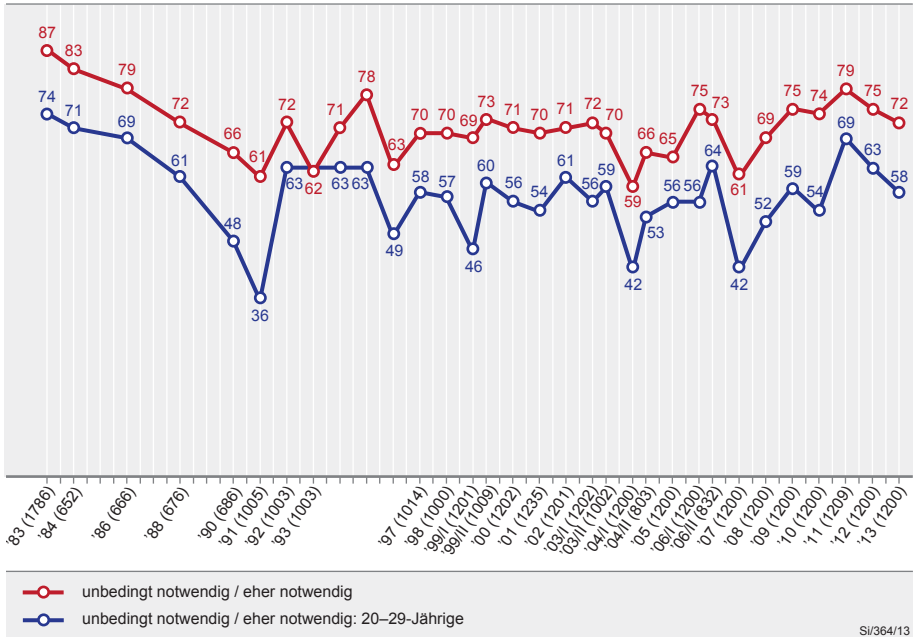
Die generelle Legitimation des staatlichen Gewaltinstruments durch die Zivilbevölkerung ist ein wichtiges Merkmal, um die Beziehung der Gesellschaft zur Schweizer Armee zu beschreiben. Die Frage nach der Notwendigkeit der Schweizer Armee dient als Indikator für die Akzeptanz und die Legitimation der schweizerischen Landesverteidigung. Sie wurde zwischen 1983 und 1990 in unregelmässigen, seit 1991 in regelmässigen Abständen gestellt.

Im Januar 2013 wird die Armee mehrheitlich akzeptiert: 72% (–3%; siehe Abbildung 9.1) der SchweizerInnen halten die Armee für «unbedingt» (26%, +6%) oder «eher» notwendig (46%, –9%). Insgesamt 27% der Befragten stellen die Legitimation der Armee in Frage. Dabei halten 17% (–1%) sie für «eher nicht» und 10% (+3%) für «überhaupt nicht» notwendig. Die Zustimmung zur Notwendigkeit der Schweizer Armee ist im Vergleich zum Wert des Vorjahres zwar gesunken, doch die Differenz ist statistisch nicht signifikant. Die prozentuale Zustimmung zur Notwendigkeit liegt auch in diesem Jahr über dem langjährigen Mittel seit 1991 (70%).

Abbildung 9.1
Notwendigkeit der Armee

«Was meinen Sie zur Schweizer Armee? Halten Sie diese für unbedingt notwendig, eher notwendig, eher nicht notwendig oder überhaupt nicht notwendig?»

(Angaben in Prozent)



Dieses Jahr geben wieder mehr Befragte an, dass die Schweizer Armee «unbedingt notwendig» sei, nachdem in den letzten zwei Jahren die Kategorie «eher notwendig» überdurchschnittlich stark erwähnt wurde. Dennoch ist die Intensität der Zustimmung im Vergleich zu 1983 wesentlich tiefer. Während 1983 rund die Hälfte der Befragten die Schweizer Armee für «unbedingt notwendig» hielt, ist dies im Jahr 2013 nur bei einem Viertel der Befragten der Fall. Auf der anderen Seite ist aber auch der Anteil an Personen, die die Armee als «überhaupt nicht notwendig» betrachten, um 3% gestiegen. Dies deutet darauf hin, dass die Bevölkerung im Vergleich zu 2012 eine stärker ausgeprägte Meinung zur Notwendigkeit der Armee vertritt.

Die Analyse der Zustimmungswerte («unbedingt» und «eher») notwendig zusammengefasst; siehe Abbildung 9.1) über die Zeit zeigt weiter, dass die Zustimmungskurve zur Armee keinem klaren Trend folgt. Die Akzeptanz nahm in den achtziger Jahren kontinuierlich ab, erreichte im Jahr 1991 einen Tiefpunkt, stieg danach rasch wieder an, ohne jedoch das Niveau zu Beginn der achtziger Jahre zu erreichen (für

eine detaillierte Analyse der Zustimmungswerte über die Zeit vgl. Szvircsev Tresch et al. 2011, 142f.).

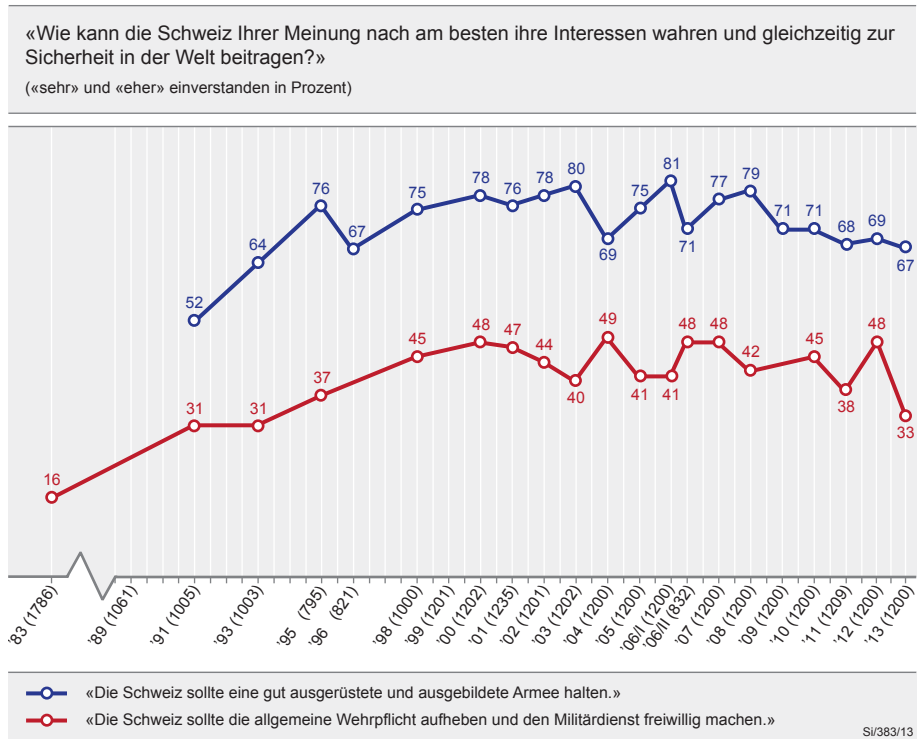
Als Konstante zeigt sich, dass die 20–29-Jährigen gegenüber der Schweizer Armee kritischer eingestellt sind als die älteren Generationen. Hingegen werden weiterführende Analysen aus dem Jahr 2011 dahingehend interpretiert, dass die kritischere Haltung der jüngsten Alterskohorte nicht allein durch einen allgemeinen sozialen Wandel – gekennzeichnet durch eine zunehmende zivil-militärische Entfremdung – erklärt werden kann. Im Gegenteil fällt auf, dass ehemals kritische 20–29-Jährige mit der Zeit und dem Alter dazu neigen, die Schweizer Armee wieder stärker zu legitimieren (vgl. hierzu Szvircsev Tresch et al. 2011, 145f.). Dass – wie abgebildet – die Einstellung der Altersgruppe der 20–29-Jährigen im Vergleich zum Bevölkerungsschnitt über die Zeit stärker schwankt, ist unter anderem auf die geringere Stichprobenzahl zurückzuführen. Weitere Analysen nach soziodemographischen Merkmalen werden in Abschnitt 9.6 zusammenfassend diskutiert.

9.2 Ausrüstung und Ausbildung

Während die Zustimmung zur Notwendigkeit die allgemeine Legitimation der Armee misst, gibt die Frage zur Ausrüstung und Ausbildung der Armee Auskunft über die funktionale Relevanz, welche die Armee in der Bevölkerung erhält. So misst sie zum Beispiel, inwieweit man die Einsatzbereitschaft der Armee als wichtig erachtet.

Zwei Drittel der Befragten (67%, –2%; siehe Abbildung 9.2) sprechen sich für eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee aus. Dabei unterstützen 28% (+2%) diese Forderung «sehr» und 39% (–4%) «eher». Gegenüber dem letzten Jahr hat es keine signifikante Veränderung gegeben. Im langjährigen Vergleich zeigt sich, dass nach dem Ende des Kalten Krieges die Forderung nach einer gut ausgebildeten und ausgerüsteten Armee geringer war. Besonders hohe Zustimmung äusserte die Schweizer Bevölkerung zwischen 1998 und 2008, wobei auch in dieser Zeitspanne Schwankungen in der Meinung feststellbar waren (z.B. 2004 und 2006). Seit 2009 ist die Zustimmung gleichbleibend auf tieferem Niveau. Insbesondere Personen, welche dem Typ «harte Öffnung» (siehe Abschnitt 7.9) zugeordnet werden können, unterstützen nur zu 49% diese Forderung nach einer starken Armee, hingegen wünschen dies 77% der «Autonomisten». Noch stärker stehen die «Neutralitätstraditionalisten» (siehe Abschnitt 8.4) zu einer gut ausgerüsteten und ausgebildeten Armee (84%).

Abbildung 9.2
Ausrüstung und Ausbildung der Schweizer Armee



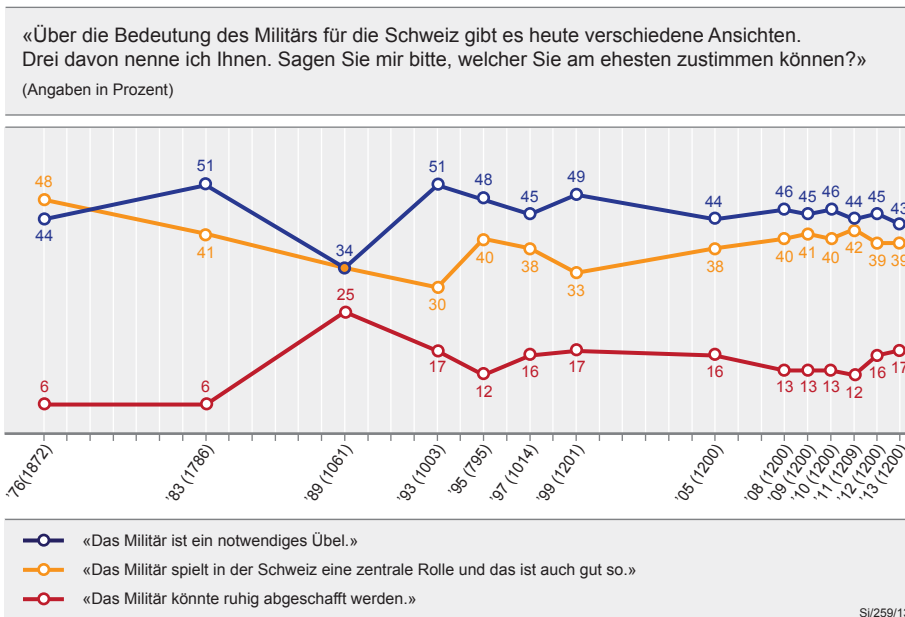
Die Stimmbevölkerung hält die Schweizer Armee somit nicht nur für grossmehrheitlich notwendig, sondern auch für relevant: Die Schweiz sollte über eine Armee verfügen und diese sollte gut ausgerüstet und ausgebildet sein. Diese beiden Variablen stehen in starker Beziehung zueinander ($\gamma=0.83$). Aber dennoch sind 13% der Personen, die die Notwendigkeit der Armee unterstützen, nicht der Meinung, dass die Armee auch gut ausgerüstet und ausgebildet sein sollte.

Die in Abbildung 9.2 ebenfalls dargestellte Einstellung zur Aufhebung der Wehrpflicht gilt unter anderem auch als ein Indikator für den gewünschten Armeenumfang. Diese Variable wird gemeinsam mit der Einstellung zum Milizsystem in Abschnitt 10.1 beschrieben.

9.3 Gesellschaftliche Rolle der Armee

Die Armee ist nicht nur ein sicherheitspolitisches Instrument, sondern kann auch eine wichtige Funktion für das gesellschaftliche Zusammenleben einnehmen. Diese Doppelfunktion der Armee kann zu einer höheren Legitimität der Institution führen. Die gesellschaftliche Bedeutung der Armee, das heisst die Identifikation mit der Landesverteidigung und die Bewertung des Militärischen in der Schweiz, werden seit 1976 in unregelmässigen Abständen anhand einer Frage mit drei Antwortvorgaben, wie sie in Abbildung 9.3 aufgeführt sind, erhoben.

Abbildung 9.3
Die gesellschaftliche Rolle der Armee



Die gesellschaftliche Bedeutung des Militärs ist auch in diesem Jahr konstant geblieben. Vor die Wahl gestellt, das Militär als zentral, als notwendiges Übel oder als abschaffungswürdige Institution zu bezeichnen, entscheiden sich 43% (−2%) der BürgerInnen für eine Umschreibung der Armee als «notwendiges Übel». Für 39% (±0%) der Personen spielt das Militär eine zentrale Rolle in der Gesellschaft und dies wird von ihnen auch als gut bewertet. Für 17% (+1%) der Befragten könnte die Armee abgeschafft werden. Zum zweiten Mal in Folge ist dieser Anteil höher als in der Zeitspanne 2008 bis 2011. Die Beurteilung der gesellschaftlichen Bedeutung

der Armee variiert nach der gewünschten politischen Ausrichtung der Schweiz. So sind Personen, welche zum «autonomistischen» Typus gezählt werden, mehrheitlich der Auffassung, dass das Militär zentral sei (50%), die «weichen Öffnungsbereiten» sehen es als ein notwendiges Übel an (44%) und die «harten Öffnungswilligen» votieren überdurchschnittlich stark für dessen Abschaffung (32%). Noch stärker differiert die Meinung zur Rolle der Armee innerhalb der Neutralitätstypen. Für 54% der «Traditionalisten» ist das Militär zentral; dies wird nur von 19% der «Kritiker» ebenfalls so gesehen. 36% von ihnen möchten die Armee abschaffen.

Die soziale Einbettung der Armee in die schweizerische Gesellschaft hat sich im Vergleich zur ersten Befragung 1976 statistisch signifikant verändert. Dies weist auf einen leichten Bedeutungsverlust des Militärs gegenüber den siebziger Jahren hin, da in der Erhebungsreihe nie mehr so viele Befragte das Militär als gesellschaftlich zentral ansahen wie 1976. Die Auffassung einer gesellschaftlichen Relevanz der Armee für die Schweiz ist aber über die Zeit konstant und von einem eigentlichen Meinungsumbruch kann nicht gesprochen werden, denn in keiner Befragung seit 1976 teilte eine Mehrheit die Meinung, dass das Militär zentral sei. Trotzdem wird die Forderung der Armeearschaffung häufiger gestellt. Während 1976 und 1983 dies nur für 6% denkbar war, variiert dieser Anteil seit 1993 zwischen 12% und 17%. Das Militär wurde insbesondere um die Zeit des Endes des Kalten Krieges als nationales Identifikationssymbol stärker hinterfragt. So hielten im Jahr 1989 nur 34% der SchweizerInnen die Armee für eine gesellschaftlich zentrale Institution und 25% sprachen sich für die Abschaffung der Armee aus. Aber auch die Notwendigkeit, eine Armee zu besitzen, sowie die Dringlichkeit eines guten Ausrüstungs- und Ausbildungsstandes wurden zu dieser Zeit kritisch beurteilt. Das Ende der achtziger bzw. der Anfang der neunziger Jahre kann daher als Tiefpunkt im zivil-militärischen Verhältnis der Schweiz gesehen werden. Seit Mitte der neunziger Jahre erlebt die Armee tendenziell eine Aufwertung ihrer Rolle in der Gesellschaft.

Ob das Militär in der Gesellschaft zentral sein soll, steht in Verbindung mit weiteren Einschätzungen zur schweizerischen Verteidigungsorganisation: Die Beurteilung der gesellschaftlichen Relevanz korreliert mit der Einstellung zur Notwendigkeit ($CC=0.66$), zum Ausbildungs- und Ausrüstungsstand ($CC=0.61$), zum Vertrauen ($CC=0.51$), zur Zufriedenheit der Leistung ($CC=0.59$) und zu den Verteidigungsausgaben ($CC=0.58$) (siehe Tabelle 9.1).

Tabelle 9.1

Bewertung der gesellschaftlichen Bedeutung des Militärs in Beziehung zu weiteren militärpolitischen Einstellungen

	Zentrale Rolle	Notwendiges Übel	Abschaffung
notwendig	98%	76%	5%
gut ausgerüstet & ausgebildet	94%	66%	6%
Ausgaben gerade richtig	64%	43%	3%
Vertrauen	7.4 Mittelwert	6.0 Mittelwert	3.8 Mittelwert
Zufriedenheit mit Leistung	7.4 Mittelwert	5.9 Mittelwert	3.4 Mittelwert

Lesebeispiel: Befragte, die dem Militär eine zentrale Rolle zuschreiben, halten die Armee zu 98% für notwendig, 94% unter ihnen wünschen sich eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee und sie vergeben der Armee im Schnitt eine Vertrauensnote bzw. eine Leistungsnote von je 7.4.

Die Haltung zu militärpolitischen Aspekten variiert demnach stark mit der gesellschaftlichen Bewertung des Militärs. So erachten 98% der Befragten, die das Militär als zentral beurteilen, die Schweizer Armee auch als notwendig, während unter jenen, die das Militär als ein notwendiges Übel taxieren, drei Viertel diese Meinung teilen. Unter den BefürworterInnen der Armeeabschaffung finden nur 5%, dass die Armee notwendig sei. Dieses Muster wiederholt sich bei den Einschätzungen zur Güte der Ausrüstung, der Höhe der Verteidigungsausgaben sowie dem Vertrauen und der Zufriedenheit mit der Armee.

9.4 Zufriedenheit mit der Leistung der Schweizer Armee und die Wichtigkeit einer starken Armee

Zu einem umfassenden Verständnis der zivil-militärischen Beziehung gehört auch die Frage nach der Zufriedenheit mit der Armee. Insgesamt sind die SchweizerInnen mit der Leistung der Schweizer Armee zufrieden. Auf einer Skala von 1 «überhaupt nicht zufrieden» bis 10 «sehr zufrieden» geben die Befragten der Armee im Schnitt eine Bewertung von 6.07. Im Vergleich zu den erhobenen Werten in den Jahren 2011 und 2012 ist die Zufriedenheit mit der Leistung konstant geblieben. Das Vertrauen in die Schweizer Armee wird vermutlich durch diese positive Bewertung gestärkt. Die guten Leistungen der Schweizer Armee lassen darauf vertrauen, dass sie diese auch in Zukunft erbringen wird. Ein starker Zusammenhang zwischen Zufriedenheit und Vertrauen kann demzufolge konstatiert werden ($r=0.65$).

Die Zufriedenheit mit der Leistung variiert nach soziodemographischen Merkmalen. So kann die Beurteilung der Leistung der Armee für Aussenstehende schwierig sein. Es stellt sich deshalb zum Beispiel die Frage, ob Männer, die Militärdienst leisten oder leisteten, die Performance anders bewerten als ihre MitbürgerInnen, die keinen Dienst leiste(te)n (siehe Tabelle 9.2).

Tabelle 9.2

Zufriedenheit mit der Leistung der Armee nach soziodemographischen Merkmalen

Merkmal	Abweichung vom Mittelwert der Zufriedenheit	Merkmal	Abweichung vom Mittelwert der Zufriedenheit
Geschlecht		Bildungsgrad	
- Männer (n=567)	- 0.09	- tiefer (n=104)	+ 0.78
- Frauen (n=633)	+ 0.09	- mittlerer (n=664)	+ 0.33
		- hoher (n=419)	- 0.72
Alter		AdA	
- 18–29 Jahre (n=167)	- 0.61	- Dienstabbrecher (n=107)	- 0.71
- 30–59 Jahre (n=590)	- 0.11	- Aktuell Dienstleistende (n=58)	- 0.05
- 60+ Jahre (n=368)	+ 0.46	- Ehemalige Dienstleistende (n=271)	+ 0.20
		- Nicht dienstleistende Männer (n=125)	- 0.17
Region		Politische Einstellung	
- D-CH (n=859)	+ 0.04	- links (n=315)	- 1.04
- F-CH (n=289)	- 0.25	- Mitte (n=397)	+ 0.18
- I-CH (n=52)	+ 0.66	- rechts (n=413)	+ 0.58
Gesamtmittelwert	6.07	Gesamtmittelwert	6.07

Besonders kritisch gegenüber der Leistung der Armee sind sich politisch links Einstufende. Sie weichen mit -1.04 am stärksten vom Mittelwert ab, das heisst, sie geben eine durchschnittliche Zufriedenheit von 5.03 an. Ebenfalls beurteilen Männer, die nicht die gesamte Dienstzeit geleistet haben (5.36), gut Gebildete (5.35) sowie die 18–29-Jährigen (5.46) die Leistung der Armee geringer als der Schnitt. Weitere Differenzen nach soziodemographischen Merkmalen werden in Abschnitt 9.6 besprochen.

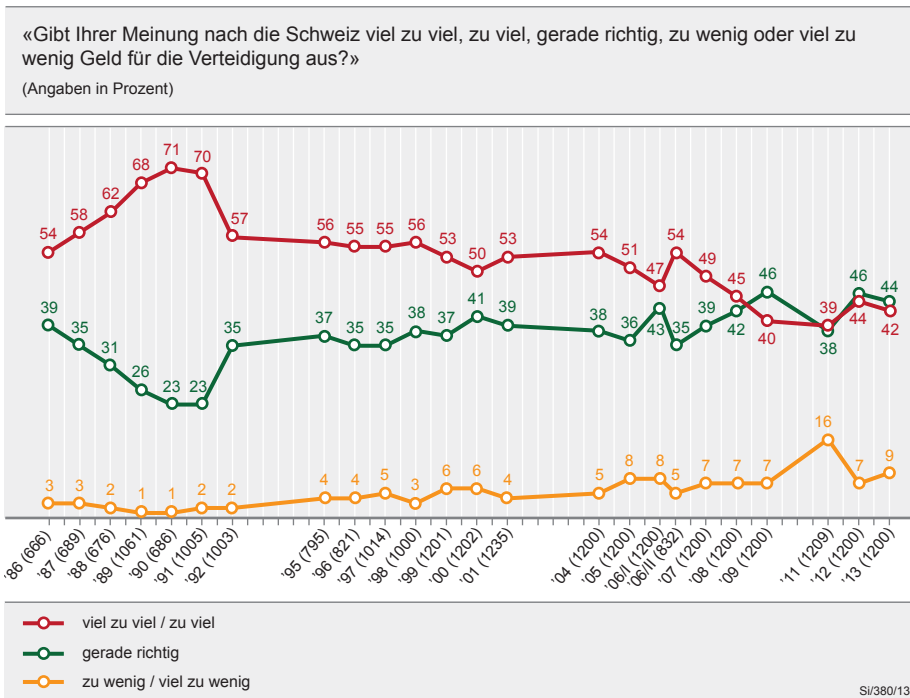
Dieses Jahr – sowie 2011 – wurde neben der Einschätzung der Leistung auch die Wichtigkeit bzw. die Relevanz der Armee mittels einer Frage erhoben. Die SchweizerInnen geben auf einer Skala von 1 «überhaupt nicht wichtig» bis 10 «sehr wichtig» im Schnitt einen Wert von 6.2 an. Die Mehrheit der StimmbürgerInnen (62%; Bewertung 6 oder höher) findet die Armee relevant. Die Bedeutsamkeit der Armee ist in der Schweizer Bevölkerung im Vergleich zu 2011 konstant geblieben. Die positive Einstellung zur Relevanz korreliert hoch mit dem Vertrauen in die Armee ($p=0.57$), mit der Bejahung der Notwendigkeit der Armee ($p=0.76$) sowie mit der Meinung, dass der Ausbildungs- und Ausrüstungsstand der Armee hoch sein soll ($p=0.77$). Ebenfalls ist es für 93% der Befragten, welche die Armee als zentral für die Gesellschaft betrachten, wichtig, eine starke Armee zu haben.

9.5 Verteidigungsausgaben

Ein weiterer Indikator für die Beziehung der Gesellschaft zur Armee ist die Einstellung zu den Verteidigungsausgaben. Er zeigt, inwiefern die/der BürgerIn bereit ist, Ressourcen für die Verteidigung bereitzustellen.

Die Beurteilung der Verteidigungsausgaben in der Schweizer Bevölkerung bleibt über den Jahresverlauf unverändert. Im Januar 2013 sind 44% (–2%) der StimmbürgerInnen der Auffassung, dass die Höhe der Verteidigungsausgaben angemessen sei (siehe Abbildung 9.4). Eine Verringerung der Ausgaben wird von 42% (–2%) gefordert und 9% (+2%) der Befragten wünschen sich eine Erhöhung des Budgets. Damit zeigt sich auch im zweiten Jahr in Folge, dass Befragte, welche die Verteidigungsausgaben für «gerade richtig» halten und solche, welche eine Budgetreduktion fordern, zu ähnlichen Teilen in der Bevölkerung vertreten sind. Mit 9% BefürworterInnen einer Erhöhung des Budgets wird der bis anhin zweit-höchste Wert seit Befragungsbeginn 1986 gemessen.

Abbildung 9.4
Allgemeine Einstellung zu den Verteidigungsausgaben



Dennoch sind die SchweizerInnen gegenüber der Höhe der Verteidigungsausgaben allgemein eher kritisch eingestellt. Es lassen sich aber gewisse Trendbrüche feststellen. So stieg der Anteil der Befragten, die glaubten, es würde «zu viel» für die Verteidigung ausgegeben, zwischen 1986 bis 1991 rasch und stetig an. 1991 hielten 70% der SchweizerInnen die Ausgaben für zu hoch. Seit 1992 nimmt unter den Befragten die Auffassung kontinuierlich zu, dass das Verteidigungsbudget «gerade richtig» bemessen sei und der Anteil der Personen, die angeben, es werde «zu viel» ausgegeben, sinkt zunehmend. Im Januar 2013 können die Befragten im langjährigen Vergleich seit 1991 betreffend der Einstellung zu den Verteidigungsausgaben als eher armeefreundlich bezeichnet werden.¹

Die Meinung, ob die Verteidigungsausgaben zu hoch oder zu tief sind, hängt unmittelbar mit der Einstellung zur Armee zusammen. Mit einer positiven Bewertung der Wichtigkeit der Armee ($p=0.67$), mit der Höhe der Zufriedenheit mit den Leistungen der Armee ($p=0.5$), mit der Bejahung der Notwendigkeit der Armee ($p=0.62$), mit steigendem Vertrauen in die Armee ($p=0.46$) und mit der Forderung nach einer gut ausgerüsteten und ausgebildeten Armee ($p=0.62$) sinkt die Forderung nach Sparmassnahmen bei den Verteidigungsausgaben.

9.6 Gesamtbild nach soziodemographischen Variablen

Nebst der allgemeinen Umschreibung der militärpolitischen Meinung der Schweizer Stimmbevölkerung interessieren auch unterschiedliche Einstellungsmuster nach soziodemographischen Merkmalen. Wird die Schweizer Armee über alle Bevölkerungsgruppen hinweg gleichermassen akzeptiert oder erfährt sie in gewissen Bevölkerungsschichten weniger Unterstützung respektive wird sie gar abgelehnt? Im Folgenden werden die wichtigsten Differenzen skizziert.

Die selbstdeklarierte politische Einstellung ist jene Variable, welche die Meinung zur Armee am stärksten unterschiedlich gewichtet (siehe Abbildung 9.5). Während sich in der politischen Mitte oder sich rechts einstufoende Befragte die Schweizer Armee mehrheitlich und in ähnlichem Masse unterstützen, nehmen die politisch links Orientierten in den meisten hier untersuchten Dimensionen eine konträre Meinung ein. Politisch rechts Orientierte und die Befragten der politischen Mitte erachten die Armee als grossmehrheitlich notwendig, während im Gegensatz bei den sich politisch links einstufoenden Personen nur eine Minderheit diese Meinung teilt (88%, 80% versus links: 43%). Während sowohl in der Mitte wie auch rechts

1 Mittelwert 2013=2.52; Mittelwert über die Jahre 1991–2013=2.36, wobei 1=«viel zu viel» Ausgaben, 5=«viel zu wenig» Ausgaben bedeutet.

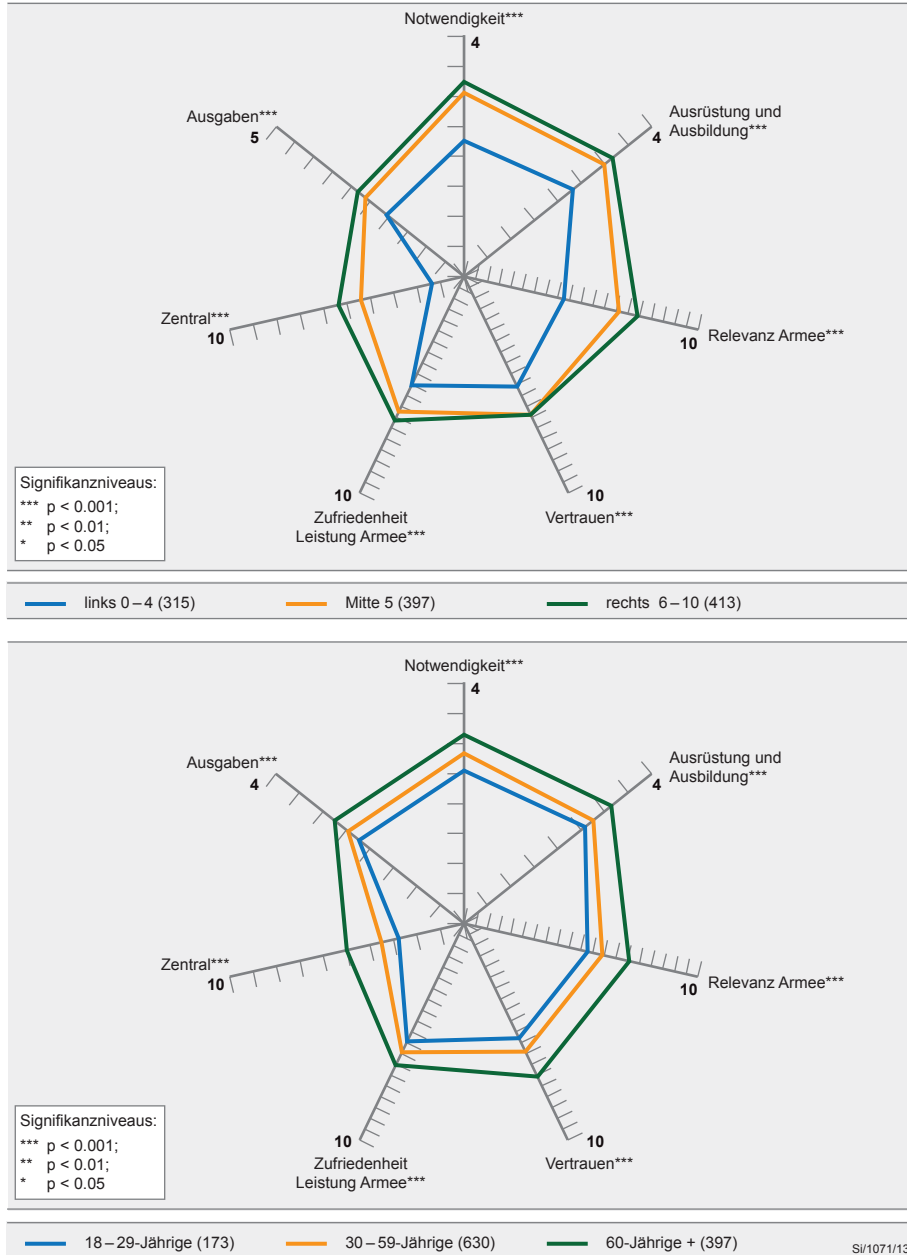
eine Mehrheit der Auffassung ist, dass für die Verteidigung «gerade richtig» viel Geld ausgegeben wird (51% und 55%), empfindet die Mehrheit der links Eingestellten die Ausgaben als zu hoch (70%). Politisch rechts Orientierte bewerten die Schweizer Armee mehrheitlich als eine gesellschaftlich zentrale Institution (54%), Befragte der politischen Mitte sind sich darin uneins: 44% der politischen Mitte bezeichnen die Armee als eine gesellschaftlich zentrale Institution, während 46% diese als ein notwendiges Übel betrachten. Konträr ist das Meinungsbild der politisch sich links positionierenden Befragten. Die relative Mehrheit von 41% teilt die Auffassung, dass das Militär ruhig abgeschafft werden könnte. Eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee befürworten sowohl das rechte Parteilager (81%) als auch die politische Mitte (74%) deutlich, hingegen unterstützen nur 40% der politisch links Stehenden diese Forderung. Betreffend Vertrauens-, Zufriedenheits- und Wichtigkeitszumessung in die Armee geben politisch rechts Eingestellte die höchsten Bewertungen (Durchschnitt auf einer 10er-Skala: 6.78, 6.65 und 7.40), gefolgt von der politischen Mitte (6.41, 6.25 und 6.62). Wiederum hat das linke politische Lager diametral eine andere Einstellung zur Armee. Das Vertrauen in die Armee und die Zufriedenheit mit deren Leistung werden bei ihnen mittelmässig bewertet (5.09 bzw. 5.03) und die Wichtigkeit, eine starke Armee zu besitzen, findet nur die Unterstützung einer Minderheit (4.26). Es zeigt sich somit, dass die politischen Lager die Armee grundsätzlich verschieden betrachten und weit entfernt sind, einen Konsens in Armeefragen zu erreichen.

Am zweitstärksten differiert die Einstellung zur Armee zwischen den Generationen (siehe Abbildung 9.5). Im Allgemeinen stehen ältere Befragte der Schweizer Armee positiver gegenüber. So halten sie diese für überdurchschnittlich notwendig (82%), wollen eine gut ausgebildete und ausgerüstete Armee (77%), sind mit den jetzigen Ausgaben für das Militär einverstanden (53%), vertrauen ihr stärker (6.57), sind zufrieden mit ihrer Leistung (6.53) und empfinden die Armee als wichtig (7.08). Die Hälfte dieser Altersgruppe weist der Armee eine zentrale Bedeutung zu (50%). Die mittlere Generation der 30 – 59-Jährigen steht nicht nur altersmässig sondern auch einstellungsmässig zwischen den ab 60-Jährigen und den 18 – 29-Jährigen. Sie befürworten ebenfalls die meisten Vorgaben wie die ab 60-Jährigen, aber auf einem deutlich tieferen Niveau. Anderer Meinung sind sie bei der Positionierung des Militärs in der Gesellschaft. Hier spricht sich die relative Mehrheit (46%) dahingehend aus, dass das Militär ein notwendiges Übel sei. Ebenfalls teilen sie tendenziell eher die Meinung, dass zu viel für die Verteidigung ausgegeben werde (45%). Die jüngste Altersgruppe spricht sich überdurchschnittlich häufig für die Abschaffung der Armee aus (31%) und findet ebenfalls, es werde zu viel Geld für die Armee ausgegeben (62%).

Auch zwischen den beiden grossen Sprachregionen bestehen in gewissen Punkten Differenzen. Während die Notwendigkeit und der Armeeumfang ähnlich eingestuft werden, gilt die Schweizer Armee in der Westschweiz mehrheitlich als ein notwendiges Übel (51%, zentral: 31%), wohingegen die DeutschschweizerInnen in dieser Frage gespalten sind (notwendiges Übel: 41%, zentral: 41%). Weiter werden die Verteidigungsausgaben in der Westschweiz kritischer beurteilt («zu viel» und «viel zu viel»: W-CH: 47%, D-CH: 40%, I-CH: 48%).

Abbildung 9.5

Militärpolitische Einstellung nach politischer Selbstbeurteilung und Alter (Mittelwerte)



Weiter bestehen Meinungsdivergenzen zwischen den Bildungsschichten. Allgemein sind Befragte mit hohem Bildungsniveau der Armee gegenüber kritischer eingestellt. Sie wollen unterdurchschnittlich häufig eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee (57%), erachten die Armee als weniger notwendig (64%) und sind mit der Leistung unzufriedener (5.35). Überdurchschnittlich häufig plädieren sie für die Abschaffung der Armee (25%). Hingegen bewerten Personen mit einer tieferen Bildung alle Vorgaben deutlich positiver. Geschlecht und militärpolitische Meinung hängen kaum zusammen. Es lässt sich einzig beobachten, dass Frauen weniger häufig eine gut ausgebildete Armee fordern (63%) und das Gefühl haben, es werde zu viel Geld für die Verteidigung ausgegeben (46%).

Die Studienreihe «Sicherheit» widmet sich sicherheitspolitischen Fragestellungen. In diesem Zusammenhang lässt sich feststellen, dass 62% der Befragten sicherheitspolitisches Interesse zeigen. Die sicherheitspolitisch Interessierten bewerten alle Vorgaben zur Armee deutlich positiver als SchweizerInnen, die kein Interesse an Sicherheitspolitik haben. So beurteilen sie die Leistung mit einem Wert von 6.31 (versus 5.66), vertrauen der Armee stärker (6.44 versus 5.68) und es ist ihnen wichtig, eine starke Schweizer Armee zu unterhalten (6.74 versus 5.37). Folgerichtig fordern 74% der sicherheitspolitisch interessierten Befragten eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee, während dies nur 55% der Nichtinteressierten verlangen. Ebenfalls befürworten sie die Notwendigkeit der Armee deutlich stärker (79% versus 61%).

Fazit: Die Beziehung der Gesellschaft zur Schweizer Armee kann insgesamt als positiv bezeichnet werden. Die Armee wird grossmehrheitlich akzeptiert; man vertraut ihr und hält sie für bedeutend. Die Akzeptanz unterscheidet sich jedoch insbesondere nach der politischen Orientierung und nach dem Alter der Befragten: Je älter und je mehr rechtsstehend, desto stärker ist die Unterstützung für die Armee.

Mögliche Auswirkungen einer Aufhebung der Wehrpflicht aus Sicht ausländischer Fachexperten

Seit dem Ende des Kalten Krieges haben die meisten europäischen Staaten ihre bis anhin auf der Wehrpflicht basierenden Streitkräfte in Freiwilligenarmeen umgewandelt. Bedingt wurde dies durch die neue geostrategische Situation. Ferner führten der Wertewandel und die zunehmende Individualisierung der europäischen Gesellschaften zu einer Erosion der traditionellen Konzeption der Bürgerpflicht. Auch in der Schweiz kommt in unregelmässigen Abständen wiederkehrend eine Abschaffung der Wehrpflicht in Gesellschaft und Politik zur Debatte. Die Diskussion erreicht mit dem Einreichen der GSoA-Initiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» anfangs 2012 neue Aktualität. In einer Diplomarbeit bei der Dozentur für Militärsoziologie wurde deshalb der Frage nachgegangen, welche Erfolgschancen eine solche Umstellung der Wehrform nach Ansicht verschiedener ausländischer Fachexperten in der Schweiz haben könnte. Des Weiteren wurden mögliche Konsequenzen einer Abschaffung der Wehrpflicht für die Schweizer Armee evaluiert. Die Studie stützt sich dabei auf eine strukturierte Expertenbefragung namhafter ausländischer Militärsoziologen (N=5, Belgien, Niederlande, Polen, Schweden und Ungarn).

Die fünf Fachexperten teilen die Einschätzung, dass die Rekrutierung das Hauptproblem einer erfolgreichen Transformation der Wehrform darstellt. Sie sind sich einig, dass der Rekrutierungserfolg einer Freiwilligenarmee stark mit der nationalen Arbeitsmarktsituation und der Attraktivität der Armee als Arbeitgeberin zusammenhängt. So setze eine gezielte Rekrutierung bestimmter Berufsgruppen ein fundiertes Anreizsystem (finanziell, ausbildungstechnisch, soziale Leistungen) voraus, um die Armee als Arbeitgeberin auf dem zivilen Arbeitsmarkt konkurrenzfähig zu halten. Ferner hingen die Rekrutierungschancen mit der Höhe der Arbeitslosigkeit und folglich mit der Auswahl ziviler Alternativen zu einer militärischen Berufslaufbahn zusammen.

Gegenüber einer erfolgreichen Rekrutierung, d.h. einer genügend grossen Anzahl an Freiwilligen, sind drei der fünf befragten Fachexperten skeptisch eingestellt. Niederlande, Polen und Ungarn beurteilen die Chance einer quantitativ ausreichenden Rekrutierung als fraglich und weisen auf Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Spezialisten hin. Allein der belgische Fachexperte schätzt die Chance, genügend Freiwillige zu rekrutieren, als positiv ein. In Bezug auf die Schweiz sehen die Fachexperten vor allem aufgrund des hohen Ausbildungs- und Einkommensniveaus sowie aufgrund der geringen Arbeitslosigkeit Probleme. Von Vorteil könnte jedoch sein, dass die Schweizer Bevölkerung der Armee als Institution stets vertraut.

Eine Rekrutierung von ausländischem Personal oder eine intensivere Anwerbung von weiblichen Armeeangehörigen wird empfohlen. Das Ende der Wehrpflicht würde nach Ansicht der Experten für die Schweizer Armee ähnliche Auswirkungen haben wie für die anderen europäischen Streitkräfte. Für eine erfolgreiche Transformation müssten die Bestände erheblich reduziert werden. Ferner bedinge eine Aussetzung der Wehrpflicht intensive Bemühungen seitens Staat und Armee, um eine Entfremdung von Gesellschaft und Armee zu verhindern und die Einbindung der Armee in die Gesellschaft weiter zu gewährleisten.

Kübler, Patrick (2012). Aufhebung der Wehrpflicht in der Schweiz? Mögliche Auswirkungen für die Schweiz und die Armee aus Sicht ausländischer Fachexperten. Diplomarbeit, Militärschule 2, Militärakademie an der ETH, Zürich, Dozentur für Militärsoziologie.

10 Wehrpflicht

Im ersten Teil dieses Kapitels wird die Einstellung der SchweizerInnen zur Milizarmee bzw. zu einer Berufsarmee und der Wehrpflicht im Allgemeinen beschrieben. Anschliessend wird deren Meinung zu negativen und positiven Aspekten der Wehrpflicht aufgezeigt. Im dritten Teil wird die Akzeptanz für verschiedene alternative Wehrmodelle dargestellt. Im vierten Teil wird die von der Bevölkerung empfundene Vereinbarkeit des Militärdienstes mit dem Arbeitsleben skizziert. Der letzte Teil beschäftigt sich mit der Frage, wie die Meinung gegenüber militärdienstleistenden Schweizern mit Migrationshintergrund ausfällt.

10.1 Akzeptanz der Wehrstruktur: Miliz- versus Berufsarmee

Während die Notwendigkeit der Schweizer Armee für die grosse Mehrheit der Befragten nach wie vor unbestritten ist, trifft dies für die Wehrform nicht zu. In der Frage, wie sich die Armee personell rekrutieren soll, sind sich die SchweizerInnen nicht mehr einig. Im Zentrum steht nicht nur die Frage, wie die Stimmbevölkerung über die Art und Weise der Rekrutierung denkt – Wehrpflicht oder Freiwilligkeit –, sondern auch, welche Streitkräfteform die nationale Sicherheit sowie weitere Aufträge der Armee in Zukunft besser gewährleisten kann. Hier geht es um die Frage nach einer Miliz- oder Berufsarmee.

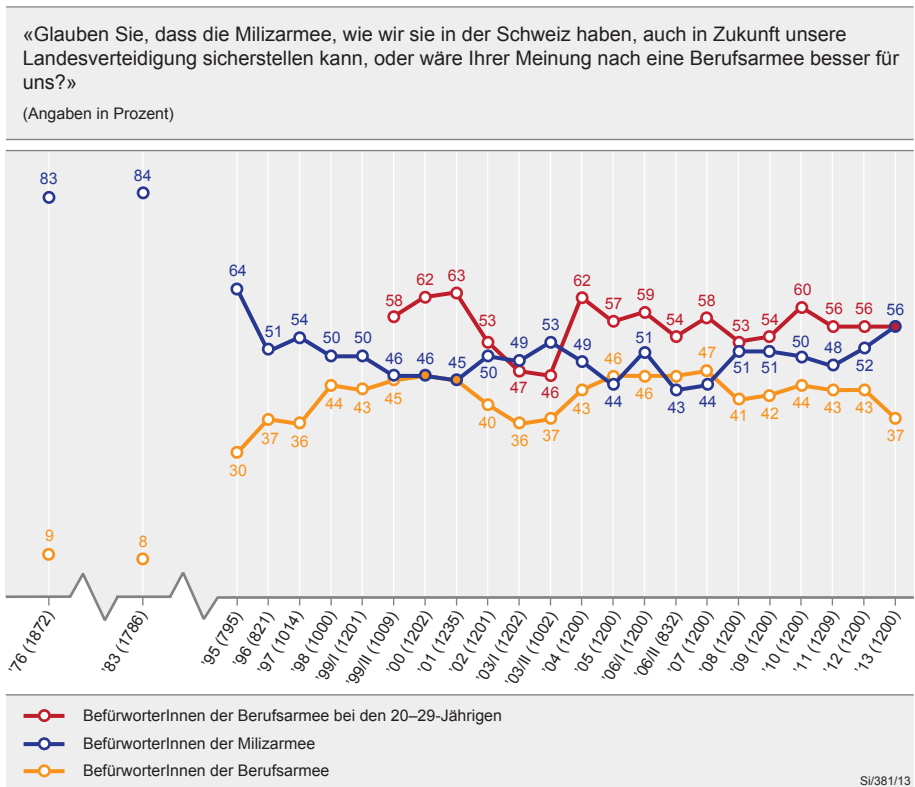
Seit 1976 wird in dieser Erhebung diese Einstellung zum Wehrmodell erfragt (siehe Abbildung 10.1). Der breite Konsens der siebziger und achtziger Jahre hinsichtlich der Miliz als die richtige Wehrform kann heute nicht mehr beobachtet werden. In den neunziger Jahren hat die Unterstützung einer Berufsarmee relativ stetig zugenommen. Mit kleinen Schwankungen halten sich seit der Jahrtausendwende die BefürworterInnen einer Milzarmee und jene einer Berufsarmee die Waage. 2013 manifestiert sich jedoch eine markant schwächere Zustimmung zur Berufsarmee in der Schweizer Bevölkerung (37%, –6%), währenddessen die Milizarmee signifikant an Unterstützung gewonnen hat (56%, +4%).

Der langjährige Trend, dass die 20–29-Jährigen, das heisst die Kohorte der Wehrpflichtigen, eine Berufsarmee jeweils stärker als der Rest der Bevölkerung befürworten, kann auch dieses Jahr bestätigt werden (56%, ±0%). Auffallend ist hingegen die konträre Meinungsäusserung der 18–19-Jährigen. In dieser Gruppe favorisieren nur 28% eine Berufsarmee. Ob hier auf einen generellen Meinungsumschwung in der jüngsten Altersgruppe geschlossen werden kann, lässt sich mit

diesen Daten nicht beantworten. Fest steht, dass vor allem junge Frauen weniger stark eine Berufsarmee unterstützen. Dies bedeutet aber nicht, dass Frauen generell die Milizarmee stärker befürworten. Im Gegenteil, Männer (59%) unterstützen häufiger eine Milizarmee als Frauen (53%), wobei letztere einen höheren «weiss nicht»-Anteil aufweisen (19% versus 4%), was diese eher widersprüchliche Meinungskundgebung erklären kann. Hinsichtlich weiterer soziodemographischer Wahrnehmungsmuster zeigen sich Befragte der Deutschschweiz (61%) häufiger als Befragte der französischen Schweiz (41%) sowie politisch rechts Eingestellte (67%) häufiger als politisch links Situiertere (43%) mit dem Milizmodell einverstanden.

Abbildung 10.1

Wehrstruktur: Milizarmee versus Berufsarmee



Personen, welche öfters bei politischen Fragen von anderen um Rat gebeten werden und in diesem Sinne eine Meinungsführungsposition inne haben, stehen überdurchschnittlich stark hinter dem Milizsystem (64%). Ebenfalls unterstützen sicherheitspolitisch interessierte SchweizerInnen die Milizarmee deutlich stärker

(62%) als Personen, die angeben, sich nicht für Sicherheitspolitik zu interessieren (47%). Befragte, welche eine autonomistische Einstellung haben (vgl. Abschnitt 7.9), stehen ebenfalls hinter dem Milizsystem (66%). Zudem besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Befürwortung des Milizsystems und den Neutralitätstypen. «Traditionalisten» (67%) bejahen das heutige Milizsystem am stärksten.

Während im letzten Jahr noch knapp jede/jeder Zweite der Abschaffung der Wehrpflicht zustimmte, befürwortet diese im Januar 2013 nur noch jede/jeder Dritte (33%, –15%; siehe Abbildung 9.2). Damit liegt die Ablehnung der Wehrpflicht im langjährigen Vergleich 2013 auf einem überaus tiefen Niveau. Diese Vorgabe erhielt nur im Zeitraum von 1983 bis 1993 eine geringere Zustimmung. Wie lässt sich dieser Meinungsunterschied zwischen 2012 und 2013 erklären? 2012 hiessen 48% eine Abschaffung der Wehrpflicht gut, was gegenüber dem Wert aus dem Jahr 2011 eine signifikante Steigerung bedeutete. In der Studie «Sicherheit 2012» suchten wir für den damaligen zehn-prozentigen Anstieg an WehrpflichtgegnerInnen ebenfalls eine plausible Erklärung und vermuteten, dass mit der durch die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) lancierten Volksinitiative zur Abschaffung der Wehrpflicht, welche am 5. Januar 2012 eingereicht wurde, ein möglicher Meinungseffekt erzeugt wurde. Doch dies ist eine Vermutung und konnte so nicht aus den Daten eruiert werden. Ebenfalls stellten wir fest, dass die Einstellung zur Abschaffung der Wehrpflicht 2012 eher im langjährigen Schnitt (45%) lag und das Jahr 2011 mit einem tiefen Wert von 38% eher eine Ausnahme bildete. Zu Beginn des Jahres 2013 könnte – wiederum nur als Hypothese, welche nicht durch diese Daten bestätigt werden kann – die im Verlaufe des Jahres 2012 beginnende Gegenkampagne von Armee freundlichen Organisationen die Wehrpflicht wieder stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt haben. Zudem verabschiedete der Bundesrat am 14. September 2012 seine Botschaft zur Initiative, welche er zur Ablehnung empfiehlt. Ebenfalls beschloss der Nationalrat am 12. Dezember 2012 mit 121 Nein-Stimmen, 56 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen die Initiative abzulehnen.¹ Weiter könnten auch die in der Presse erschienenen kritischen Berichte zur Abschaffung der Wehrpflicht bzw. zur Schwierigkeit der Gewinnung von freiwilligem Personal Bedenken gegenüber der Initiative geweckt haben. Hingegen startete das Initiativkomitee im Verlaufe des Jahres 2012 seine Abstimmungskampagne noch nicht, weshalb vermutet werden kann, dass die Mobilisierung der WehrpflichtgegnerInnen erst

1 Die Debatte im Ständerat, welcher die Initiative ebenfalls mit 34 Nein-Stimmen gegen 7 Ja-Stimmen ablehnte, fand erst im März 2013 statt, das heisst nach der Datenerhebung und hatte deshalb keinen Einfluss auf die Meinungsbildung in dieser Umfrage.

stattfinden wird.² Deshalb kann ein Meinungsumschwung in der Bevölkerung im Verlaufe des Jahres und insbesondere im Verlaufe des Abstimmungskampfes nicht ausgeschlossen werden.

Die Abstimmung über die Beibehaltung der Wehrpflicht in Österreich am 20. Januar 2013 hatte keinen Einfluss auf die Meinungsbildung in der Schweizer Bevölkerung. Um mögliche Effekte des Abstimmungsergebnisses in Österreich kontrollieren zu können, wurde die Befragung «Sicherheit 2013» so organisiert, dass zirka die Hälfte der UmfrageteilnehmerInnen (578) vor dem 20. Januar kontaktiert wurde und die restlichen 622 Personen nach der Abstimmung in Österreich. Es zeigt sich, dass das Antwortverhalten beider Teilstichproben in Bezug auf die Wehrpflicht statistisch gleich ist, womit sich kein Effekt aus dem Wehrpflicht befürworteten Votum der österreichischen Bevölkerung ergeben hat.

Die Meinung zur Wehrpflicht divergiert nach den Landesteilen. DeutschschweizerInnen (28%) bekunden signifikant seltener die Meinung, die Wehrpflicht gehöre abgeschafft als Befragte aus der französischsprachigen Schweiz (45%, $CC=0.19$). Noch stärker zeigt sich der Unterschied nach dem Alter ($\gamma=0.32$). Die Hälfte der 18–29-Jährigen möchte die Wehrpflicht abschaffen (50%), wohingegen dieses Meinungsbild von den ab 60-Jährigen selten geteilt wird (20%). Das gleiche Antwortmuster lässt sich bei den sich politisch links positionierenden Befragten (53%) und Personen mit einer politisch rechten Einstellung (19%, $\gamma=0.29$) feststellen. Weiter geben sicherheitspolitisch Interessierte signifikant weniger häufig an, dass die Wehrpflicht abgeschafft werden sollte (26% versus 44% der sicherheitspolitisch nicht Interessierten, $\gamma=0.35$). Zusätzlich treten Unterschiede in der Meinungsäusserung bei militärdienstleistenden und nicht dienstleistenden Befragten auf. So sind Personen, welche im Militär eingeteilt waren, aber nicht den ganzen Dienst leisteten, am ehesten für die Abschaffung der Wehrpflicht (41%). Aktive Armeeangehörige und Befragte, die nie Militärdienst absolvierten, sind mit je 35% für die Aussetzung der Wehrpflicht. Die geringste Akzeptanz findet diese Vorgabe bei SchweizerInnen, welche ihren Dienst vollständig beendet haben (22%, $CC=0.17$).

Die Einstellung zur Wehrpflicht für Männer wurde dieses Jahr mit zwei zusätzlichen Vorgaben erfragt, welche in Abbildung 10.5 dargestellt sind. Dabei stellen beide Vorgaben einen Bezug zu einer obligatorischen Dienstpflicht her. Dass die Wehrpflicht für Männer aufzuheben und auf jede Form einer allgemeinen obligatorischen Dienstpflicht zu verzichten sei, wird nur von 23% der Befragten befürwortet. Bei keiner soziodemographischen Merkmalsgruppe findet diese Vorgabe

2 Gemäss Angaben der GSoA wird an der Generalversammlung vom 21. April 2013 über die Abstimmungskampfstrategie diskutiert.

eine Mehrheit. Am stärksten wird diese noch von sich politisch links einstuftenden Personen (40%) und den Jungen (39%) geteilt. Ist hingegen die Frage nicht in Bezug auf die Aufhebung der Wehrpflicht formuliert, sondern nach deren Beibehaltung, mit dem Hinweis, diese auf keinen Fall zu einer obligatorischen Dienstpflicht auszuweiten, ist die Schweizer Bevölkerung gespalten. 48% stimmen der Beibehaltung mit dem oben genannten Hinweis zu, 44% lehnen sie ab. Dieses Antwortverhalten kann mit der hohen Akzeptanz der Schweizer Bevölkerung zu einer obligatorischen Dienstpflicht erklärt werden (siehe Abschnitt 10.5). Das Resultat kann dahingehend interpretiert werden, dass zurzeit die Meinung vorherrscht, die Wehrpflicht sei nicht abzuschaffen. Allerdings zeigen sich die SchweizerInnen unschlüssig in der Frage, ob nun die Wehrpflicht oder eine allgemeine Dienstpflicht besser geeignet sei für die anstehenden sicherheitspolitischen Aufgaben. Dabei stehen ältere Personen und Befragte mit einer selbstbekundeten politisch rechten Einstellung signifikant stärker hinter dem Prinzip der Wehrpflicht und lehnen gleichzeitig die obligatorische Dienstpflicht als Alternative ab.

Zusammenfassend lässt sich bei den Fragen nach der Art der Rekrutierungsform (freiwillig versus Zwang) und der Armeestruktur (Miliz- versus Berufsarmee) die Schweizer Bevölkerung in vereinfachter Form in zwei diametral unterschiedliche Gruppen einteilen. Auf der einen Seite stehen die Jungen, die politisch links Eingestellten und Personen aus der Westschweiz, welche das bestehende, auf der Wehrpflicht basierende Milizsystem nicht mehr mehrheitlich unterstützen. Auf der anderen Seite halten ältere Personen, die politische Rechte und die Deutschschweiz sowie sicherheitspolitisch Interessierte das heutige, auf der Wehrpflicht basierende Milizsystem als das geeignete Wehrmodell.

Wie gefestigt ist die Einstellung der SchweizerInnen zur Beibehaltung bzw. zur Abschaffung der Wehrpflicht und der Milizarmee? Gehen beide Forderungen Hand in Hand oder lassen sich Varianzen in der Meinungsbildung finden? Mittels einer Kreuztabellierung der beiden Einstellungsfragen zur Milizarmee und Wehrpflicht können die Präferenzen der Befragten genauer erfasst werden. Fast die Hälfte von ihnen steht klar hinter dem bestehenden System (48%, +10%): Sie sind für die Milizarmee und gegen die Aufhebung der Wehrpflicht (siehe Tabelle 10.1). Dieser Anteil hat sich im Jahresverlauf signifikant vergrößert: Vor allem auf Kosten jener, welche die gegenteilige Meinung – eine Berufsarmee und die Aufhebung der Wehrpflicht – vorziehen. Noch 22% der Befragten (–10%) unterstützen ein solches Modell.

Tabelle 10.1

Zustimmung zur Aufhebung der Wehrpflicht und zur Wehrstruktur

Kreuztabellierung aus den Items «Die Schweiz sollte die allgemeine Wehrpflicht aufheben und den Militärdienst freiwillig machen» und «Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann, oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?»									
	1995	1998	2001	2004	2007	2010	2011	2012	2013
Miliz und gegen Aufhebung Wehrpflicht	53%	39%	37%	38%	35%	39%	38%	38%	48%
Miliz, aber für Aufhebung Wehrpflicht	13%	13%	11%	14%	12%	13%	9%	14%	8%
Berufsarmee, aber gegen Aufhebung Wehrpflicht	10%	17%	14%	14%	17%	15%	18%	10%	15%
Berufsarmee und für Aufhebung Wehrpflicht	18%	26%	29%	26%	28%	27%	24%	32%	22%
Weiss nicht, keine Antwort	6%	5%	9%	8%	8%	6%	11%	6%	7%
Gesamt	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

8% (–6%) befürworten die Milizarmee, möchten aber die Wehrpflicht abschaffen, was dem Modell der freiwilligen Miliz entsprechen würde. 15% (+5%) der SchweizerInnen antworten widersprüchlich: Sie ziehen die Berufsarmee dem Milizmodell vor, sind aber gegen die Aufhebung der Wehrpflicht. Dieses (diskrepante) Antwortmuster lässt keine eindeutige Interpretation zu. So kann vermutet werden, dass diese Personen in der Frage des Rekrutierungssystems indifferent eingestellt sind. Oder aber es bedeutet, dass die Befragten die unterschiedlichen Argumente, die für das eine oder andere Wehrsystem sprechen, noch nicht definitiv abgewogen haben und sich deshalb noch keine Meinung bilden konnten. Möglich ist ferner, dass nicht alle Personen die Unterschiede zwischen einer Miliz- und einer Berufsarmee kennen. Des Weiteren ist bei 6% der SchweizerInnen keine eindeutige Präferenz erkennbar.

10.2 Vor- und Nachteile der Wehrpflicht

In der Studie «Sicherheit 2011» wurden die Befragten gebeten, Vor- und Nachteile der allgemeinen Wehrpflicht zu nennen. Die Antworten auf diese offen gestellte Frage wurden anschliessend nach negativen und positiven Aspekten der allgemeinen Wehrpflicht kategorisiert. In Verwendung dieser 2011 genannten Aspekte wird 2013 erstmalig die Einstellung der Schweizer Stimmbevölkerung zu verschiedenen positiven und negativen Aussagen über die Wehrpflicht in geschlossenen Fragen erhoben. Die Kategorien können nach individuellen, kollektiven und normativen Aspekten unterteilt werden. Diese drei unterschiedlichen Betrachtungsweisen der Wehrpflicht werden im Folgenden einzeln diskutiert.

Individuelle Aspekte

Positive individuelle Argumente betonen den individuellen Nutzen der allgemeinen Wehrpflicht, negative die individuellen Kosten. Hinsichtlich individueller Argumente überwiegt in der Schweizer Stimmbevölkerung eine positive Haltung (siehe Abbildung 10.2, Balken auf rechter Seite). Insbesondere die Aneignung von *sozialen Kompetenzen* (Kameradschaft 84%, Disziplin 79%, Pflichtbewusstsein 73%, Durchhaltenwillen 72%, gegenseitiger Respekt 72%, und etwas weniger ausgeprägt Selbstständigkeit 63% sowie die Fähigkeit, sich unterzuordnen 58%) findet Zustimmung. Ebenso sehen SchweizerInnen in der allgemeinen Wehrpflicht eine Möglichkeit, sich weitere Fähigkeiten wie geographische (72%) und sicherheitspolitische (64%) Kenntnisse sowie ein besseres Verständnis für den Staat und die Gesellschaft (61%) anzueignen.

Dabei zeigt sich bei diesen zehn Vorgaben, dass Personen ab 60 Jahren, Befragte mit einer selbstbekundeten politisch rechten Einstellung sowie SchweizerInnen mit einer tieferen Bildung allen überdurchschnittlich stark zustimmen. Tendenziell stimmen DeutschschweizerInnen den positiven individuellen Argumenten ebenfalls stärker zu. Nicht erstaunlich ist, dass BefürworterInnen der Wehrpflichtabschaffung und die Verfechter einer Berufsarmee alle positiven individuellen Aspekte wesentlich skeptischer beurteilen.

Nach den individuellen Kosten befragt, stimmen SchweizerInnen nur dem Argument, dass die allgemeine Wehrpflicht «schlecht ist, weil sie zu sinnlosen Regeln und Übungen führt», knapp mehrheitlich zu (54%). Besonders stark bejaht wird dieses Argument von den politisch links Eingestellten (73%). Keine mehrheitliche Unterstützung findet diese Aussage in der Südschweiz (46%), bei den ab 60-Jährigen (47%), den politisch sich rechts einstufenden Befragten und Personen mit tieferer Bildung (je 43%). 44% der SchweizerInnen teilen die Meinung, dass die allgemeine Wehrpflicht zu hohen persönlichen Kosten führt. Diese Vorlage wird aber sehr unterschiedlich beantwortet. Mehrheiten finden sich in der Westschweiz (55%), bei den 18–29-Jährigen (65%) und der politischen Linken (58%).

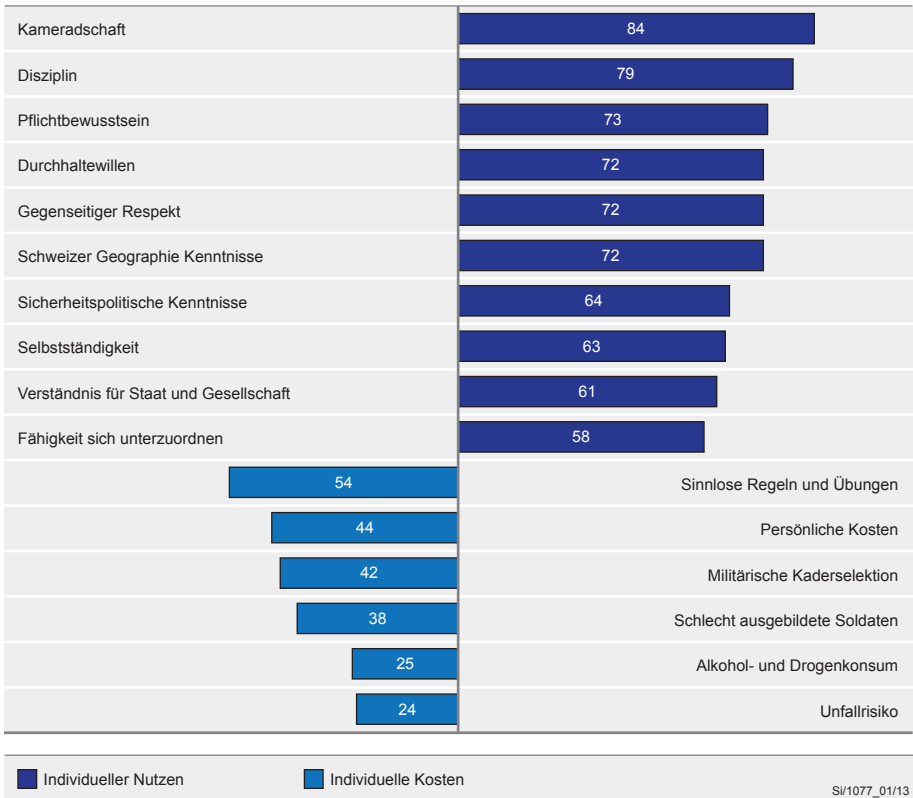
Betreffend der Selektion des Milizkaders und der Ausbildung der Soldaten wird den zwei negativen Vorgaben nicht zugestimmt. Der Aussage, dass die Wehrpflicht schlecht sei, weil nicht nur die Besten im Militär weitermachen, stimmen 42% der Befragten zu. 38% glauben, die Wehrpflicht führe zu «nicht wirklich gut ausgebildeten Soldaten». Wiederum sind bei beiden Argumenten die sich politisch links einstufenden SchweizerInnen überdurchschnittlich stark dieser Meinung. Die beiden letzten Aussagen zu den individuellen Kosten werden klar abgelehnt und dies über alle soziodemographischen Merkmalsgruppen hinweg. So geben 25% an, dass die Wehrpflicht zu einem vermehrten Alkohol- und Drogenkonsum führe und 24% sehen darin ein erhöhtes Unfallrisiko.

Abbildung 10.2

Wehrpflicht: Individuelle Aspekte

«Über die positiven und negativen Seiten der allgemeinen Wehrpflicht kann diskutiert werden. Ich nenne Ihnen verschiedene positive und negative Aussagen zur allgemeinen Wehrpflicht. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, wie sehr Sie dieser zustimmen.»

(«sehr» und «eher» einverstanden in Prozent)

*Kollektive Aspekte*

Die 2011 erstellten Kategorien zum kollektiven Nutzen der allgemeinen Wehrpflicht werden 2013 im Allgemeinen von einer Mehrheit geteilt. Besonders stark wird die Wehrpflicht damit verbunden, dass sie alle gesellschaftlichen Schichten der Schweizer Bevölkerung zusammenbringt (82%; siehe Abbildung 10.3). 70% der Befragten stimmen der Aussage zu, dass die Wehrpflicht gut ist, weil sie die Verantwortung des Soldaten für die Gesellschaft fördere. Argumente, welche in der Wehrpflicht eine Triebfeder des sozialen und regionalen Zusammenhaltes sehen, werden von zwei

Dritteln der Schweizer Stimmbevölkerung unterstützt (je 66%). Zudem sprechen die SchweizerInnen der allgemeinen Wehrpflicht eine Sicherheitsfunktion zu. Sie stimmen der Aussage, die allgemeine Wehrpflicht sei gut, weil sie «uns Sicherheit gibt», mit 67% zu. Mit dem zweiten kollektiven Sicherheitsargument, die allgemeine Wehrpflicht sei gut, «weil sie die Schweizer Bevölkerung vor Bedrohungen schützt», zeigen sich 63% einverstanden. Die sich politisch links Positionierenden stehen den positiven Aspekten am kritischsten gegenüber. Den Sicherheitsargumenten stimmt nur eine Minderheit von ihnen zu (Sicherheit geben: 41%, vor Bedrohungen schützen: 37%). Und auch die Aussagen, dass die Wehrpflicht den sozialen Zusammenhalt fördere (44%) und die gesellschaftliche Verantwortung stärke (49%), finden keine Mehrheit bei ihnen.

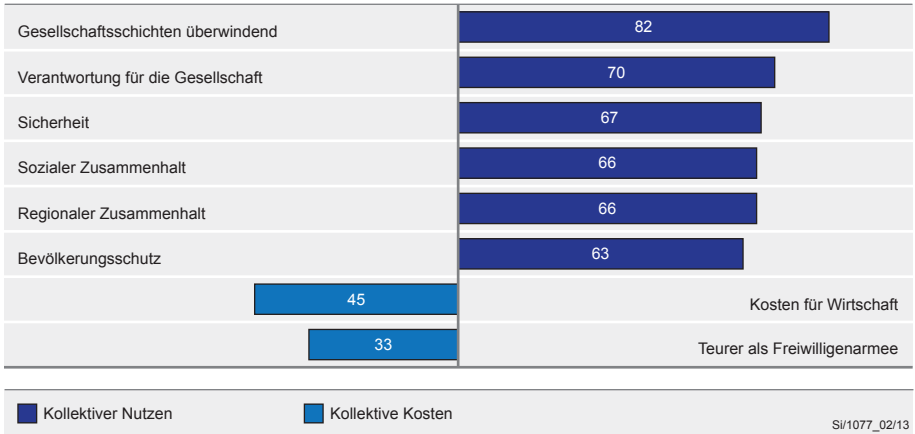
Die Schweizer Bevölkerung ist in der Meinung gespalten, ob die allgemeine Wehrpflicht schlecht sei, da sie «zu hohen Kosten für die Wirtschaft führt» (45% Zustimmung, 50% Ablehnung). Jede/Jeder Dritte teilt die Ansicht, dass eine Wehrpflichtarmee zu höheren Kosten führe als eine Freiwilligenarmee (33%). Dabei fällt beim Kostenargument auf, dass knapp ein Fünftel der Befragten sich dazu keine Meinung bilden konnte (18%). Dies ist besonders in der französischsprachigen Schweiz (26%) und bei den Frauen (24%) der Fall. Die kollektiven Kosten werden überdurchschnittlich stark von den 18–29-Jährigen – der Kohorte der Stellungs- und Wehrpflichtigen – bejaht (65% bzw. 54%).

Abbildung 10.3

Wehrpflicht: Kollektive Aspekte

«Über die positiven und negativen Seiten der allgemeinen Wehrpflicht kann diskutiert werden. Ich nenne Ihnen verschiedene positive und negative Aussagen zur allgemeinen Wehrpflicht. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, wie sehr Sie dieser zustimmen.»

(«sehr» und «eher» einverstanden in Prozent)

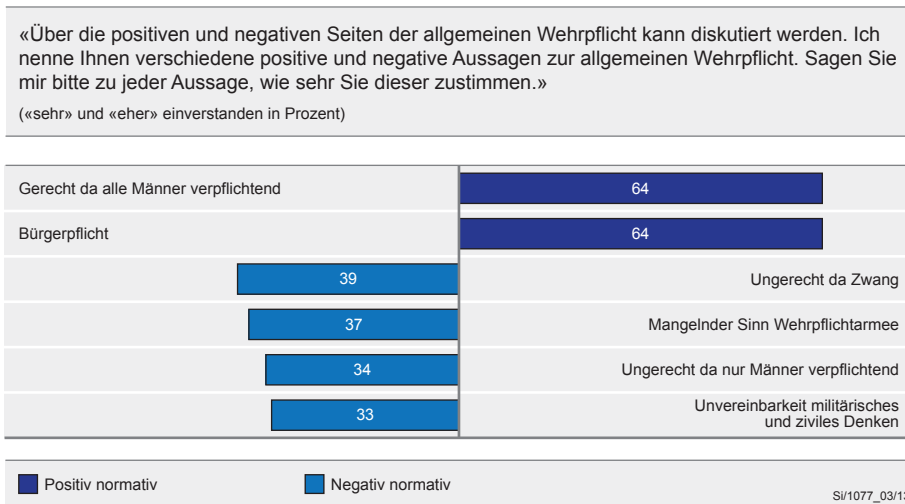
*Normative Aspekte*

Normative Argumente für oder gegen die Wehrpflicht behandeln vor allem Gerechtigkeits- bzw. Ungerechtigkeitsaspekte einer allgemeinen und damit für alle männlichen Bürger geltenden Verpflichtung gegenüber dem Staat. Mehrheitlich wird die nur für Männer geltende allgemeine Wehrpflicht von der Schweizer Stimmbewölkerung als gerecht wahrgenommen (siehe Abbildung 10.4). Der Aussage, dass die allgemeine Wehrpflicht gut sei, da sie «für alle jungen Männer gilt und deshalb gerecht ist», stimmen knapp zwei von drei Befragten zu (64%). Ebenso viele betrachten die allgemeine Wehrpflicht als positiv, da sie «eine staatsbürgerliche Pflicht ist». Wiederum kann konstatiert werden, dass politisch rechts Eingestellte den beiden positiv formulierten normativen Argumenten besonders stark zustimmen (76% bzw. 75%), hingegen links Orientierte diesen nicht zustimmen (45% bzw. 41%).

Die Wehrpflicht wird in der öffentlichen Diskussion oft wegen ihres Zwangscharakters und der einseitigen Belastung der Schweizer Männer kritisiert. Dass die allgemeine Wehrpflicht ungerecht sei, da sie «auf Zwang beruht», wird in dieser Umfrage nur von einer Minderheit gesehen. 39% der SchweizerInnen teilen diese Auffassung. Ebenfalls erachten es nur 34% der Befragten als ungerecht, dass Frauen nicht Militärdienst leisten müssen. Nicht erstaunlich ist, dass die 18–29-Jährigen den

Zwangscharakter der Wehrpflicht eher sehen (51%) als die anderen Altersgruppen. Die Sinnhaftigkeit der Wehrpflicht wird von 37% der Befragten bezweifelt, wobei auch hier die politische Linke (60%) und die 18–29-Jährigen (51%) diese Vorgabe überdurchschnittlich bejahen. Am geringsten wird das Argument unterstützt, dass das militärische Denken mit dem zivilen unvereinbar sei. Ein Drittel der SchweizerInnen (33%) sieht dabei eine Inkompatibilität zwischen Militär und Gesellschaft.

Abbildung 10.4

Wehrpflicht: Normative Aspekte

Fazit: Den positiv formulierten Aussagen zur allgemeinen Wehrpflicht stimmt die Schweizer Stimmbewölkerung mehrheitlich zu, die negativen werden bis auf eine Vorgabe abgelehnt. Dabei zeigen sich nach soziodemographischen Merkmalen signifikante Unterschiede. So stehen vor allem ältere Personen, politisch sich rechts Positionierende sowie die Deutschschweiz generell stärker hinter der allgemeinen Wehrpflicht und bewerten ihre positiven Aspekte deutlich höher, die negativen Aspekte klar tiefer als Junge, WestschweizerInnen und politisch links eingestellte Befragte. Bei der Einschätzung der positiven und negativen Aspekte der allgemeinen Wehrpflicht fällt besonders stark die Links-rechts-Polarisierung in der Bevölkerung auf. Weiter gilt, dass das Vertrauen in die und die Zufriedenheit mit der Armee, der Wunsch nach einer gut ausgebildeten und ausgerüsteten Armee und die Wichtigkeit, eine starke Armee zu haben, mit der Befürwortung der allgemeinen Wehrpflicht positiv korrelieren. Ebenfalls stimmen Personen, welche die Armee als zentral betrachten und hinter der Milizarmee stehen, den positiven Argumenten stärker und den negativen Aussagen schwächer zu. Ein wichtiger Faktor bei der

Einschätzung der Vor- und Nachteile der Wehrpflicht ist das eigene sicherheitspolitische Interesse. Mit Ausnahme einer einzigen Vorgabe («Wehrpflicht ist ungerecht, weil die Frauen nicht Militärdienst leisten müssen») bejahen sicherheitspolitisch interessierte Befragte alle positiven Argumente signifikant stärker und lehnen alle negativen Vorgaben überdurchschnittlich stark ab.

10.3 Alternative Dienstmodelle

Mit der Präsentation des Sicherheitspolitischen Berichtes 2010 und des Armeeberichts 2010 hat sich die öffentliche Debatte über die Zukunft der Schweizer Armee und des damit verbundenen Wehrmodells wieder akzentuiert. Auch die Diskussion um die Weiterentwicklung der Armee bot Gelegenheit, weitere Vorstellungen und Vorschläge zu präsentieren. Die von der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) am 5. Januar 2012 eingereichte Initiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» zeigt dies exemplarisch. All dies führte dazu, dass in der Öffentlichkeit über alternative Formen der Dienstleistung zur Wehrpflicht vertieft nachgedacht wurde.

Die klassischen Wehrpflichtarmeen verlieren im gesamteuropäischen Rahmen deutlich an Bedeutung. Durch die Verkleinerung der Bestände aufgrund eines gesunkenen militärischen Personalbedarfs ist es nicht mehr notwendig, grosse Massenarmeen zu unterhalten. Dies hat vor allem auch mit dem transatlantischen Bündnissystem Nato und den neuen geostrategischen Realitäten zu tun, welche den Bündnispartnern erlauben, ihre Personalbestände zu reduzieren. Als Folge davon haben seit dem Ende des Kalten Krieges die meisten europäischen Staaten im Zuge der Transformation der Streitkräfte die Wehrpflicht ausgesetzt (vgl. Szvircsev Tresch 2005; Werkner 2006). Jüngste Beispiele dafür sind Schweden (Wehrpflicht ausgesetzt auf den 1. Juli 2010), Serbien (1. Januar 2011) und Deutschland, das Mitte 2011 ebenfalls zu einem Freiwilligenheer übergegangen ist. Andere Alternativen zur Wehrpflicht als die Freiwilligenarmee wurden in den europäischen Staaten – wenn überhaupt – nur rudimentär diskutiert und schnell beiseitegelegt. In der Schweiz gehen bei einigen politischen Parteien und Gruppierungen die Bestrebungen in eine andere Richtung. Beispielsweise wird darüber diskutiert, die heute auf den militärischen Dienst beschränkten Verpflichtungen auf eine allgemeine Dienstpflicht auszudehnen (aktuelles Beispiel: Tages-Anzeiger vom 11.12.2012: Statt Wehrpflicht eine allgemeine Dienstpflicht oder Avenir Suisse «Ideen für die Schweiz», Januar 2013). Junge Männer könnten dann – teilweise unter Beibehaltung des Armeepriamats – zwischen Militär-, Zivil- oder Sozialdienst wählen. Über diese Ideen wird auch in der Schweizer Politik schon seit längerem debattiert, beschäftigten sich die

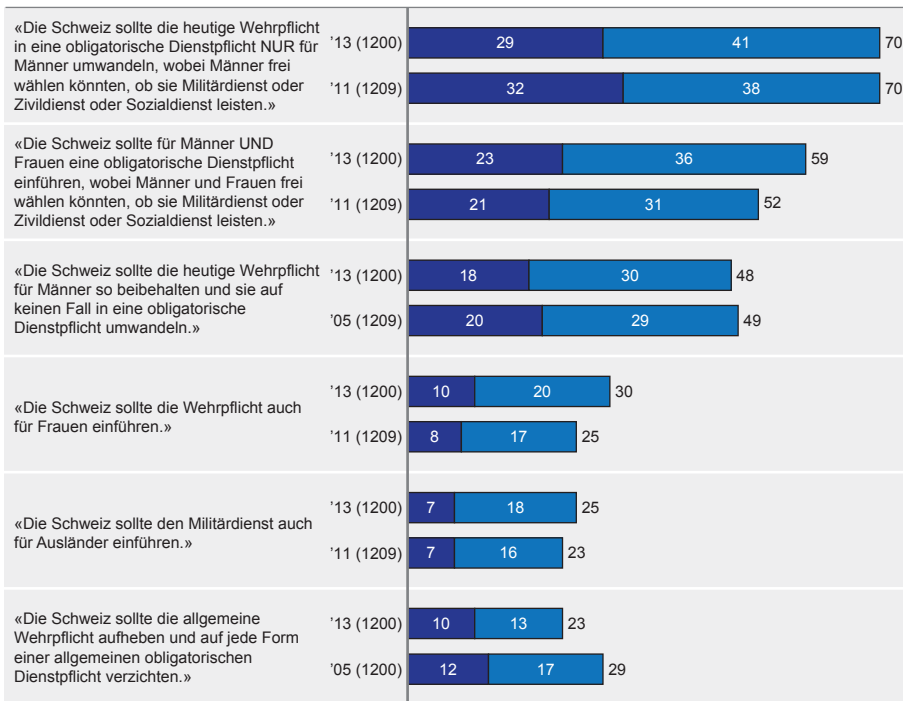
eidgenössischen Räte jeweils mit entsprechenden Motionen dazu (vgl. Haltiner & Szvircsev Tresch 2005, Haltiner, Wenger & Würmli 2007).

Wie steht nun die Schweizer Bevölkerung zu sechs von uns vorgegebenen Modellen? Das Meinungsbild zu einer gänzlich auf Freiwilligkeit basierenden Armee und zur Männerwehrrpflicht wurde schon im Abschnitt 10.1. aufgezeigt. Befassen wir uns nun mit den Modellen «Allgemeine Dienstpflicht nur für Männer», «Allgemeine Dienstpflicht für Männer und Frauen», «Wehrrpflicht auch für Frauen» und «Militärdienst auch für Ausländer» (siehe Abbildung 10.5).

Abbildung 10.5

Zustimmung zu verschiedenen Dienstleistungsmodellen

«Es gibt nicht nur das Modell von der Wehrrpflicht, sondern es sind auch andere Dienstmodelle möglich. Wir haben einige von diesen Dienstmodellen zusammengetragen. Sagen Sie mir bitte zu jedem, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden sind bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.»
(Angaben in Prozent)



sehr einverstanden

eher einverstanden

SI/882/13

Umwandlung der heutigen Wehrpflicht in eine obligatorische Dienstpflicht nur für Männer, wobei sie frei wählen könnten, ob sie Militärdienst, Zivildienst oder Sozialdienst leisten wollen

Seit 2005 wird im Rahmen dieser Studie die Einstellung der BürgerInnen zur allgemeinen Dienstpflicht für Männer erhoben. Diese obligatorische Dienstpflicht für Männer mit freier Wahl der Dienstart wird im Vergleich zur letztmaligen Erhebung im Jahr 2011 konstant von 70% der SchweizerInnen unterstützt. Die bereits früher konstatierte hohe Befürwortung einer Ausweitung der Männerwehrpflicht in eine Männerdienstpflicht bestätigt sich auch 2013. Die Idee findet überdurchschnittlich Anklang in der Westschweiz (82%, siehe auch Tabelle 10.2), bei der politischen Linken (81%) und bei Frauen (74%), wird aber unterdurchschnittlich gutgeheissen in der Deutschschweiz (65%), bei Personen, die sich selbst politisch rechts positionieren (64%) und bei Männern (64%). Auch Personen, welche das Militär als zentral für die schweizerische Gesellschaft betrachten, lehnen diesen Vorschlag häufiger ab (61%).

Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht für Männer und Frauen mit freier Wahl für Militärdienst, Zivildienst oder Sozialdienst

Gegenüber einer Ausweitung einer solchen obligatorischen Dienstpflicht auf Frauen zeigt sich die Schweizer Stimmbevölkerung ambivalent. 59% der SchweizerInnen befürworten eine obligatorische Dienstpflicht für Männer und Frauen, wobei im Vergleich zu 2011 die Unterstützung markant gestiegen ist (+7%). Deutlich über dem Mittel billigen Personen mit einer selbstbekundeten linken politischen Einstellung (66%) wie auch in geringerem Masse die männlichen Befragten (62%) diese Vorgabe. Es scheint, dass sie der Auffassung sind, dass alle SchweizerInnen einen Beitrag für die Allgemeinheit leisten sollten.

Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht auch für Frauen

Die Ausweitung der Wehrpflicht auf die weibliche Bevölkerung wird zwar deutlich abgelehnt, die Zustimmung dazu ist aber im Jahresverlauf signifikant gestiegen. Dennoch, nur 30% (+5%) sprechen sich dafür aus. Weniger erstaunlich ist, dass vor allem Männer ein solches Modell signifikant mehr unterstützen (38%), wohingegen sich Frauen damit nicht anfreunden könnten (22%). Ein Unterschied lässt sich auch bei der politischen Einstellung festmachen: Die sich politisch links positionierenden Befragten sprechen sich mit 74% gegen eine Frauenwehrpflicht aus.

Militärdienstleistung auch für die ausländische Wohnbevölkerung auf freiwilliger Basis

Noch weniger Support erhält die Idee, dass auch AusländerInnen – auf freiwilliger Basis – Militärdienst leisten könnten (25%, +2%). Diesem Vorschlag stehen vor

allem die 18–29-Jährigen am positivsten gegenüber (45%). Ebenfalls findet die Militärdienstleistung für AusländerInnen überdurchschnittlich Support bei der politischen Linken (32%) und bei den Frauen (29%), währenddessen vor allem die ab 60-Jährigen diese Vorgabe unterdurchschnittlich befürworten (16%).

Tabelle 10.2

Korrelationen zwischen Dienstmodellen, Einschätzung der Wehrpflicht und individuellen Merkmalen 2013

	Weiblich	Deutsch-schweiz	Je älter	Je politisch rechter eingestellt
	CC	CC	Y	Y
Allgemeine Dienstpflicht nur Männer	+	-		--
Allgemeine Dienstpflicht Männer und Frauen	-			-
Wehrpflicht Frauen	-	+		+
Militärdienst für AusländerInnen	+		--	-

+ und - schwache, positive oder negative Korrelation: Korrelationskoeffizient 0.1–0.2

++ und -- mässig schwache, positive oder negative Korrelation: Korrelationskoeffizient 0.2–0.3

+++ und --- mittlere positive oder negative Korrelation: Korrelationskoeffizient 0.3–0.4

Fazit: In der Frage Wehrpflicht oder Freiwilligkeit tendiert die Bevölkerung im Vergleich zu 2012 deutlich Richtung Wehrpflicht, was im Übrigen auch auf das Wehrmodell Milizarmee zutrifft. Die grössten Differenzen im Zustimmungsgrad zeigen sich nach politischer Orientierung, nach Alter und zwischen der Deutsch- und der Westschweiz. Zum Teil sind diese Differenzen so gross, dass von klar trennbaren Meinungsbildern gesprochen werden muss. Bei den alternativen Dienstmodellen zur jetzigen Milizarmee auf Wehrpflichtbasis findet die allgemeine Mänerdienstpflicht bei den SchweizerInnen eine klare und beachtlich hohe Zustimmung. Welche Konsequenzen (z.B. finanzieller und administrativer Art) sich aus der Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht ergeben würden, wurde nicht in den Fragekomplex aufgenommen. Ob die ideelle Zustimmung unter Berücksichtigung dieser Faktoren ebenfalls so hoch ausfallen würde, lässt sich nicht aus den Daten ablesen. Die Variante einer auch die Frauen einbeziehenden allgemeinen Dienstpflicht spaltet die Bevölkerung weiterhin in zwei etwa gleich grosse Lager, wobei im Vergleich zur letztmaligen Erhebung 2011 eine signifikante Unterstützung dazu festzustellen ist. Die Wehrpflicht für Frauen und ein freiwilliger Militärdienst für AusländerInnen werden klar abgelehnt.

10.4 Vertrauen in eine Freiwilligenarmee

Wie steht die Bevölkerung zu einer allfälligen Freiwilligenarmee? Hätte diese eine Chance, akzeptiert zu werden, oder würde das zivil-militärische Verhältnis in der Schweiz darunter leiden? In diesem Jahr wurde zum zweiten Mal das Vertrauen der Schweizer Bevölkerung in eine Freiwilligenarmee erfragt. 2013 manifestiert sich ein signifikanter Vertrauensverlust der SchweizerInnen in eine Freiwilligenarmee. Aktuell würden 46% (–5% im Vergleich zu 2011) der BürgerInnen einer Freiwilligenarmee «sehr» oder «eher» vertrauen, 50% «eher nicht» oder «überhaupt nicht».

Das Vertrauen in eine Freiwilligenarmee ist konsequenterweise bei den AnhängerInnen einer Milizarmee signifikant schwächer als bei den BefürworterInnen einer Berufsarmee (34% versus 67%). Zudem sind auch DeutschschweizerInnen (39%) und ältere Befragte (34%) skeptischer gegenüber einer Freiwilligenarmee eingestellt. Jeweils knapp zwei Drittel der WestschweizerInnen und der 18–29-Jährigen (je 65%) bekunden überdurchschnittliches Vertrauen in eine Freiwilligenarmee. Befragte, welche sich eine institutionelle Kooperation mit der Nato vorstellen können, würden einer Freiwilligenstreitkraft stärker vertrauen als ihre Nato skeptischen MitbürgerInnen.

10.5 Strukturelle Milizfähigkeit: Militärdienst und Arbeitsleben

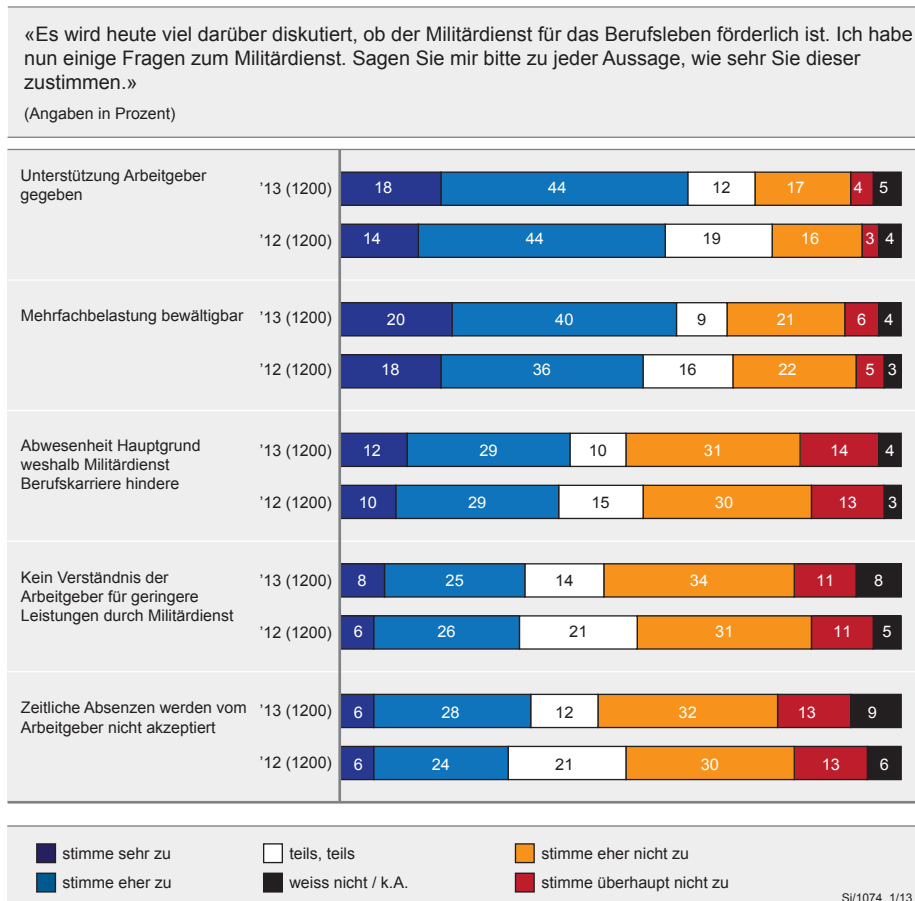
Die Studienreihe «Sicherheit» untersucht in unregelmässigen Abständen die Beziehung zwischen Militärdienst und Arbeitsleben. Dabei stand jeweils die Frage nach dem Wert einer milizmilitärischen Karriere im Vordergrund, da das Schweizer Milizsystem nur aufrechterhalten werden kann, wenn sich genügend Freiwillige für eine Kaderposition finden lassen (siehe dazu auch Box «Relevanz einer militärischen Kaderausbildung bei Stellenbesetzungen»). Wie aber die Schweizer Stimmbevölkerung generell über die Vereinbarkeit von Militärdienst und Arbeitsleben denkt, war bis anhin nicht Gegenstand der Untersuchung. Die Studie «Sicherheit 2012» erfragte das erste Mal auch diese Thematik. Im Januar 2013 wurde erneut die Einstellung der SchweizerInnen zur Vereinbarkeit von Militärdienst und Berufsleben erfasst. In diesem Abschnitt werden die Antworten zu dieser allgemeinen Vereinbarkeit analysiert. Auf das Verhältnis von Milizkarriere und Beruf wird in der Studie «Sicherheit 2013» hingegen nicht mehr speziell eingegangen.

Zur Beantwortung der erhobenen Auffassungen konnten die Befragten zwischen den Kategorien stimme «sehr», «eher», «teils zu, teils nicht » sowie stimme «eher nicht» und «überhaupt nicht» zu wählen.

Die letztjährig beobachtbare positive Wahrnehmung der Vereinbarkeit von Militärdienst und Berufsleben manifestiert sich auch dieses Jahr. SchweizerInnen halten Militärdienst und Arbeitsleben im Allgemeinen für vereinbar, sehen jedoch auch,

dass damit Schwierigkeiten verbunden sind. 62% (+4%) der Befragten stimmen der Aussage zu, wonach Militärdienstleistende auf die Unterstützung der ArbeitgeberInnen zählen können (siehe Abbildung 10.6). Ebenso finden 60% (+6%), dass die Mehrfachbelastung durch den Militärdienst bewältigt werden könne, ohne dass die Berufskarriere dadurch Schaden nimmt. Im Gegensatz zum letzten Jahr stehen Männer diesen beiden Aussagen nicht mehr kritischer gegenüber als die Frauen. Hingegen sehen Personen mit einer politisch links stehenden Auffassung die Vereinbarkeit skeptischer (53% bzw. 51%). Befragte, die im Militär eingeteilt und solche die nicht eingeteilt sind oder waren, unterscheiden sich in der Beurteilung nicht. Generell bewerten Befragte, welche an der Wehrpflicht festhalten wollen, Vertrauen in die Armee bekunden, zufrieden mit deren Leistung sind und es als wichtig erachten, eine starke Armee zu haben, die Beziehung von Arbeitsleben und Militärdienst als unproblematischer.

Abbildung 10.6
Vereinbarkeit Militärdienst mit Arbeitsleben



Negative Auswirkungen des Militärdienstes (siehe Abbildung 10.6, untere drei Items) werden weder mehrheitlich dementiert noch bejaht. Sie werden aber häufiger für falsch als für wahr gehalten. Die Schweizer Bevölkerung ist in der Auffassung gespalten, wonach die Abwesenheit am Arbeitsplatz der Hauptgrund sei, weshalb der Militärdienst der Berufskarriere hinderlich sei. 41% (+4%) der Befragten stimmen der Aussage zu und 46% (+2%) lehnen sie ab. Vor allem Männer (45%) und die 18–29-Jährigen gewichten die Abwesenheit am Arbeitsplatz negativer (49%) als der Durchschnitt. Noch skeptischer sind SchweizerInnen, welche die Armee oder die Wehrpflicht abgeschafft sehen wollen. 57% bzw. 63% sehen die militärbedingte Abwesenheit als ein Hinderungsgrund für die zivile Karriere. In diesem Jahr ist wiederum jede/jeder Dritte der Ansicht, dass ArbeitnehmerInnen nicht mit dem Verständnis der ArbeitgeberInnen rechnen können, wenn sie infolge des Militärdienstes ihre Leistung nicht erbringen könnten (33%, +1%). Auch hier ist die Einstellung der Männer weniger positiv. 38% bejahen diese negative Vorgabe, währenddessen Frauen dies nur zu 28% tun. 45% haben nicht das Gefühl, dass die ArbeitgeberInnen kein Verständnis zeigen würden (+3%). Ebenso glaubt jede/jeder Dritte in diesem Jahr, dass die militärbedingten zeitlichen Absenzen von den ArbeitgeberInnen nicht mehr akzeptiert werden (34%, +4%), wohingegen 45% (+2%) hier keine Problematik sehen. Wiederum sind die durch die Wehrpflicht direkt betroffenen Männer skeptischer und bejahen mit 39% überdurchschnittlich stark diese Vorgabe.

Es zeigt sich 2013, dass der Anteil an Befragten, welche «weder zu noch nicht zu» stimmen, abgenommen hat. Aktuell haben mehr Befragte eine Meinung zur Vereinbarkeit von Militärdienst und Berufsleben als im Vorjahr. Einschränkend muss aber bemerkt werden, dass auch der Anteil jener Personen gestiegen ist, die keine Antwort auf diese Vorgaben geben konnten.

Fazit: Die Schweizer Stimmbevölkerung beurteilt die Vereinbarkeit von Militärdienst und Arbeitsleben mehrheitlich als machbar. Männer, unabhängig davon, ob sie im Militär eingeteilt sind, waren oder keinen Dienst leisteten und Befragte mit höherem Einkommen sehen die Unterstützung durch den Arbeitgeber aber seltener als gegeben an.

10.6 Schweizer mit Migrationshintergrund und deren Militärdienstleistung

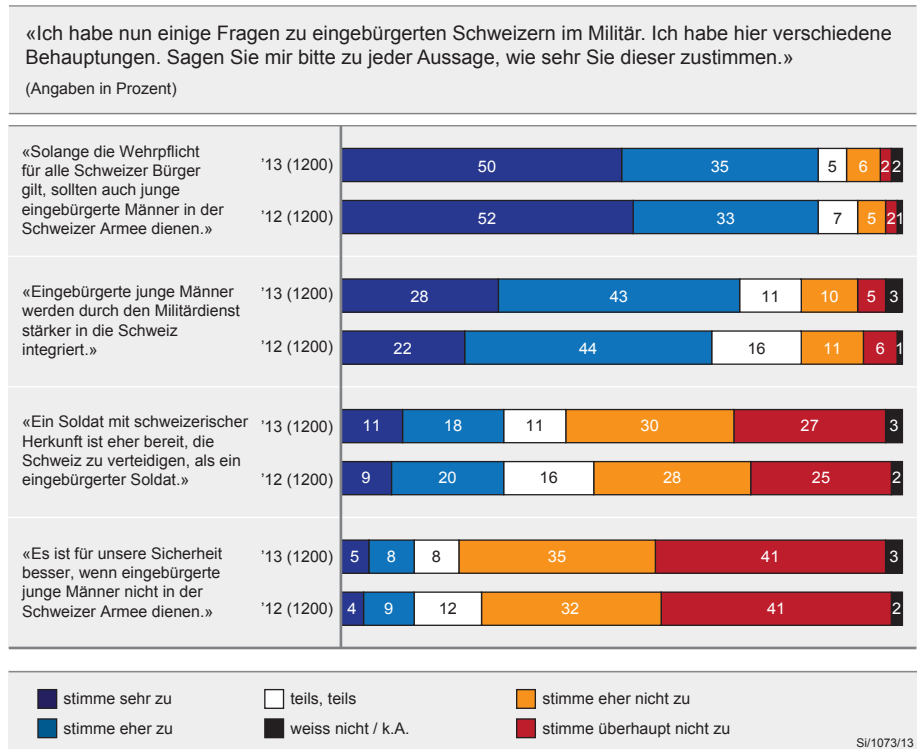
Die Schweiz hat sich seit längerer Zeit vom Auswanderungs- zum Einwanderungsland entwickelt. Für die Schweizer Gesellschaft bedeutet dies, dass die Anzahl der Personen mit Migrationshintergrund zunimmt. Dies spiegelt sich auch im Anteil eingebürgerter Personen an der gesamten ständigen Wohnbevölkerung ab 15 Jahren wider. Gemäss Bundesamt für Statistik betrug dieser im Jahr 2008 9.1%, während er 2012 mit 11.4%³ um über 2% zugenommen hat. Es stellt sich die Frage, was dies für die Schweizer Armee bedeutet, denn zunehmend werden Personen mit Migrationshintergrund die Rekrutenschule absolvieren und somit ein Teil der Schweizer Armee sein. Zum zweiten Mal in Folge wird in der Studie «Sicherheit» der Einstellung der Schweizer Bevölkerung zum Militärdienst von Schweizern mit Migrationshintergrund nachgegangen. Dabei werden Aspekte der Integration wie auch der Sicherheit thematisiert. 2013 zeigen die Ergebnisse nur minimale Differenzen zur letztjährigen Befragung. Im Vergleich zum Vorjahr sind weniger Befragte unentschlossen, d.h., sie geben weniger die Antwortkategorie «stimme teils zu teils nicht» an.

Wie 2012 sollten auch im Jahr 2013 nach Auffassung von 85% der befragten SchweizerInnen eingebürgerte junge Männer Militärdienst leisten, solange in der Schweiz die allgemeine Militärdienstpflicht gilt (siehe Abbildung 10.7). 5% der Befragten sind nur teilweise dieser Meinung und 8% stimmen dieser Vorgabe nicht zu. StimmbürgerInnen mit wie auch ohne Migrationshintergrund (von Geburt an SchweizerInnen) sind diesbezüglich der gleichen Auffassung. Tendenziell dagegen sind Personen mit niedrigem Bildungsstand und geringem Einkommen, dies aber ebenfalls auf sehr tiefem Niveau (14% bzw. 13%).

3 Migration und Integration – Indikatoren. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Bundesamt für Statistik, 2012. URL: <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/07/blank/key/04.html> [20.03.2013].

Abbildung 10.7

Einstellungen zur Militärdienstleistung von Schweizern mit Migrationshintergrund



Die Mehrheit der Befragten (71%) schreibt dem Militärdienst eine integrative Funktion für Personen mit Migrationshintergrund zu. Nur 15% der Befragten meinen, die Armee habe keine Integrationswirkung. Die restlichen 11% (–5%) sind unentschieden. Besonders hohe Zustimmung hat diese Aussage bei den ab 60-Jährigen (78%), bei Männern (75%), bei sich politisch rechts positionierenden Befragten (76%) sowie bei Personen mit hohem Bildungsstand (74%) erhalten. Konsequenterweise sind jene SchweizerInnen am kritischsten gegenüber der Integrationswirkung eingestellt, welche die Notwendigkeit der Armee hinterfragen (28%).

Den Befragten wurden zusätzlich zu den zwei positiv formulierten Aussagen zwei negativ formulierte Aussagen vorgelegt. Beide implizieren ungünstige Effekte einer Militärdienstleistung von Personen mit Migrationshintergrund. 29% der Befragten meinen, Soldaten mit schweizerischer Herkunft sind eher bereit, die Schweiz zu verteidigen, als eingebürgerte Soldaten. Eine Mehrheit von 57% hegt keine Zweifel am Verteidigungswillen eingebürgerter Schweizer. 11% (–5%) sind unentschieden. Die französischsprachige Schweiz zeigt in dieser Frage deutlich

mehr Vertrauen (72%) als die Deutschschweiz, wo nur eine knappe Mehrheit von 52% den Verteidigungswillen von Soldaten mit oder ohne Migrationshintergrund gleich einschätzt. Bei Personen mit hohem Bildungsstand (68%) und bei sich politisch links positionierenden Personen (76%) wird die Aussage überdurchschnittlich abgelehnt. Bei den 60-Jährigen (50%), der politischen Mitte (55%) und bei Personen mit mittlerem Bildungsniveau (52%) wird diese mit einer knappen Mehrheit abgelehnt. Etwas geringer ist die Ablehnung bei Personen mit niedrigem Bildungsstand (44%) sowie bei sich politisch rechts positionierenden Befragten (45%). SchweizerInnen ohne Migrationshintergrund hegen im Vergleich zu eingebürgerten Personen minim häufiger Zweifel an der Loyalität (Kampfwillen) ihrer Mitbürger mit Migrationshintergrund. Diese Bedenken führen aber nicht dahin, dass Personen mit Migrationshintergrund vom Militärdienst ausgeschlossen werden sollten. Nur eine Minderheit von 13% ist der Meinung, dass es für unsere Sicherheit besser sei, eingebürgerte junge Männer keinen Wehrdienst leisten zu lassen. Mit 76% wird diese Vorlage überwiegend zurückgewiesen und 8% teilen sie nur teilweise. Differenziert nach soziodemographischen Gruppen sind es vor allem die ab 60-Jährigen (18%), Personen mit niedrigem Bildungsstand (27%), Personen aus der Deutschschweiz (15%) und Befragte mit geringem Einkommen (18%), welche die Meinung vertreten, dass eingebürgerte junge Männer aus Sicherheitsgründen nicht Militärdienst leisten sollten.

Fazit: Es lässt sich konstatieren, dass sich das Meinungsbild der StimmbürgerInnen zum Militärdienst eingebürgerter Schweizer über den Jahresverlauf nicht verändert hat. Die UmfrageteilnehmerInnen sind jedoch 2013 im Vergleich zum Vorjahr in ihrer Meinung zu diesem Thema weniger unentschlossen. Die Schweizer Stimmbevölkerung befürwortet auch in diesem Jahr den Militärdienst von eingebürgerten jungen Männern und erachtet diese nicht als Sicherheitsrisiko. Ebenso wird der Armee auch 2013 in hohem Mass eine Integrationsleistung für Schweizer mit Migrationshintergrund zugeschrieben. Die Befragten teilen in diesem Jahr noch deutlicher die Meinung, dass Soldaten mit Migrationshintergrund durch den Militärdienst stärker in die Schweizer Gesellschaft integriert werden.

Relevanz einer militärischen Kaderausbildung bei Stellenbesetzungen

Die zivilgesellschaftliche Relevanz einer milizmilitärischen Kaderausbildung wird seit längerem in Gesellschafts-, Wirtschafts- und in Politikkreisen diskutiert. Die Frage nach der Akzeptanz einer Kaderausbildung ist zentral, denn diese kann nur angeboten werden, wenn die ArbeitgeberInnen einen Mehrwert darin sehen. Die Dozentur für Militärsoziologie an der MILAK/ETH untersucht deshalb in unregelmässigen Zeitabständen die Einstellungen von Personalverantwortlichen aus der Privatwirtschaft und der öffentlichen Verwaltung zur Milizkaderausbildung.

Mittels standardisierter schriftlicher Interviews wurden 2012 erneut Personalverantwortliche verschiedener Unternehmen in der Deutschschweiz befragt (N=160). Es wurde untersucht, ob eine militärische Kaderausbildung durch Personalverantwortliche berücksichtigt wird und wie ArbeitgeberInnen diese bewerten. Der Vergleich mit früheren Befragungen erlaubt zudem eine Analyse der Veränderung in der Berücksichtigung von Personen mit einer milizmilitärischen Kaderausbildung.

Es zeigt sich, dass der militärische Grad im Vergleich zu früheren Erhebungen selten und wenn, dann nur unter bestimmten Umständen wie bei der Besetzung einer höheren betrieblichen Position oder bei einer hierarchisch orientierten Unternehmensführung als Einstellungskriterium herbeigezogen wird. In Bezug auf die Vor- und Nachteile wird insbesondere die Führungserfahrung eines Vorgesetzten mit militärischer Kaderausbildung positiv bewertet. Die Abwesenheit am Arbeitsplatz infolge Dienstleistung wird am häufigsten als Negativpunkt wahrgenommen. Ferner wirkt sich die militärische Position eines Personalverantwortlichen auf die Bewertung des Offiziersgrades aus. Personalbeauftragte im Offiziersrang beurteilen den Nutzen einer militärischen Kaderausbildung deutlich positiver als solche ohne Kaderausbildung und insbesondere als solche, welche keinen Militärdienst leisteten. Personalverantwortliche mit militärischer Kaderausbildung fragen öfters nach dem militärischen Grad, sehen diesen häufiger als Indikator für zivile Führungsfähigkeiten und vertreten seltener die Meinung, dass es aussagekräftigere Kriterien gibt als den militärischen Grad zur Beurteilung der zivilen Kompetenzen eines Bewerbers. Ebenso nehmen Personalverantwortliche mit Offiziersrang Nachteile einer militärischen Kaderausbildung wesentlich seltener und Vorteile deutlich häufiger wahr. Ähnliche Differenzen in der Beurteilung einer militärischen Kaderausbildung und in der Wahrnehmung der Vor- und Nachteile zeigen sich in Bezug auf das Geschlecht. Weibliche Personalverantwortliche sind gegenüber der Bedeutsamkeit einer militärischen Kaderausbildung allgemein skeptischer eingestellt. Es kann deshalb vermutet werden, dass der Informationsgrad über Inhalt und Form der militärischen Kaderausbildung einen Einfluss auf die Beurteilung hat.

Im langjährigen Vergleich mit früheren Erhebungen wird der Bedeutungsverlust eines militärischen Offiziersranges bei der Stellenbesetzung in den letzten 20 Jahren ersichtlich.

Szircsev Tresch, Tibor, Thomas Gabathuler und Patrick Schenk (2012). Die Bedeutung der militärischen Kaderausbildung bei Stellenbesetzungen für privatwirtschaftliche Unternehmen und öffentliche Verwaltungen. Militärakademie an der ETH, Zürich, Dozentur für Militärsoziologie.

Kader mit Migrationshintergrund in der Schweizer Armee

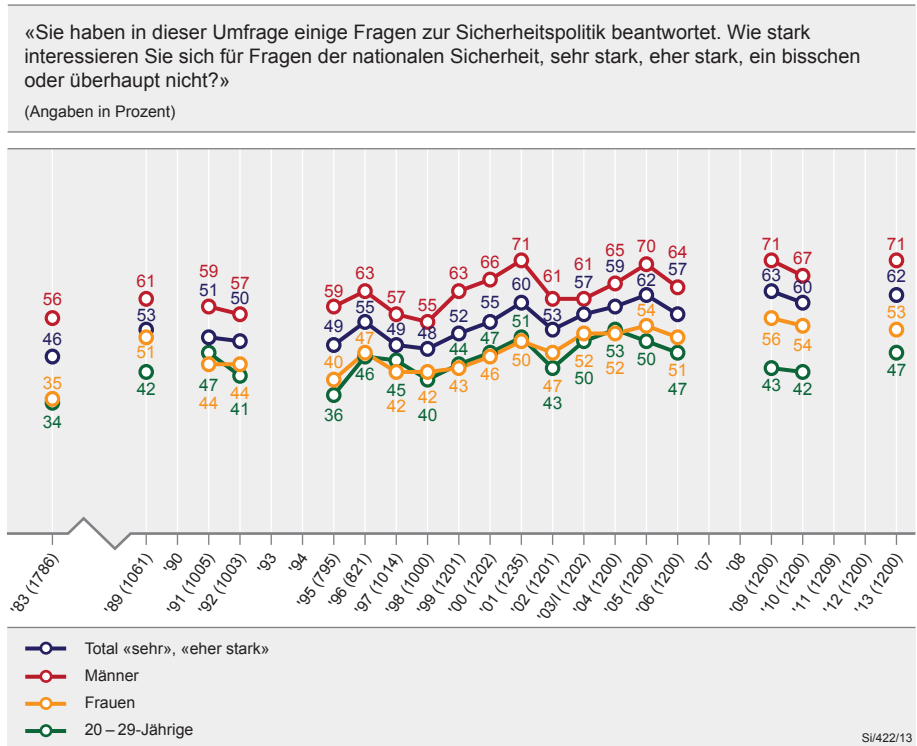
Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat sich die Schweiz zu einem Einwanderungsland entwickelt. Die grossen Migrationswellen (in den Jahren 1949, 1968 sowie in den 1980/90er Jahren), die durch Wirtschaftskrisen oder Kriege im Ausland entstanden sind, haben dazu geführt, dass die Schweizer Gesellschaft zunehmend multikulturell wurde. Damit verbunden nimmt der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund innerhalb der Schweizer Armee kontinuierlich zu. «Der Soldat Secondo hat im Militär einen festen Platz eingenommen» (Zemp, 2012). Da in der Armee alle sozialen Schichten sowie Personen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen eng zusammenarbeiten müssen, braucht es ein interkulturelles Verständnis. Angehörige der Armee mit Migrationshintergrund (AdA mit MH) sind in fast allen Bereichen der Armee als Soldaten, Kader, Sprachspezialisten, im Bereich Friedensförderung im Ausland oder auch beim Psychologisch-Pädagogischen Dienst der Armee anzutreffen. In der qualitativ empirischen Untersuchung von Zemp (2012) wurden Faktoren analysiert, die bei der Kadergewinnung von AdA mit MH berücksichtigt werden, wie auch Vor- oder Nachteile von Kadern mit MH für PSO-Missionen (Peace Support Operation) untersucht. Dafür wurden Interviews mit Kadern mit MH, Schul- und Bataillonskommandanten sowie Stabsoffizieren und Offizieren mit PSO-Erfahrung durchgeführt. Die Fragen im Leitfadeninterview wurden in vier Gruppen aufgeteilt: Einstiegsfragen (Begriffsverständnis), Kadergewinnung (Bereitschaft der AdA mit MH zur Kaderausbildung, religiöse und familiäre Einflüsse sowie Sprachkenntnisse für eine Führungstätigkeit), PSO-Engagement (Vor- und Nachteile des Migrationshintergrundes bei einem PSO-Einsatz) und Fragen zur Zukunft («gefühlte» Tendenz der personellen Entwicklung in der Armee). Die Befragungen führten zu den folgenden Ergebnissen: Für die Befragten spielen neben den Anforderungsbedingungen der Armee bei der Kadergewinnung von AdA mit MH auch die sogenannten «soft-Faktoren» (Vorbildfunktion der Eltern, hohe Akzeptanz in der Gesellschaft, Rollenverständnis der Armee aus der Herkunftskultur) eine wichtige Rolle. Die Beherrschung einer Landessprache wird als eine zwingende Voraussetzung für Kader mit MH bewertet. Die feiertagsbedingten Sicherheitslücken könnten ausserdem durch die Berücksichtigung der verschiedenen Religionen geschlossen werden (z.B. könnten bei Weihnachtsfeiertagen Personen nicht christlichen Glaubens eingesetzt werden). Sofern Kader mit MH bei PSO-Missionen keine emotionale Bindung zum Einsatzland haben, sind sie ein Mehrwert für PSO-Missionen. Schliesslich werden Weiterbildungskurse für das militärische Berufskader empfohlen, um Berührungängste mit fremden Kulturen abzubauen.

Zemp, R. Martin (2012). Kader mit Migrationshintergrund in der Schweizer Armee. Aufbruch in eine multikulturelle Militärorganisation? Diplomarbeit, Militärschule 2, Militärakademie an der ETH, Zürich, Dozentur für Militärsoziologie.

11 Sicherheitspolitisches Interesse

Nur wer sich für Sicherheitspolitik interessiert, wird relevante Informationen aufnehmen und sich sicherheitspolitisch engagieren. Für eine Sicherheitspolitik, die auf ein hohes Mass an Bürgerengagement angewiesen ist, ist die öffentliche Anteilnahme am sicherheitspolitischen Geschehen von hoher politischer Bedeutung. Seit dem 11. September 2011, den nachfolgenden Kriegen in Afghanistan und Irak sowie der Bedrohung durch den Terrorismus ist die Intensität der medialen Berichterstattung deutlich angestiegen. Ereignisse wie der Arabische Frühling erhalten heute vergleichsweise eine höhere Gewichtung in den Medien. Es kann vermutet werden, dass diese stärkere Medialisierung sicherheitsrelevanter Ereignisse zu einer Sensibilisierung der Bevölkerung für sicherheitspolitische Belange führt. Keine Bestätigung findet diese These in den Jahren 2002 und 2003 (siehe Abbildung 11.1). Das sicherheitspolitische Interesse ist in diesen Jahren wider Erwarten tief. Es kann deshalb vermutet werden, dass 2002 und 2003 die mediale Übersättigung im Zuge des Irakkriegs das sicherheitspolitische Interesse negativ beeinflusste. Aktuell zeigt sich die Schweizer Bevölkerung im Allgemeinen an der Schweizer Sicherheitspolitik interessiert. Mit 62% ist dieser Wert im langjährigen Vergleich hoch (+2% im Vergleich zu 2010). Inwiefern Ereignisse wie die Verschärfung der Konfliktsituation in Syrien oder die Kontroverse um die Beschaffung des Kampfflugzeugs Typs Gripen einen Einfluss auf das sicherheitspolitische Interesse hatte, ist schwer abzuschätzen.

Abbildung 11.1
Sicherheitspolitisches Interesse



Das Interesse einer Person an nationalen sicherheitspolitischen Themen nimmt mit dem Alter zu (18–29-Jährige: 52%, 30–59-Jährige: 58%, ab 60-Jährige: 71%; $\gamma=0.26$). Ebenso steigt das sicherheitspolitische Interesse an, je mehr man sich auf dem politischen Spektrum von links über die Mitte nach rechts bewegt (links: 50%, Mitte: 59%, rechts: 75%; $\gamma=0.30$). Befragte aus der italienischen Schweiz weisen ein grösseres Interesse an sicherheitspolitischen Themen auf als Personen aus der Deutschschweiz und aus der Romandie (D-CH: 65%, F-CH: 49%, I-CH: 79%; $CC=0.17$). Ferner interessieren sich Frauen weniger stark für Fragen der nationalen Sicherheit als Männer (Frauen: 53%, Männer: 71%; $CC=0.21$). Schliesslich beschäftigt sich eine Person um so stärker mit der nationalen Sicherheitspolitik, je notwendiger sie die Armee erachtet (notwendig: 61%, nicht notwendig: 46%; $\gamma=0.38$). Dies lässt vermuten, dass Sicherheitspolitik nach wie vor traditionell betrachtet wird, d.h., dass die militärische Komponente die wichtigste Rolle zu spielen scheint. Sämtliche oben genannten bivariaten Zusammenhänge bleiben in einer multiplen Regressionsanalyse mit allen soziodemographischen Variablen signifikant.

Frauen interessieren sich über alle Erhebungsjahre hinweg weniger stark für sicherheitspolitische Themen als Männer. Das sicherheitspolitische Interesse der Männer variiert jedoch stärker zwischen den Jahren als dasjenige der Frauen. Es scheint, dass das sicherheitspolitische Interesse der Männer volatiler ist als dasjenige der Frauen und Trendwellen stärker ausfallen. Ebenso weisen 18–29-Jährige über die gesamte Messreihe im Vergleich zu den älteren Generationen ein geringeres sicherheitspolitisches Interesse auf. Die direkte Betroffenheit scheint jedoch bei den jüngeren Befragten ein Interesse an Sicherheitspolitik zu wecken. Als anfangs 2004 die «Armee XXI» eingeführt wurde, konnte das im langjährigen Vergleich grösste Interesse bei den jungen StimmbürgerInnen gemessen werden. Eine ähnliche Beobachtung lässt sich bei der Einführung der «Armee 95» feststellen, wobei das Interesse leicht zeitverzögert 1996 anstieg.

Die Meinungsführerfunktion – man wird von Bekannten und Freunden häufig um Rat und Auskunft zu politischen Themen angesprochen – spielt eine Rolle in der Stärke des sicherheitspolitischen Interesses. Personen, die «öfters» um ihre politische Meinung gefragt werden, interessieren sich zu 79% (+1% im Vergleich zu 2005) «eher» bzw. «sehr» stark für Sicherheitspolitik. Hingegen zeigen nur 35% der Befragten, die angeben, «nie» um politischen Rat gebeten zu werden, ein sicherheitspolitisches Interesse (–7%).

Fazit: Das Interesse in die nationale Sicherheitspolitik ist in diesem Jahr vergleichsweise hoch. Männer, politisch rechts Eingestufte, Befragte ab 60 Jahren, StimmbürgerInnen aus der italienischen Schweiz und solche, welche die Armee für notwendig halten, interessieren sich am stärksten für sicherheitspolitische Belange. Entgegen der Annahme, dass die stärkere Medialisierung eine Intensivierung des sicherheitspolitischen Interesses zur Folge habe, war in den Jahren nach den Terroranschlägen 2001 in den USA sowie zu Beginn des Irakkriegs das sicherheitspolitische Interesse in der Schweizer Bevölkerung gering. Dennoch: Seit 2005 interessieren sich SchweizerInnen verstärkt für sicherheitspolitische Themen.

Literaturhinweise

Verwendete Literatur

- Avenir Suisse (2013). *Ideen für die Schweiz*. 26.4.2013, <http://www.avenir-suisse.ch/23678/ideen-fur-die-schweiz>
- Bacher, J. (1994). *Clusteranalyse*. München: Oldenbourg.
- Backhaus, K., Erichson, B., Plink, W., Weiber, R. (1990). *Multivariate Analysemethoden: Eine anwendungsorientierte Einführung*. Berlin: Springer.
- Bennett, J. (2005). *Fitting Security into the Swiss Value Landscape. Personal and social Security Concerns in Switzerland*. Bern: Peter Lang.
- Bortz, J. (1984). *Lehrbuch der empirischen Forschung*. Berlin: Springer.
- Bortz, J. (1993). *Statistik für Sozialwissenschaftler*. Berlin: Springer.
- Bortz, J., Döring, N. (2002). *Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler* (3. überarbeitete Auflage). Berlin: Springer.
- Groves, R.M. (2006). *Nonresponse Rates and Nonresponse Bias in Household Surveys*. Public Opinion Quarterly, Vol. 70, No.5, 646–675.
- Haltiner, K.W., Bertossa, L. (1993). *Stand der Sicherheitspolitischen Information in der Schweizer Bevölkerung: Eine Untersuchung am Beispiel der Wehrpolitischen Initiativen*. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Spillmann, K.R. (1994). *Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 32. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.
- Haltiner, K.W., Szvircsev Tresch, T. (2005). *Bürgerheer wohin? Alternative Wehrformen in der aktuellen politischen Diskussion*. In: Wenger, A. (Hrsg.) (2005). Bulletin 2005 zur schweizerischen Sicherheitspolitik. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich: Zürich, 23–44.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircsev Tresch, T. (2004). *Sicherheit 2004 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.

- Haltiner, K.W., Wenger, U., Würmli, S (2007). *Allgemeine Dienstpflicht - Leitbild oder Schnee von gestern?* MILAK Schriftenreihe Nr. 8, Zürich.
- Kübler, P. (2012). *Aufhebung der Wehrpflicht in der Schweiz? Mögliche Auswirkungen für die Schweiz und die Armee aus Sicht ausländischer Fachexperten.* Diplomarbeit, Militärschule 2, Militärakademie an der ETH, Zürich, Dozentur für Militärsoziologie.
- Luhmann, N. (1968). *Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität.* Stuttgart: Ferdinand Enke.
- Meyer, R., Haltiner, K.W., Hofer, R., Iff, H., Rüegg, W. (1982). *Fragen an die Zukunft. Die Bedeutung von Beruf, Bildung und Politik für die zwanzigjährigen Schweizerinnen und Schweizer.* Aarau und Frankfurt am Main: Sauerländer.
- Mooser, H. (2012). *Statt Wehrpflicht eine allgemeine Dienstpflicht.* Tages Anzeiger Online, 11.12.2012, <http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Statt-Wehrpflicht-eine-allgemeine-Dienstpflicht/story/18805951>
- Szvircev Tresch, T. (2005). *Europas Streitkräfte im Wandel: Von der Wehrpflichtarmee zur Freiwilligenstreitkraft. Eine empirische Untersuchung europäischer Streitkräfte 1975 bis 2003.* Dissertation, Universität Zürich, Zürich.
- Szvircev Tresch, T., Gabathuler, T., Schenk, P. (2012). *Die Bedeutung der militärischen Kaderausbildung bei Stellenbesetzungen für privatwirtschaftliche Unternehmen und öffentliche Verwaltungen.* Militärakademie an der ETH, Zürich, Dozentur für Militärsoziologie.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., Würmli, S., Bisig, E. (2011). *Sicherheit 2011 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend.* Zürich und Birmensdorf: Center for Security Studies der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.
- Werkner, I. J. (2006). *Wehrpflicht oder Freiwilligenarmee? Wehrstruktur im europäischen Vergleich.* Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Zemp, M. R. (2012). *Kader mit Migrationshintergrund in der Schweizer Armee. Aufbruch in eine multikulturelle Militärorganisation?* Diplomarbeit, Militärschule 2, Militärakademie an der ETH, Zürich, Dozentur für Militärsoziologie.

Quellenhinweise in chronologischer Reihenfolge zu den Daten der Erhebungsreihe «Sicherheit» (siehe Tabelle 3.3)

- Meyer, R. (1976). *Befragung über Werte und Wertordnungen in der Schweizer Bevölkerung*. Unveröffentlichte Randauszählung. Bern: Soziologisches Institut der Universität Bern.
- Haltiner, K.W., Anker, H. (1986). *Die Bürger und seine Verteidigung: Sicherheitspolitische Meinungsbilder in der Schweiz. Auswertung einer Repräsentativbefragung*. Bern: Institut für Soziologie, Universität Bern.
- Riklin, A., Frei, Ch. (1986). *Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung»*. Zürich: GfS-Forschungsinstitut.
- Riklin, A., Laggner, B. (1988). *Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung»*. Zürich: GfS-Forschungsinstitut.
- Haltiner, K.W., Gut, H. (1990). *Nachbefragung zur Abstimmung vom 26.II.1989; Initiative «Schweiz ohne Armee»: Abstimmungsmotive und sicherheitspolitische Meinungstrends – eine erste Auswertung*. Unterbözberg: Militärwissenschaftliche Arbeitsgruppe des Ausbildungschefs Armeestabteil 360.I.
- Riklin, A., Hafen, Th. (1990). *Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung»*. Zürich: GfS-Forschungsinstitut.
- Buri, Ch., Haltiner, K.W., Spillmann, K.R. (1991). *Sicherheit 1991: Ergebnisse einer Repräsentativbefragung*. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 18. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.
- Haltiner, K.W., Bertossa, L. (1993). *Stand der Sicherheitspolitischen Information in der Schweizer Bevölkerung: Eine Untersuchung am Beispiel der Wehrpolitischen Initiativen*. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Spillmann, K.R. (1994). *Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 32. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.
- Haltiner, K.W. (1994). *Sicherheit '94. Unveröffentlichte Bevölkerungsrepräsentativbefragung*. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.

- Haltiner, K.W. (1995). *Sicherheit '95. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule, Heft Nr.1. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Bertossa, L., Spillmann, K.R. (1996). *Internationale Kooperationsbereitschaft und Neutralität. Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 38. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.
- Haltiner, K.W. (1996). *Sicherheit '96. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule, Heft Nr. 3. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Bertossa, L., Spillmann, K.R. (1997). *Sicherheit '97*. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 42. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.
- Haltiner, K.W. (1998). *Sicherheit '98. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule, Heft Nr. 4. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner K.W., Wenger A., Bennett J., Szvircsev T. (1999). *Sicherheit 1999 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ und Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircsev, T. (2000). *Sicherheit 2000 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETHZ und Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircsev, T. (2001). *Sicherheit 2001 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETHZ und Militärische Führungsschule an der ETHZ.

- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircsev, T. (2002). *Sicherheit 2002 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircsev Tresch, T. (2003). *Sicherheit 2003 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircsev Tresch, T. (2004). *Sicherheit 2004 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Szvircsev Tresch, T., Würmli, S. (2005). *Sicherheit 2005 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Szvircsev Tresch, T., Würmli, S. (2006). *Sicherheit 2006 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Würmli, S., Wenger, U. (2007). *Sicherheit 2007 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Würmli, S., Wenger, U., Lipowicz, A. (2008). *Sicherheit 2008 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Birmensdorf: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.
- Szvircsev Tresch, T., Wenger, A., Würmli, S., Pletscher M., Wenger U. (2009). *Sicherheit 2009 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Birmensdorf: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.

- Szvircsev Tresch, T., Wenger, A., Würmli, S., Bisig, E. (2010). *Sicherheit 2010 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Birmensdorf: Center for Security Studies der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.
- Szvircsev Tresch, T., Wenger, A., Würmli, S., Bisig, E. (2011). *Sicherheit 2011 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Birmensdorf: Center for Security Studies der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.
- Szvircsev Tresch, T., Wenger, A., Würmli, Craviolini, J., S., Vogler-Bisig, E. (2012). *Sicherheit 2012 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Birmensdorf: Center for Security Studies der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.

Anhang I

I Die Qualität der Variablen¹

Eine Menge von Objekten, die mittels einer Zahl dargestellt werden können, wird als Skala bezeichnet. Je nachdem, welche Eigenschaften und Beziehungen der Zahlen auf die Menge der Objekte sinnvoll übertragbar sind, werden Skalen nach unterschiedlichen Niveaus gebildet. In der Statistik wird vom Skalenniveau der Variablen oder der Merkmale gesprochen.

Eine Skala, die nur Identifikationen, nicht aber eine Zählung zulässt, heisst *Nominalskala* (z.B. Automarke, Beruf); eine, deren Zahlen lediglich «grösser-kleiner»-Relationen abbilden, *Ordinalskala* (z.B. militärische Grade, Bildungsgrade). Eine Skala, bei der gleiche Zahlendifferenzen auch gleiche Merkmalsdifferenzen repräsentieren, wird als *Intervallskala* bezeichnet (z.B. Körpertemperatur, Metermass).

II Korrelationen und Koeffizienten²

Zusammenhangsmasse sind wichtige Instrumente der beschreibenden Statistik. Als geeignete Masse haben sich so genannte Korrelationskoeffizienten erwiesen, die Werte zwischen 0 und 1 annehmen können, wobei Werte nahe bei 0 auf einen geringen, Werte nahe bei 1 auf einen engen Zusammenhang hinweisen.

Viele Korrelationskoeffizienten geben zusätzlich noch die Richtung des Zusammenhangs an, indem sie positive Werte annehmen, wenn sich die beteiligten Variablen gleichläufig verhalten, oder negative, wenn sich die Variablen gegenläufig verhalten. Stimmt also beispielsweise die Mehrheit der Befragten, die der Frage A zustimmt, auch der Frage B zu, und lehnen gleichzeitig diejenigen, die Frage A ablehnen, auch Frage B mehrheitlich ab, spricht man von einem positiven Zusammenhang. Eine negative Korrelation ergäbe sich dann, wenn die Personen, die A zustimmen, B mehrheitlich ablehnen und umgekehrt.

Es gibt eine ganze Reihe von unterschiedlichen Korrelationskoeffizienten, die sich für unterschiedliche Arten der Fragestellung und Beschaffenheit der Daten eignen. In dieser Studie werden als Masse für nominalskalierte Variablen (Merkmale, die sich nur qualitativ voneinander unterscheiden lassen, wie z.B. die Staatszugehörigkeit, die Religion oder der Beruf) und ordinalskalierte Variablen (d.h. solche mit Rangcharakter,

1 Nach Bortz (1984) und Bortz & Döring (2002).

2 Nach Bortz (1984), Bortz & Döring (2002), Meyer et al. (1982).

wie z.B. «grösser als...» oder «wichtiger als...») der so genannte Kontingenzkoeffizient (CC), der Gamma-Koeffizient (γ) und der Spearmans-Koeffizient (ρ) verwendet.

Der *Kontingenzkoeffizient*, abgekürzt CC, erfasst den Zusammenhang (die Assoziation) zweier nominalskalierten Merkmale. Der Wertebereich von CC variiert zwischen 0 und 1 (nur positive Koeffizienten). Dabei bedeutet 0 völlige Unabhängigkeit und 1 einen absoluten Zusammenhang zwischen den Merkmalen.

Der *Gamma-Koeffizient* (γ) und *Spearmans-Koeffizient* (ρ) gelangen zur Anwendung, wenn die zu analysierenden Variablen Ordinalcharakter aufweisen. Der Wertebereich des Gamma-Koeffizienten variiert zwischen -1 und $+1$.

Die *Produkt-Moment-Korrelation* (r), auch Pearsonscher-Koeffizient genannt, wird für Korrelationen intervallskalierten Variablen verwendet. Der Wertebereich variiert ebenfalls zwischen -1 und $+1$.

Signifikanz: Korrelationskoeffizienten sind ein Mass für den Zusammenhang zweier oder mehrerer Variablen. Dieser kann aber manchmal bloss zufälligen Charakter haben. Eine festgestellte Korrelation ist also in der Stichprobe gegeben, kann aber nicht auf die Grundgesamtheit übertragen werden. Anders ausgedrückt: Der Schluss von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit ist statistisch nicht gesichert. Konkret würde dies in unserem Fall bedeuten, dass eine Verallgemeinerung eines zwischen zwei Variablen gegebenen Zusammenhangs von unserer 1200-Personen-Stichprobe auf die Gesamtheit der schweizerischen Stimmbewölkerung unsicher ist. Ist die Verallgemeinerung von Merkmalen einer Untergruppe (Stichprobe) auf die Grundgesamtheit hingegen möglich, so ist der festgestellte Zusammenhang zwischen den Variablen signifikant. Dies wird in der Regel mit $p < 0.05$ (signifikanter Zusammenhang), $p < 0.01$ (sehr signifikanter Zusammenhang) oder $p < 0.001$ (hochsignifikanter Zusammenhang) ausgedrückt. Bei $p > 0.05$ ist die Wahrscheinlichkeit, dass der Zusammenhang bloss zufällig ist, nicht mehr als gering zu veranschlagen.

III Das Testen von Zusammenhangshypothesen mittels χ^2 -Test

Der im Rahmen dieses Berichtes ebenfalls verwendete χ^2 -Test beruht auf dem $k \times l$ - χ^2 -Verfahren zur Überprüfung von Zusammenhangshypothesen, wobei k die Zahl der zu vergleichenden Stichproben und l die Zahl der Ausprägungen des zu untersuchenden Merkmals bezeichnen (Bortz 1993, 160). Es wird geprüft, ob sich k voneinander unabhängige Stichproben auf die Ausprägungen eines Merkmals B in unterschiedlicher Weise verteilen. Ein signifikantes Ergebnis bedeutet, dass die Unterschiede in der Verteilung von k unabhängigen Stichproben auf die Ausprägungen eines Merkmals B mit einer gewissen Irrtumswahrscheinlichkeit (in der Regel höchstens 5%) nicht durch Zufall zu Stande gekommen sind.

IV Das Testen von Unterschiedshypothesen mittels t-Test

Anhand des t-Tests wird untersucht, ob die Differenz im Mittelwert zweier Stichproben zufällig für diesen Anteil der Grundgesamtheit zu Stande gekommen ist oder ob aus der Differenz in der Stichprobe auf eine Differenz in der Grundgesamtheit geschlossen werden kann. Der Mittelwert ist der Durchschnittswert aller Nennungen und errechnet sich durch die Summe aller genannten Werte, geteilt durch die Anzahl Nennungen.

V Die Clusteranalyse³

Die Clusteranalyse ist ein statistisches Datenreduktionsverfahren zur systematischen Klassifizierung von Objekten einer gegebenen Menge. Die durch eine bestimmte Anzahl von Merkmalen beschriebenen Objekte werden nach Massgabe ihrer Ähnlichkeit in Gruppen (Cluster) zusammengefasst, wobei die Cluster untereinander möglichst homogen und extern möglichst gut voneinander unterscheidbar sein sollen. Mit anderen Worten: Die Elemente eines Clusters sollen möglichst ähnlich sein, und jedes Element eines Clusters soll sich möglichst stark von den Objekten anderer Cluster unterscheiden. Ziel der Clusteranalyse ist es also, Gruppen so zu bestimmen, dass die Korrelationen der Variablen einer Gruppe zu den Variablen aller anderen Gruppen möglichst niedrig sind.

Es gibt zwei grosse Familien von clusteranalytischen Verfahren: die optimierenden und die hierarchischen. In der Regel muss bei den Ersteren eine Startgruppierung vorgegeben werden, d.h. das erste Objekt jedes Clusters (Startwert) und die Anzahl der gewünschten Cluster werden vorgegeben. Es wird dann versucht, diese Startgruppierung durch schrittweise Verschiebung jedes neu in Betracht gezogenen Objekts von einem Cluster zu einem anderen zu verbessern; man verfährt so lange, bis keine Verbesserung mehr möglich ist. Die ständige Verbesserung der Elementeverteilung ist der Vorteil der optimierenden gegenüber den hierarchischen Verfahren, bei welchen keine Startgruppierung notwendig ist.

Für unsere Berechnungen haben wir ein optimierendes Verfahren gewählt. Die Prozedur QUICK CLUSTER, welche auf dem K-Means-Verfahren basiert, eignet sich besonders bei grossen Fallzahlen. Es wird dabei wie folgt vorgegangen: In einem ersten Schritt werden die Startwerte für die Clusterzentren bestimmt. Im zweiten Schritt wird bei nur einem Durchgang durch die Daten nacheinander jeder Fall dem nächstgelegenen Clusterzentrum zugeordnet. Nach jeder Zuordnung wird die Lage des Clusterzentrums so neu berechnet und korrigiert, dass es zum Schwer-

³ Nach Bortz (1984) und Bacher (1994).

punkt der zugehörigen Fälle wird. Im dritten Schritt schliesslich werden die Fälle wiederum dem (verschobenen) Zentrum zugeordnet, das nunmehr am nächsten liegt. Unter einem Clusterzentrum hat man sich aber nicht ein konkretes, sondern nur ein künstliches Objekt vorzustellen. Die Clusteranalyse erzeugt zwei wichtige Informationen: Jedem einzelnen Clusterzentrum wird ein Wert zugeordnet, und jedes Objekt wird einem Cluster zugeteilt. Daraus ergibt sich die Clusterzugehörigkeit, die als eine neue Variable betrachtet werden kann, mit der sich arbeiten lässt.

VI Einfache und multivariate Regressionsanalyse⁴

Die Regressionsanalyse dient zwei statistischen Fragestellungen: Einerseits wird sie zur Vorhersage einer erklärten Variable (abhängige Variable) durch erklärende Variablen (unabhängige Variable) angewandt. Es kann zum Beispiel untersucht werden, wie stark sich der Verkauf eines Produktes verändern wird, wenn die Ausgaben für die Werbung verdoppelt werden.

Andererseits werden anhand der Regressionsgleichung die theoretisch begründeten Ursache-Wirkung-Beziehungen untersucht. Es wird berechnet, wie gut sich die erklärte Variable durch die erklärenden beobachten lässt, d.h. welche Varianz durch letztere erklärt werden kann und welchen Beitrag die erklärenden Variablen zur Varianzaufdeckung der erklärten Variable beitragen. Wenn man also zum Beispiel wissen will, ob und wie gut sich die politische Partizipation durch die Bildung, durch das Elternhaus und durch das Vertrauen in die Politik erklären lässt, dann bedient man sich der Regressionsanalyse.

Wird zur Vorhersage einer erklärten Variable nur eine erklärende Variable ins Modell aufgenommen, wird von einer einfachen oder bivariaten Regression gesprochen. Werden hingegen mehrere erklärende Variablen beigezogen, dann handelt es sich um eine multiple oder multivariate Regression.

Bei der Regressionsanalyse geht man i.d.R. von einem linearen Zusammenhang aus (je-desto-Beziehung) und im Gegensatz zur Korrelation, die einen ungerichteten Zusammenhang untersucht, wird bei der Regressionsanalyse aufgrund theoretischer Vorkenntnisse eine Richtung der Beziehung vorbestimmt.

Die Variablen der Regressionsgleichung müssen metrisch, d.h. mindestens intervallskaliert sein. Ist die erklärte Variable nominal- oder ordinalskaliert, wird eine logistische oder probit-Regressionsanalyse durchgeführt.

⁴ Vgl. Backhaus et al. (1990).

Anhang II

I Die Typologien der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit und der Neutralitätsauffassung

Ein Verfahren zur Typenbildung von Personen mit verwandten Eigenschaften bietet die Clusteranalyse. Sie erlaubt es, Befragte mit einem weitgehend ähnlichen Einstellungsprofil zu Typen zusammenzufassen. Der eine Typ soll dabei zu Typen mit anderen Einstellungsprofilen möglichst wenig Ähnlichkeit aufweisen. Die Typenbildung erfolgt in einem Optimierungsprozess, d.h. es gibt mehr oder weniger optimale Lösungen (vgl. Anhang I, Abschnitt V).

Die hier vorgelegten Typenbildungen wurden erstmals mit den Daten des Jahres 1993 vorgenommen. Sie dienen seither als Grundlage für die Ermittlung dominanter Einstellungsmuster mit Blick auf die internationale Kooperationsbereitschaft und die Neutralitätsauffassung in der schweizerischen Bevölkerung.¹

Im Folgenden sind die Zentren der berechneten Cluster der Typologien «internationale Kooperationsbereitschaft» und «Neutralitätsauffassung» für die Daten 2013 numerisch wiedergegeben (Tabellen I und III) und durch die Abbildungen A und B grafisch verdeutlicht. Für Vergleichszwecke werden ebenso die numerischen Clusterzentren der Daten 2012 abgebildet (Tabellen II und IV).

1 Wer sich für das theoretische Konzept der Typologie näher interessiert, sei auf den Jahresband «Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend» verwiesen (Haltiner & Spillmann 1994, 15ff.).

Tabelle I

Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit 2013 (Mittelwerte)

«Die Schweiz sollte...	Zentrum Cluster 1 («Harte Öffnung»)	Zentrum Cluster 2 («Weiche Öffnung»)	Zentrum Cluster 3 («Autonomisten»)
sich an der europäischen Integration beteiligen und der EU vorbehaltlos beitreten.»	2.28	3.58	3.76
sich der Nato annähern.»	2.55	2.62	3.07
sich aktiv für die Anliegen der Uno einsetzen.»	1.75	1.92	2.95
mehr in Konflikten vermitteln.»	1.68	1.80	2.64
mehr Entwicklungshilfe leisten.»	1.69	2.11	2.97
der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.»	2.23	1.54	2.03
politisch Stellung beziehen, militärisch neutral bleiben.»	2.2	1.90	2.74
die Neutralität beibehalten.»	1.79	1.24	1.20
wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben.»	2.50	1.55	1.47

1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

Tabelle II

Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit 2012 (Mittelwerte)

«Die Schweiz sollte...	Zentrum Cluster 1 («Harte Öffnung»)	Zentrum Cluster 2 («Weiche Öffnung»)	Zentrum Cluster 3 («Autonomisten»)
sich an der europäischen Integration beteiligen und der EU vorbehaltlos beitreten.»	2.34	3.59	3.66
sich der Nato annähern.»	2.48	2.65	3.05
sich aktiv für die Anliegen der Uno einsetzen.»	1.76	1.91	2.77
mehr in Konflikten vermitteln.»	1.78	1.78	2.67
mehr Entwicklungshilfe leisten.»	1.71	2.05	2.84
der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.»	2.23	1.47	1.99
politisch Stellung beziehen, militärisch neutral bleiben.»	2.12	1.74	2.80
die Neutralität beibehalten.»	1.82	1.13	1.19
wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben.»	2.47	1.58	1.57

1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

Abbildung A

Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit 2013 (Mittelwerte)

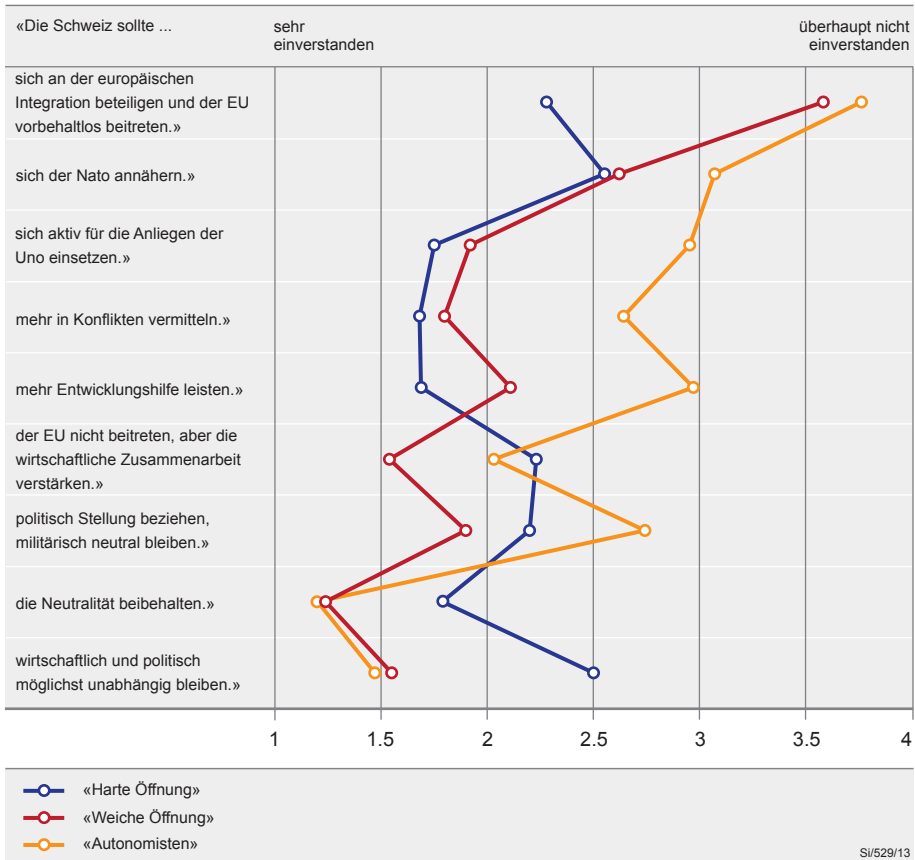


Tabelle III

Typologie der Neutralitätsauffassungen 2013 (Mittelwerte)

	Zentrum Cluster 1 («Kritiker»)	Zentrum Cluster 2 («Pragmatiker»)	Zentrum Cluster 3 («Dissonante»)	Zentrum Cluster 4 («Traditionalisten»)
«Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international Gute Dienste leisten.»	2.06	1.64	1.64	1.27
«Die Neutralität ist untrennbar mit dem schweizerischen Staatsgedanken verbunden.»	2.52	1.71	1.68	1.34
«Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte einbezogen.»	2.9	2.52	1.74	1.64
«Die bewaffnete Neutralität trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei.»	3.02	3.05	1.97	1.66
«Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.»	1.84	2.41	2.42	3.26
«Sobald die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.»	2.4	3.53	2.85	3.71
«Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.»	2.18	2.96	2.47	3.47
«Die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln.»	2.21	3.24	2.37	3.39

1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

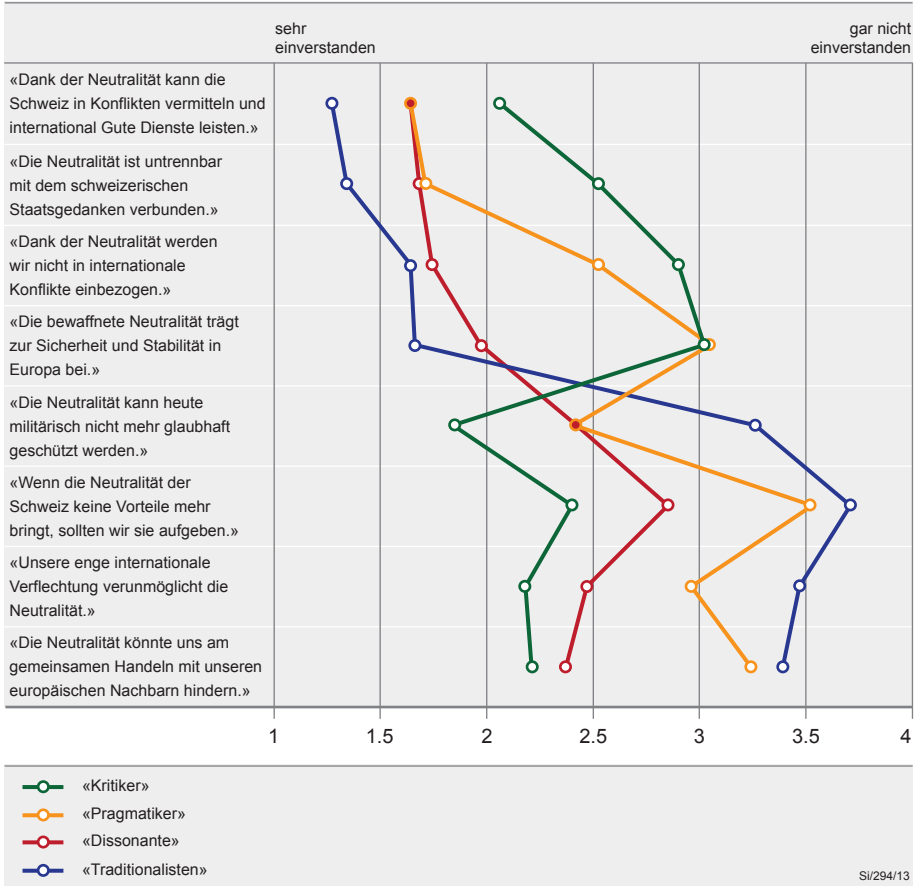
Tabelle IV

Typologie der Neutralitätsauffassungen 2012 (Mittelwerte)

	Zentrum Cluster 1 («Kritiker»)	Zentrum Cluster 2 («Pragmatiker»)	Zentrum Cluster 3 («Dissonante»)	Zentrum Cluster 4 («Traditionalisten»)
«Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international Gute Dienste leisten.»	2.07	1.58	1.59	1.25
«Die Neutralität ist untrennbar mit dem schweizerischen Staatsgedanken verbunden.»	2.52	1.62	1.66	1.34
«Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte einbezogen.»	2.85	2.62	1.74	1.58
«Die bewaffnete Neutralität trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei.»	2.99	3.00	2.07	1.73
«Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.»	1.95	2.62	2.40	3.20
«Sobald die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.»	2.29	3.50	2.99	3.74
«Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.»	2.26	3.13	2.46	3.47
«Die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln.»	2.23	3.22	2.37	3.53

1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

Abbildung B
Typologie der Neutralitätsauffassungen 2013 (Mittelwerte)



Anhang III

Fragebogen und Häufigkeitstabellen

Stichprobe: 09. Januar – 12. Februar 2013; Random-Quota-Verfahren, N=1200
Deutsche, französische und italienische Schweiz

Befragungsinstitut: ISOPUBLIC, Schwerzenbach

Mein Name ist ...

Wir führen im Auftrag vom Bund eine Befragung bei Stimmberechtigten durch zum Thema Sicherheit in der Schweiz, und ich möchte Sie fragen, ob Sie bereit wären, dazu einige Fragen zu beantworten? Das Interview dauert rund 30 Minuten.

Zunächst einige Fragen für die Statistik.

S 1.

Wie viele in der Schweiz stimmberechtigte Personen (also Schweizer Bürgerinnen oder Bürger über 18 Jahre) leben normalerweise in Ihrem Haushalt? Rechnen Sie sich mit ein.

... Personen

[INT: Untermieter, Pensionäre, Au Pair, Hausangestellte gelten auch als Haushaltsmitglieder, sofern sie:

1. *bei Ihnen in Ihrem Haus / Ihrer Wohnung wohnen UND*
 2. *mindestens eine Hauptmahlzeit pro Tag bei Ihnen zu Hause einnehmen*
UND
 3. *keinen eigenen Telefonanschluss haben.*
- Kinder, die zu Studienzwecken anderswo wohnen und nur am Wochenende zurückkehren, werden hingegen nicht dazu gezählt.]*

S 2.

Darf ich Sie fragen, wie alt Sie sind?

... Jahre

S 3.

[INT: Geschlecht der befragten Person eingeben (nur im Zweifelsfalle fragen).]

Mann 1

Frau 2

S 4.

Sind Sie in der Schweiz stimm- und wahlberechtigt?

ja 1

nein 2

→ bei nein Abbruch!

Als Erstes stelle ich Ihnen jetzt einige allgemeine Fragen zum Thema Sicherheit.

Q 1.

Ganz allgemein gesprochen, wie sicher fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit?

Fühlen Sie sich:

sehr sicher 1

eher sicher 2

eher unsicher 3

ganz unsicher 4

[INT. nicht vorlesen]

weiss nicht 8

keine Antwort 9

Q 2.

Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, inwieweit diese Ihr Vertrauen geniessen. Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte anhand einer 10er Notenskala, 10 heisst, dass diese Einrichtung Ihr volles Vertrauen geniesst, 1 heisst, dass diese Einrichtung bei Ihnen überhaupt kein Vertrauen bekommt. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft benoten.

[Nur 1 Antwort pro Zeile]

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
überhaupt kein Vertrauen								volles Vertrauen	

[INT. nicht vorlesen]

keine Antwort.....99

[Reihenfolge A – H zufallsvariieren]

Inwieweit genießt/geniessen ... Ihr Vertrauen?

- A. der Bundesrat
- B. das Parlament in Bern
- C. die Gerichte
- D. die Polizei
- E. die Armee
- F. die Medien
- G. die Schweizer Wirtschaft
- H. die politischen Parteien

Q 3.

Glauben Sie, dass die weltpolitische Lage in den nächsten 5 Jahren besser und entspannter oder düsterer und gespannter wird? Oder bleibt sie in etwa so, wie sie heute ist?

eher besser und entspannter.....	1
bleibt etwa so wie heute.....	2
eher düsterer und gespannter.....	3

[INT. nicht vorlesen]

<i>weiss nicht.....</i>	<i>8</i>
<i>keine Antwort.....</i>	<i>9</i>

Q 4.

Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

- sehr einverstanden 1
- eher einverstanden..... 2
- eher nicht einverstanden..... 3
- gar nicht einverstanden 4

[INT. nicht vorlesen]

- weiss nicht*..... 8
- keine Antwort*..... 9

[Reihenfolge A – K zufallsvariieren]

Für unsere Sicherheit ist es wichtig...

- A. ...dass wir den Ausländeranteil in der Schweiz unter Kontrolle halten.
- B. ...dass wir den Rechtsextremismus stärker als bisher bekämpfen.
- C. ...dass wir den Terrorismus mit allen Mitteln bekämpfen, auch wenn dabei unsere persönliche Freiheit eingeschränkt werden muss.
- D. ...dass wir den Linksextremismus stärker als bisher bekämpfen.
- E. ...dass bei allen öffentlichen Gebäuden die Eingangskontrolle deutlich verschärft wird.
- F. ...dass es der Polizei erlaubt ist, vermehrt Telefonate abzuhören.
- G. ...dass es der Polizei erlaubt ist, private Computer zu überwachen.
- H. ...dass Ausschreitungen bei Sportveranstaltungen vehement bekämpft und die Randalierer mit einer langen Haftstrafe bestraft werden.
- I. ...dass die Polizei eine nicht bewilligte Demonstration gewaltsam auflösen darf.
- J. ...dass die Armee zur Sicherung von Ruhe und Ordnung eingesetzt werden kann, wenn die Polizei überfordert ist.
- K. ...dass für Jugendliche der Ausgang nach Mitternacht verboten ist.

Q 5.

Wie sehen Sie die nähere Zukunft – etwa die nächsten fünf Jahre – für die Schweiz? Sehr optimistisch, eher optimistisch, eher pessimistisch oder sehr pessimistisch?

sehr optimistisch	1
eher optimistisch	2
eher pessimistisch	3
sehr pessimistisch	4

[INT. nicht vorlesen]

<i>weiss nicht</i>	8
<i>keine Antwort</i>	9

Q 6.

Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?

Sagen Sie mir bitte zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

sehr einverstanden.....	1
eher einverstanden.....	2
eher nicht einverstanden.....	3
gar nicht einverstanden	4

[INT. nicht vorlesen]

<i>weiss nicht</i>	8
<i>keine Antwort</i>	9

[Reihenfolge A – J zufallsvariieren]

- A. Die Schweiz sollte sich aktiv an der europäischen Integration beteiligen und der EU ohne Vorbehalte beitreten.
- B. Die Schweiz sollte sich mehr als bisher der EU politisch annähern.
- C. Die Schweiz sollte der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.
- D. Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln.
- E. Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben.
- F. Die Schweiz sollte auch bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen.

- G. Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten.
- H. Die Schweiz sollte wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig von anderen Staaten bleiben.
- I. Die Schweiz sollte einen Sitz im Sicherheitsrat, dem Führungsgremium von der Uno, anstreben.
- J. Die Schweiz sollte sich aktiv und an vorderster Front für die Anliegen von der Uno einsetzen.

Q7.

Ich habe hier noch einmal einige Aussagen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte. Sagen Sie mir bitte zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

sehr einverstanden.....	1
eher einverstanden.....	2
eher nicht einverstanden.....	3
gar nicht einverstanden	4

[INT. nicht vorlesen]

<i>weiss nicht.....</i>	<i>8</i>
<i>keine Antwort.....</i>	<i>9</i>

[Reihenfolge A – H zufallsvariieren]

- A. Die Schweiz sollte der Uno Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen.
- B. Die Schweiz sollte eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee unterhalten.
- C. Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten.
- D. Die Schweiz sollte sich der Nato annähern.
- E. Die Schweiz sollte der Nato beitreten.
- F. Die Schweiz sollte sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen.
- G. Die Schweiz sollte mehr eine aktive Rolle spielen bei internationalen Konferenzen.
- H. Die Schweiz sollte sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten.

Nun kommen wir zu einem neuen Thema, der Schweizer Armee

Q 8.

Über die Bedeutung des Militärs für die Schweiz gibt es heute verschiedene Ansichten. Drei davon nenne ich Ihnen. Sagen Sie mir bitte, welcher Sie am ehesten zustimmen können:

[INT. vorlesen]

- Das Militär spielt im schweizerischen Leben eine zentrale Rolle und dies ist auch gut so..... 1
- Das Militär ist ein notwendiges Übel..... 2
- Das Militär könnte ruhig abgeschafft werden..... 3

[INT. nicht vorlesen]

- weiss nicht*..... 8
- keine Antwort*..... 9

Q 9.

Wie wichtig ist es Ihnen, dass die Schweiz eine starke Armee hat? Verwenden Sie hierzu wieder eine Skala von 1 bis 10. 1 bedeutet «überhaupt nicht wichtig» und 10 «sehr wichtig». Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

- | | | | | | | | | | |
|-------------------------|---|---|---|---|---|---|---|--------------|----|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 |
| überhaupt nicht wichtig | | | | | | | | sehr wichtig | |

[INT. nicht vorlesen]

- weiss nicht*..... 98
- keine Antwort*..... 99

Q 10.

Gibt Ihrer Meinung nach die Schweiz viel zu viel, zu viel, gerade richtig, zu wenig oder viel zu wenig Geld für die Verteidigung aus?

- viel zu viel 1
- zu viel 2
- gerade richtig 3
- zu wenig..... 4
- viel zu wenig 5

[INT. nicht vorlesen]

- weiss nicht*..... 8
- keine Antwort*..... 9

Q 11.

Alles in allem, wie zufrieden sind Sie mit der Leistung von der Schweizer Armee? Bitte geben Sie mir auf einer Skala von 1 bis 10 an, wie zufrieden Sie sind. 1 bedeutet, dass Sie überhaupt nicht zufrieden sind, 10 bedeutet, dass Sie sehr zufrieden sind.

überhaupt nicht zufrieden 1

...

sehr zufrieden 10

[INT. nicht vorlesen]

weiss nicht 98

keine Antwort 99

Q 12.

Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie heute in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?

Milizarmee auch in Zukunft genügend 1

wir würden eine Berufsarmee brauchen 2

[INT. nicht vorlesen]

weiss nicht 8

keine Antwort 9

Q 13.

Die Schweiz kennt eine allgemeine Wehrpflicht für Männer. Das heisst, jeder taugliche junge Schweizer muss Militärdienst leisten. Über die positiven und die negativen Seiten der allgemeinen Wehrpflicht kann diskutiert werden. Ich nenne Ihnen verschiedene positive und negative Aussagen zur allgemeinen Wehrpflicht. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

sehr einverstanden 1

eher einverstanden 2

eher nicht einverstanden 3

gar nicht einverstanden 4

[INT. nicht vorlesen]

weiss nicht 8

keine Antwort 9

[Reihenfolge A – K zufallsvariieren]

Die allgemeine Wehrpflicht ist gut, weil sie ... fördert.

- A die Kameradschaft
- B die Selbstständigkeit
- C die Disziplin
- D die gesellschaftliche Verantwortung
- E den Durchhaltewillen
- F die Fähigkeit, sich unterzuordnen
- G den gegenseitigen Respekt
- H das Pflichtbewusstsein
- I das Verständnis für Staat und Gesellschaft.
- J die geographischen Kenntnisse über die Schweiz
- K das Verständnis für Sicherheitspolitik

Q 14.

Bleiben wir bei den positiven Aussagen zur allgemeinen Wehrpflicht.

- sehr einverstanden..... 1
- eher einverstanden..... 2
- eher nicht einverstanden..... 3
- gar nicht einverstanden 4

[INT. nicht vorlesen]

- weiss nicht*..... 8
- keine Antwort*..... 9

[Reihenfolge A – G zufallsvariieren]

Die allgemeine Wehrpflicht ist gut, weil sie ...

- A den sozialen Zusammenhalt der Schweiz fördert.
- B den regionalen Zusammenhalt der vielsprachigen Schweiz fördert.
- C die Schweizer Bevölkerung vor Bedrohungen schützt.
- D uns Sicherheit gibt.
- E für alle jungen Männer gilt und deshalb gerecht ist.
- F alle gesellschaftlichen Schichten der Schweizer Bevölkerung zusammenbringt.
- G eine staatsbürgerliche Pflicht ist.

Q 15.

Ich nenne Ihnen jetzt einige negative Aussagen zur Wehrpflicht. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

sehr einverstanden	1
eher einverstanden.....	2
eher nicht einverstanden.....	3
gar nicht einverstanden	4

[INT. nicht vorlesen]

<i>weiss nicht</i>	8
<i>keine Antwort</i>	9

[Reihenfolge A – F zufallsvariieren]

Die allgemeine Wehrpflicht ist schlecht, weil sie zu ...

- A sinnlosen Regeln und Übungen im Militärdienst führt.
- B erhöhtem Unfallrisiko im Militärdienst führt.
- C hohen persönlichen Kosten wie persönliche Einschränkungen oder Zeitverlust durch den Militärdienst führt.
- D zu hohen Kosten für die Schweizer Wirtschaft führt.
- E nicht wirklich gut ausgebildeten Soldaten führt.
- F vermehrtem Alkohol- und Drogenkonsum führt.

Q 16.

Ich nenne Ihnen noch weitere negative Aussagen zur Wehrpflicht:

sehr einverstanden	1
eher einverstanden.....	2
eher nicht einverstanden.....	3
gar nicht einverstanden	4

[INT. nicht vorlesen]

<i>weiss nicht</i>	8
<i>keine Antwort</i>	9

[Reihenfolge A – F zufallsvariieren]

Die allgemeine Wehrpflicht ist ...

- A ungerecht, weil sie auf Zwang beruht.
- B ungerecht, weil die Frauen nicht Militärdienst leisten müssen.
- C schlecht, weil das militärische Denken mit dem zivilen unvereinbar ist.
- D schlecht, weil eine Wehrpflichtarmee heute keinen Sinn mehr macht.
- E schlecht, weil nicht nur die Besten im Militär weitermachen.
- F schlecht, weil eine Wehrpflichtarmee teurer ist als eine Freiwilligenarmee.

Q 17.

Es gibt nicht nur das Modell von der Wehrpflicht, sondern es sind auch andere Dienstmodelle möglich. Wir haben einige von diesen Dienstmodellen zusammengetragen. Sagen Sie uns bitte zu jedem, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden sind bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

«Die Schweiz sollte ...

sehr einverstanden.....	1
eher einverstanden.....	2
eher nicht einverstanden.....	3
gar nicht einverstanden	4

[INT. nicht vorlesen]

<i>weiss nicht.....</i>	<i>8</i>
<i>keine Antwort.....</i>	<i>9</i>

*[Reihenfolge A – G **nicht** zufallsvariieren]*

- A ... die Wehrpflicht auch für Frauen einführen.
- B ... den Militärdienst auch für Ausländer einführen
- C ... die heutige Wehrpflicht in eine obligatorische Dienstpflicht NUR für Männer umwandeln, wobei Männer frei wählen könnten, ob sie Militärdienst oder Zivildienst oder Sozialdienst leisten.
- D ... für Männer UND Frauen eine obligatorische Dienstpflicht einführen, wobei Männer und Frauen frei wählen könnten, ob sie Militärdienst oder Zivildienst oder Sozialdienst leisten.
- E ... die heutige Wehrpflicht für Männer so beibehalten und sie auf keinen Fall in eine obligatorische Dienstpflicht umwandeln.
- F ... die heutige Wehrpflicht für Männer aufheben und auf jede Form einer allgemeinen obligatorischen Dienstpflicht verzichten.
- G ... die allgemeine Wehrpflicht aufheben und den Militärdienst Freiwilligen überlassen.

Q 18.

Wenn die Schweiz den Militärdienst Freiwilligen überlässt, würden Sie der Armee sehr oder eher bzw. eher nicht oder überhaupt nicht vertrauen?

sehr vertrauen.....	1
eher vertrauen	2
eher nicht vertrauen	3
überhaupt nicht vertrauen	4

[INT. nicht vorlesen]

<i>weiss nicht.....</i>	<i>8</i>
<i>keine Antwort.....</i>	<i>9</i>

Q 19.

Ich habe nun einige Fragen zu eingebürgerten Schweizern im Militär. Ich habe hier verschiedene Behauptungen. Sagen Sie mir bitte zu jeder, wie sehr Sie zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen teils nicht, eher nicht zustimmen oder nicht zustimmen.

- stimme sehr zu 1
- stimme eher zu 2
- stimme teils zu teils nicht 3
- stimme eher nicht zu 4
- stimme überhaupt nicht zu 5

[INT. nicht vorlesen]

- weiss nicht* 8
- keine Antwort* 9

[Reihenfolge A – D zufallsvariieren]

- A Eingebürgerte junge Männer werden durch den Militärdienst stärker in die Schweiz integriert.
- B Es ist für unsere Sicherheit besser, wenn eingebürgerte junge Männer nicht in der Schweizer Armee dienen.
- C Solange die Wehrpflicht für alle Schweizer Bürger gilt, sollten auch junge eingebürgerte Männer in der Schweizer Armee dienen.
- D Ein Soldat mit schweizerischer Herkunft ist eher bereit die Schweiz zu verteidigen als ein eingebürgerter Soldat.

Q 20.

Nun die letzte Frage zum Thema Schweizer Armee. Halten Sie die Schweizer Armee für unbedingt notwendig, eher notwendig, eher nicht notwendig oder überhaupt nicht notwendig?

- unbedingt notwendig 1
- eher notwendig 2
- eher nicht notwendig 3
- überhaupt nicht notwendig 4

[INT. nicht vorlesen]

- weiss nicht* 8
- keine Antwort* 9

Nun habe ich noch einige Fragen zur Schweizer Politik und zur Schweizer Wirtschaft an Sie.

Q 21.

Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

sehr einverstanden.....	1
eher einverstanden.....	2
eher nicht einverstanden.....	3
gar nicht einverstanden	4

[INT. nicht vorlesen]

<i>weiss nicht.....</i>	<i>8</i>
<i>keine Angabe.....</i>	<i>9</i>

[Aussagen A bis I zufallsvariieren]

- A Die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln.
- B Die Neutralität ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden.
- C Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.
- D Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international Gute Dienste leisten.
- E Die bewaffnete Neutralität von der Schweiz trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei.
- F Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen.
- G Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.
- H Sobald die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.
- I Die Mitgliedschaft in einem europäischen Verteidigungsbündnis würde uns mehr Sicherheit bringen als die Beibehaltung von der Neutralität.

Q 22.

Es wird heute viel darüber diskutiert, ob der Militärdienst für das Berufsleben förderlich ist. Ich habe nun einige Fragen zum Militärdienst. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen teils nicht, eher nicht zustimmen oder nicht zustimmen.

- stimme sehr zu 1
 stimme eher zu 2
 stimme weder zu noch nicht zu 3
 stimme eher nicht zu 4
 stimme überhaupt nicht zu 5

[INT. nicht vorlesen]

- weiss nicht* 8
keine Angabe 9

[Aussagen A bis E zufallsvariieren]

- A Die zeitlichen Absenzen, welche durch den Militärdienst entstehen, werden von den Arbeitgebern nicht mehr akzeptiert.
 B Im Allgemeinen kann eine Person, die Militärdienst leistet, auf die Unterstützung seines Arbeitgebers zählen.
 C Kann ein Mitarbeiter wegen des Militärdienstes seine Leistung nicht erbringen, so kann er nicht mit Verständnis von seinem Arbeitgeber rechnen.
 D Die Abwesenheit am Arbeitsplatz ist ein Hauptgrund, weshalb der Militärdienst für eine berufliche Karriere hinderlich ist.
 E Nach meiner Meinung kann die Mehrfachbelastung durch die Dienstpflicht bewältigt werden, ohne dass die berufliche Karriere darunter leidet.

Q 23.

Sie haben in dieser Umfrage einige Fragen zu Sicherheitspolitik beantwortet. Wie stark interessieren Sie sich für Fragen der nationalen Sicherheit, sehr stark, eher stark, ein bisschen oder überhaupt nicht?

- sehr stark 1
 eher stark 2
 ein bisschen 3
 überhaupt nicht 4

[INT. nicht vorlesen]

- weiss nicht* 8
keine Antwort 9

Q 24.

Kommt es vor, dass Sie von Ihren Freunden oder Bekannten über politische Fragen um Rat und Auskunft gefragt werden?

öfters.....	1
gelegentlich	2
selten.....	3
nie.....	4

[INT. nicht vorlesen]

<i>weiss nicht.....</i>	<i>8</i>
<i>keine Antwort.....</i>	<i>9</i>

Zuletzt noch ein paar Fragen zu Ihrer Person.

Q 25.

Welches ist die höchste Schule, die Sie besucht haben oder die Sie zur Zeit besuchen?

Primarschule	1
Sekundar-/Real-/Bezirksschule	2
Berufsschule/Gewerbeschule/KV/Handelsschule	3
Mittelschule/Gymnasium/DMS/Berufsmatura/WMS	4
Technikum/Fachhochschule/Seminar/PH/ HWV	5
Uni, Poly/ETH/Hochschule.....	6
andere	7

[INT. nicht vorlesen]

<i>weiss nicht.....</i>	<i>8</i>
<i>keine Antwort.....</i>	<i>9</i>

Q 26.

Welches ist Ihre Muttersprache, d.h. die Sprache, in der Sie normalerweise denken?

Deutsch	1
Französisch.....	2
Italienisch.....	3
Rätoromanisch.....	4
andere Sprache	5

[INT. nicht vorlesen]

<i>weiss nicht.....</i>	<i>8</i>
<i>keine Antwort.....</i>	<i>9</i>

Q 27.**Sind Sie von Geburt an Schweizer/Schweizerin?**

Ja 1

Nein..... 0

[INT. nicht vorlesen]

keine Antwort..... 9

Q 28.**Sind Sie in der Schweizer Armee eingeteilt oder eingeteilt gewesen?***[INT. Nur auf Nachfragen: Wer Zivilschutz oder Zivildienst leistet, ist nicht im Militär eingeteilt.]**[INT. Vorlesen]*

Ja, bin im Militär eingeteilt 1

Ja, bin im Militär eingeteilt gewesen und habe die ganze
Dienstpflicht geleistet 2Ja, bin im Militär eingeteilt gewesen, habe aber nicht die
ganze Dienstpflicht geleistet 3

Nein, nicht im Militär eingeteilt (gewesen) 4

[INT. nicht vorlesen]

keine Antwort..... 9

Q 29.**«Links, Mitte und Rechts» sind Begriffe, die häufig gebraucht werden, um politische Ansichten und Einstellungen zu charakterisieren. Können Sie mir sagen, wo Sie selber auf einer Skala von 0 «ganz links» bis 10 «ganz rechts» etwa stehen?**

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

ganz links

ganz rechts

[INT. nicht vorlesen]

keine Angabe..... 99

Q 30.

Wie hoch ist das gesamte monatliche Netto-Einkommen Ihres Haushaltes, also das, was alle Mitglieder Ihres Haushaltes zusammen pro Monat ausbezahlt erhalten? Ist es...

0.- bis 2000.-	1
2001.- bis 4000.-.....	2
4001.- bis 6000.-.....	3
6001.- bis 8000.-.....	4
8001.- bis 10000.-.....	5
10000.- bis 12000.-.....	6
12001.- bis 14000.-.....	7
14001.- bis 16000.-.....	8
mehr als 16000.-	9

[INT. nicht vorlesen]

<i>weiss nicht.....</i>	<i>98</i>
<i>keine Antwort.....</i>	<i>99</i>

Besten Dank für das Interview!

SICHERHEITSTUDIE 2013
ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 1
S1. Wie viele in der Schweiz stimmfähige Personen (also Schweizer Bürger oder Bürgerinnen über 18 Jahre) leben normalerweise in Ihrem Haushalt?

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 Personen	259	257	27.3	21.2	23.5	28.1	8.1*	23.0*	38.3*	27.9	27.2	21.1*	27.9	28.0	22.0*
2 Personen	516	518	51.9	46.2	52.9	50.4	23.7*	56.3*	56.2*	45.7*	53.4	55.4	53.8	49.5	53.7
3 Personen	128	132	10.7	19.2	13.9	11.8	36.4*	12.1	3.8*	14.0	10.3	14.8	8.7	13.0	14.1
4 Personen	7.1	6.6	8.3	7.7	7.4	6.8	24.3*	6.3	0.8*	9.5	6.8	5.8	7.7	6.6	7.9
5 Personen	1.8	1.7	1.4	3.8	1.2	2.2	5.2*	1.7	0.3*	2.5	1.5	1.5	1.9	1.8	1.7
6 und mehr	0.8	0.9	0.3	1.9	1.1	0.6	2.3	0.5	0.8	0.3	0.8	1.5	.*	1.1	0.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

SICHERHEITSTUDIE 2013
ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 2
S2: Alter

Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
18-29	14.4	15.3	12.5	11.5	14.8	14.1	100.0*	.*	.*	17.8	10.3*	16.0	7.7*	15.4	14.8
30-59	52.5	51.9	54.0	53.8	54.0	51.2	.*	100.0*	.*	61.0*	50.4	49.2	41.3*	47.7*	62.3*
60+	33.1	32.8	33.6	34.6	31.2	34.8	.*	.*	100.0*	21.3*	39.3*	34.9	51.0*	36.9*	22.9*
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

SICHERHEITSTUDIE 2013
ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 3
S3. Geschlecht

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
		D-CH		F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS																
	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	397	315	397	413	104	664	419
Mann	47.3	47.4	47.1	46.2	100.0*	*	48.6	48.6	44.6	43.5	40.6*	57.9*	41.3	40.7*	58.9*	
Frau	52.8	52.6	52.9	53.8	*	100.0*	51.4	51.4	55.4	56.5	59.4*	42.1*	58.7	59.3*	41.1*	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT																
	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

Tabelle 4
S4. Sind Sie in der Schweiz stimm- und wahlberechtigt?

	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
Ja	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Nein	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

SICHERHEITSTUDIE 2013
ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 5
Q1. Ganz allgemein gesprochen, wie sicher fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit? Fühlen Sie sich:

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr sicher	322	35.0*	25.6*	21.2	35.8*	28.9*	36.4	32.9	29.2	42.5*	28.0*	29.8	27.9	27.6*	41.3*
2 = eher sicher	57.3	55.2*	61.6	69.2	54.3*	60.0*	59.0	60.2*	52.1*	54.6	58.7	57.6	49.0	60.4*	53.9
3 = eher unsicher	9.5	9.3	10.4	7.7	8.8	10.1	4.0*	6.5*	16.6*	2.5*	11.8	11.4	21.2*	11.1*	4.1*
4 = ganz unsicher	1.0	0.5*	2.4*	1.9	1.1	0.9	0.6	0.5	2.0*	0.3	1.5	1.2	1.9	0.9	0.7
Top-Two-Boxes	89.5	90.2	87.2	90.4	90.1	88.9	95.4*	93.0*	81.4*	97.1*	86.6*	87.4	76.9*	88.0*	95.2*
Bottom-Two-Boxes	10.5	9.8	12.8	9.6	9.9	11.1	4.6*	7.0*	18.6*	2.9*	13.4*	12.6	23.1*	12.0*	4.8*
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	1.79	1.75	1.90	1.90	1.75	1.83	1.69	1.75	1.91	1.61	1.87	1.84	1.97	1.85	1.64

SICHERHEITSSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 6

Q2 Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, inwieweit diese Ihr Vertrauen geniessen. Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte anhand einer 10-er Noterskala, 10 heisst, dass diese Einrichtung Ihr volles Vertrauen geniessst, 1 heisst, dass diese Einrichtung bei Ihnen überhaupt kein Vertrauen bekommt. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft beenden. Inwieweit geniessst Sie den Bundesrat Ihr Vertrauen?

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = Überhaupt kein Vertrauen	1.4	1.2	1.7	3.8	1.8	1.1	1.2	1.4	1.5	.*	2.0	1.5	1.0	2.0	0.7
2	1.6	1.7	1.4	.*	1.4	1.7	0.6	1.7	1.8	1.0	2.0	1.9	1.0	2.3*	0.7*
3	3.1	3.6	1.7	1.9	3.0	3.2	2.3	3.5	2.8	1.0*	4.0	4.1	6.7	3.9	1.0*
4	5.4	5.1	6.6	3.8	4.9	5.8	3.5	6.5	4.5	2.5*	6.5	5.8	7.7	5.3	4.3
5	14.0	13.3	16.6	11.5	13.8	14.2	10.4	14.1	15.4	11.4	15.4	13.6	17.3	12.3	15.5
6	13.8	14.9	9.3*	19.2	13.4	14.1	11.0	15.6	12.1	12.7	11.3	16.5	13.5	14.3	12.9
7	24.2	25.3	20.4	26.9	25.4	23.1	32.4*	26.2	17.4*	31.4*	19.4*	24.9	19.2	23.3	27.0
8	24.3	23.2	28.7	17.3	24.2	24.3	28.3	20.2*	29.0*	27.3	26.2	20.6*	25.0	24.1	24.8
9	7.1	7.2	6.9	5.8	7.6	6.6	4.6	6.3	9.3*	9.2	6.8	6.5	1.9*	6.3	9.5*
10 = Volles Vertrauen	4.7	4.1	5.5	9.6	4.4	4.9	4.6	4.1	5.5	3.5	5.5	4.4	6.7	5.4	3.1*
Bottom-Three-Boxes	6.1	6.5	4.8	5.8	6.2	6.0	4.0	6.7	6.0	1.9*	8.1	7.5	8.7	8.1*	2.4*
Top-Three-Boxes	36.0	34.5	41.2*	32.7	36.2	35.9	37.6	30.6*	43.8*	40.0	38.5	31.5*	33.7	35.8	37.5
weiss nicht / keine Angabe	0.6	0.5	1.0	.*	0.2	0.9	1.2	0.3	0.8	.*	0.8	0.2	.*	0.8	0.5
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	6.65	6.63	6.72	6.73	6.67	6.64	6.90	6.50	6.79	7.04	6.56	6.51	6.40	6.59	6.85

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 7

Q2: Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, inwieweit diese Ihr Vertrauen geniessen. Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte anhand einer 10-er Notenskala, 10 heisst, dass diese Einrichtung Ihr volles Vertrauen geniesst, 1 heisst, dass diese Einrichtung bei Ihnen überhaupt kein Vertrauen bekommt. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft benoten. Inwieweit geniessen Sie das Parlament in Bern Ihr Vertrauen?

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = Überhaupt kein Vertrauen	1.6	1.4	2.1	1.9	1.9	1.3	0.6	1.3	2.5	0.6*	1.0	2.4	1.9	2.0	0.7*
2	2.2	2.1	2.4	1.9	2.8	1.6	1.2	2.5	2.0	0.6*	3.0	2.4	2.9	2.9	1.0*
3	2.5	3.3*	0.3*	1.9	3.0	2.1	1.7	2.9	2.3	2.2	3.3	2.2	4.8	1.8	3.1
4	7.0	8.0*	3.8*	7.7	7.8	6.3	5.2	8.7*	5.0*	6.7	6.8	6.5	8.7	6.5	7.2
5	17.5	17.7	17.6	13.5	18.2	16.9	15.0	18.3	17.4	12.7*	21.9*	16.2	23.1	17.9	15.0
6	17.0	18.3*	14.2	11.5	17.1	16.9	9.2*	17.5	19.6	16.8	15.1	19.1	13.5	16.9	18.1
7	24.7	25.0	23.9	23.1	24.2	25.1	29.5	25.6	21.2*	32.4*	20.7*	24.0	14.4*	24.5	27.7
8	19.6	18.0*	23.2	25.0	18.9	20.2	26.6*	16.2*	21.9	21.0	19.4	19.9	16.3	19.9	20.5
9	3.5	2.7*	5.5	5.8	3.4	3.6	4.6	3.3	3.3	5.1	2.8	3.4	2.9	3.0	4.1
10 = Volles Vertrauen	2.8	2.1	4.2	5.8	2.3	3.2	2.9	2.5	3.0	1.3*	3.5	2.9	8.7*	2.6	1.7
Bottom-Three-Boxes	6.3	6.8	4.8	5.8	7.8*	4.9*	3.5*	6.7	6.8	3.5*	7.3	7.0	9.6	6.6	4.8
Top-Three-Boxes	25.8	22.8*	32.9*	36.5	24.5	27.0	34.1*	22.1*	28.2	27.3	25.7	26.2	27.9	25.5	26.3
weiss nicht / keine Angabe	1.8	1.4	2.8	1.9	0.5*	2.8*	3.5	1.3	1.8	0.6*	2.5	1.0	2.9	2.1	1.0
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	6.30	6.19	6.59	6.63	6.18	6.42	6.72	6.18	6.33	6.57	6.20	6.28	6.15	6.27	6.42

SICHERHEITSSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 8

Q2 Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, inwieweit diese Ihr Vertrauen geniessen. Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte anhand einer 10-er Notenskala, 10 heisst, dass diese Einrichtung Ihr volles Vertrauen geniessst, 1 heisst, dass diese Einrichtung bei Ihnen überhaupt kein Vertrauen bekommt. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft beenden. Inwieweit geniessst Sie das Vertrauen?

die Gerichte Ihr Vertrauen?

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = Überhaupt kein Vertrauen	1.4	1.4	1.4	1.9	1.9	0.9	.*	1.3	2.3	.*	1.3	2.9*	3.8	1.8	0.2*
2	1.0	0.6	1.4	5.8	1.4	0.6	0.6	0.8	1.5	0.6	1.3	1.0	1.0	0.9	0.7
3	2.8	2.8	2.8	3.8	2.1	3.5	1.2*	2.4	4.3	1.0*	2.0	3.9	3.8	3.3	1.7*
4	3.4	2.9	4.8	3.8	3.4	3.5	1.2*	3.3	4.5	1.6*	4.0	4.1	1.9	3.6	3.3
5	11.5	11.6	11.4	9.6	10.4	12.5	8.1	11.1	13.6	5.7*	16.4*	11.1	16.3	12.7	8.6*
6	11.0	11.3	10.4	9.6	9.9	12.0	7.5	10.8	12.8	7.0*	14.9*	10.2	12.5	11.9	9.1
7	17.8	18.2	16.6	17.3	17.3	18.2	16.8	19.8*	14.9	16.2	17.1	20.1	15.4	19.9*	15.5
8	27.4	28.1	26.3	23.1	27.7	27.2	28.9	27.8	26.2	36.5*	23.4*	26.2	24.0	26.2	30.3
9	14.6	14.1	15.2	19.2	16.9*	12.5*	26.0*	13.8	10.8*	23.5*	9.3*	13.3	6.7*	11.1*	21.7*
10 = Volles Vertrauen	5.8	5.8	5.9	5.8	6.7	5.1	6.9	5.9	5.3	5.7	5.8	5.8	7.7	5.0	6.9
Bottom-Three-Boxes	5.3	4.8	5.5	11.5	5.5	5.1	1.7*	4.4	8.1*	1.6*	4.5	7.7*	8.7	6.0	2.6*
Top-Three-Boxes	47.8	48.0	47.4	48.1	51.3*	44.7*	61.8*	47.5	42.3*	65.7*	38.5*	45.3	38.5*	42.3*	58.9*
weiss nicht / keine Angabe	3.3	3.3	3.8	.*	2.3	4.1	2.9	3.0	3.8	2.2	4.5	1.5*	6.7	3.6	1.9*
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	7.05	7.08	7.00	6.83	7.14	6.97	7.69	7.09	6.71	7.72	6.77	6.87	6.64	6.86	7.47

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 9

Q2: Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, inwieweit diese Ihr Vertrauen geniessen. Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte anhand einer 10 er Notenskala, 10 heisst, dass diese Einrichtung Ihr volles Vertrauen geniessst, 1 heisst, dass diese Einrichtung bei Ihnen überhaupt kein Vertrauen bekommt. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft benoten. Inwieweit geniessst/niessen die Polizei Ihr Vertrauen?

	Total	Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = Überhaupt kein Vertrauen	0.7	0.2*	1.7	1.9	1.1	0.3	1.2	0.5	0.8	.*	1.3	0.5	1.9	0.8	0.2
2	0.6	0.6	0.7	.*	0.9	0.3	2.3	0.3	0.3	0.3	0.5	0.7	.*	0.5	0.7
3	1.1	0.9	1.7	.*	1.2	0.9	.*	1.6	0.8	0.3*	1.3	1.5	.*	1.7*	0.5
4	1.6	1.9	0.7	1.9	1.6	1.6	1.2	1.4	2.0	1.6	1.3	1.9	4.8	1.4	1.2
5	6.9	6.2	9.3	5.8	6.7	7.1	8.1	5.7	8.3	5.4	7.3	6.3	8.7	6.8	6.2
6	9.8	9.2	11.8	7.7	6.9*	12.3*	8.7	10.8	8.6	12.7	9.3	7.5*	8.7	11.4*	7.2*
7	18.8	17.9	19.4	30.8	18.2	19.4	15.6	21.1*	16.6	20.0	19.6	17.9	14.4	17.8	21.5
8	33.1	35.0*	28.4*	26.9	34.6	31.8	35.3	34.6	29.7	37.1	31.2	34.1	29.8	31.9	36.3
9	15.8	17.1*	13.5	7.7*	17.1	14.7	18.5	14.1	17.4	15.2	15.4	17.4	14.4	16.3	16.0
10 = Volles Vertrauen	11.6	10.8	12.8	17.3	11.8	11.4	9.2	9.7*	15.6*	7.3*	12.8	12.1	17.3	11.4	10.3
Bottom-Three-Boxes	2.3	1.7	4.2	1.9	3.2	1.6	3.5	2.4	1.8	0.6*	3.0	2.7	1.9	2.9	1.4
Top-Three-Boxes	60.5	63.0*	54.7*	51.9	63.5*	57.8*	63.0	58.4	62.7	59.7	59.4	63.7	61.5	59.6	62.5
weiss nicht / keine Angabe	0.1	0.1	-	-	-	0.2	-	0.2	-	-	-	-	-	0.2	-
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	7.60	7.67	7.40	7.58	7.63	7.57	7.53	7.55	7.71	7.58	7.58	7.67	7.59	7.56	7.69

SICHERHEITSSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 10

Q2 Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, inwieweit diese Ihr Vertrauen geniessen. Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte anhand einer 10-er Notenskala, 10 heisst, dass diese Einrichtung Ihr volles Vertrauen geniessst, 1 heisst, dass diese Einrichtung bei Ihnen überhaupt kein Vertrauen bekommt. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft beenden. Inwieweit geniessst Sie die Armee Ihr Vertrauen?

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = Überhaupt kein Vertrauen	4.6	3.8	6.2	7.7	3.7	5.4	5.2	4.8	4.0	8.9*	3.8	1.0*	5.8	3.0*	6.4*
2	4.3	4.4	4.5	1.9	4.4	4.3	7.5	3.8	3.8	9.2*	3.0	1.9*	5.8	3.2*	5.7
3	5.3	5.5	5.2	3.8	5.3	5.4	7.5	6.5	2.5*	9.5*	3.8	3.6*	2.9	5.7	5.5
4	6.3	5.7	6.9	13.5	6.5	6.2	9.2	6.7	4.5	8.9	5.3	5.3	3.8	5.7	8.1
5	16.1	15.8	18.0	9.6	13.4*	18.5*	15.0	15.7	17.1	16.8	16.9	15.0	14.4	15.7	17.2
6	13.8	14.2	13.1	9.6	12.7	14.7	12.1	16.0*	10.8*	16.2	14.4	12.1	15.4	13.7	12.9
7	17.3	19.0*	14.2	7.7*	18.9	16.0	14.5	18.9	16.1	14.6	18.1	19.6	14.4	18.1	17.2
8	16.3	15.7	18.0	17.3	18.9*	14.1*	15.0	14.9	19.1	8.9*	16.4	22.0*	17.3	17.6	14.1
9	6.2	6.4	5.2	7.7	6.2	6.2	6.4	4.9	8.1	2.2*	6.5	9.0*	4.8	6.6	5.7
10 = Volles Vertrauen	7.8	7.7	5.9	21.2*	8.5	7.3	5.8	6.0*	11.6*	3.8*	9.8	8.7	13.5	8.4	5.7*
Bottom-Three-Boxes	14.3	13.7	15.9	13.5	13.4	15.0	20.2*	15.1	10.3*	27.6*	10.6*	6.5*	14.4	11.9*	17.7*
Top-Three-Boxes	30.3	29.8	29.1	46.2*	33.5*	27.5*	27.2	25.9*	38.8*	14.9*	32.7	39.7*	35.6	32.7*	25.5*
weiss nicht/ keine Angabe	1.9	1.7	2.8	*	1.6	2.2	1.7	1.7	2.3	1.0	2.0	1.7	1.9	2.3	1.4
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	6.15	6.20	5.93	6.56	6.31	6.01	5.74	6.00	6.57	5.09	6.41	6.78	6.35	6.36	5.80

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 11

Q2: Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, inwieweit diese Ihr Vertrauen geniessen. Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte anhand einer 10-er Notenskala, 10 heisst, dass diese Einrichtung Ihr volles Vertrauen geniessen, 1 heisst, dass diese Einrichtung bei Ihnen überhaupt kein Vertrauen bekommt. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft benoten. Inwieweit geniessen/getrienen die Medien Ihr Vertrauen?

	Total	Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = Überhaupt kein Vertrauen	4.1	2.7*	6.9*	11.5	4.2	3.9	4.6	4.4	3.3	1.9*	4.3	4.4	4.8	3.9	3.8
2	5.3	5.4	5.2	3.8	5.5	5.1	5.8	6.0	3.8	4.4	5.0	5.8	5.8	4.8	6.0
3	7.8	7.9	8.0	3.8	7.1	8.4	7.5	7.0	9.1	5.1*	11.3*	6.8	9.6	8.3	6.4
4	14.3	14.9	12.1	15.4	13.4	15.0	13.3	14.4	14.4	14.9	13.1	15.5	14.4	13.6	15.3
5	22.8	23.3	22.1	19.2	20.3*	25.1*	16.2*	23.0	25.4	21.6	22.9	23.2	23.1	24.2	20.3
6	19.0	20.6*	14.2*	19.2	17.6	20.2	22.0	18.4	18.6	20.6	18.6	19.1	16.3	19.1	19.6
7	14.3	14.0	14.9	15.4	17.3*	11.5*	19.1	14.0	12.6	18.4*	11.6	13.6	11.5	13.7	16.2
8	9.1	8.1	12.8*	3.8	10.8	7.6	8.7	9.7	8.3	9.2	10.6	8.5	7.7	9.2	9.3
9	2.1	1.7	2.4	5.8	2.5	1.7	1.7	2.1	2.3	2.9	1.5	2.2	2.9	1.8	2.1
10 = Volles Vertrauen	0.8	0.9	0.3	1.9	0.9	0.8	1.2	0.5	1.3	0.6	0.5	1.0	2.9	0.9	0.2*
Bottom-Three-Boxes	17.1	15.9	20.1	19.2	16.8	17.4	17.9	17.5	16.1	11.4*	20.7*	16.9	20.2	17.0	16.2
Top-Three-Boxes	12.0	10.8	15.6*	11.5	14.1*	10.1*	11.6	12.2	11.8	12.7	12.6	11.6	13.5	11.9	11.7
weiss nicht / keine Angabe	0.6	0.5	1.0	*	0.5	0.6	*	0.5	1.0	0.3	0.5	*	1.0	0.5	0.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	5.26	5.27	5.23	5.13	5.38	5.14	5.35	5.22	5.27	5.54	5.14	5.21	5.18	5.26	5.29

SICHERHEITSSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 12

Q2 Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, inwieweit diese Ihr Vertrauen geniessen. Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte anhand einer 10-er Noterskala, 10 heisst, dass diese Einrichtung Ihr volles Vertrauen geniess, 1 heisst, dass diese Einrichtung bei Ihnen überhaupt kein Vertrauen bekommt. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft beenden. Inwieweit geniess/geniessen

die Schweizer Wirtschaft Ihr Vertrauen?

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = Überhaupt kein Vertrauen	0.9	0.5*	2.4*	-*	1.2	0.6	-*	1.3	0.8	0.6	0.5	1.0	1.0	0.8	1.2
2	1.8	1.3	3.8*	-*	2.1	1.6	1.2	2.1	1.8	3.5*	1.0	1.2	3.8	1.5	1.9
3	2.3	2.0	3.8	-*	1.6	3.0	1.2	2.9	2.0	4.8*	2.0	1.0*	3.8	2.0	2.4
4	5.6	6.4*	3.5*	3.8	4.2	6.8	5.8	7.0*	3.3*	7.3	6.3	3.9*	3.8	6.2	4.8
5	14.3	14.8	12.1	17.3	11.6*	16.6*	10.4	14.9	14.9	14.0	15.9	11.9	12.5	14.8	13.6
6	15.6	16.9*	13.1	7.7*	13.4*	17.5*	16.2	17.0	13.1	20.3*	16.1	12.6*	12.5	15.7	16.2
7	24.8	25.1	22.8	30.8	23.3	26.2	24.9	24.1	25.9	23.5	25.7	25.4	26.0	24.8	24.8
8	24.3	23.2	27.0	26.9	29.3*	19.7*	22.0	23.8	25.9	19.4*	21.4	31.5*	21.2	23.3	26.5
9	6.0	6.2	5.2	7.7	9.0*	3.3*	14.5*	4.0*	5.5	4.4	5.0	8.2*	6.7	5.9	6.2
10 = Volles Vertrauen	3.6	3.0	4.8	5.8	4.1	3.2	2.9	2.5*	5.5*	1.9*	4.8	2.9	7.7	3.9	2.1*
Bottom-Three-Boxes	5.1	3.7*	10.0*	-*	4.9	5.2	2.3*	6.2	4.5	8.9*	3.5	3.1*	8.7	4.2	5.5
Top-Three-Boxes	33.8	32.4	37.0	40.4	42.3*	26.2*	39.3	30.3*	37.0	25.7*	31.2	42.6*	35.6	33.1	34.8
weiss nicht / keine Angabe	0.8	0.7	1.4	-*	0.2*	1.4*	1.2	0.5	1.3	0.3	1.3	0.5	1.0	1.2	0.2*
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	6.62	6.62	6.55	7.06	6.86	6.40	6.95	6.42	6.79	6.23	6.63	6.93	6.68	6.63	6.61

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 13

Q2: Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, inwieweit diese Ihr Vertrauen geniessen. Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte anhand einer 10-er Notenskala, 10 heisst, dass diese Einrichtung Ihr volles Vertrauen geniesst, 1 heisst, dass diese Einrichtung bei Ihnen überhaupt kein Vertrauen bekommt. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft benoten. Inwieweit geniessen/getrienen die politischen Parteien Ihr Vertrauen?

	Total	Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = Überhaupt kein Vertrauen	3.5	2.4*	6.2*	5.8	4.2	2.8	0.6*	4.4	3.3	1.9*	4.0	2.7	3.8	3.9	2.6
2	4.2	3.6	4.8	9.6	4.9	3.5	3.5	5.2*	2.8	2.5	4.0	4.8	3.8	3.8	5.0
3	7.3	7.1	6.6	13.5	7.2	7.3	4.0*	8.1	7.3	7.0	9.8*	4.6*	6.7	7.1	7.6
4	12.6	13.5	9.7	13.5	12.3	12.8	14.5	12.4	12.1	13.3	14.6	10.7	5.8*	12.3	14.3
5	26.6	27.5	24.9	21.2	23.6*	29.2*	18.5*	26.7	30.0	22.9	29.5	26.9	33.7	26.5	24.8
6	20.6	20.3	22.5	15.4	23.3*	18.2*	20.2	21.4	19.4	25.1*	15.6*	23.2	15.4	20.5	22.4
7	14.2	15.3	11.8	9.6	12.9	15.3	22.0*	13.3	12.1	17.1	11.3*	16.0	13.5	15.4	12.6
8	7.6	7.0	10.4	1.9*	8.3	7.0	12.7*	5.4*	8.8	6.7	7.8	8.5	10.6	6.8	8.1
9	0.9	0.6	1.0	5.8	0.9	0.9	2.3	0.8	0.5	1.3	0.8	0.7	1.0	0.9	0.7
10 = Volles Vertrauen	0.8	0.3*	1.7	3.8	1.1	0.6	1.2	1.0	0.5	1.3	0.8	0.7	1.0	1.2	0.2*
Bottom-Three-Boxes	14.9	13.2*	17.6	28.8*	16.4	13.6	8.1*	17.8*	13.4	11.4*	17.9	12.1*	14.4	14.8	15.3
Top-Three-Boxes	9.3	7.9*	13.1*	11.5	10.2	8.5	16.2*	7.1*	9.8	9.2	9.3	9.9	12.5	8.9	9.1
weiss nicht / keine Angabe	1.8	2.4*	0.3*	-	1.2	2.4	0.6*	1.3	3.3*	1.0	1.8	1.2	4.8	1.7	1.4
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	5.26	5.28	5.28	4.90	5.24	5.28	5.83	5.10	5.27	5.49	5.06	5.43	5.38	5.28	5.21

SICHERHEITSTUDIE 2013
ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 14

Q3. Glauben Sie, dass die weltpolitische Lage in den nächsten 5 Jahren besser und entspannter oder düsterer und gespannter wird? Oder bleibt sie in etwa so, wie sie heute ist?

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
eher besser und entspannter	8.7	8.4	9.3	9.6	8.6	8.7	11.0	9.0	7.1	7.0	8.6	9.4	9.6	7.8	9.8
bleibt etwa so wie heute	44.2	47.0*	37.0*	36.5	45.1	43.3	43.4	44.8	43.6	49.8*	42.6	43.6	43.3	42.3	47.5
eher düsterer und gespannter	46.6	44.2*	52.6*	51.9	45.3	47.7	45.1	45.7	48.6	42.5	48.9	47.0	46.2	49.5*	42.2*
weiss nicht / keine Angabe	0.6	0.3	1.0	1.9	0.9	0.3	0.6	0.5	0.8	0.6	.*	.*	1.0	0.3	0.5
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 15

Q4.Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Für unsere Sicherheit ist es wichtig...

A ...dass wir den Ausländeranteil in der Schweiz unter Kontrolle halten.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	40.1	43.8*	29.4*	38.5	38.1	41.9	31.8*	34.4*	52.6*	10.8*	46.9*	55.9*	53.8*	47.4*	24.8*
2 = eher einverstanden	36.3	36.6	36.0	34.6	36.5	36.2	39.3	37.5	33.2	43.2*	37.5	30.8*	26.0*	34.5	41.5*
3 = eher nicht einverstanden	15.6	14.6	17.3	23.1	16.8	14.5	22.5*	19.0*	7.1*	29.8*	9.8*	9.9*	11.5	11.6*	23.2*
4 = gar nicht einverstanden	6.7	4.5*	13.5*	3.8	7.4	6.0	5.8	7.8	5.3	14.9*	4.3*	2.7*	8.7	4.8*	9.3*
Top-Two-Boxes	76.4	80.3*	65.4*	73.1	74.6	78.0	71.1	71.9*	85.9*	54.0*	84.4*	86.7*	79.8	81.9*	66.3*
Bottom-Two-Boxes	22.3	19.1*	30.8*	26.9	24.2	20.5	28.3	26.8*	12.3*	44.8*	14.1*	12.6*	20.2	16.4*	32.5*
weiss nicht/ keine Angabe	1.3	0.6*	3.8*	1.2	1.2	1.4	0.6	1.3	1.8	1.3	1.5	0.7	1.7	1.7	1.2
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	1.89	1.80	2.15	1.92	1.93	1.84	2.02	2.00	1.64	2.50	1.71	1.59	1.75	1.73	2.17

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 16

Q4 Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Für unsere Sicherheit ist es wichtig...

B ...dass wir den Rechtsextremismus stärker als bisher bekämpfen.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	39.3	43.7*	29.4*	21.2*	37.2	41.1	28.9*	38.6	44.8*	44.4*	41.6	33.9*	46.2	40.2	36.3
2 = eher einverstanden	41.7	42.7	39.8	34.6	43.2	40.3	47.4	43.3	36.5*	41.6	40.3	43.6	38.5	41.0	43.9
3 = eher nicht einverstanden	13.3	9.8*	21.1*	26.9*	13.8	12.8	19.1*	12.7	11.6	10.2*	11.8	16.9*	10.6	13.1	14.1
4 = gar nicht einverstanden	3.8	2.4*	6.6*	11.5	4.2	3.5	2.9	3.8	4.3	2.9	4.0	4.4	2.9	2.9	5.3
Top-Two-Boxes	80.9	86.4*	69.2*	55.8*	80.4	81.4	76.3	81.9	81.4	86.0*	81.9	77.5*	84.6	81.2	80.2
Bottom-Two-Boxes	17.1	12.2*	27.7*	38.5*	18.0	16.3	22.0	16.5	15.9	13.0*	15.9	21.3*	13.5	16.0	19.3
weiss nicht / keine Angabe	2.0	1.4*	3.1	5.8	1.6	2.4	1.7	1.6	2.8	1.0	2.3	1.2	1.9	2.9*	0.5*
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	1.81	1.71	2.05	2.31	1.85	1.78	1.96	1.81	1.75	1.71	1.78	1.92	1.70	1.78	1.88

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 17

Q4.Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Sagen Sie mit/bite zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Für unsere Sicherheit ist es wichtig...

C ...dass wir den Terrorismus mit allen Mitteln bekämpfen, auch wenn dabei unsere persönliche Freiheit eingeschränkt werden muss.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	27.4	27.8	25.3	32.7	27.3	27.5	13.9*	23.3*	39.8*	14.9*	29.7	35.1*	40.4*	30.6*	19.3*
2 = eher einverstanden	38.9	38.9	38.8	40.4	37.9	39.8	34.7	39.7	39.5	34.9	40.8	42.1	30.8	40.5	38.9
3 = eher nicht einverstanden	24.0	24.1	24.6	19.2	24.2	23.9	34.7*	26.3*	15.6*	34.0*	22.2	17.7*	16.3*	22.3	28.6*
4 = gar nicht einverstanden	7.9	7.6	9.3	5.8	9.3	6.6	13.9*	9.4*	3.0*	14.0*	5.8*	4.6*	7.7	5.3*	11.7*
Top-Two-Boxes	66.3	66.7	64.0	73.1	65.3	67.3	48.6*	63.0*	79.3*	49.8*	70.5*	77.2*	71.2	71.1*	58.2*
Bottom-Two-Boxes	31.9	31.7	33.9	25.0	33.5	30.5	48.6*	35.7*	18.6*	47.9*	28.0*	22.3*	24.0	27.6*	40.3*
weiss nicht / keine Angabe	1.8	1.6	2.1	1.9	1.2	2.2	2.9	1.3	2.0	2.2	1.5	0.5*	4.8	1.4	1.4
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.13	2.12	2.18	1.98	2.16	2.10	2.50	2.22	1.81	2.48	2.04	1.92	1.91	2.02	2.33

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 18

Q4 Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Für unsere Sicherheit ist es wichtig...

D ...dass wir den Linksextremismus stärker als bisher bekämpfen.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	25.1	27.9*	17.6*	19.2	25.7	24.5	16.2*	21.7*	34.3*	8.6*	28.7*	34.1*	38.5*	27.7*	18.1*
2 = eher einverstanden	37.4	38.2	35.6	34.6	37.6	37.3	44.5*	37.8	33.8	31.1*	39.0	40.7	27.9*	39.9*	35.6
3 = eher nicht einverstanden	23.0	21.7	26.0	28.8	23.8	22.3	27.2	24.3	19.1*	34.3*	20.2	17.9*	16.3	19.9*	29.6*
4 = gar nicht einverstanden	10.1	8.7*	13.8*	11.5	10.1	10.1	9.2	11.6	8.1	22.2*	6.3*	4.8*	8.7	7.4*	14.3*
Top-Two-Boxes	62.5	66.1*	53.3*	53.8	63.3	61.8	60.7	59.5*	68.0*	39.7*	67.8*	74.8*	66.3	67.6*	53.7*
Bottom-Two-Boxes	33.1	30.4*	39.8*	40.4	33.9	32.4	36.4	35.9*	27.2*	56.5*	26.4*	22.8*	25.0*	27.3*	43.9*
weiss nicht / keine Angabe	4.4	3.5*	6.9*	5.8	2.8*	5.8*	2.9	4.6	4.8	3.8	5.8	2.4*	8.7	5.1	2.4*
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.19	2.12	2.39	2.35	2.19	2.19	2.30	2.27	2.01	2.73	2.04	1.93	1.95	2.07	2.41

SICHERHEITSSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 19

Q4: Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Für unsere Sicherheit ist es wichtig...

E ...dass bei allen öffentlichen Gebäuden die Eingangskontrolle deutlich verschärft wird.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	16.2	14.6*	20.4*	19.2	14.3	17.9	9.8*	11.9*	25.7*	6.0*	19.9*	19.1	31.7*	18.8*	8.1*
2 = eher einverstanden	32.6	30.8*	35.6	44.2	30.7	34.3	34.1	30.6	35.0	20.6*	40.3*	33.2	40.4	34.0	27.9*
3 = eher nicht einverstanden	39.3	42.4*	31.8*	30.8	41.3	37.6	42.8	44.4*	29.7*	54.3*	31.0*	38.0	22.1*	37.2	47.3*
4 = gar nicht einverstanden	11.1	11.3	11.4	5.8	13.2*	9.2*	13.3	12.2	8.3*	18.4*	7.3*	9.4	5.8*	9.0*	15.8*
Top-Two-Boxes	48.8	45.4*	56.1*	63.5*	45.0*	52.1*	43.9	42.5*	60.7*	26.7*	60.2*	52.3	72.1*	52.9*	36.0*
Bottom-Two-Boxes	50.4	53.7*	43.3*	36.5*	54.5*	46.8*	56.1	56.7*	38.0*	72.7*	38.3*	47.5	27.9*	46.2*	63.0*
weiss nicht/ keine Angabe	0.8	0.9	0.7	.*	0.5	1.1	.*	0.8	1.3	0.6	1.5	0.2*	.*	0.9	1.0
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.46	2.51	2.34	2.23	2.54	2.38	2.60	2.57	2.21	2.86	2.26	2.38	2.02	2.37	2.71

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 20

Q4 Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Für unsere Sicherheit ist es wichtig...

F ...dass es der Polizei erlaubt ist, vermehrt Telefonate abzuhören.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	14.0	14.1	14.5	9.6	15.0	13.1	5.8*	11.0*	22.4*	6.3*	14.1	19.6*	24.0*	15.2	10.0*
2 = eher einverstanden	33.3	34.0	29.8	40.4	33.9	32.7	32.4	33.2	33.8	27.3*	35.3	36.3	33.7	34.6	30.8
3 = eher nicht einverstanden	31.4	31.7	30.1	34.6	30.0	32.7	36.4	32.7	27.2*	37.1*	31.7	26.9*	24.0	30.4	34.6
4 = gar nicht einverstanden	19.5	19.1	21.8	13.5	19.8	19.3	24.3	21.6	14.1*	27.3*	17.4	15.7*	14.4	18.2	22.7*
Top-Two-Boxes	47.3	48.1	44.3	50.0	48.9	45.8	38.2*	44.1*	56.2*	33.7*	49.4	55.9*	57.7*	49.8*	40.8*
Bottom-Two-Boxes	50.9	50.8	51.9	48.1	49.7	52.0	60.7*	54.3*	41.3*	64.4*	49.1	42.6*	38.5*	48.6	57.3*
weiss nicht / keine Angabe	1.8	1.2*	3.8*	1.9	1.4	2.2	1.2	1.6	2.5	1.9	1.5	1.5	3.8	1.5	1.9
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.57	2.56	2.62	2.53	2.55	2.59	2.80	2.66	2.34	2.87	2.53	2.39	2.30	2.52	2.71

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 21

Q4. Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Für unsere Sicherheit ist es wichtig...

G ...dass es der Polizei erlaubt ist, private Computer zu überwachen.

	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	14.6	15.4	12.5	12.7	16.3	4.6*	14.6	18.9*	4.8*	16.4	20.8*	25.0*	16.9*	8.8*
2 = eher einverstanden	32.2	33.8	29.4	31.0	33.2	27.2	33.2	32.7	30.8	33.8	31.5	30.8	33.7	29.8
3 = eher nicht einverstanden	30.8	31.4	28.7	32.1	29.7	38.2*	29.4	30.0	34.0	30.5	29.1	28.8	29.7	32.9
4 = gar nicht einverstanden	20.8	18.4*	26.6*	22.9	19.0	30.1*	21.3	16.1*	27.9*	18.4	17.7*	12.5*	18.2*	27.0*
Top-Two-Boxes	46.8	49.1*	41.9	43.7*	49.4*	31.8*	47.8	51.6*	35.6*	50.1	52.3*	55.8	50.6*	38.7*
Bottom-Two-Boxes	51.7	49.8*	55.4	55.0*	48.7*	68.2*	50.6	46.1*	61.9*	48.9	46.7*	41.3*	47.9*	59.9*
weiss nicht/ keine Angabe	1.6	1.0	2.8	1.2	1.9	.*	1.6	2.3	2.5	1.0	1.0	2.9	1.5	1.4
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.59	2.53	2.72	2.80	2.52	2.94	2.58	2.44	2.87	2.51	2.44	2.30	2.50	2.79

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 22

Q4 Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Für unsere Sicherheit ist es wichtig...

H ...dass Ausschreitungen bei Sportveranstaltungen vehement bekämpft und die Randalierer mit einer langen Haftstrafe bestraft werden.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	51,4	52,9	45,3*	61,5	52,0	50,9	42,2*	49,8	57,9*	30,5*	58,7*	61,0*	62,5*	56,5*	40,6*
2 = eher einverstanden	33,8	33,6	35,6	25,0	31,4	35,9	39,3	34,8	29,7*	41,6*	31,5	30,3	26,9	31,6	38,7*
3 = eher nicht einverstanden	12,1	10,9	15,9*	9,6	13,9	10,4	13,3	13,2	9,8	23,5*	7,1*	7,7*	5,8*	10,1*	16,9*
4 = gar nicht einverstanden	2,0	2,2	1,0	3,8	2,3	1,7	3,5	2,1	1,3	3,5	1,8	1,0*	2,9	1,2*	3,1
Top-Two-Boxes	85,2	86,5	81,0*	86,5	83,4	86,7	81,5	84,6	87,7	72,1*	90,2*	91,3*	89,4	88,1*	79,2*
Bottom-Two-Boxes	14,1	13,2	17,0	13,5	16,2*	12,2*	16,8	15,2	11,1*	27,0*	8,8*	8,7*	8,7*	11,3*	20,0*
weiss nicht / keine Angabe	0,8	0,3	2,1*	*	0,4	1,1	1,7	0,2*	1,3	1,0	1,0	*	1,9	0,6	0,7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Mittelwert	1,64	1,62	1,72	1,56	1,66	1,63	1,78	1,67	1,54	2,00	1,51	1,49	1,48	1,56	1,82

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 23

Q4. Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Für unsere Sicherheit ist es wichtig...

I ...dass die Polizei eine nicht bewilligte Demonstration gewaltsam auflösen darf.

Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	21.2	22.5	15.9*	21.5	20.9	13.3*	16.2*	32.5*	6.3*	24.2	31.0*	31.7*	23.2	15.0*
2 = eher einverstanden	33.8	33.1	34.6	35.6	32.1	38.2	32.9	33.2	27.3*	37.5	36.6	31.7	36.0	30.8
3 = eher nicht einverstanden	31.7	32.6	30.8	30.7	32.5	30.6	36.0*	25.2*	45.1*	26.7*	25.2*	22.1*	29.7	37.9*
4 = gar nicht einverstanden	12.2	10.9	16.3*	10.8	13.4	17.9*	13.8	7.1*	21.0*	10.1	6.3*	14.4	9.5*	15.5*
Top-Two-Boxes	54.9	55.5	50.5	69.2*	57.1	51.4	49.0*	65.7*	33.7*	61.7*	67.6*	63.5	59.2*	45.8*
Bottom-Two-Boxes	43.8	43.5	47.1	30.8*	41.4	48.6	49.8*	32.2*	66.0*	36.8*	31.5*	36.5	39.2*	53.5*
weiss nicht/ keine Angabe	1.3	0.9	2.4	1.4	1.1	1.1	1.1	2.0	0.3*	1.5	1.0	1.0	1.7	0.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.35	2.32	2.49	2.31	2.39	2.53	2.48	2.07	2.81	2.23	2.07	2.19	2.26	2.54

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 24

Q4 Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Für unsere Sicherheit ist es wichtig...

J ...dass die Armee zur Sicherung von Ruhe und Ordnung eingesetzt werden kann, wenn die Polizei überfordert ist.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH			F-CH	I-CH	Mann	Frau		links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	39.7	39.5	40.8	36.5	36.5*	42.5*	38.7	33.2*	50.4*	19.0*	46.3*	48.4*	51.0*	46.8*	26.0*
2 = eher einverstanden	36.6	36.6	34.9	46.2	34.4	38.5	40.5	39.8*	29.7*	35.2	39.0	35.4	34.6	35.4	38.4
3 = eher nicht einverstanden	14.9	16.3*	11.4*	11.5	17.8*	12.3*	11.6	16.3	14.1	25.7*	10.1*	11.4*	9.6	11.3*	22.0*
4 = gar nicht einverstanden	8.3	7.7	10.7	3.8	11.1*	5.7*	8.7	10.2*	5.0*	18.7*	3.8*	4.8*	4.8	5.6*	13.4*
Top-Two-Boxes	76.3	76.0	75.8	82.7	70.9*	81.0*	79.2	73.0*	80.1*	54.3*	85.4*	83.8*	85.6*	82.2*	64.4*
Bottom-Two-Boxes	23.2	24.0	22.1	15.4	28.9*	18.0*	20.2	26.5*	19.1*	44.4*	13.9*	16.2*	14.4*	16.9*	35.3*
weiss nicht / keine Angabe	0.6	-*	2.1*	1.9	0.2	0.9	0.6	0.5	0.8	1.3	0.8	-*	-*	0.9	0.2
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	1.92	1.92	1.92	1.82	2.04	1.81	1.90	2.04	1.74	2.45	1.71	1.73	1.68	1.75	2.23

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 25

Q4: Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Für unsere Sicherheit ist es wichtig...

K ...dass für Jugendliche der Ausgang nach Mitternacht verboten ist

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	12.8	12.0	14.2	17.3	10.8*	14.5*	8.1*	11.6	16.6*	6.0*	17.1*	13.3	25.0*	15.5*	5.7*
2 = eher einverstanden	20.1	18.5*	24.9*	19.2	18.5	21.5	14.5*	19.7	23.2	14.6*	23.2	20.3	20.2	23.8*	13.1*
3 = eher nicht einverstanden	32.8	34.8*	26.6*	32.7	33.0	32.5	28.3	35.1	31.0	29.2	33.2	35.6	30.8	31.3	35.6
4 = gar nicht einverstanden	32.7	33.4	31.1	28.8	36.3*	29.4*	48.0*	32.5	26.2*	48.6*	25.9*	28.6*	22.1*	27.4*	44.2*
Top-Two-Boxes	32.8	30.5*	39.1*	36.5	29.3*	36.0*	22.5*	31.3	39.8*	20.6*	40.3*	33.7	45.2*	39.3*	18.9*
Bottom-Two-Boxes	65.4	68.2*	57.8*	61.5	69.3*	61.9*	76.3*	67.6	57.2*	77.8*	59.2*	64.2	52.9*	58.7*	79.7*
weiss nicht / keine Angabe	1.8	1.3	3.1	1.9	1.4	2.1	1.2	1.1	3.0*	1.6	0.5*	2.2	1.9	2.0	1.4
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.87	2.91	2.77	2.75	2.96	2.78	3.18	2.90	2.69	3.22	2.68	2.81	2.51	2.72	3.20

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 26

Q5: Wie sehen Sie die nähere Zukunft - etwa die nächsten fünf Jahre - für die Schweiz? Sehr optimistisch, eher optimistisch, eher pessimistisch oder sehr pessimistisch?

Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr optimistisch	7.0	7.2	5.5	11.5	7.6	6.5	7.5	8.3	4.8*	7.0	5.8	7.3	10.6	6.6	6.4
2 = eher optimistisch	74.8	74.7	75.8	69.2	73.7	75.7	75.7	75.2	73.6	77.8	75.6	73.6	69.2	74.7	76.6
3 = eher pessimistisch	16.3	16.1	16.6	19.2	16.4	16.3	15.6	14.9	18.9	13.0*	16.9	17.9	15.4	16.6	16.0
4 = sehr pessimistisch	1.3	1.4	1.0	•*	1.6	0.9	1.2	1.0	1.8	0.6	1.3	1.2	2.9	1.5	0.5*
Top-Two-Boxes	81.8	82.0	81.3	80.8	81.3	82.1	83.2	83.5	78.3*	84.8	81.4	80.9	79.8	81.3	83.1
Bottom-Two-Boxes	17.6	17.5	17.6	19.2	18.0	17.2	16.8	15.9	20.7	13.7*	18.1	19.1	18.3	18.1	16.5
weiss nicht / keine Angabe	0.7	0.6	1.0	•*	0.7	0.6	•*	0.6	1.0	1.6	0.5	•*	1.9	0.6	0.5
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.12	2.12	2.13	2.08	2.12	2.12	2.10	2.09	2.18	2.07	2.14	2.13	2.11	2.13	2.11

SICHERHEITSSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 27

Q8. Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

A Die Schweiz sollte sich aktiv an der europäischen Integration beteiligen und der EU ohne Vorbehalte beitreten.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	4.3	3.0*	8.7*	1.9	3.7	4.9	2.9	3.8	5.8	5.7	5.5	2.4*	5.8	4.2	4.3
2 = eher einverstanden	12.4	11.2	15.9	13.5	12.0	12.8	12.1	13.3	11.1	25.1*	8.8*	6.1*	15.4	9.8*	16.2*
3 = eher nicht einverstanden	31.5	30.4	34.6	32.7	31.2	31.8	31.8	32.4	30.0	41.0*	35.5*	20.8*	25.0	32.7	30.3
4 = gar nicht einverstanden	50.6	54.6*	38.4*	51.9	52.6	48.8	52.6	50.0	50.6	27.3*	48.4	70.5*	48.1	52.7	48.2
Top-Two-Boxes	16.8	14.2*	24.6*	15.4	15.7	17.7	15.0	17.1	16.9	30.8*	14.4	8.5*	21.2	14.0*	20.5*
Bottom-Two-Boxes	82.1	85.0*	73.0*	84.6	83.8	80.6	84.4	82.4	80.6	68.3*	83.9	91.3*	73.1*	85.4*	78.5*
weiss nicht / keine Angabe	1.2	0.8	2.4	0.5*	1.7*	0.6	0.6	0.5*	2.5*	1.0	1.8	0.2*	5.8*	0.6	1.0
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	3.30	3.38	3.05	3.35	3.33	3.27	3.35	3.29	3.29	2.91	3.29	3.60	3.22	3.35	3.24

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 28

Q6.Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

B Die Schweiz sollte sich mehr als bisher der EU politisch annähern.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	7.7	6.8	10.4	7.7	7.9	7.4	6.9	7.9	7.6	16.8*	6.0	2.4*	9.6	6.6	8.8
2 = eher einverstanden	28.5	25.5*	37.4*	28.8	30.0	27.2	27.2	28.1	29.7	40.3*	26.4	22.5*	23.1	27.3	32.0
3 = eher nicht einverstanden	38.2	40.5*	30.8*	40.4	35.3	40.8	40.5	37.6	38.0	32.1*	44.3*	37.8	40.4	38.3	37.5
4 = gar nicht einverstanden	23.5	26.0*	16.3*	23.1	26.3*	21.0*	24.3	23.8	22.7	7.6*	20.4	37.3*	24.0	26.5*	18.4*
Top-Two-Boxes	36.2	32.2*	47.8*	36.5	37.9	34.6	34.1	36.0	37.3	57.1*	32.5	24.9*	32.7	33.9	40.8*
Bottom-Two-Boxes	61.7	66.5*	47.1*	63.5	61.6	61.8	64.7	61.4	60.7	39.7*	64.7	75.1*	64.4	64.8*	55.8*
weiss nicht / keine Angabe	2.2	1.3*	5.2*	*	0.5*	3.6*	1.2	2.5	2.0	3.2	2.8	*	2.9	1.4*	3.3
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.79	2.87	2.56	2.79	2.80	2.78	2.83	2.79	2.77	2.31	2.81	3.10	2.81	2.86	2.68

SICHERHEITSSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 29

Q8. Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

C Die Schweiz sollte der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419	
1 = sehr einverstanden	33.3	34.5	30.1	30.8	39.3*	27.8*	29.5	31.6	37.5*	28.3*	33.8	37.3*	33.7	32.7	33.9	
2 = eher einverstanden	47.0	47.1	47.1	44.2	44.1	49.6	46.2	50.5*	41.8*	47.0	50.1	44.3	40.4	49.1	45.1	
3 = eher nicht einverstanden	12.8	12.8	12.8	13.5	10.8*	14.7*	18.5*	11.7	12.1	14.6	11.3	12.6	18.3	11.9	13.4	
4 = gar nicht einverstanden	5.2	4.8	5.5	9.6	4.6	5.7	3.5	4.4	7.1	7.9*	3.3*	4.6	5.8	5.0	5.5	
Top-Two-Boxes	80.3	81.6	77.2	75.0	83.4*	77.4*	75.7	82.1	79.3	75.2*	83.9*	81.6	74.0	81.8	79.0	
Bottom-Two-Boxes	18.0	17.6	18.3	23.1	15.3*	20.4*	22.0	16.2	19.1	22.5*	14.6*	17.2	24.0	16.9	18.9	
weiss nicht / keine Angabe	1.8	0.8*	4.5*	1.9	1.2	2.2	2.3	1.7	1.5	2.2	1.5	1.2	1.9	1.4	2.1	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	1.90	1.88	1.93	2.02	1.80	1.98	1.96	1.89	1.88	2.02	1.84	1.84	1.96	1.89	1.90	

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 30

Q6.Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

D Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	25.1	22.2*	33.2*	26.9	27.5	22.9	16.8*	26.5	26.4	41.0*	19.1*	18.2*	18.3	18.8*	37.2*
2 = eher einverstanden	46.6	47.1	44.3	50.0	45.3	47.7	41.6	48.9	45.1	45.7	51.6*	44.6	40.4	48.5	44.6
3 = eher nicht einverstanden	21.8	24.0*	16.3*	15.4	20.8	22.6	33.5*	19.7	19.9	12.4*	22.4	28.3*	28.8	24.8*	15.0*
4 = gar nicht einverstanden	5.5	5.8	4.5	5.8	5.5	5.5	6.9	4.4	6.5	0.6*	5.8	8.0*	8.7	6.6	2.9*
Top-Two-Boxes	71.7	69.4*	77.5*	76.9	72.8	70.6	58.4*	75.4*	71.5	86.7*	70.8	62.7*	58.7*	67.3*	81.9*
Bottom-Two-Boxes	27.3	29.8*	20.8*	21.2	26.3	28.1	40.5*	24.1*	26.4	13.0*	28.2	36.3*	37.5*	31.5*	17.9*
weiss nicht / keine Angabe	1.1	0.8	1.7	1.9	0.9	1.3	1.2	0.5*	2.0	0.3*	1.0	1.0	3.8	1.2	0.2*
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.08	2.13	1.92	2.00	2.04	2.11	2.31	2.02	2.07	1.73	2.15	2.26	2.29	2.20	1.83

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 31

Q8. Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

E Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben.

	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	19.8	20.3	17.3	26.9	20.3	19.4	12.1*	18.4	25.4*	20.0	17.9	21.3	23.1	21.2	16.7*
2 = eher einverstanden	43.3	45.6*	36.7*	42.3	43.6	43.1	46.8	45.6	38.3*	46.3	41.1	45.0	46.2	41.0	46.5
3 = eher nicht einverstanden	21.8	19.9*	28.0*	17.3	22.0	21.5	24.3	21.1	21.7	19.7	24.7	20.6	15.4	21.4	23.9
4 = gar nicht einverstanden	12.3	12.5	12.8	5.8*	11.5	13.0	15.6	11.7	11.6	10.5	13.1	11.9	10.6	13.6	11.0
Top-Two-Boxes	63.2	65.9*	54.0*	69.2	63.8	62.6	59.0	64.0	63.7	66.3	58.9*	66.3	69.2	62.2	63.2
Bottom-Two-Boxes	34.0	32.4	40.8*	23.1	33.5	34.4	39.9	32.9	33.2	30.2	37.8	32.4	26.0	34.9	34.8
weiss nicht / keine Angabe	2.8	1.7*	5.2*	7.7	2.6	3.0	1.2*	3.2	3.0	3.5	3.3	1.2*	4.8	2.9	1.9
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.27	2.25	2.38	2.02	2.25	2.29	2.44	2.27	2.20	2.21	2.34	2.23	2.14	2.28	2.30

SICHERHEITSSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 32

Q6.Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

F Die Schweiz sollte auch bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	5.0	5.5	3.5	5.8	5.8	4.3	2.9	5.6	5.0	4.4	4.8	5.6	6.7	5.4	3.8
2 = eher einverstanden	17.8	17.2	17.0	32.7*	20.1	15.8	17.9	18.9	16.1	20.0	17.1	17.4	21.2	16.6	18.9
3 = eher nicht einverstanden	38.4	39.1	36.3	36.5	36.9	39.8	37.6	39.2	37.5	41.3	41.1	36.8	29.8*	38.7	39.9
4 = gar nicht einverstanden	36.5	36.4	39.4	21.2*	35.8	37.1	37.6	34.1	39.8	32.4	34.3	39.5	36.5	37.5	35.3
Top-Two-Boxes	22.8	22.7	20.4	36.5*	25.9*	20.1*	20.8	24.4	21.2	24.4	21.9	23.0	27.9	22.0	22.7
Bottom-Two-Boxes	74.9	75.6	75.8	59.6*	72.7	76.9	75.1	73.3	77.3	73.7	75.3	76.3	66.3	76.2	75.2
weiss nicht / keine Angabe	2.3	1.7	3.8	1.9	1.4	3.0	4.0	2.2	1.5	1.9	2.8	0.7*	5.8	1.8	2.1
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	3.09	3.08	3.16	2.76	3.04	3.13	3.14	3.04	3.14	3.04	3.08	3.11	3.02	3.10	3.09

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 33

Q8: Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

G Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	20.2	16.3*	32.5*	15.4	18.7	21.5	22.5	21.4	17.1	38.7*	15.9*	10.9*	18.3	16.4*	26.7*
2 = eher einverstanden	40.6	36.8*	51.2*	44.2	41.6	39.7	48.0*	41.4	36.0*	44.1	42.6	36.8	29.8*	39.6	44.6*
3 = eher nicht einverstanden	27.5	33.3*	10.7*	25.0	27.7	27.3	20.2*	27.9	30.0	13.7*	30.5	34.1*	38.5*	30.3*	20.0*
4 = gar nicht einverstanden	10.3	12.7*	2.8*	11.5	11.1	9.5	8.1	8.1*	14.6*	2.9*	9.1	17.2*	12.5	11.9*	7.4*
Top-Two-Boxes	60.8	53.1*	83.7*	59.6	60.3	61.1	70.5*	62.9	53.1*	82.9*	58.4	47.7*	48.1*	55.0*	71.4*
Bottom-Two-Boxes	37.8	46.0*	13.5*	36.5	38.8	36.8	28.3*	36.0	44.6*	16.5*	39.5	51.3*	51.0*	42.2*	27.4*
weiss nicht/ keine Angabe	1.5	0.9*	2.8	3.8	0.9	2.1	1.2	1.1	2.3	0.6	2.0	1.0	1.0	1.8	1.2
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.28	2.43	1.83	2.34	2.31	2.25	2.14	2.23	2.43	1.81	2.33	2.58	2.46	2.38	2.08

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 34

Q6.Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

H Die Schweiz sollte wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig von anderen Staaten bleiben.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	42.6	44.6*	36.3*	44.2	42.0	43.1	42.8	42.1	43.3	24.1*	44.8	55.2*	49.0	45.8*	35.6*
2 = eher einverstanden	38.1	38.0	38.8	36.5	37.7	38.4	37.0	38.9	37.3	38.4	41.3	34.1*	43.3	38.6	35.8
3 = eher nicht einverstanden	13.9	13.4	15.6	13.5	14.6	13.3	15.6	14.0	13.1	27.0*	8.8*	9.0*	4.8*	11.4*	20.5*
4 = gar nicht einverstanden	3.4	3.4	3.5	3.8	3.4	3.5	3.5	3.0	4.0	6.3*	3.8	0.7*	2.9	3.0	4.3
Top-Two-Boxes	80.7	82.5*	75.1*	80.8	79.7	81.5	79.8	81.0	80.6	62.5*	86.1*	89.3*	92.3*	84.3*	71.4*
Bottom-Two-Boxes	17.3	16.8	19.0	17.3	18.0	16.7	19.1	17.0	17.1	33.3*	12.6*	9.7*	7.7*	14.5*	24.8*
weiss nicht / keine Angabe	2.0	0.7*	5.9*	1.9	2.3	1.7	1.2	2.1	2.3	4.1*	1.3	1.0*	.*	1.2*	3.8*
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	1.78	1.75	1.85	1.76	1.79	1.77	1.80	1.77	1.77	2.16	1.71	1.55	1.62	1.71	1.93

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 35

Q8. Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

I Die Schweiz sollte einen Sitz im Sicherheitsrat, dem Führungsgremium von der Uno, anstreben.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	19.2	17.2*	22.8	30.8	17.3	20.9	13.3*	19.7	20.9	23.5*	22.2	13.1*	24.0	18.1	19.3
2 = eher einverstanden	43.6	42.8	46.0	42.3	43.2	43.9	46.8	43.0	43.1	51.7*	41.1	42.1	39.4	42.6	46.3
3 = eher nicht einverstanden	22.0	24.4*	15.9*	15.4	24.7*	19.6*	23.7	22.9	19.9	17.1*	20.4	27.6*	21.2	22.4	21.2
4 = gar nicht einverstanden	9.2	9.8	7.3	9.6	12.2*	6.5*	6.9	9.0	10.3	3.5*	8.3	13.3*	10.6	8.6	10.0
Top-Two-Boxes	62.8	60.1*	68.9*	73.1	60.5	64.8	60.1	62.7	64.0	75.2*	63.2	55.2*	63.5	60.7	65.6
Bottom-Two-Boxes	31.2	34.2*	23.2*	25.0	36.9*	26.1*	30.6	31.9	30.2	20.6*	28.7	40.9*	31.7	31.0	31.3
weiss nicht / keine Angabe	6.1	5.7	8.0	1.9*	2.6*	9.2*	9.2	5.4	5.8	4.1	8.1	3.9*	4.8	8.3*	3.1*
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.23	2.28	2.08	2.04	2.33	2.13	2.27	2.22	2.21	2.01	2.16	2.43	2.19	2.23	2.23

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 36

Q6.Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

J Die Schweiz sollte sich aktiv und an vorderster Front für die Anliegen von der Uno einsetzen.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	18.2	17.0	22.1	15.4	19.2	17.2	11.0*	19.5	19.1	27.6*	16.9	12.6*	16.3	14.8*	23.9*
2 = eher einverstanden	46.6	45.2	50.9	46.2	45.1	47.9	48.6	48.1	43.3	47.9	49.9	42.6*	39.4	48.9	44.6
3 = eher nicht einverstanden	23.1	25.3*	16.3*	25.0	24.5	21.8	29.5*	21.1	23.4	17.8*	21.2	30.8*	27.9	22.1	23.6
4 = gar nicht einverstanden	7.8	8.8*	4.8*	7.7	9.3	6.5	6.9	7.9	8.1	2.9*	6.8	12.6*	5.8	9.6*	5.5*
Top-Two-Boxes	64.8	62.2*	73.0*	61.5	64.4	65.1	59.5	67.6*	62.5	75.6*	66.8	55.2*	55.8	63.7	68.5*
Bottom-Two-Boxes	30.9	34.1*	21.1*	32.7	33.9*	28.3*	36.4	29.0	31.5	20.6*	28.0	43.3*	33.7	31.8	29.1
weiss nicht / keine Angabe	4.3	3.7	5.9	5.8	1.8*	6.6*	4.0	3.3	6.0	3.8	5.3	1.5*	10.6*	4.5	2.4*
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.22	2.27	2.04	2.27	2.24	2.19	2.34	2.18	2.22	1.96	2.19	2.44	2.26	2.28	2.11

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 37

Q7 Ich habe hier noch einmal einige Aussagen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte. Sagen Sie mir bitte zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

A Die Schweiz sollte der Uno Schweizer Friedensgruppen zur Verfügung stellen.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	11.9	10.6*	14.9	17.3	12.7	11.2	9.8	12.2	12.3	14.6	13.4	9.2*	17.3	11.3	11.5
2 = eher einverstanden	41.6	39.9	46.0	44.2	39.0	43.9	45.1	43.5	37.0*	48.9*	42.6	35.1*	35.6	42.3	42.7
3 = eher nicht einverstanden	27.3	29.3*	22.1*	21.2	30.2*	24.6*	30.6	25.6	28.5	19.7*	25.2	35.1*	26.9	26.4	27.7
4 = gar nicht einverstanden	16.0	17.7*	11.8*	11.5	17.1	15.0	12.7	15.2	18.6	13.0	14.6	19.1*	15.4	16.3	16.0
Top-Two-Boxes	53.5	50.5*	60.9*	61.5	51.7	55.1	54.9	55.7	49.4*	63.5*	55.9	44.3*	52.9	53.6	54.2
Bottom-Two-Boxes	43.3	47.0*	33.9*	32.7	47.3*	39.7*	43.4	40.8	47.1	32.7*	39.8	54.2*	42.3	42.6	43.7
weiss nicht / keine Angabe	3.3	2.4*	5.2	5.8	1.1*	5.2*	1.7	3.5	3.5	3.8	4.3	1.5*	4.8	3.8	2.1
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.49	2.55	2.32	2.29	2.52	2.46	2.47	2.45	2.55	2.32	2.43	2.65	2.42	2.49	2.49

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 38

Q7 Ich habe hier noch einmal einige Aussagen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte. Sagen Sie mir bitte zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

B Die Schweiz sollte eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee unterhalten.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	27.7	28.4	24.2	34.6	31.7*	24.0*	19.1*	22.1*	40.3*	10.8*	29.7	38.5*	44.2*	28.8	22.0*
2 = eher einverstanden	38.8	38.6	40.5	32.7	38.3	39.3	35.3	41.0	37.0	29.5*	44.6*	42.6	33.7	41.7*	34.8*
3 = eher nicht einverstanden	22.0	22.2	22.1	17.3	19.0*	24.6*	28.9*	24.8*	14.6*	36.8*	18.1*	13.6*	16.3	19.9	27.2*
4 = gar nicht einverstanden	9.7	10.0	8.3	11.5	9.0	10.3	16.2*	10.2	6.0*	20.3*	6.0*	4.6*	3.8*	8.4	13.4*
Top-Two-Boxes	66.5	67.1	64.7	67.3	70.0*	63.3*	54.3*	63.0*	77.3*	40.3*	74.3*	81.1*	77.9*	70.5*	56.8*
Bottom-Two-Boxes	31.7	32.2	30.4	28.8	28.0*	34.9*	45.1*	34.9*	20.7*	57.1*	24.2*	18.2*	20.2*	28.3*	40.6*
weiss nicht / keine Angabe	1.8	0.7*	4.8*	3.8	1.9	1.7	0.6*	2.1	2.0	2.5	1.5	0.7*	1.9	1.2	2.6
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.14	2.14	2.15	2.06	2.05	2.22	2.42	2.24	1.86	2.68	2.01	1.84	1.79	2.08	2.33

SICHERHEITSTUDIE 2013
ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 39

Q7 Ich habe hier noch einmal einige Aussagen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte. Sagen Sie mir bitte zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

C Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten.

	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	69.0	72.1*	59.5*	71.2	70.4	67.8	71.1	66.3*	72.3	53.0*	73.6*	77.5*	74.0	74.1*	59.2*
2 = eher einverstanden	24.8	22.0*	33.2*	23.1	23.6	25.8	22.0	27.0	22.4	33.0*	22.4	20.6*	20.2	20.8*	32.5*
3 = eher nicht einverstanden	4.1	4.4	3.1	3.8	3.9	4.3	4.6	4.6	3.0	9.8*	2.0*	1.5*	1.9	3.2	6.2*
4 = gar nicht einverstanden	1.2	0.8	2.4	.*	1.4	0.9	1.7	1.0	1.3	2.9*	0.5	0.5	1.9	0.6	1.9
Top-Two-Boxes	93.8	94.1	92.7	94.2	94.0	93.5	93.1	93.3	94.7	86.0*	96.0*	98.1*	94.2	94.9	91.6*
Bottom-Two-Boxes	5.3	5.2	5.5	3.8	5.3	5.2	6.4	5.6	4.3	12.7*	2.5*	1.9*	3.8	3.8*	8.1*
weiss nicht / keine Angabe	1.0	0.7	1.7	1.9	0.7	1.3	0.6	1.1	1.0	1.3	1.5	.*	1.9	1.4	0.2*
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	1.37	1.34	1.48	1.31	1.36	1.38	1.37	1.39	1.33	1.62	1.28	1.25	1.30	1.29	1.51

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 40

Q7 Ich habe hier noch einmal einige Aussagen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahrt und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte. Sagen Sie mir bitte zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

D Die Schweiz sollte sich der Nato annähern.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	4.3	4.0	5.2	3.8	4.4	4.1	2.9	4.4	4.5	5.4	5.0	2.9	6.7	4.7	2.9
2 = eher einverstanden	31.8	30.4	35.6	32.7	30.7	32.7	41.6*	29.7	30.7	27.3*	34.5	35.1	31.7	31.6	32.2
3 = eher nicht einverstanden	35.8	39.9*	25.3*	26.9	37.7	34.1	30.1	36.5	37.3	37.5	33.2	38.5	34.6	34.3	37.9
4 = gar nicht einverstanden	19.0	19.2	17.3	25.0	24.2*	14.4*	13.3*	21.3*	17.9	20.3	16.1	19.1	16.3	18.2	21.0
Top-Two-Boxes	36.0	34.3	40.8	36.5	35.1	36.8	44.5*	34.1	35.3	32.7	39.5	38.0	38.5	36.3	35.1
Bottom-Two-Boxes	54.8	59.1*	42.6*	51.9	61.9*	48.5*	43.4*	57.8*	55.2	57.8	49.4*	57.6	51.0	52.6	58.9*
weiss nicht / keine Angabe	9.2	6.5*	16.6*	11.5	3.0*	14.7*	12.1	8.1	9.6	9.5	11.1	4.4*	10.6	11.1*	6.0*
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.77	2.80	2.66	2.83	2.84	2.69	2.61	2.81	2.76	2.80	2.68	2.77	2.68	2.74	2.82

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 41

Q7 Ich habe hier noch einmal einige Aussagen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte. Sagen Sie mir bitte zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

E Die Schweiz sollte der Nato beitreten.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	2.9	2.3	5.2*	*	3.5	2.4	2.3	3.0	3.0	4.8	3.5	1.2*	6.7	2.9	1.9
2 = eher einverstanden	16.3	15.4	18.3	21.2	14.1*	18.3*	27.2*	14.9	13.9	14.6	16.4	18.4	13.5	16.7	16.0
3 = eher nicht einverstanden	33.3	33.9	31.1	34.6	32.8	33.6	33.5	32.4	34.5	33.0	34.8	33.7	27.9	35.5	31.0
4 = gar nicht einverstanden	37.3	40.3*	29.4*	32.7	46.9*	28.8*	22.5*	41.3*	37.5	37.1	32.5*	42.6*	37.5	32.5*	45.1*
Top-Two-Boxes	19.3	17.7*	23.5*	21.2	17.6	20.7	29.5*	17.9	16.9	19.4	19.9	19.6	20.2	19.6	17.9
Bottom-Two-Boxes	70.6	74.2*	60.6*	67.3	79.7*	62.4*	56.1*	73.7*	72.0	70.2	67.3	76.3*	65.4	68.1*	76.1*
weiss nicht / keine Angabe	10.2	8.1*	15.9*	11.5	2.6*	16.9*	14.5	8.4*	11.1	10.5	12.8*	4.1*	14.4	12.3*	6.0*
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	3.17	3.22	3.01	3.13	3.26	3.07	2.89	3.22	3.20	3.15	3.10	3.23	3.12	3.12	3.27

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 42

Q7 Ich habe hier noch einmal einige Aussagen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte. Sagen Sie mir bitte zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

F Die Schweiz sollte sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	17.7	18.5	12.1*	34.6*	20.3*	15.3*	9.8*	14.1*	26.7*	7.3*	22.2*	22.3*	35.6*	19.0	11.5*
2 = eher einverstanden	29.6	31.2*	23.9*	34.6	28.0	31.0	28.9	28.9	31.0	17.8*	29.2	37.3*	31.7	32.4*	24.1*
3 = eher nicht einverstanden	34.6	34.1	37.4	26.9	34.9	34.3	40.5	38.1*	26.4*	41.9*	34.0	30.3*	17.3*	34.2	39.6*
4 = gar nicht einverstanden	14.2	13.3	19.0*	1.9*	15.0	13.4	15.0	15.1	12.3	26.7*	11.1*	8.5*	10.6	10.4*	21.0*
Top-Two-Boxes	47.3	49.7*	36.0*	69.2*	48.3	46.3	38.7*	43.0*	57.7*	25.1*	51.4*	59.6*	67.3*	51.4*	35.6*
Bottom-Two-Boxes	48.8	47.4	56.4*	28.8*	49.9	47.7	55.5	53.2*	38.8*	68.6*	45.1	38.7*	27.9*	44.6*	60.6*
weiss nicht / keine Angabe	4.0	2.9*	7.6*	1.9	1.8*	6.0*	5.8	3.8	3.5	6.3*	3.5	1.7*	4.8	4.1	3.8
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.47	2.43	2.69	1.96	2.45	2.49	2.64	2.56	2.25	2.94	2.35	2.25	2.03	2.38	2.73

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 43

Q7 Ich habe hier noch einmal einige Aussagen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte. Sagen Sie mir bitte zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

G Die Schweiz sollte mehr eine aktive Rolle spielen bei internationalen Konferenzen.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	21.2	18.5*	28.7*	23.1	23.1	19.4	13.3*	21.1	24.7*	29.2*	20.9	15.5*	25.0	18.8*	23.6
2 = eher einverstanden	53.3	53.3	52.2	59.6	52.7	53.9	59.5	54.1	49.4	56.2	55.9	48.9*	50.0	52.7	55.8
3 = eher nicht einverstanden	18.3	21.5*	10.4*	9.6*	17.6	19.0	22.0	18.6	16.4	11.7*	15.1*	26.4*	19.2	19.9	15.5
4 = gar nicht einverstanden	4.0	4.5	2.8	1.9	4.4	3.6	2.3	3.8	5.0	0.6*	4.3	6.8*	4.8	4.1	3.6
Top-Two-Boxes	74.5	71.8*	81.0*	82.7	75.8	73.3	72.8	75.2	74.1	85.4*	76.8	64.4*	75.0	71.5*	79.5*
Bottom-Two-Boxes	22.3	26.1*	13.1*	11.5*	22.0	22.6	24.3	22.4	21.4	12.4*	19.4	33.2*	24.0	23.9	19.1*
weiss nicht / keine Angabe	3.2	2.1*	5.9*	5.8	2.1*	4.1*	2.9	2.4	4.5	2.2	3.8	2.4	1.0*	4.5*	1.4*
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.05	2.12	1.86	1.90	2.03	2.07	2.14	2.05	2.02	1.83	2.03	2.25	2.04	2.10	1.99

SICHERHEITSSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 44

Q7 Ich habe hier noch einmal einige Aussagen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte. Sagen Sie mir bitte zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

H Die Schweiz sollte sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		Region			Mann	Frau	Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH			18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	10.5	12.5*	4.2*	13.5	10.6	10.4	5.2*	8.7*	15.6*	3.8*	13.1*	11.9	14.4	11.9	7.4*
2 = eher einverstanden	24.2	25.6	15.2*	50.0*	25.0	23.4	25.4	24.0	23.9	15.2*	27.5	28.3*	38.5*	25.8	17.4*
3 = eher nicht einverstanden	41.7	43.0	40.1	28.8*	41.4	41.9	43.4	44.0	37.3*	47.0*	40.3	40.9	23.1*	42.9	44.9
4 = gar nicht einverstanden	19.1	16.2*	30.1*	5.8*	20.5	17.9	23.1	19.8	16.1	31.1*	13.6*	15.5*	16.3	14.3*	27.4*
Top-Two-Boxes	34.7	38.1*	19.4*	63.5*	35.6	33.8	30.6	32.7	39.5*	19.0*	40.6*	40.2*	52.9*	37.7*	24.8*
Bottom-Two-Boxes	60.8	59.1	70.2*	34.6*	61.9	59.7	66.5	63.8*	53.4*	78.1*	53.9*	56.4*	39.4*	57.2*	72.3*
weiss nicht / keine Angabe	4.6	2.8*	10.4*	1.9	2.5*	6.5*	2.9	3.5	7.1*	2.9	5.5	3.4	7.7	5.1	2.9*
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.73	2.65	3.07	2.27	2.74	2.72	2.87	2.78	2.58	3.08	2.58	2.62	2.45	2.63	2.95

SICHERHEITSTUDIE 2013
ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 45
Nun kommen wir zu einem neuen Thema, der Schweizer Armee Q8. Über die Bedeutung des Militärs für die Schweiz gibt es heute verschiedene Ansichten. Drei davon nenne ich Ihnen. Sagen Sie mir bitte, welcher Sie am ehesten zustimmen können:

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
Das Militär spielt im schweizerischen Leben eine zentrale Rolle und dies ist auch gut so.	39.0	41.4*	31.5*	40.4	41.1	37.1	27.7*	35.2*	49.9*	13.7*	44.1*	53.5*	60.6*	44.3*	25.5*
Das Militär ist ein notwendiges Übel.	42.8	40.5*	50.5*	38.5	43.2	42.5	41.0	45.6*	39.3	44.4	45.6	40.7	29.8*	41.0	48.7*
Das Militär könnte ruhig abgeschafft werden.	17.1	17.1	16.6	19.2	15.2	18.8	30.6*	18.1	9.6*	40.6*	9.3*	5.1*	8.7*	13.4*	25.3*
weiss nicht / keine Angabe	1.1	0.9	1.4	1.9	0.5	1.6	0.6	1.1	1.3	1.3	1.0	0.7	1.0	1.4	0.5
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 46

Q9: Wie wichtig ist es Ihnen, dass die Schweiz eine starke Armee hat? Verwenden Sie hierzu wieder eine Skala von 1 bis 10. 1 bedeutet "überhaupt nicht wichtig" und 10 "sehr wichtig". Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = überhaupt nicht wichtig	10.4	10.5	10.4	9.6	10.1	10.7	16.2*	11.3	6.5*	23.8*	6.3*	2.9*	3.8*	8.6*	14.8*
2	3.8	3.8	4.2	1.9	3.4	4.3	6.4	4.8	1.3*	11.1*	1.3*	1.2*	2.9	1.8*	7.4*
3	5.7	5.6	6.2	3.8	5.3	6.0	6.9	6.2	4.3	9.8*	4.5	3.1*	2.9	4.8	7.6*
4	4.2	3.7	5.9	1.9	3.9	4.4	7.5	4.4	2.3*	6.3*	3.3	3.1	1.9	3.9	5.0
5	13.3	12.1	17.6*	7.7	10.2*	16.0*	11.6	13.5	13.6	13.3	18.1*	8.5*	17.3	13.7	11.7
6	10.3	10.9	9.3	5.8	10.1	10.6	12.1	11.1	8.3	12.7	8.6	10.7	5.8*	11.7	9.1
7	13.8	13.9	12.1	21.2	14.6	13.0	14.5	15.1	11.3	7.9*	15.9	16.7*	9.6	12.7	16.5
8	17.3	18.0	14.9	19.2	20.6*	14.4*	11.0*	17.9	19.1	9.2*	21.7*	19.6	17.3	18.5	15.3
9	4.8	5.1	3.1	7.7	4.1	5.4	6.4	4.1	5.0	2.2*	4.3	7.7*	7.7	5.1	3.6
10 = sehr wichtig	16.3	16.1	15.9	21.2	17.6	15.0	6.9*	11.4*	28.0*	3.2*	16.1	25.9*	30.8*	18.7*	9.1*
Bottom-Three-Boxes	19.9	19.9	20.8	15.4	18.7	21.0	29.5*	22.2*	12.1*	44.8*	12.1*	7.3*	9.6*	15.2*	29.8*
Top-Three-Boxes	38.3	39.2	33.9	48.1	42.3*	34.8*	24.3*	33.5*	52.1*	14.6*	42.1	53.3*	55.8*	42.3*	27.9*
weiss nicht / keine Angabe	0.3	0.2	0.3	-	0.2	0.3	0.6	0.2	0.3	0.3	-	0.5	-	0.5	-
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	6.22	6.26	5.98	6.88	6.41	6.04	5.29	5.93	7.08	4.26	6.62	7.40	7.30	6.54	5.46

SICHERHEITSTUDIE 2013
ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 47
Q10.Gibt Ihrer Meinung nach die Schweiz viel zu viel, zu viel, gerade richtig, zu wenig oder viel zu wenig Geld für die Verteidigung aus?

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH			Mann	Frau				links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
			F-CH	I-CH			18-29	30-59	60+						
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = viel zu viel	14.0	12.6*	18.7*	11.5	13.9	14.1	20.8*	15.9*	8.1*	26.7*	10.1*	6.5*	9.6	11.6*	18.9*
2 = zu viel	28.3	27.7	28.7	36.5	24.2*	32.1*	41.6*	28.7	21.9*	43.2*	23.9*	21.5*	23.1	28.2	30.1
3 = gerade richtig	44.3	44.9	42.6	44.2	46.9	42.0	27.2*	43.3	53.4*	24.4*	51.1*	54.5*	51.0	47.1*	37.9*
4 = zu wenig	7.8	9.5*	3.8*	1.9*	11.1*	4.9*	6.4	6.2*	11.1*	2.9*	7.1	12.8*	10.6	7.5	7.9
5 = viel zu wenig	1.3	1.3	1.4	1.9	1.9	0.8	1.2	1.3	1.5	0.6	1.0	2.4*	1.9	0.9	1.9
Top-Two-Boxes	42.3	40.3*	47.4*	48.1	38.1*	46.1*	62.4*	44.6	30.0*	69.8*	34.0*	28.1*	32.7*	39.8*	48.9*
Bottom-Two-Boxes	9.2	10.8*	5.2*	3.8*	13.1*	5.7*	7.5	7.5*	12.6*	3.5*	8.1	15.3*	12.5	8.4	9.8
weiss nicht / keine Angabe	4.2	4.0	4.8	3.8	1.9*	6.2*	2.9	4.6	4.0	2.2*	6.8*	2.2*	3.8	4.7	3.3
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.52	2.58	2.37	2.44	2.62	2.43	2.23	2.46	2.75	2.06	2.62	2.83	2.71	2.56	2.42

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 48

Q11: Alles in allem, wie zufrieden sind Sie mit der Leistung von der Schweizer Armee? Bitte geben Sie mir auf einer Skala von 1 bis 10 an, wie zufrieden Sie sind. 1 bedeutet, dass Sie überhaupt nicht zufrieden sind, 10 bedeutet, dass Sie sehr zufrieden sind.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		Region			Mann	Frau	Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH			18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = überhaupt nicht zufrieden	4.8	4.3	6.6	3.8	5.6	4.1	7.5	5.1	3.3	8.9*	4.0	2.2*	3.8	3.0*	7.9*
2	3.0	2.9	3.8	.*	2.8	3.2	4.6	3.3	1.8*	5.1*	2.5	2.2	1.9	1.8*	5.3*
3	5.1	5.1	4.8	5.8	6.3	3.9	8.1	5.6	3.0*	10.2*	3.5	2.9*	1.0*	3.6*	8.4*
4	6.5	6.6	6.9	1.9*	7.1	6.0	7.5	7.3	4.8	10.8*	5.3	4.8	3.8	5.4	9.1*
5	17.3	16.3	19.4	21.2	15.7	18.6	18.5	16.7	17.6	20.3	20.2	11.4*	15.4	17.2	17.9
6	12.1	14.0*	6.9*	9.6	13.1	11.2	12.7	12.9	10.6	11.1	11.6	15.0*	10.6	12.8	11.2
7	17.7	18.2	16.6	15.4	20.6*	15.0*	22.5	16.5	17.4	12.1*	17.9	23.0*	17.3	17.6	17.4
8	16.8	16.5	16.6	23.1	16.8	16.9	8.7*	17.1	19.9	9.5*	18.1	20.1*	25.0*	20.0*	9.8*
9	4.7	4.7	4.8	3.8	3.4*	5.8*	3.5	4.3	5.8	3.2	4.3	6.8*	4.8	5.9*	2.9*
10 = sehr zufrieden	5.8	5.9	3.8	15.4	5.6	6.0	2.9*	4.9	8.6*	1.6*	7.1	7.0	13.5*	5.9	3.8*
Bottom-Three-Boxes	12.9	12.3	15.2	9.6	14.8	11.2	20.2*	14.0	8.1*	24.1*	10.1*	7.3*	6.7*	8.4*	21.5*
Top-Three-Boxes	27.3	27.1	25.3	42.3*	25.7	28.8	15.0*	26.3	34.3*	14.3*	29.5	33.9*	43.3*	31.8*	16.5*
weiss nicht / keine Angabe	6.3	5.5	9.7*	.*	3.0*	9.2*	3.5*	6.3	7.3	7.3	5.5	4.6	2.9*	6.8	6.4
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	6.07	6.11	5.82	6.73	5.98	6.16	5.46	5.96	6.53	5.03	6.25	6.65	6.85	6.40	5.35

SICHERHEITSTUDIE 2013
ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 49
Q12:Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie heute in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
Milizarmee auch in Zukunft genügend	56.0	60.5*	40.8*	65.4	59.4*	52.9*	45.7*	51.1*	68.3*	43.2*	58.2	66.6*	53.8	57.2	53.7
wir würden eine Berufsarmee brauchen	37.3	33.1*	51.2*	30.8	37.0	37.6	48.0*	42.5*	24.4*	49.2*	34.3	30.8*	40.4	36.0	39.4
wais nicht / keine Angabe	6.7	6.4	8.0	3.8	3.5*	9.5*	6.4	6.3	7.3	7.6	7.6	2.7*	5.8	6.8	6.9
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

SICHERHEITSSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 50

Q13: Die Schweiz kennt eine allgemeine Wehrpflicht für Männer. Das heisst, jeder taugliche junge Schweizer muss Militärdienst leisten. Über die positiven und die negativen Seiten der allgemeinen Wehrpflicht kann diskutiert werden. Ich nenne Ihnen verschiedene positive und negative Aussagen zur allgemeinen Wehrpflicht. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, oder gar nicht einverstanden sind. Die allgemeine Wehrpflicht ist gut, weil sie ... fördert.

A die Kameradschaft

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	37.2	39.6*	30.4*	34.6	38.6	35.9	31.8	33.3*	45.6*	19.4*	41.8*	47.2*	51.0*	40.2*	29.1*
2 = eher einverstanden	47.2	46.3	49.5	48.1	46.7	47.6	53.2	48.4	42.6*	50.5	46.6	45.0	35.6*	47.0	50.4
3 = eher nicht einverstanden	9.2	9.0	10.0	7.7	8.8	9.5	9.2	11.0*	6.3*	18.1*	6.5*	4.8*	9.6	6.9*	12.6*
4 = gar nicht einverstanden	5.2	4.1*	7.6	9.6	4.8	5.5	5.2	6.3*	3.3*	10.2*	3.8	2.2*	2.9	4.2	6.9
Top-Two-Boxes	84.3	85.9*	79.9*	82.7	85.4	83.4	85.0	81.7*	88.2*	69.8*	88.4*	92.3*	86.5	87.2*	79.5*
Bottom-Two-Boxes	14.3	13.0	17.6	17.3	13.6	15.0	14.5	17.3*	9.6*	28.3*	10.3*	7.0*	12.5	11.1*	19.6*
weiss nicht / keine Angabe	1.3	1.0	2.4	•*	1.1	1.6	0.6	1.0	2.3	1.9	1.3	0.7	1.0	1.7	1.0
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	1.82	1.77	1.95	1.92	1.80	1.84	1.88	1.90	1.66	2.19	1.72	1.62	1.64	1.75	1.97

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 51

Q13: Die Schweiz kennt eine allgemeine Wehrpflicht für Männer. Das heisst, jeder taugliche junge Schweizer muss Militärdienst leisten. Über die positiven und die negativen Seiten der allgemeinen Wehrpflicht kann diskutiert werden. Ich nenne Ihnen verschiedene positive und negative Aussagen zur allgemeinen Wehrpflicht. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Die allgemeine Wehrpflicht ist gut, weil sie ... fördert.

B die Selbstständigkeit

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	25.9	28.1*	19.7*	25.0	24.0	27.6	23.1	20.8*	35.3*	10.2*	31.2*	33.9*	43.3*	29.4*	16.2*
2 = eher einverstanden	36.6	36.0	37.4	42.3	35.8	37.3	35.3	37.1	36.3	26.0*	40.6*	39.5	40.4	39.2*	31.7*
3 = eher nicht einverstanden	21.6	21.7	21.8	19.2	24.5*	19.0*	23.7	25.1*	15.1*	34.6*	16.9*	17.4*	8.7*	17.6*	30.8*
4 = gar nicht einverstanden	13.7	12.3*	18.0*	11.5	13.9	13.4	17.3	15.2	9.6*	28.3*	8.6*	7.7*	4.8*	11.3*	19.6*
Top-Two-Boxes	62.5	64.0	57.1*	67.3	59.8	64.9	58.4	57.9*	71.5*	36.2*	71.8*	73.4*	83.7*	68.5*	48.0*
Bottom-Two-Boxes	35.3	34.0	39.8	30.8	38.4*	32.4*	41.0	40.3*	24.7*	62.9*	25.4*	25.2*	13.5*	28.9*	50.4*
weiss nicht / keine Angabe	2.3	2.0	3.1	1.9	1.8	2.7	0.6*	1.7	3.8*	1.0*	2.8	1.5	2.9	2.6	1.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.24	2.19	2.39	2.18	2.29	2.19	2.35	2.35	1.99	2.82	2.03	1.99	1.74	2.11	2.55

SICHERHEITSSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 52

Q13: Die Schweiz kennt eine allgemeine Wehrpflicht für Männer. Das heisst, jeder taugliche junge Schweizer muss Militärdienst leisten. Über die positiven und die negativen Seiten der allgemeinen Wehrpflicht kann diskutiert werden. Ich nenne Ihnen verschiedene positive und negative Aussagen zur allgemeinen Wehrpflicht. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, oder gar nicht einverstanden sind. Die allgemeine Wehrpflicht ist gut, weil sie ... fördert.

C die Disziplin

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	33.6	33.9	31.1	42.3	32.6	34.4	28.9	28.1*	44.3*	15.6*	40.1*	40.4*	45.2*	38.0*	23.9*
2 = eher einverstanden	45.4	45.9	45.0	40.4	44.3	46.4	47.4	47.5	41.3*	47.0	45.6	45.3	42.3	45.2	46.8
3 = eher nicht einverstanden	12.5	12.7	12.5	9.6	12.9	12.2	13.3	15.1*	8.1*	20.6*	8.6*	10.7	7.7	11.1	15.8*
4 = gar nicht einverstanden	7.5	6.6	10.0	7.7	9.0	6.2	10.4	8.9	4.0*	16.2*	4.8*	3.1*	2.9*	4.7*	13.1*
Top-Two-Boxes	79.0	79.7	76.1	82.7	76.9	80.9	76.3	75.6*	85.6*	62.5*	85.6*	85.7*	87.5*	83.1*	70.6*
Bottom-Two-Boxes	20.0	19.3	22.5	17.3	21.9	18.3	23.7	24.0*	12.1*	36.8*	13.4*	13.8*	10.6*	15.8*	28.9*
weiss nicht / keine Angabe	1.0	0.9	1.4	•*	1.2	0.8	•*	0.5	2.3*	0.6	1.0	0.5	1.9	1.1	0.5
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	1.94	1.92	2.01	1.83	1.98	1.90	2.05	2.05	1.71	2.38	1.78	1.76	1.68	1.82	2.18

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 53

Q13: Die Schweiz kennt eine allgemeine Wehrpflicht für Männer. Das heisst, jeder taugliche junge Schweizer muss Militärdienst leisten. Über die positiven und die negativen Seiten der allgemeinen Wehrpflicht kann diskutiert werden. Ich nenne Ihnen verschiedene positive und negative Aussagen zur allgemeinen Wehrpflicht. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Die allgemeine Wehrpflicht ist gut, weil sie ... fördert:

D die gesellschaftliche Verantwortung

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	25.3	24.6	23.9	44.2*	25.2	25.3	19.7*	19.8*	36.3*	13.0*	29.2*	31.0*	33.7	29.4*	16.7*
2 = eher einverstanden	45.1	46.0	43.9	36.5	45.1	45.0	45.1	48.7*	39.3*	35.9*	47.4	50.6*	44.2	45.6	43.7
3 = eher nicht einverstanden	19.5	20.5	18.0	11.5	20.6	18.5	23.7	20.8	15.6*	33.0*	15.4*	14.3*	16.3	15.5*	27.2*
4 = gar nicht einverstanden	7.9	7.1	10.4	7.7	7.8	8.1	10.4	9.0	5.0*	16.5*	5.8*	2.7*	3.8*	6.6	11.2*
Top-Two-Boxes	70.3	70.5	67.8	80.8	70.4	70.3	64.7	88.6	75.6*	48.9*	76.6*	81.6*	77.9	75.0*	60.4*
Bottom-Two-Boxes	27.4	27.6	28.4	19.2	28.4	26.5	34.1*	29.8*	20.7*	49.5*	21.2*	16.9*	20.2	22.1*	38.4*
weiss nicht / keine Angabe	2.3	1.9	3.8	.*	1.2*	3.2*	1.2	1.6	3.8*	1.6	2.3	1.5	1.9	2.9	1.2*
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.10	2.10	2.15	1.83	2.11	2.10	2.25	2.19	1.89	2.54	1.98	1.88	1.90	1.99	2.33

SICHERHEITSSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 54

Q13: Die Schweiz kennt eine allgemeine Wehrpflicht für Männer. Das heisst, jeder taugliche junge Schweizer muss Militärdienst leisten. Über die positiven und die negativen Seiten der allgemeinen Wehrpflicht kann diskutiert werden. Ich nenne Ihnen verschiedene positive und negative Aussagen zur allgemeinen Wehrpflicht. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Die allgemeine Wehrpflicht ist gut, weil sie ... fördert.

E den Durchfallwerten

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	29.6	33.4*	18.3*	28.8	30.9	28.4	24.9	24.9*	39.0*	14.6*	34.8*	37.0*	40.4*	34.5*	19.1*
2 = eher einverstanden	42.6	41.9	43.9	46.2	42.2	43.0	46.8	43.3	39.5	41.0	42.6	43.8	39.4	40.8	46.3
3 = eher nicht einverstanden	18.4	17.8	20.8	15.4	18.7	18.2	21.4	20.6*	13.6*	26.7*	15.6	15.5	11.5*	16.9	22.4*
4 = gar nicht einverstanden	7.2	5.0*	13.1*	9.6	6.9	7.4	5.2	9.7*	4.0*	15.2*	5.5	2.2*	4.8	5.4*	10.5*
Top-Two-Boxes	72.2	75.3*	62.3*	75.0	73.0	71.4	71.7	68.3*	78.6*	55.6*	77.3*	80.9*	79.8*	75.3*	65.4*
Bottom-Two-Boxes	25.6	22.8*	33.9*	25.0	25.6	25.6	26.6	30.3*	17.6*	41.9*	21.2*	17.7*	16.3*	22.3*	32.9*
weiss nicht / keine Angabe	2.3	1.9	3.8	•*	1.4	3.0	1.7	1.4*	3.8*	2.5	1.5	1.5	3.8	2.4	1.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.03	1.94	2.30	2.06	2.02	2.05	2.07	2.15	1.82	2.44	1.92	1.83	1.80	1.93	2.25

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 55

Q13.Die Schweiz kennt eine allgemeine Wehrpflicht für Männer. Das heisst, jeder taugliche junge Schweizer muss Militärdienst leisten. Über die positiven und die negativen Seiten der allgemeinen Wehrpflicht kann diskutiert werden. Ich nenne Ihnen verschiedene positive und negative Aussagen zur allgemeinen Wehrpflicht. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Die allgemeine Wehrpflicht ist gut, weil sie ... fördert.

F die Fähigkeit, sich unterzuordnen

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	19.9	21.4*	14.2*	26.9	21.5	18.5	13.3*	15.4*	30.0*	11.1*	19.4	27.1*	31.7*	21.2	15.0*
2 = eher einverstanden	37.7	39.5*	32.2*	38.5	38.1	37.3	38.2	38.1	36.8	29.5*	44.6*	38.3	32.7	39.9	35.3
3 = eher nicht einverstanden	26.3	26.0	28.0	21.2	24.9	27.5	27.7	27.8	23.2	30.5	22.9	26.6	24.0	25.2	28.2
4 = gar nicht einverstanden	13.8	11.1*	22.5*	9.6	13.9	13.6	19.7*	16.3*	7.1*	26.0*	10.3*	6.8*	7.7*	11.3*	19.3*
Top-Two-Boxes	57.6	60.9*	46.4*	65.4	59.6	55.8	51.4	53.5*	66.8*	40.6*	64.0*	65.4*	64.4	61.1*	50.4*
Bottom-Two-Boxes	40.0	37.0*	50.5*	30.8	38.8	41.1	47.4*	44.1*	30.2*	56.5*	33.2*	33.4*	31.7	36.4*	47.5*
weiss nicht / keine Angabe	2.4	2.1	3.1	3.8	1.6	3.2	1.2	2.4	3.0	2.9	2.8	1.2*	3.8	2.4	2.1
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.35	2.27	2.61	2.14	2.32	2.37	2.54	2.46	2.08	2.74	2.25	2.13	2.08	2.27	2.53

SICHERHEITSSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 56

Q13: Die Schweiz kennt eine allgemeine Wehrpflicht für Männer. Das heisst, jeder taugliche junge Schweizer muss Militärdienst leisten. Über die positiven und die negativen Seiten der allgemeinen Wehrpflicht kann diskutiert werden. Ich nenne Ihnen verschiedene positive und negative Aussagen zur allgemeinen Wehrpflicht. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Die allgemeine Wehrpflicht ist gut, weil sie ... fördert.

G den gegenseitigen Respekt

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	29.8	29.6	29.8	34.6	31.6	28.3	19.7*	26.0*	40.3*	14.9*	35.5*	35.6*	50.0*	32.5*	20.8*
2 = eher einverstanden	42.6	43.1	42.6	34.6	42.9	42.3	45.1	44.3	38.8	35.6*	44.3	47.0*	30.8*	44.9	41.5
3 = eher nicht einverstanden	17.3	18.0	14.2	21.2	16.8	17.7	21.4	18.7	13.1*	29.2*	12.1*	13.8*	12.5	14.3*	23.2*
4 = gar nicht einverstanden	8.3	7.2*	12.1*	5.8	7.8	8.8	12.7	9.4	4.8*	17.5*	6.8	2.2*	4.8	6.2*	12.6*
Top-Two-Boxes	72.4	72.6	72.3	69.2	74.4	70.6	64.7*	70.3	79.1*	50.5*	79.8*	82.6*	80.8*	77.4*	62.3*
Bottom-Two-Boxes	25.6	25.3	26.3	26.9	24.5	26.5	34.1*	28.1*	17.9*	46.7*	18.9*	16.0*	17.3*	20.5*	35.8*
weiss nicht / keine Angabe	2.0	2.1	1.4	3.8	1.1*	2.8*	1.2	1.6	3.0	2.9	1.3	1.5	1.9	2.1	1.9
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.04	2.03	2.09	1.98	2.01	2.07	2.27	2.12	1.82	2.51	1.90	1.82	1.72	1.94	2.28

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 57

Q13: Die Schweiz kennt eine allgemeine Wehrpflicht für Männer. Das heisst, jeder taugliche junge Schweizer muss Militärdienst leisten. Über die positiven und die negativen Seiten der allgemeinen Wehrpflicht kann diskutiert werden. Ich nenne Ihnen verschiedene positive und negative Aussagen zur allgemeinen Wehrpflicht. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Die allgemeine Wehrpflicht ist gut, weil sie ... fördert.

H das Pflichtbewusstsein

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	29.9	30.5	26.3	40.4	30.9	29.1	20.8*	24.1*	43.1*	13.3*	32.5	39.7*	47.1*	33.4*	19.8*
2 = eher einverstanden	42.8	43.9	40.8	36.5	42.5	43.1	47.4	43.8	39.3	38.7	46.9*	43.8	38.5	42.0	45.3
3 = eher nicht einverstanden	17.7	17.8	17.6	15.4	17.8	17.5	17.9	21.7*	11.1*	28.6*	13.6*	13.6*	6.7*	16.9	21.7*
4 = gar nicht einverstanden	7.9	6.4*	12.5*	7.7	7.6	8.2	12.1	8.7	4.8*	17.8*	5.3*	2.4*	5.8	5.9*	11.7*
Top-Two-Boxes	72.8	74.4*	67.1*	76.9	73.4	72.2	68.2	67.9*	82.4*	52.1*	79.3*	83.5*	85.6*	75.5*	65.2*
Bottom-Two-Boxes	25.6	24.2	30.1	23.1	25.4	25.8	30.1	30.5*	15.9*	46.3*	18.9*	16.0*	12.5*	22.7*	33.4*
weiss nicht / keine Angabe	1.7	1.4	2.8	.*	1.2	2.1	1.7	1.6	1.8	1.6	1.8	0.5*	1.9	1.8	1.4
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.04	2.00	2.17	1.90	2.02	2.05	2.22	2.15	1.77	2.52	1.92	1.79	1.71	1.95	2.26

SICHERHEITSSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 58

Q13: Die Schweiz kennt eine allgemeine Wehrpflicht für Männer. Das heisst, jeder taugliche junge Schweizer muss Militärdienst leisten. Über die positiven und die negativen Seiten der allgemeinen Wehrpflicht kann diskutiert werden. Ich nenne Ihnen verschiedene positive und negative Aussagen zur allgemeinen Wehrpflicht. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, oder gar nicht einverstanden sind. Die allgemeine Wehrpflicht ist gut, weil sie ... fördert.

I das Verständnis für Staat und Gesellschaft.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	19.5	21.0*	13.5*	28.8	19.8	19.3	11.6*	13.2*	33.0*	8.9*	22.9*	24.5*	30.8*	22.4*	11.9*
2 = eher einverstanden	41.4	41.1	42.2	42.3	40.2	42.5	39.3	43.0	39.8	30.8*	46.1*	46.5*	47.1	42.3	38.2
3 = eher nicht einverstanden	27.9	29.0	25.6	23.1	29.1	26.9	37.6*	31.1*	18.6*	41.0*	21.2*	24.2*	15.4*	26.1	34.4*
4 = gar nicht einverstanden	8.8	6.8*	15.2*	5.8	9.9	7.7	10.4	11.0*	4.5*	16.5*	7.3	3.6*	4.8	6.2*	13.8*
Top-Two-Boxes	60.9	62.0	55.7*	71.2	60.0	61.8	50.9*	56.2*	72.8*	39.7*	69.0*	70.9*	77.9*	64.8*	50.1*
Bottom-Two-Boxes	36.7	35.7	40.8	28.8	39.0	34.6	48.0*	42.1*	23.2*	57.5*	28.5*	27.8*	20.2*	32.2*	48.2*
weiss nicht / keine Angabe	2.4	2.2	3.5	•*	1.1*	3.6*	1.2	1.7	4.0*	2.9	2.5	1.2*	1.9	3.0	1.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.27	2.22	2.44	2.06	2.29	2.24	2.47	2.41	1.94	2.67	2.13	2.07	1.94	2.16	2.51

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 59

Q13: Die Schweiz kennt eine allgemeine Wehrpflicht für Männer. Das heisst, jeder taugliche junge Schweizer muss Militärdienst leisten. Über die positiven und die negativen Seiten der allgemeinen Wehrpflicht kann diskutiert werden. Ich nenne Ihnen verschiedene positive und negative Aussagen zur allgemeinen Wehrpflicht. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Die allgemeine Wehrpflicht ist gut, weil sie ... fördert.

J die geographischen Kenntnisse über die Schweiz

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	27.1	27.6	23.5	38.5	29.8*	24.6*	15.6*	23.3*	38.0*	14.9*	32.7*	31.7*	33.7	29.2	22.0*
2 = eher einverstanden	44.4	44.4	44.6	44.2	43.7	45.0	49.1	47.1*	38.0*	48.9	41.1	44.6	44.2	44.1	45.1
3 = eher nicht einverstanden	18.8	19.6	17.3	13.5	17.3	20.1	24.9*	18.7	16.1	21.6	19.1	16.7	12.5*	18.5	20.8
4 = gar nicht einverstanden	7.8	6.9	11.4*	3.8	7.4	8.2	8.7	9.4*	5.0*	13.0*	6.0	5.1*	6.7	6.3*	10.3*
Top-Two-Boxes	71.5	71.9	68.2	82.7*	73.5	69.7	64.7*	70.5	76.1*	63.8*	73.8	76.3*	77.9	73.3	67.1*
Bottom-Two-Boxes	26.6	26.4	28.7	17.3	24.7	28.3	33.9*	28.1	21.2*	34.6*	25.2	21.8*	19.2	24.8	31.0*
weiss nicht / keine Angabe	1.9	1.6	3.1	.*	1.8	2.1	1.7	1.4	2.8	1.6	1.0	1.9	2.9	1.8	1.9
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.07	2.06	2.17	1.83	2.02	2.12	2.27	2.14	1.88	2.33	1.98	1.95	1.92	2.02	2.20

SICHERHEITSSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 60

Q13: Die Schweiz kennt eine allgemeine Wehrpflicht für Männer. Das heisst, jeder taugliche junge Schweizer muss Militärdienst leisten. Über die positiven und die negativen Seiten der allgemeinen Wehrpflicht kann diskutiert werden. Ich nenne Ihnen verschiedene positive und negative Aussagen zur allgemeinen Wehrpflicht. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Die allgemeine Wehrpflicht ist gut, weil sie ... fördert.

K Das Verständnis für Sicherheitspolitik

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	18.4	19.6	14.2*	23.1	18.2	18.6	9.8*	12.7*	31.2*	8.3*	21.9*	23.0*	36.5*	19.6	12.2*
2 = eher einverstanden	45.7	46.3	43.3	48.1	45.0	46.3	41.0	47.9	44.1	34.6*	47.6	53.8*	39.4	49.2*	41.3*
3 = eher nicht einverstanden	22.4	23.5	20.8	13.5	23.8	21.2	35.3*	24.6	13.4*	34.0*	19.1*	17.2*	11.5*	20.0*	29.1*
4 = gar nicht einverstanden	10.2	7.7*	17.0*	13.5	11.8	8.7	12.7	12.5*	5.3*	20.6*	6.8*	4.6*	6.7	7.4*	15.5*
Top-Two-Boxes	64.1	65.9*	57.4*	71.2	63.1	64.9	50.9*	60.6*	75.3*	42.9*	69.5*	76.8*	76.0*	68.8*	53.5*
Bottom-Two-Boxes	32.6	31.2	37.7*	26.9	35.6*	29.9*	48.0*	37.1*	18.6*	54.6*	25.9*	21.8*	18.3*	27.4*	44.6*
weiss nicht / keine Angabe	3.3	2.9	4.8	1.9	1.2*	5.2*	1.2*	2.2*	6.0*	2.5	4.5	1.5*	5.8	3.8	1.9*
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.25	2.20	2.43	2.18	2.30	2.21	2.51	2.38	1.92	2.69	2.11	2.03	1.88	2.16	2.49

SICHERHEITSTUDIE 2013
ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 61
Q14. Bleiben wir bei den positiven Aussagen zur allgemeinen Wehrpflicht ist gut, weil sie ... A. den sozialen Zusammenhalt der Schweiz fördert.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	20.9	21.7	17.3	28.8	22.4	19.6	11.0*	17.3*	31.0*	9.5*	24.2	26.4*	32.7*	23.0*	14.8*
2 = eher einverstanden	45.2	43.8	48.8	48.1	46.4	44.1	53.2*	44.9	42.1	34.0*	51.4*	49.6*	46.2	45.2	44.4
3 = eher nicht einverstanden	23.6	25.4*	19.4*	17.3	22.6	24.5	23.7	26.5*	18.9*	35.2*	17.4*	20.8	15.4*	22.9	27.2*
4 = gar nicht einverstanden	7.4	7.0	9.3	3.8	6.5	8.2	10.4	8.6	4.3*	18.1*	4.3*	1.5*	4.8	5.4*	11.2*
Top-Two-Boxes	66.1	65.4	66.1	76.9	68.8	63.7	64.2	62.2*	73.0*	43.5*	75.6*	76.0*	78.8*	68.2	59.2*
Bottom-Two-Boxes	31.0	32.4	28.7	21.2	29.1	32.7	34.1	35.1*	23.2*	53.3*	24.7*	22.3*	20.2*	28.3*	38.4*
weiss nicht / keine Angabe	2.9	2.2*	5.2*	1.9	2.1	3.6	1.7	2.7	3.8	3.2	2.8	1.7*	1.0	3.5	2.4
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.18	2.18	2.22	1.96	2.14	2.22	2.34	2.27	1.96	2.64	2.02	1.97	1.92	2.11	2.36

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 62

Q14.Bleiben wir bei den positiven Aussagen zur allgemeinen Wehrpflicht ist gut, weil sie ... B den regionalen Zusammenhalt der vielsprachigen Schweiz fördert.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	24.2	24.2	22.1	34.6	25.7	22.7	16.8*	18.7*	36.0*	14.9*	25.2	30.0*	35.6*	27.0*	16.7*
2 = eher einverstanden	41.8	41.2	43.3	42.3	41.6	41.9	49.7*	42.7	36.8*	38.1	45.3	42.4	34.6	42.5	43.0
3 = eher nicht einverstanden	23.1	24.3	21.5	11.5*	21.2	24.8	22.5	26.5*	17.9*	29.2*	20.7	21.5	23.1	20.0*	27.7*
4 = gar nicht einverstanden	8.8	8.0	10.4	11.5	10.2	7.4	9.8	10.8*	5.0*	15.9*	6.0*	5.1*	2.9*	8.0	11.2*
Top-Two-Boxes	65.9	65.4	65.4	76.9	67.4	64.6	66.5	61.4*	72.8*	53.0*	70.5*	72.4*	70.2	69.4*	59.7*
Bottom-Two-Boxes	31.8	32.4	31.8	23.1	31.4	32.2	32.4	37.3*	22.9*	45.1*	26.7*	26.6*	26.0	28.0*	38.9*
weiss nicht / keine Angabe	2.3	2.2	2.8	.*	1.2*	3.2*	1.2	1.3*	4.3*	1.9	2.8	1.0*	3.8	2.6	1.4
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.17	2.17	2.21	2.00	2.16	2.17	2.26	2.30	1.92	2.47	2.08	2.02	1.93	2.09	2.34

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 63

Q14. Bleiben wir bei den positiven Aussagen zur allgemeinen Wehrpflicht ist gut, weil sie ... C die Schweizer Bevölkerung vor Bedrohungen schützt.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	22.1	23.3	17.0*	30.8	21.5	22.6	13.3*	17.1*	33.8*	6.3*	27.0*	28.1*	40.4*	24.8*	13.1*
2 = eher einverstanden	41.2	40.7	41.9	44.2	42.7	39.8	44.5	42.1	38.3	30.5*	43.8	48.2*	37.5	42.3	39.6
3 = eher nicht einverstanden	23.7	24.3	22.8	17.3	22.9	24.3	19.1	28.1*	18.6*	39.0*	20.4	16.2*	13.5*	22.0	29.4*
4 = gar nicht einverstanden	10.8	10.2	13.1	5.8	11.5	10.1	21.4*	11.1	5.5*	22.5*	6.5*	5.3*	4.8*	8.1*	16.5*
Top-Two-Boxes	63.3	64.0	58.8	75.0*	64.2	62.4	57.8	59.2*	72.0*	36.8*	70.8*	76.3*	77.9*	67.2*	52.7*
Bottom-Two-Boxes	34.4	34.6	36.0	23.1	34.4	34.4	40.5	39.2*	24.2*	61.6*	27.0*	21.5*	18.3*	30.1*	45.8*
weiss nicht / keine Angabe	2.3	1.4*	5.2*	1.9	1.4*	3.2*	1.7	1.6	3.8*	1.6	2.3	2.2	3.8	2.7	1.4
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.24	2.22	2.34	1.98	2.25	2.23	2.49	2.34	1.96	2.79	2.07	1.99	1.82	2.14	2.50

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 64

Q14.Bleiben wir bei den positiven Aussagen zur allgemeinen Wehrpflicht ist gut, weil sie ... D uns Sicherheit gibt.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	21.5	23.7*	13.8*	26.9	19.9	22.9	15.0*	16.3*	32.5*	8.3*	26.2*	26.6*	35.6*	25.2*	12.4*
2 = eher einverstanden	45.3	45.6	43.9	48.1	46.7	44.1	39.9	47.0	45.1	32.7*	49.6*	52.8*	49.0	46.2	42.2
3 = eher nicht einverstanden	21.7	21.5	23.2	15.4	21.3	22.0	28.3*	24.0*	15.1*	37.1*	16.6*	14.8*	10.6*	19.7	27.9*
4 = gar nicht einverstanden	9.7	8.5*	13.8*	5.8	10.6	8.8	16.2*	10.8	5.0*	20.3*	6.0*	4.1*	2.9*	6.9*	15.8*
Top-Two-Boxes	66.8	69.4*	57.8*	75.0	66.7	67.0	54.9*	63.3*	77.6*	41.0*	75.8*	79.4*	84.6*	71.4*	54.7*
Bottom-Two-Boxes	31.3	30.0	37.0*	21.2	31.9	30.8	44.5*	34.8*	20.2*	57.5*	22.7*	18.9*	13.5*	26.7*	43.7*
weiss nicht / keine Angabe	1.8	0.6*	5.2*	3.8	1.4	2.2	0.6*	1.9	2.3	1.6	1.5	1.7	1.9	2.0	1.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.20	2.15	2.39	2.00	2.23	2.17	2.46	2.30	1.93	2.71	2.03	1.96	1.80	2.09	2.48

SICHERHEITSTUDIE 2013
ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 65
Q14. Bleiben wir bei den positiven Aussagen zur allgemeinen Wehrpflicht ist gut, weil sie ... E für alle jungen Männer gilt und deshalb gerecht ist.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
		D-CH		F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419	
1 = sehr einverstanden	27.4	28.4	21.5*	44.2*	30.2*	25.0*	19.1*	21.9*	39.8*	13.3*	29.0	37.3*	36.5*	30.1*	21.0*	
2 = eher einverstanden	36.3	35.6	38.4	36.5	34.2	38.2	39.3	35.2	36.8	31.7*	37.8	38.7	33.7	39.6*	31.7*	
3 = eher nicht einverstanden	21.3	21.5	21.5	15.4	20.8	21.6	19.7	26.8*	13.1*	29.2*	20.4	15.5*	18.3	19.7	24.6*	
4 = gar nicht einverstanden	13.3	13.2	15.9	1.9*	13.2	13.4	22.0*	14.4	7.8*	24.4*	10.6*	7.5*	8.7	8.9*	21.5*	
Top-Two-Boxes	63.8	64.0	59.9	80.8*	64.4	63.2	58.4	57.1*	76.6*	45.1*	66.8	76.0*	70.2	69.7*	52.7*	
Bottom-Two-Boxes	34.6	34.7	37.4	17.3*	34.0	35.1	41.6*	41.3*	20.9*	53.7*	31.0	23.0*	26.9	28.6*	46.1*	
weiss nicht / keine Angabe	1.7	1.3	2.8	1.9	1.6	1.7	.*	1.6	2.5	1.3	2.3	1.0	2.9	1.7	1.2	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.21	2.20	2.33	1.75	2.17	2.24	2.45	2.34	1.89	2.66	2.13	1.93	1.99	2.08	2.47	

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 66

Q14.Bleiben wir bei den positiven Aussagen zur allgemeinen Wehrpflicht ist gut, weil sie ... F. alle gesellschaftlichen Schichten der Schweizer Bevölkerung zusammenbringt

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
		D-CH		F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419	
1 = sehr einverstanden	34.9	33.2*	38.8	42.3	37.9*	32.2*	19.7*	33.0	44.6*	21.0*	38.3	43.1*	43.3	37.0	29.4*	
2 = eher einverstanden	47.5	48.7	45.0	42.3	46.7	48.2	57.8*	49.2	40.3*	50.2	46.3	47.5	47.1	45.5	51.1	
3 = eher nicht einverstanden	11.3	12.6*	7.6*	11.5	9.3*	13.1*	16.8*	11.3	9.1	19.4*	9.6	7.0*	6.7	12.0	11.7	
4 = gar nicht einverstanden	5.0	4.8	6.2	1.9	4.6	5.4	4.6	5.7	4.0	9.2*	4.5	1.7*	1.0*	4.2	6.9*	
Top-Two-Boxes	82.4	81.8	83.7	84.6	84.7	80.4	77.5	82.2	84.9	71.1*	84.6	90.6*	90.4*	82.5	80.4	
Bottom-Two-Boxes	16.3	17.3	13.8	13.5	13.9*	18.5*	21.4	17.0	13.1*	28.6*	14.1	8.7*	7.7*	16.3	18.6	
weiss nicht / keine Angabe	1.3	0.8	2.4	1.9	1.4	1.1	1.2	0.8	2.0	0.3*	1.3	0.7	1.9	1.2	1.0	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	1.86	1.89	1.81	1.73	1.80	1.92	2.06	1.90	1.72	2.17	1.80	1.67	1.65	1.83	1.96	

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 67

Q14. Bleiben wir bei den positiven Aussagen zur allgemeinen Wehrpflicht ist gut, weil sie ... G eine staatsbürgerliche Pflicht ist.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	25.7	24.6	26.3	40.4*	28.4*	23.2*	11.6*	21.1*	39.0*	10.5*	30.7*	32.9*	33.7	27.7	20.0*
2 = eher einverstanden	38.8	38.5	39.1	40.4	38.8	38.7	42.2	38.1	38.3	30.2*	43.3*	42.4	43.3	40.7	34.6*
3 = eher nicht einverstanden	22.6	24.1*	20.1	11.5*	20.5	24.5	24.3	26.7*	15.4*	34.6*	17.1*	17.9*	17.3	20.8	27.0*
4 = gar nicht einverstanden	11.1	11.1	11.8	7.7	11.5	10.7	20.2*	12.9*	4.3*	23.8*	6.5*	5.3*	4.8*	8.9*	16.2*
Top-Two-Boxes	64.4	63.1	65.4	80.8*	67.2	61.9	53.8*	59.2*	77.3*	40.6*	74.1*	75.3*	76.9*	68.4*	54.7*
Bottom-Two-Boxes	33.7	35.2	31.8	19.2*	31.9	35.2	44.5*	39.5*	19.6*	58.4*	23.7*	23.2*	22.1*	29.7*	43.2*
weiss nicht / keine Angabe	1.9	1.7	2.8	.*	0.9*	2.8*	1.7	1.3	3.0	1.0	2.3	1.5	1.0	2.0	2.1
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.19	2.22	2.18	1.87	2.15	2.23	2.54	2.32	1.84	2.72	1.99	1.96	1.93	2.11	2.40

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 68

Q15.Ich nenne Ihnen jetzt einige negative Aussagen zur Wehrpflicht. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Die allgemeine Wehrpflicht ist schlecht, weil sie zu ...

A sinnlosen Regeln und Übungen im Militärdienst führt.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	18.0	17.5	18.3	25.0	17.6	18.3	23.1	19.8	12.8*	32.7*	15.1	10.2*	14.4	15.5*	22.9*
2 = eher einverstanden	36.3	36.7	37.7	21.2*	35.6	36.8	39.9	36.5	34.3	40.6	37.3	32.7	28.8	37.2	36.5
3 = eher nicht einverstanden	28.4	29.3	24.9	32.7	29.3	27.6	27.2	28.4	29.0	17.5*	29.7	34.9*	29.8	29.2	27.2
4 = gar nicht einverstanden	12.1	12.9	9.7	11.5	13.8	10.6	8.7	10.3*	16.4*	4.1*	12.1	18.9*	18.3	12.0	10.3
Top-Two-Boxes	54.3	54.1	56.1	46.2	53.3	55.1	63.0*	56.3	47.1*	73.3*	52.4	42.9*	43.3*	52.7	59.4*
Bottom-Two-Boxes	40.5	42.3*	34.6*	44.2	43.0	38.2	35.8	38.7	45.3*	21.6*	41.8	53.8*	48.1	41.3	37.5
weiss nicht / keine Angabe	5.3	3.6*	9.3*	9.6	3.7*	6.6*	1.2*	4.9	7.6*	5.1	5.8	3.4*	8.7	6.0	3.1*
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.36	2.39	2.29	2.34	2.41	2.33	2.22	2.31	2.53	1.93	2.41	2.65	2.57	2.40	2.26

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 69

Q15.Ich nenne Ihnen jetzt einige negative Aussagen zur Wehrpflicht. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Die allgemeine Wehrpflicht ist schlecht, weil sie zu ...

B erhöhtem Unfallrisiko im Militärdienst führt.

	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	5.0	4.2	6.6	5.1	4.9	3.5	5.7	4.5	6.7	6.0	1.9*	8.7	4.7	4.8
2 = eher einverstanden	19.3	17.2*	26.0*	16.9*	21.5*	23.7	21.1	14.6*	24.8*	19.1	14.0*	19.2	19.1	19.8
3 = eher nicht einverstanden	50.8	52.9*	43.9*	47.6*	53.7*	57.8*	51.3	47.1	50.5	50.1	53.3	45.2	52.4	49.4
4 = gar nicht einverstanden	21.6	22.7	19.0	17.3	16.4*	11.6*	19.0*	30.0*	12.7*	21.9	29.5*	23.1	20.5	23.2
Top-Two-Boxes	24.3	21.4*	32.5*	22.0	26.4	27.2	26.8*	19.1*	31.4*	25.2	16.0*	27.9	23.8	24.6
Bottom-Two-Boxes	72.4	75.6*	63.0*	75.0	70.1	69.4	70.3	77.1*	63.2*	72.0	82.8*	68.3	72.9	72.6
weiss nicht / keine Angabe	3.3	3.0	4.5	3.0	3.5	3.5	2.9	3.8	5.4*	2.8	1.2*	3.8	3.3	2.9
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.92	2.97	2.79	2.81	2.85	2.80	2.86	3.07	2.73	2.90	3.12	2.86	2.92	2.94

SICHERHEITSSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 70

Q15.Ich nenne Ihnen jetzt einige negative Aussagen zur Wehrpflicht. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Die allgemeine Wehrpflicht ist schlecht, weil sie zu ...

C hohen persönlichen Kosten wie persönliche Einschränkungen oder Zeitverlust durch den Militärdienst führt.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	13.3	11.6*	17.6*	17.3	15.9*	11.1*	28.3*	12.4	8.3*	20.3*	12.3	8.7*	10.6	11.6	16.7*
2 = eher einverstanden	31.1	29.1*	37.7*	26.9	30.2	31.9	37.0	33.0	25.4*	37.1*	28.5	27.4*	26.0	31.2	33.2
3 = eher nicht einverstanden	35.8	38.9*	26.0*	40.4	33.3	38.1	24.9*	36.0	40.3*	30.8*	37.0	39.5	34.6	38.4*	32.0*
4 = gar nicht einverstanden	16.8	18.0*	13.1*	15.4	18.7	15.0	9.8*	16.0	20.9*	8.9*	17.4	23.2*	22.1	16.0	16.0
Top-Two-Boxes	44.4	40.7*	55.4*	44.2	46.0	43.0	65.3*	45.4	33.8*	57.5*	40.8	36.1*	36.5	42.8	49.9*
Bottom-Two-Boxes	52.6	56.9*	39.1*	55.8	52.0	53.1	34.7*	52.1	61.2*	39.7*	54.4	62.7*	56.7	54.4	48.0*
weiss nicht / keine Angabe	3.0	2.3	5.5*	*	1.9*	3.9*	*	2.5	5.0*	2.9	4.8*	1.2*	6.7	2.9	2.1
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.58	2.65	2.37	2.54	2.56	2.59	2.16	2.57	2.78	2.29	2.62	2.78	2.73	2.60	2.48

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 71

Q15. Ich nenne Ihnen jetzt einige negative Aussagen zur Wehrpflicht. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Die allgemeine Wehrpflicht ist schlecht, weil sie zu ...

D zu hohen Kosten für die Schweizer Wirtschaft führt.

	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	15.3	13.2*	20.4*	16.0	14.7	24.3*	16.3	9.8*	26.7*	14.4	8.0*	15.4	11.1*	21.5*
2 = eher einverstanden	30.1	26.4*	42.2*	30.3	29.9	40.5*	32.1	22.4*	38.4*	27.7	25.7*	33.7	29.5	30.1
3 = eher nicht einverstanden	36.3	41.2*	21.8*	34.2	38.2	25.4*	35.7	42.1*	26.7*	38.0	42.1*	29.8	39.6*	32.9
4 = gar nicht einverstanden	13.9	15.4*	9.7*	13.5	16.8*	7.5*	11.7*	20.2*	5.4*	13.9	21.5*	19.2	14.2	12.4
Top-Two-Boxes	45.4	39.6*	62.6*	46.2	44.5	64.7*	48.4*	32.2*	65.1*	42.1	33.7*	49.0	40.7*	51.6*
Bottom-Two-Boxes	50.3	56.6*	31.5*	51.0	49.6	32.9*	47.5*	62.2*	32.1*	51.9	63.7*	49.0	53.8*	45.3*
weiss nicht / keine Angabe	4.3	3.8	5.9	3.8	5.8*	2.3	4.1	5.5	2.9	6.0	2.7*	1.9	5.6*	3.1
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.51	2.61	2.22	2.42	2.53	2.17	2.45	2.77	2.11	2.55	2.79	2.54	2.60	2.37

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 72

Q15.Ich nenne Ihnen jetzt einige negative Aussagen zur Wehrpflicht. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Die allgemeine Wehrpflicht ist schlecht, weil sie zu ...

E nicht wirklich gut ausgebildeten Soldaten führt.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	9.4	8.1*	11.8	17.3	11.5*	7.6*	13.9	9.8	6.8*	13.7*	8.3	6.3*	8.7	8.1	11.9*
2 = eher einverstanden	28.3	27.1	34.3*	13.5*	28.9	27.6	37.6*	29.7	21.9*	36.2*	25.4	24.9	21.2	28.0	30.8
3 = eher nicht einverstanden	40.0	42.1*	32.2*	48.1	38.3	41.5	35.8	41.9	38.8	31.7*	43.3	43.8	35.6	40.7	39.6
4 = gar nicht einverstanden	14.6	15.8*	10.4*	17.3	17.3*	12.2*	8.7*	12.5*	20.4*	8.6*	14.6	21.1*	23.1*	14.3	12.6
Top-Two-Boxes	37.7	35.3*	46.0*	30.8	40.4	35.2	51.4*	39.5	28.7*	49.8*	33.8*	31.2*	29.8	36.1	42.7*
Bottom-Two-Boxes	54.6	58.0*	42.6*	65.4	55.6	53.7	44.5*	54.4	59.2*	40.3*	57.9	64.9*	58.7	55.0	52.3
weiss nicht / keine Angabe	7.8	6.8	11.4*	3.8	4.1*	11.1*	4.0*	6.0*	12.1*	9.8	8.3	3.9*	11.5	8.9	5.0*
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.65	2.70	2.46	2.68	2.64	2.66	2.41	2.61	2.83	2.39	2.70	2.83	2.83	2.67	2.56

SICHERHEITSSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 73

Q15.Ich nenne Ihnen jetzt einige negative Aussagen zur Wehrpflicht. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Die allgemeine Wehrpflicht ist schlecht, weil sie zu ...

F vermehrtem Alkohol- und Drogenkonsum führt.

	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	7.8	6.4*	12.5*	3.8	8.1	8.1	7.9	7.3	8.9	9.8	4.6*	14.4*	5.9*	9.1
2 = eher einverstanden	17.3	15.6*	22.8*	15.4	18.0	22.5	19.4*	11.8*	23.8*	14.9	14.3*	15.4	17.5	17.7
3 = eher nicht einverstanden	42.1	44.5*	34.6*	44.2	39.9	43.4	43.8	38.8	42.9	41.1	44.1	29.8*	44.0	42.2
4 = gar nicht einverstanden	25.8	27.1	20.4*	32.7	30.7*	22.0	22.4*	32.7*	17.5*	26.4	32.4*	32.7	25.5	24.3
Top-Two-Boxes	25.1	22.0*	35.3*	19.2	26.1	30.6	27.3	19.1*	32.7*	24.7	18.9*	29.8	23.3	26.7
Bottom-Two-Boxes	67.8	71.6*	55.0*	76.9	70.5	65.4	66.2	71.5*	60.3*	67.5	76.5*	62.5	69.4	66.6
weiss nicht/ keine Angabe	7.1	6.4	9.7	3.8	3.4*	4.0*	6.5	9.3*	7.0	7.8	4.6*	7.7	7.2	6.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.92	2.99	2.70	3.10	2.96	2.83	2.86	3.07	2.74	2.91	3.09	2.88	2.96	2.88

SICHERHEITSSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 74

Q16.Ich nenne Ihnen noch weitere negativen Aussagen zur Wehrpflicht: Die allgemeine Wehrpflicht ist ...

A ungerecht, weil sie auf Zwang beruht

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	13.7	13.2	15.6	11.5	13.6	13.7	17.9	15.9*	8.3*	22.9*	12.8	7.0*	11.5	13.1	15.3
2 = eher einverstanden	25.6	24.9	28.7	19.2	23.1	27.8	33.5*	27.0	19.9*	29.5	24.9	21.5*	26.9	26.2	24.3
3 = eher nicht einverstanden	35.0	36.1	30.4	42.3	32.8	37.0	30.6	34.9	37.0	34.0	37.0	36.3	34.6	35.5	34.4
4 = gar nicht einverstanden	22.8	24.0	18.7*	26.9	28.4*	17.9*	16.2*	20.0*	30.2*	11.7*	21.7	33.9*	22.1	21.7	24.6
Top-Two-Boxes	39.3	38.1	44.3*	30.8	36.7	41.5	51.4*	42.9*	28.2*	52.4*	37.8	28.6*	38.5	39.3	39.6
Bottom-Two-Boxes	57.8	60.1*	49.1*	69.2	61.2*	54.8*	46.8*	54.9*	67.3*	45.7*	58.7	70.2*	56.7	57.2	58.9
weiss nicht / keine Angabe	2.9	1.9*	6.6*	.*	2.1	3.6	1.7	2.2	4.5*	1.9	3.5	1.2*	4.8	3.5	1.4*
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.69	2.72	2.56	2.85	2.78	2.61	2.46	2.60	2.93	2.35	2.70	2.98	2.71	2.68	2.69

SICHERHEITSTUDIE 2013
ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 75
Q16.Ich nenne Ihnen noch weitere negativen Aussagen zur Wehrpflicht: Die allgemeine Wehrpflicht ist ...
B ungerecht, weil die Frauen nicht Militärdienst leisten müssen.

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419	
1 = sehr einverstanden	11.5	12.5	9.3	7.7	14.5*	8.8*	14.5	12.1	9.3	14.3	10.8	10.2	15.4	8.4*	15.0*	
2 = eher einverstanden	22.1	23.7*	19.0	11.5*	22.6	21.6	27.2	21.9	20.2	23.5	19.4	24.0	15.4	20.8	26.0*	
3 = eher nicht einverstanden	32.3	32.5	29.4	46.2*	30.3	34.1	26.0*	33.3	33.5	31.1	37.3*	29.8	28.8	35.8*	27.2*	
4 = gar nicht einverstanden	30.3	28.6*	34.9	32.7	28.4	32.1	31.8	29.2	31.5	28.9	27.5	33.4	32.7	30.6	30.1	
Top-Two-Boxes	33.6	36.2*	28.4*	19.2*	37.0*	30.5*	41.6*	34.0	29.5*	37.8	30.2	34.1	30.8	29.2*	41.1*	
Bottom-Two-Boxes	62.7	61.1	64.4	78.8*	58.7*	66.2*	57.8	62.5	65.0	60.0	64.7	63.2	61.5	66.4*	57.3*	
weiss nicht / keine Angabe	3.8	2.7*	7.3*	1.9	4.2	3.3	0.6*	3.5	5.5*	2.2	5.0	2.7	7.7	4.4	1.7*	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.85	2.79	2.97	3.06	2.76	2.92	2.76	2.83	2.92	2.76	2.86	2.89	2.85	2.93	2.74	

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabella 76

Q16.Ich nenne Ihnen noch weitere negativen Aussagen zur Wehrpflicht: Die allgemeine Wehrpflicht ist ...

C schlecht, weil das militärische Denken mit dem zivilen unvereinbar ist.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
		D-CH		F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419	
1 = sehr einverstanden	10.1	9.2	13.1	7.7	10.8	9.5	12.1	11.1	7.6*	17.1*	8.8	4.8*	10.6	10.2	9.8	
2 = eher einverstanden	22.7	18.5*	34.6*	25.0	21.5	23.7	33.5*	22.4	18.4*	34.6*	16.6*	18.2*	25.0	20.6	25.5	
3 = eher nicht einverstanden	42.4	46.7*	29.1*	46.2	41.4	43.3	41.0	43.2	41.8	33.3*	46.1	47.0*	33.7*	45.8*	39.1	
4 = gar nicht einverstanden	19.8	21.7*	13.8*	21.2	23.6*	16.3*	11.0*	19.7	23.7*	11.7*	21.2	26.9*	24.0	17.3*	22.4	
Top-Two-Boxes	32.8	27.7*	47.8*	32.7	32.3	33.2	45.7*	33.5	25.9*	51.7*	25.4*	23.0*	35.6	30.9	35.3	
Bottom-Two-Boxes	62.2	68.3*	42.9*	67.3	65.1*	59.6*	52.0*	62.9	65.5	45.1*	67.3*	73.8*	57.7	63.1	61.6	
weiss nicht / keine Angabe	5.1	4.0*	9.3*	.*	2.6*	7.3*	2.3*	3.7*	8.6*	3.2*	7.3*	3.1*	6.7	6.0	3.1*	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.76	2.84	2.48	2.81	2.80	2.72	2.52	2.74	2.89	2.41	2.86	2.99	2.76	2.75	2.77	

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 77

Q16.Ich nenne Ihnen noch weitere negativen Aussagen zur Wehrpflicht: Die allgemeine Wehrpflicht ist ...

D schlecht, weil eine Wehrpflichtarmee heute keinen Sinn mehr macht.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	14.4	13.7	15.9	17.3	15.9	13.1	23.1*	15.7	8.6*	27.6*	11.3*	7.3*	8.7*	13.0	18.4*
2 = eher einverstanden	22.6	21.3	27.3*	17.3	20.5	24.5	28.3	23.8	18.1*	32.4*	17.6*	18.9*	26.9	21.5	22.9
3 = eher nicht einverstanden	33.7	34.5	30.4	38.5	31.2	35.9	32.4	34.4	33.0	23.5*	41.1*	34.9	28.8	35.7	31.3
4 = gar nicht einverstanden	23.9	26.9*	15.9*	19.2	28.7*	19.6*	12.7*	21.7	32.2*	10.8*	22.9	36.1*	27.9	24.1	22.9
Top-Two-Boxes	37.0	35.0*	43.3*	34.6	36.3	37.6	51.4*	39.5	26.7*	60.0*	29.0*	26.2*	35.6	34.5*	41.3*
Bottom-Two-Boxes	57.6	61.4*	46.4*	57.7	60.0	55.5	45.1*	56.2	65.2*	34.3*	64.0*	70.9*	56.7	59.8	54.2
weiss nicht / keine Angabe	5.4	3.6*	10.4*	7.7	3.7*	7.0*	3.5	4.3	8.1*	5.7	7.1	2.9*	7.7	5.7	4.5
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.71	2.77	2.52	2.65	2.76	2.67	2.36	2.65	2.97	2.19	2.81	3.03	2.82	2.75	2.62

SICHERHEITSSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabella 78

Q16.Ich nenne Ihnen noch weitere negativen Aussagen zur Wehrpflicht: Die allgemeine Wehrpflicht ist ...

E schlecht, weil nicht nur die Besten im Militär weitermachen.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	120	118	128	11.5	13.9	10.3	14.5	12.4	10.3	20.3*	9.1*	8.7*	11.5	11.0	13.8
2 = eher einverstanden	30.3	29.0	33.6	34.6	30.5	30.2	31.2	32.5	26.4*	31.4	29.5	31.0	26.0	30.3	31.5
3 = eher nicht einverstanden	36.9	39.2*	29.8*	38.5	34.9	38.7	41.0	36.2	36.3	33.0	38.5	38.3	39.4	38.0	34.4
4 = gar nicht einverstanden	14.4	15.8*	10.7*	11.5	16.9*	12.2*	11.0	12.7	18.6*	8.3*	14.9	18.4*	16.3	14.3	14.6
Top-Two-Boxes	42.3	40.7	46.4	46.2	44.4	40.4	45.7	44.9	36.8*	51.7*	38.5	39.7	37.5	41.3	45.3
Bottom-Two-Boxes	51.3	55.1*	40.5*	50.0	51.9	50.9	52.0	48.9	54.9	41.3*	53.4	56.7*	55.8	52.3	48.9
weiss nicht / keine Angabe	6.3	4.2*	13.1*	3.8	3.7*	8.7*	2.3*	6.2	8.3	7.0	8.1	3.6*	6.7	6.5	5.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.57	2.62	2.44	2.52	2.57	2.58	2.50	2.52	2.69	2.31	2.64	2.69	2.65	2.59	2.53

SICHERHEITSSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 79

Q16.Ich nenne Ihnen noch weitere negativen Aussagen zur Wehrpflicht: Die allgemeine Wehrpflicht ist ...

F schlecht, weil eine Wehrpflichtarmee teuer ist als eine Freiwilligenarmee.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	10.1	9.4	11.1	15.4	11.3	9.0	20.2*	10.3	5.3*	11.7	9.6	9.0	10.6	11.1	7.9
2 = eher einverstanden	22.4	21.1	26.0	25.0	22.6	22.3	34.1*	23.3	15.9*	31.4*	21.4	16.7*	18.3	22.6	23.6
3 = eher nicht einverstanden	31.8	33.3	26.6*	36.5	31.2	32.4	26.6	32.2	33.5	25.7*	31.7	37.8*	27.9	32.7	31.3
4 = gar nicht einverstanden	17.7	20.3*	10.7*	13.5	23.5*	12.5*	7.5*	16.2	24.4*	9.5*	17.1	26.4*	18.3	16.0	20.5
Top-Two-Boxes	32.5	30.5*	37.0	40.4	33.9	31.3	54.3*	33.7	21.2*	43.2*	31.0	25.7*	28.8	33.7	31.5
Bottom-Two-Boxes	49.5	53.6*	37.4*	50.0	54.7*	44.9*	34.1*	48.4	57.9*	35.2*	48.9	64.2*	46.2	48.6	51.8
weiss nicht / keine Angabe	18.0	15.9*	25.6*	9.6*	11.5*	23.9*	11.6*	17.9	20.9	21.6	20.2	10.2*	25.0	17.6	16.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.70	2.77	2.50	2.53	2.75	2.63	2.24	2.66	2.97	2.42	2.71	2.91	2.72	2.65	2.77

SICHERHEITSSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 80

Q17 Es gibt nicht nur das Modell von der Wehrpflicht, sondern es sind auch andere Dienstmodelle möglich. Wir haben einige von diesen Dienstmodellen zusammengetragen. Sagen Sie uns bitte zu jedem ob Sie damit sehr oder eher einverstanden sind bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind. Zur Erläuterung (nur bei Rückfragen): Unterschied zwischen der allg. Wehrpflicht und einer allg. obligatorischen Dienstpflicht: Wehrpflicht: Verpflichtung des Bürgers (i. d. Bürgerin) Militärdienst zu leisten Obligatorische Dienstpflicht: Verpflichtung des Bürgers (i. d. Bürgerin), Militär- ODER Zivill- ODER Sozialdienst zu leisten Die Schweiz sollte...

A ...die Wehrpflicht auch für Frauen einführen.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	9.8	10.1	9.0	9.6	14.5*	5.7*	9.2	10.5	9.1	8.3	10.6	10.2	17.3*	7.5*	11.2
2 = eher einverstanden	20.0	21.8*	14.9*	19.2	23.6*	16.7*	20.8	18.9	21.4	16.5	21.4	22.3	18.3	19.3	22.2
3 = eher nicht einverstanden	32.0	32.8	31.1	23.1	31.0	32.9	26.6	33.0	32.7	27.3*	33.0	35.4	30.8	34.9*	27.0*
4 = gar nicht einverstanden	36.8	33.8*	43.9*	48.1	29.8*	43.1*	43.4	36.2	35.0	46.3*	33.2	31.2*	31.7	36.9	38.4
Top-Two-Boxes	29.8	31.9*	23.9*	28.8	38.1*	22.4*	30.1	29.4	30.5	24.8*	32.0	32.4	35.6	26.8*	33.4
Bottom-Two-Boxes	68.8	66.6*	75.1*	71.2	60.8*	76.0*	69.9	69.2	67.8	73.7*	66.2	66.6	62.5	71.8*	65.4
weiss nicht / keine Angabe	1.3	1.5	1.0	1.0	1.1	1.6	1.4	1.8	1.6	1.6	1.8	1.0	1.9	1.4	1.2
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.97	2.92	3.11	3.10	2.77	3.15	3.04	2.96	2.95	3.14	2.91	2.89	2.78	3.03	2.94

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 81

Q17.Es gibt nicht nur das Modell von der Wehrpflicht, sondern es sind auch andere Dienstmodelle möglich. Wir haben einige von diesen Dienstmodellen zusammengefragt. Sagen Sie uns bitte zu jedem ob Sie damit sehr oder eher einverstanden sind bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind. Zur Erläuterung (nur bei Rückfragen): Unterschied zwischen der allg. Wehrpflicht und einer allg. obligatorischen Dienstpflicht: Wehrpflicht: Verpflichtung des Bürgers (oder Bürgern) Militärdienst zu leisten Obligatorische Dienstpflicht: Verpflichtung des Bürgers (oder Bürgern) Militär- ODER Zivill- ODER Sozialdienst zu leisten Die Schweiz sollte...

B ...den Militärdienst auch für Ausländer einführen

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	6.8	6.4	9.0	1.9*	4.9*	8.5*	10.4	7.8	3.8*	6.7	8.3	4.8*	10.6	6.5	6.7
2 = eher einverstanden	17.9	18.5	16.6	15.4	14.6*	20.9*	34.7*	16.8	12.3*	25.1*	16.9	14.8*	11.5*	18.2	19.1
3 = eher nicht einverstanden	32.1	32.2	31.5	32.7	32.6	31.6	31.8	32.5	31.5	31.1	33.8	30.0	29.8	32.5	32.0
4 = gar nicht einverstanden	41.5	41.3	40.5	50.0	47.1*	36.5*	22.0*	41.7	49.6*	35.9*	38.8	49.2*	46.2	41.1	40.6
Top-Two-Boxes	24.8	24.9	25.6	17.3	19.6*	29.4*	45.1*	24.6	16.1*	31.7*	25.2	19.6*	22.1	24.7	25.8
Bottom-Two-Boxes	73.6	73.6	72.0	82.7	79.7*	68.1*	53.8*	74.3	81.1*	67.0*	72.5	79.2*	76.0	73.6	72.6
weiss nicht / keine Angabe	1.7	1.5	2.4	.*	0.7*	2.5*	1.2	1.1	2.8	1.3	2.3	1.2	1.9	1.7	1.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	3.10	3.10	3.06	3.31	3.23	2.99	2.66	3.09	3.31	2.97	3.05	3.25	3.14	3.10	3.08

SICHERHEITSSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 82

Q17 Es gibt nicht nur das Modell von der Wehrpflicht, sondern es sind auch andere Dienstmodelle möglich. Wir haben einige von diesen Dienstmodellen zusammengetragen. Sagen Sie uns bitte zu jedem ob Sie damit sehr oder eher einverstanden sind bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind. Zur Erläuterung (nur bei Rückfragen): Unterschied zwischen der allg. Wehrpflicht und einer allg. obligatorischen Dienstpflicht: Wehrpflicht: Verpflichtung des Bürgers (/ der Bürgerin) Militärdienst zu leisten Obligatorische Dienstpflicht: Verpflichtung des Bürgers (/ der Bürgerin) Militär- ODER Zivill- ODER Sozialdienst zu leisten Die Schweiz sollte...

C ...die heutige Wehrpflicht in eine obligatorische Dienstpflicht NUR FÜR MÄNNER umwandeln, wobei Männer frei wählen könnten, ob sie Militärdienst oder Zivildienst oder Sozialdienst leisten.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	28.7	25.5*	37.0*	34.6	24.0*	32.9*	27.7	30.8	25.7	39.7*	27.5	20.6*	28.8	28.6	28.6
2 = eher einverstanden	40.9	39.7	44.6	40.4	40.4	41.4	46.2	41.4	37.8	41.3	42.6	39.0	43.3	41.3	39.6
3 = eher nicht einverstanden	16.5	19.4*	8.7*	11.5	18.3	14.8	16.8	16.0	17.1	12.4*	14.1	23.5*	13.5	16.6	17.4
4 = gar nicht einverstanden	11.6	12.8*	7.6*	13.5	15.7*	7.9*	8.1	10.0	15.6*	5.4*	12.6	15.5*	12.5	10.8	12.4
Top-Two-Boxes	69.6	65.2*	81.7*	75.0	64.4*	74.2*	74.0	72.2*	63.5*	81.0*	70.0	59.6*	72.1	69.9	68.3
Bottom-Two-Boxes	28.1	32.2*	16.3*	25.0	34.0*	22.7*	24.9	26.0	32.7*	17.8*	26.7	39.0*	26.0	27.4	29.8
weiss nicht / keine Angabe	2.3	2.6	2.1	•*	1.6	3.0	1.2	1.7	3.8*	1.3	3.3	1.5	1.9	2.7	1.9
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.11	2.20	1.87	2.04	2.26	1.98	2.05	2.05	2.24	1.83	2.12	2.34	2.10	2.10	2.14

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 83

Q17.Es gibt nicht nur das Modell von der Wehrpflicht, sondern es sind auch andere Dienstmodelle möglich. Wir haben einige von diesen Dienstmodellen zusammengetragen. Sagen Sie uns bitte zu jedem ob Sie damit sehr oder eher einverstanden sind bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind. Zur Erläuterung (nur bei Rückfragen): Unterschied zwischen der allg. Wehrpflicht und einer allg. obligatorischen Dienstpflicht: Wehrpflicht: Verpflichtung des Bürgers (oder Bürgerinnen) Militärdienst zu leisten Obligatorische Dienstpflicht: Verpflichtung des Bürgers (oder Bürgerinnen) Militär- ODER Zivill- ODER Sozialdienst zu leisten Die Schweiz sollte...

D...für Männer UND FRAUEN eine obligatorische Dienstpflicht einführen, wobei Männer und Frauen frei wählen könnten, ob sie Militärdienst oder Zivildienst oder Sozialdienst leisten.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	23.0	22.7	24.2	21.2	24.2	22.0	16.8*	25.6*	21.7	30.5*	23.4	16.9*	19.2	21.5	26.0
2 = eher einverstanden	35.5	34.9	37.0	36.5	37.6	33.6	43.4*	33.2	35.8	35.6	34.8	36.6	43.3	33.9	35.8
3 = eher nicht einverstanden	19.8	19.9	19.7	19.2	17.8	21.6	17.3	19.8	20.9	14.6*	20.9	23.2*	18.3	21.1	18.6
4 = gar nicht einverstanden	19.1	20.1	15.6	21.2	18.2	19.9	22.5	19.4	17.1	17.8	17.6	21.3	17.3	19.9	18.4
Top-Two-Boxes	58.5	57.6	61.2	57.7	61.7*	55.6*	60.1	58.7	57.4	66.0*	58.2	53.5*	62.5	55.4*	61.8
Bottom-Two-Boxes	38.9	40.0	35.3	40.4	36.0*	41.5*	39.9	39.2	38.0	32.4*	38.5	44.6*	35.6	41.0	37.0
weiss nicht / keine Angabe	2.6	2.3	3.5	1.9	2.3	2.8	.*	2.1	4.5*	1.6	3.3	1.9	1.9	3.6*	1.2*
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.36	2.38	2.28	2.41	2.31	2.41	2.46	2.34	2.35	2.20	2.34	2.50	2.34	2.41	2.30

SICHERHEITSSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 84

Q17 Es gibt nicht nur das Modell von der Wehrpflicht, sondern es sind auch andere Dienstmodelle möglich. Wir haben einige von diesen Dienstmodellen zusammengetragen. Sagen Sie uns bitte zu jedem ob Sie damit sehr oder eher einverstanden sind bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind. Zur Erläuterung (nur bei Rückfragen): Unterschied zwischen der allg. Wehrpflicht und einer allg. obligatorischen Dienstpflicht: Wehrpflicht: Verpflichtung des Bürgers (/ de Bürgerin) Militärdienst zu leisten Obligatorische Dienstpflicht: Verpflichtung des Bürgers (/ der Bürgerin) Militär- ODER Zivill- ODER Sozialdienst zu leisten Die Schweiz sollte...

E ...die heutige Wehrpflicht für Männer so BEIBEHALTEN und sie auf keinen Fall in eine obligatorische Dienstpflicht umwandeln.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	18.3	20.0*	12.1*	23.1	17.6	18.8	12.7*	15.6*	24.9*	9.5*	20.2	22.8*	24.0	21.7*	11.2*
2 = eher einverstanden	29.8	29.7	28.0	40.4	31.2	28.4	35.3	27.8	30.5	20.6*	34.5*	33.4*	31.7	31.5	26.3*
3 = eher nicht einverstanden	26.3	25.8	27.3	26.9	24.3	28.0	30.6	30.3*	17.9*	32.7*	21.7*	26.9	23.1	26.4	27.2
4 = gar nicht einverstanden	17.6	17.7	19.4	5.8*	19.6	15.8	16.8	19.7*	14.6*	27.3*	14.6*	12.6*	13.5	13.6*	24.8*
Top-Two-Boxes	48.0	49.7	40.1*	63.5*	48.9	47.2	48.0	43.3*	55.4*	30.2*	54.7*	56.2*	55.8	53.2*	37.5*
Bottom-Two-Boxes	43.8	43.5	46.7	32.7	43.9	43.8	47.4	50.0*	32.5*	60.0*	36.3*	39.5*	36.5	39.9*	52.0*
weiss nicht / keine Angabe	8.2	6.8*	13.1*	3.8	7.2	9.0	4.6*	6.7*	12.1*	9.8	9.1	4.4*	7.7	6.9	10.5*
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.47	2.44	2.62	2.16	2.49	2.45	2.54	2.58	2.25	2.86	2.34	2.31	2.28	2.34	2.73

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 85

Q17.Es gibt nicht nur das Modell von der Wehrpflicht, sondern es sind auch andere Dienstmodelle möglich. Wir haben einige von diesen Dienstmodellen zusammengetragen. Sagen Sie uns bitte zu jedem ob Sie damit sehr oder eher einverstanden sind bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind. Zur Erläuterung (nur bei Rückfragen): Unterschied zwischen der allg. Wehrpflicht und einer allg. obligatorischen Dienstpflicht: Wehrpflicht: Verpflichtung des Bürgers (oder Bürgerin) Militärdienst zu leisten Obligatorische Dienstpflicht: Verpflichtung des Bürgers (oder Bürgerin) Militär- ODER Zivill- ODER Sozialdienst zu leisten Die Schweiz sollte...

F ...die heutige Wehrpflicht für Männer aufheben und auf jede Form einer allgemeinen obligatorischen Dienstpflicht verzichten.

	Total	Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	10.1	9.7	10.7	13.5	10.2	10.0	14.5	11.3	6.3*	19.0*	7.8	5.3*	5.8	8.1*	14.3*
2 = eher einverstanden	13.3	12.0*	16.6	17.3	11.3*	15.2*	24.3*	12.9	9.3*	21.0*	11.3	9.2*	15.4	12.8	13.8
3 = eher nicht einverstanden	31.6	32.6	28.7	30.8	32.1	31.1	35.8	32.2	28.7	28.6	36.3*	29.8	30.8	33.3	28.9
4 = gar nicht einverstanden	41.0	43.0*	36.0*	36.5	43.2	39.0	23.1*	40.3	49.9*	27.9*	39.8	53.8*	42.3	40.8	41.1
Top-Two-Boxes	23.4	21.7*	27.3	30.8	21.5	25.1	38.7*	24.1	15.6*	40.0*	19.1*	14.5*	21.2	20.9*	28.2*
Bottom-Two-Boxes	72.6	75.6*	64.7*	67.3	75.3*	70.1*	59.0*	72.5	78.6*	56.5*	76.1	83.5*	73.1	74.1	69.9
weiss nicht / keine Angabe	4.0	2.8*	8.0*	1.9	3.2	4.7	2.3	3.3	5.8*	3.5	4.8	1.9*	5.8	5.0*	1.9*
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	3.08	3.12	2.98	2.92	3.12	3.04	2.69	3.05	3.30	2.68	3.13	3.35	3.16	3.12	2.99

SICHERHEITSSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 86

Q17 Es gibt nicht nur das Modell von der Wehrpflicht, sondern es sind auch andere Dienstmodelle möglich. Wir haben einige von diesen Dienstmodellen zusammengetragen. Sagen Sie uns bitte zu jedem ob Sie damit sehr oder eher einverstanden sind bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind. Zur Erläuterung (nur bei Rückfragen): Unterschied zwischen der allg. Wehrpflicht und einer allg. obligatorischen Dienstpflicht: Wehrpflicht: Verpflichtung des Bürgers (/ der Bürgerin) Militärdienst zu leisten Obligatorische Dienstpflicht: Verpflichtung des Bürgers (/ der Bürgerin) Militär- ODER Zivill- ODER Sozialdienst zu leisten Die Schweiz sollte...

G ...die allgemeine Wehrpflicht aufheben und den Militärdienst FREIWILLIGEN überlassen.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	13.3	11.9*	16.3	21.2	12.7	13.9	23.1*	14.9	6.5*	21.3*	11.8	8.2*	7.7*	13.3	15.0
2 = eher einverstanden	19.3	16.4*	29.1*	11.5	19.6	19.0	26.6*	20.6	13.9*	31.4*	17.6	10.7*	17.3	18.7	20.3
3 = eher nicht einverstanden	27.7	28.4	23.5	38.5	24.7*	30.3*	29.5	27.0	28.0	21.0*	30.2	30.8	31.7	29.2	24.1*
4 = gar nicht einverstanden	37.7	41.9*	26.6*	28.8	41.3*	34.4*	18.5*	36.2	48.4*	24.8*	37.8	49.4*	39.4	36.4	39.4
Top-Two-Boxes	32.6	28.3*	45.3*	32.7	32.3	32.9	49.7*	35.6*	20.4*	52.7*	29.5	18.9*	25.0	31.9	35.3
Bottom-Two-Boxes	65.3	70.3*	50.2*	67.3	66.0	64.8	48.0*	63.2	76.3*	45.7*	68.0	80.1*	71.2	65.7	63.5
weiss nicht / keine Angabe	2.1	1.4*	4.5*	~*	1.8	2.4	2.3	1.3*	3.3	1.6	2.5	1.0*	3.8	2.4	1.2
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.92	3.02	2.63	2.75	2.96	2.87	2.44	2.86	3.22	2.50	2.96	3.22	3.07	2.91	2.89

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 87

Q18: Wenn die Schweiz den Militärdienst Freiwilligen überlässt, würden Sie der Armee sehr oder eher bzw. eher nicht oder überhaupt nicht vertrauen?

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr vertrauen	8.8	5.8*	17.0*	13.5	8.5	9.2	15.6*	9.5	4.8*	7.9	9.6	8.5	9.6	9.0	8.4
2 = eher vertrauen	37.5	33.4*	48.4*	44.2	37.4	37.6	49.1*	39.8	28.7*	42.2*	37.0	35.6	35.6	37.8	37.0
3 = eher nicht vertrauen	31.8	36.3*	18.7*	30.8	33.3	30.5	23.7*	29.5	39.0*	30.5	33.8	32.7	32.7	31.0	33.4
4 = überhaupt nicht vertrauen	18.3	20.8*	12.5*	9.6*	18.7	18.0	9.2*	17.6	23.4*	17.5	16.4	21.1	18.3	18.5	18.4
Top-Two-Boxes	46.3	39.2*	65.4*	57.7	45.9	46.8	64.7*	49.4*	33.5*	50.2	46.6	44.1	45.2	46.8	45.3
Bottom-Two-Boxes	50.2	57.2*	31.1*	40.4	52.0	48.5	32.9*	47.1*	62.5*	47.9	50.1	53.8	51.0	49.5	51.8
weiss nicht / keine Angabe	3.5	3.6	3.5	1.9	2.1*	4.7*	2.3	3.5	4.0	1.9*	3.3	2.2*	3.8	3.6	2.9
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.62	2.75	2.28	2.37	2.64	2.60	2.27	2.57	2.85	2.59	2.59	2.68	2.62	2.61	2.64

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 88

Q19) Ich habe nun einige Fragen zu eingebürgerten Schweizern im Militär. Ich habe hier verschiedene Behauptungen. Sagen Sie mir bitte zu jeder, wie sehr Sie zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen teils nicht, eher nicht zustimmen oder nicht zustimmen. VORLESEN

A Eingebürgerte junge Männer werden durch den Militärdienst stärker in die Schweiz integriert.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = stimme zu	28.5	30.6*	23.9*	19.2	32.1*	25.3*	20.2*	27.1	34.3*	22.9*	30.0	32.9*	32.7	26.4	31.3
2 = stimme eher zu	42.5	44.0	37.0*	48.1	43.0	42.0	53.8*	38.9*	43.3	41.3	42.8	43.3	31.7*	44.1	43.2
3 = stimme teils zu teils nicht	10.7	11.3	9.3	7.7	8.5*	12.6*	12.1	13.2*	6.0*	12.4	11.8	9.2	9.6	11.3	9.3
4 = stimme eher nicht zu	10.3	8.5*	14.5*	17.3	8.6	11.8	8.1	11.6	9.3	12.1	8.8	9.2	16.3	10.4	8.6
5 = stimme nicht zu	5.3	3.8*	9.0*	7.7	5.6	4.9	4.6	6.7*	3.3*	7.9*	4.8	3.9	7.7	4.7	5.5
Top-Two-Boxes	71.0	74.6*	60.9*	67.3	75.1*	67.3*	74.0	66.0*	77.6*	64.1*	72.8	76.3*	64.4	70.5	74.5*
Bottom-Two-Boxes	15.6	12.3*	23.5*	25.0	14.3	16.7	12.7	18.3*	12.6*	20.0*	13.6	13.1	24.0*	15.1	14.1
weiss nicht / keine Angabe	2.8	1.7*	6.2*	*	2.1	3.3	1.2	2.5	3.8	3.5	1.8	1.5*	1.9	3.2	2.1
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.19	2.09	2.44	2.46	2.11	2.27	2.22	2.30	2.00	2.39	2.14	2.06	2.33	2.20	2.12

SICHERHEITSSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 89

Q19 Ich habe nun einige Fragen zu eingebürgerten Schweizern im Militär. Ich habe hier verschiedene Behauptungen. Sagen Sie mir bitte zu jeder, wie sehr Sie zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen, teils nicht zustimmen oder nicht zustimmen. (VORLESEN)

B Es ist für unsere Sicherheit besser, wenn eingebürgerte junge Männer nicht in der Schweizer Armee dienen.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = stimme zu	4.8	5.8*	2.1*	3.8	4.9	4.7	5.2	4.3	5.5	2.5*	4.8	6.8*	6.7	6.3*	1.4*
2 = stimme eher zu	8.2	9.4*	4.5*	7.7	6.9	9.3	6.9	5.6*	12.8*	1.9*	9.3	11.1*	20.2*	9.5	2.9*
3 = stimme teils zu teils nicht	7.8	9.0*	3.5*	11.5	6.2	9.2	6.9	8.1	7.6	6.0	10.8*	6.3	8.7	9.2*	5.3*
4 = stimme eher nicht zu	35.4	36.1	33.6	34.6	36.5	34.4	34.7	36.3	34.3	34.0	35.3	38.3	34.6	36.4	34.4
5 = stimme nicht zu	40.9	36.9*	53.6*	36.5	42.5	39.5	45.1	43.3	35.3*	54.0*	36.8*	36.1*	28.8*	34.3*	55.1*
Top-Two-Boxes	13.0	15.3*	6.6*	11.5	11.8	14.1	12.1	9.8*	18.4*	4.4*	14.1	17.9*	26.9*	15.8*	4.3*
Bottom-Two-Boxes	76.3	73.0*	87.2*	71.2	79.0*	73.9*	79.8	79.7*	69.5*	87.9*	72.0*	74.3	63.5*	70.8*	89.5*
weiss nicht / keine Angabe	2.9	2.8	2.8	5.8	3.0	2.8	1.2*	2.4	4.5*	1.6	3.0	1.5*	1.0	4.2*	1.0*
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	4.02	3.91	4.36	3.98	4.08	3.97	4.09	4.12	3.85	4.37	3.93	3.87	3.59	3.87	4.40

SICHERHEITSSTUDIE 2013
ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 90

Q19) Ich habe nun einige Fragen zu eingebürgerten Schweizern im Militär. Ich habe hier verschiedene Behauptungen. Sagen Sie mir bitte zu jeder, wie sehr Sie zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen teils nicht, eher nicht zustimmen oder nicht zustimmen. VORLESEN

C Solange die Wehrpflicht für alle Schweizer Bürger gilt, sollten auch junge eingebürgerte Männer in der Schweizer Armee dienen.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = stimme zu	49.9	50.4	50.5	38.5	49.9	49.9	53.2	49.4	49.4	52.1	49.1	49.4	38.5*	47.0*	58.0*
2 = stimme eher zu	35.2	33.6	38.8	40.4	35.6	34.8	34.7	34.8	36.0	35.2	36.3	34.9	39.4	35.2	34.4
3 = stimme teils zu teils nicht	4.7	5.7*	2.1*	1.9	4.6	4.7	5.8	4.8	4.0	3.8	5.3	4.6	6.7	5.3	2.9*
4 = stimme eher nicht zu	5.9	5.8	4.5	15.4	6.0	5.8	6.4	6.2	5.3	4.4	5.8	7.0	10.6	6.9	2.6*
5 = stimme nicht zu	2.4	2.7	1.7	1.9	2.1	2.7	.*	3.0	2.5	1.9	2.0	3.1	3.8	3.2	1.0*
Top-Two-Boxes	85.1	84.1	89.3*	78.8	85.5	84.7	87.9	84.1	85.4	87.3	85.4	84.3	77.9	82.2*	92.4*
Bottom-Two-Boxes	8.3	8.5	6.2	17.3	8.1	8.5	6.4	9.2	7.8	6.3	7.8	10.2	14.4	10.1*	3.6*
weiss nicht / keine Angabe	1.9	1.7	2.4	1.9	1.8	2.1	.*	1.9	2.8	2.5	1.5	1.0*	1.0	2.4	1.2
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	1.73	1.75	1.65	2.00	1.73	1.74	1.65	1.76	1.72	1.65	1.73	1.78	2.01	1.81	1.52

SICHERHEITSSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 91

Q19 Ich habe nun einige Fragen zu eingebürgerten Schweizern im Militär. Ich habe hier verschiedene Behauptungen. Sagen Sie mir bitte zu jeder, wie sehr Sie zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen, teils nicht zustimmen oder nicht zustimmen. VORLESEN

D Ein Soldat mit schweizerischer Herkunft ist eher bereit die Schweiz zu verteidigen als ein eingebürgerter Soldat.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = stimme zu	10.9	12.6*	5.5*	13.5	12.9*	9.2*	10.4	9.0*	14.1*	3.2*	11.3	15.7*	20.2*	13.1*	5.0*
2 = stimme eher zu	17.5	19.8*	11.4*	13.5	18.9	16.3	14.5	15.2*	22.4*	7.9*	18.4	25.7*	18.3	20.8*	11.9*
3 = stimme teils zu teils nicht	11.1	12.7*	7.3*	5.8	8.5*	13.4*	15.0	11.4	8.8	10.5	12.8	9.9	15.4	10.7	10.3
4 = stimme eher nicht zu	29.8	28.8	31.5	36.5	29.5	30.0	34.1	31.0	25.9*	36.5*	29.7	25.2*	28.8	29.2	31.0
5 = stimme nicht zu	27.3	22.8*	40.8*	25.0	26.3	28.1	25.4	29.8*	23.9	39.0*	25.7	20.1*	15.4*	23.0*	37.5*
Top-Two-Boxes	28.4	32.4*	17.0*	26.9	31.7*	25.4*	24.9	24.3*	36.5*	11.1*	29.7	41.4*	38.5*	33.9*	16.9*
Bottom-Two-Boxes	57.0	51.6*	72.3*	61.5	55.7	58.1	59.5	60.8*	49.9*	75.6*	55.4	45.3*	44.2*	52.3*	68.5*
weiss nicht / keine Angabe	3.5	3.4	3.5	5.8	4.1	3.0	0.6*	3.5	4.8	2.9	2.0*	3.4	1.9	3.2	4.3
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	3.47	3.30	3.94	3.49	3.39	3.53	3.50	3.59	3.24	4.03	3.41	3.09	3.01	3.29	3.88

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 92

Q20. Nun die letzte Frage zum Thema Schweizer Armee. Halten Sie die Schweizer Armee für unbedingt notwendig, eher notwendig, eher nicht notwendig oder überhaupt nicht notwendig?

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = unbedingt notwendig	26.4	28.8*	18.3*	32.7	30.0*	23.2*	14.5*	22.7*	37.5*	8.6*	28.2	38.3*	36.5*	27.1	22.9*
2 = eher notwendig	45.8	44.2	51.6*	40.4	44.8	46.8	44.5	47.3	44.1	34.3*	51.9*	49.6	47.1	48.9*	40.6*
3 = eher nicht notwendig	16.9	16.5	17.6	19.2	13.6*	19.9*	21.4	19.2*	11.3*	30.8*	15.9	8.2*	11.5	15.5	20.5*
4 = überhaupt nicht notwendig	9.8	9.5	10.7	7.7	10.4	9.2	19.1*	9.7	5.8*	25.4*	3.0*	3.1*	4.8*	7.2*	15.0*
Top-Two-Boxes	72.3	73.0	69.9	73.1	74.8	70.0	59.0*	70.0	81.6*	42.9*	80.1*	87.9*	83.7*	76.1*	63.5*
Bottom-Two-Boxes	26.7	26.1	28.4	26.9	24.0*	29.1*	40.5*	28.9	17.1*	56.2*	18.9*	11.4*	16.3*	22.7*	35.6*
weiss nicht / keine Angabe	1.1	0.9	1.7	•*	1.2	0.9	0.6	1.1	1.3	1.0	1.0	0.7	•*	1.2	1.0
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.10	2.07	2.21	2.02	2.04	2.15	2.45	2.16	1.85	2.74	1.94	1.76	1.85	2.03	2.28

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 93

Nun habe ich noch einige Fragen zur Schweizer Politik und zur Schweizer Wirtschaft an Sie. Q21: Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

A: Die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH			Mann	Frau	18-29			links			niedrig		
		F-CH	I-CH				30-59	60+		mitte	rechts		mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	5.9	5.8	4.8	13.5	6.2	5.7	6.9	4.4*	7.8	8.3	4.8	5.1	3.8	6.0	6.2
2 = eher einverstanden	26.3	28.3*	22.1	15.4*	23.5*	28.8*	29.5	26.2	24.9	29.2	28.2	23.0	25.0	26.4	26.3
3 = eher nicht einverstanden	41.1	40.6	40.5	51.9	40.4	41.7	42.8	43.0	37.3	42.5	39.5	43.3	42.3	40.7	41.3
4 = gar nicht einverstanden	23.3	22.7	26.6	15.4	28.4*	18.8*	18.5	23.7	24.9	17.8*	22.7	27.1*	23.1	23.2	24.1
Top-Two-Boxes	32.2	34.1*	27.0*	28.8	29.6	34.4	36.4	30.6	32.7	37.5*	33.0	28.1*	28.8	32.4	32.5
Bottom-Two-Boxes	64.4	63.3	67.1	67.3	68.8*	60.5*	61.3	66.7	62.2	60.3	62.2	70.5*	65.4	63.9	65.4
weiss nicht / keine Angabe	3.4	2.6*	5.9*	3.8	1.6*	5.1*	2.3	2.7	5.0*	2.2	4.8	1.5*	5.8	3.8	2.1
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.85	2.82	2.94	2.72	2.92	2.78	2.75	2.88	2.84	2.71	2.84	2.94	2.90	2.84	2.85

SICHERHEITSSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 94

Nun habe ich noch einige Fragen zur Schweizer Politik und zur Schweizer Wirtschaft an Sie. Q21: Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

B Die Neutralität ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	41.1	42.0	34.6*	61.5*	42.9	39.5	30.6*	39.2	48.6*	30.2*	39.0	51.8*	34.6	43.5	38.4
2 = eher einverstanden	43.0	42.0	48.8*	26.9*	40.7	45.0	49.7	44.8	37.3*	46.0	45.8	38.7*	46.2	42.6	43.2
3 = eher nicht einverstanden	10.4	10.8	9.3	9.6	11.6	9.3	15.6*	9.7	9.3	17.1*	9.3	6.1*	11.5	8.6*	13.4*
4 = gar nicht einverstanden	2.8	3.0	2.8	.*	3.2	2.5	2.9	3.5	1.8	5.1*	1.5*	2.4	4.8	2.3	3.3
Top-Two-Boxes	84.1	84.1	83.4	88.5	83.6	84.5	80.3	84.0	85.9	76.2*	84.9	90.6*	80.8	86.1*	81.6
Bottom-Two-Boxes	13.3	13.9	12.1	9.6	14.8	11.8	18.5	13.2	11.1	22.2*	10.8	8.5*	16.3	10.8*	16.7*
weiss nicht / keine Angabe	2.7	2.1	4.5	1.9	1.6*	3.6*	1.2	2.9	3.0	1.6	4.3*	1.0*	2.9	3.0	1.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	1.74	1.74	1.79	1.47	1.75	1.74	1.91	1.77	1.63	1.97	1.72	1.59	1.86	1.69	1.81

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 95

Nun habe ich noch einige Fragen zur Schweizer Politik und zur Schweizer Wirtschaft an Sie. Q21: Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

C Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.

	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	6.1	6.2	5.9	5.8	6.3	5.8	6.9	5.6	6.5	8.6	4.0*	6.1	2.9	5.9	7.4
2 = eher einverstanden	26.2	26.5	27.3	13.5*	23.1*	28.9*	34.1*	27.3	20.9*	31.7*	25.9	21.5*	22.1	25.0	29.4
3 = eher nicht einverstanden	42.3	43.5	36.0*	55.8*	41.6	42.8	41.6	43.7	40.3	40.0	42.6	45.0	43.3	43.7	39.9
4 = gar nicht einverstanden	20.8	20.3	22.5	19.2	26.6*	15.5*	13.3*	20.2	24.9*	16.5*	21.7	24.5*	24.0	19.3	21.7
Top-Two-Boxes	32.3	32.7	33.2	19.2*	29.5*	34.8*	41.0*	32.9	27.5*	40.3*	30.0	27.6*	25.0	30.9	36.8*
Bottom-Two-Boxes	63.0	63.8	58.5	75.0*	68.3*	58.3*	54.9*	63.8	65.2	56.5*	64.2	69.5*	67.3	63.0	61.6
weiss nicht / keine Angabe	4.8	3.5*	8.3*	5.8	2.3*	7.0*	4.0	3.3*	7.3*	3.2	5.8	2.9*	7.7	6.2*	1.7*
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.82	2.81	2.82	2.94	2.91	2.73	2.64	2.81	2.90	2.67	2.87	2.91	2.96	2.81	2.77

SICHERHEITSSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 96

Nun habe ich noch einige Fragen zur Schweizer Politik und zur Schweizer Wirtschaft an Sie. Q21: Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international gute Dienste leisten.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	44.1	45.1	40.8	46.2	48.5*	40.1*	27.7*	44.9	49.9*	45.7	42.1	47.7	37.5	41.4*	50.4*
2 = eher einverstanden	47.8	47.7	48.4	46.2	44.1*	51.2*	60.7*	47.8	42.3*	46.7	49.1	45.8	49.0	50.3	43.7*
3 = eher nicht einverstanden	5.9	5.5	8.0	1.9*	5.5	6.3	9.8	5.6	4.8	5.7	5.3	5.8	10.6	5.9	4.8
4 = gar nicht einverstanden	0.9	0.8	1.0	1.9	1.2	0.6	0.6	1.0	1.0	1.0	1.0	0.7	1.0	0.9	0.7
Top-Two-Boxes	91.9	92.8	89.3	92.3	92.6	91.3	88.4	92.7	92.2	92.4	91.2	93.5	86.5	91.7	94.0*
Bottom-Two-Boxes	6.8	6.3	9.0	3.8	6.7	7.0	10.4	6.5	5.8	6.7	6.3	6.5	11.5	6.8	5.5
weiss nicht / keine Angabe	1.3	0.9	1.7	3.8	0.7	1.7	1.2	0.8	2.0	1.0	2.5*	.*	1.9	1.5	0.5*
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	1.63	1.62	1.69	1.58	1.59	1.67	1.83	1.62	1.56	1.62	1.64	1.60	1.75	1.66	1.56

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 97

Nun habe ich noch einige Fragen zur Schweizer Politik und zur Schweizer Wirtschaft an Sie. Q21 Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität un-
terschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht
einverstanden sind. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

E Die bewaffnete Neutralität von der Schweiz trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	15.3	16.2	11.1*	25.0	17.5	13.4	8.7*	12.1*	23.4*	7.6*	16.6	19.6*	23.1*	15.7	12.6
2 = eher einverstanden	39.4	37.8	43.6	42.3	38.8	40.0	43.4	40.2	36.5	30.5*	42.8	44.3*	29.8*	42.5*	36.8
3 = eher nicht einverstanden	28.2	30.0*	25.3	13.5*	27.7	28.6	35.8*	28.7	23.9*	34.3*	25.2	27.6	31.7	26.4	30.5
4 = gar nicht einverstanden	11.3	11.2	11.4	11.5	13.2*	9.5*	7.5	14.4*	7.8*	22.2*	8.1*	5.3*	6.7	9.0*	16.0*
Top-Two-Boxes	54.8	54.0	54.7	67.3	56.3	53.4	52.0	52.2	59.9*	38.1*	59.4*	63.9*	52.9	58.1*	49.4*
Bottom-Two-Boxes	39.4	41.2*	36.7	25.0*	40.9	38.1	43.4	43.2*	31.7*	56.5*	33.2*	32.9*	38.5	35.4*	46.5*
weiss nicht / keine Angabe	5.8	4.8*	8.7*	7.7	2.8*	8.5*	4.6	4.6	8.3*	5.4	7.3	3.1*	8.7	6.5	4.1*
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.38	2.38	2.41	2.13	2.38	2.37	2.44	2.48	2.18	2.75	2.27	2.19	2.24	2.31	2.52

SICHERHEITSSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 98

Nun habe ich noch einige Fragen zur Schweizer Politik und zur Schweizer Wirtschaft an Sie. Q21: Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

F Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	24.6	26.5*	18.0*	28.8	26.1	23.2	25.4	21.9*	28.5*	15.2*	24.2	31.7*	32.7	27.6*	17.9*
2 = eher einverstanden	42.2	43.4	38.8	40.4	40.0	44.1	48.0	41.6	40.6	41.9	44.1	42.9	35.6	42.3	43.4
3 = eher nicht einverstanden	24.3	23.1	28.7	21.2	24.5	24.2	20.8	28.7*	18.9*	31.7*	22.4	20.1*	20.2	22.4	28.6*
4 = gar nicht einverstanden	6.0	4.9*	9.7*	3.8	7.4	4.7	4.6	5.7	7.1	9.5*	5.8	3.6*	5.8	4.8	7.9
Top-Two-Boxes	66.8	70.0*	56.7*	69.2	66.1	67.3	73.4*	63.5*	69.0	57.1*	68.3	74.6*	68.3	69.9*	61.3*
Bottom-Two-Boxes	30.3	27.9*	38.4*	25.0	31.9	28.9	25.4	34.4*	25.9*	41.3*	28.2	23.7*	26.0	27.3*	36.5*
weiss nicht / keine Angabe	2.9	2.1*	4.8	5.8	1.9	3.8	1.2*	2.1	5.0*	1.6	3.5	1.7*	5.8	2.9	2.1
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.12	2.06	2.32	2.00	2.13	2.11	2.05	2.19	2.05	2.36	2.10	1.96	1.99	2.05	2.27

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 99

Nun habe ich noch einige Fragen zur Schweizer Politik und zur Schweizer Wirtschaft an Sie. Q21: Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität un-
terschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht
einverstanden sind. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

G Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	10.8	11.6	7.6*	13.5	12.0	9.6	11.6	11.0	10.1	18.1*	8.6	6.5*	9.6	9.2	13.6*
2 = eher einverstanden	34.7	34.9	33.9	34.6	33.5	35.7	36.4	31.6*	38.8*	36.5	35.3	34.1	38.5	35.2	32.7
3 = eher nicht einverstanden	32.8	33.4	30.4	36.5	33.5	32.2	42.2*	34.3	26.4*	30.5	32.2	37.3*	26.9	33.9	32.9
4 = gar nicht einverstanden	13.4	13.7	12.8	11.5	17.1*	10.1*	5.2*	14.4	15.4	7.0*	13.4	18.2*	17.3	11.6*	15.0
Top-Two-Boxes	45.4	46.6	41.5	48.1	45.5	45.3	48.0	42.5*	48.9	54.6*	43.8	40.7*	48.1	44.4	46.3
Bottom-Two-Boxes	46.3	47.1	43.3	48.1	50.6*	42.3*	47.4	48.7	41.8*	37.5*	45.6	55.4*	44.2	45.5	48.0
weiss nicht / keine Angabe	8.3	6.3*	15.2*	3.8	3.9*	12.3*	4.6*	8.7	9.3	7.9	10.6	3.9*	7.7	10.1*	5.7*
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.53	2.53	2.57	2.48	2.58	2.49	2.43	2.57	2.52	2.29	2.56	2.70	2.56	2.53	2.52

SICHERHEITSSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 100

Nun habe ich noch einige Fragen zur Schweizer Politik und zur Schweizer Wirtschaft an Sie. Q21 Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

H: Sobald die Neutralität für die Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	4.3	4.5	3.8	3.8	4.6	4.1	6.4	3.8	4.3	6.3	3.8	2.9	3.8	4.1	4.8
2 = eher einverstanden	14.8	14.4	17.3	7.7	12.9	16.6	24.3*	14.0	12.1	19.0*	14.4	12.8	16.3	14.2	15.8
3 = eher nicht einverstanden	37.5	38.2	33.6	48.1	35.6	39.2	36.4	39.8	34.3	42.2*	35.0	37.0	35.6	38.0	37.0
4 = gar nicht einverstanden	40.5	41.0	39.8	36.5	44.6*	36.8*	31.2*	39.5	46.1*	29.5*	43.6	46.2*	39.4	41.3	39.9
Top-Two-Boxes	19.2	19.0	21.1	11.5	17.5	20.7	30.6*	17.8	16.4	25.4*	18.1	15.7*	20.2	18.2	20.5
Bottom-Two-Boxes	78.0	79.2	73.4*	84.6	80.2	76.0	67.6*	79.4	80.4	71.7*	78.6	83.3*	75.0	79.2	76.8
weiss nicht / keine Angabe	2.8	1.9*	5.5*	3.8	2.3	3.3	1.7	2.9	3.3	2.9	3.3	1.0*	4.8	2.6	2.6
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	3.17	3.18	3.16	3.22	3.23	3.12	2.94	3.18	3.26	2.98	3.22	3.28	3.16	3.19	3.15

SICHERHEITSTUDIE 2013
ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 101

Nun habe ich noch einige Fragen zur Schweizer Politik und zur Schweizer Wirtschaft an Sie. Q21: Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

I Die Mitgliedschaft in einem europäischen Verteidigungsbündnis würde uns mehr Sicherheit bringen als die Beibehaltung von der Neutralität.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr einverstanden	3.7	3.0	4.5	9.6	4.2	3.2	4.0	4.1	2.8	4.8	2.3*	4.1	3.8	3.5	3.6
2 = eher einverstanden	17.8	17.7	19.0	11.5	19.9	15.8	20.8	17.0	17.6	23.8*	16.9	15.0	21.2	15.5*	20.5
3 = eher nicht einverstanden	43.9	45.6	38.4*	46.2	39.0*	48.3*	50.9*	44.0	40.8	42.2	45.1	45.3	38.5	45.8	42.7
4 = gar nicht einverstanden	26.9	27.6	25.6	23.1	31.7*	22.6*	19.7*	26.0	31.5*	20.0*	27.7	32.2*	26.0	26.4	27.9
Top-Two-Boxes	21.4	20.7	23.5	21.2	24.2*	19.0*	24.9	21.1	20.4	28.6*	19.1	19.1	25.0	19.0*	24.1
Bottom-Two-Boxes	70.8	73.2*	64.0*	69.2	70.7	70.9	70.5	70.0	72.3	62.2*	72.8	77.5*	64.4	72.1	70.6
weiss nicht / keine Angabe	7.8	6.1*	12.5*	9.6	5.1*	10.1*	4.6*	8.9	7.3	9.2	8.1	3.4*	10.6	8.9	5.3*
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	3.02	3.04	2.97	2.91	3.04	3.01	2.90	3.01	3.09	2.85	3.07	3.09	2.97	3.04	3.00

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 102

Q22:Es wird heute viel darüber diskutiert, ob der Militärdienst für das Berufsleben förderlich ist. Ich habe nun einige Frage zum Militärdienst. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen teils nicht, eher nicht zustimmen oder nicht zustimmen.

A Die ZEITLICHEN ABSENZEN, welche durch den Militärdienst entstehen, werden von den Arbeitgebern nicht mehr akzeptiert.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = stimme zu	5.8	5.7	5.2	11.5	7.6*	4.3*	2.3*	6.8	5.8	5.1	5.8	6.1	10.6	5.6	5.3
2 = stimme eher zu	27.9	28.2	28.4	21.2	31.7*	24.5*	22.5	29.7	27.5	33.0*	25.7	27.6	26.0	24.2*	34.6*
3 = stimme teils zu teils nicht	12.1	12.2	12.5	7.7	11.6	12.5	13.3	12.4	11.1	13.7	12.3	11.1	9.6	13.1	11.2
4 = stimme eher nicht zu	32.3	33.2	29.1	36.5	31.7	32.9	43.9*	33.2	25.9*	33.3	29.7	35.1	26.0	32.7	33.2
5 = stimme nicht zu	13.1	14.0	9.7*	17.3	12.9	13.3	12.7	11.7	15.4	7.0*	15.9	14.8	19.2	14.9*	8.4*
Top-Two-Boxes	33.8	33.9	33.6	32.7	39.3*	28.8*	24.9*	36.5*	33.2	38.1	31.5	33.7	36.5	29.8*	39.9*
Bottom-Two-Boxes	45.4	47.1	38.8*	53.8	44.6	46.1	56.6*	44.9	41.3*	40.3*	45.6	49.9*	45.2	47.6	41.5*
weiss nicht / keine Angabe	8.8	6.8*	15.2*	5.8	4.4*	12.6*	5.2*	6.2*	14.4*	7.9	10.6	5.3*	8.7	9.5	7.4
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	3.21	3.23	3.11	3.29	3.11	3.30	3.45	3.14	3.21	3.04	3.27	3.26	3.19	3.30	3.05

SICHERHEITSTUDIE 2013
ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 103

Q22:Es wird heute viel darüber diskutiert, ob der Militärdienst für das Berufsleben förderlich ist. Ich habe nun einige Frage zum Militärdienst. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen teils nicht, eher nicht zustimmen oder nicht zustimmen.

B Im Allgemeinen kann eine Person, die Militärdienst leistet, auf die UNTERSTÜTZUNG seines Arbeitgebers zählen.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = stimme zu	18.4	21.1*	9.3*	25.0	16.6	20.1	12.7*	17.9	21.7*	9.8*	23.4*	19.9	29.8*	19.1	14.8*
2 = stimme eher zu	44.1	44.4	42.9	46.2	45.1	43.1	51.4*	43.2	42.3	43.5	43.6	45.0	42.3	43.8	44.6
3 = stimme teils zu teils nicht	12.3	11.3	15.9*	7.7	10.6	13.7	15.0	12.1	11.3	16.5*	12.3	9.9	7.7	13.1	11.9
4 = stimme eher nicht zu	16.7	16.1	18.7	15.4	18.9	14.7	16.8	17.1	15.9	22.2*	13.4*	16.9	14.4	14.9	20.5*
5 = stimme nicht zu	3.5	3.0	5.2	1.9	4.9*	2.2*	1.7	4.3	3.0	2.2	3.3	4.8	1.9	4.2	2.6
Top-Two-Boxes	62.5	65.4*	52.2*	71.2	61.7	63.2	64.2	61.1	64.0	53.3*	67.0*	64.9	72.1*	63.0	59.4
Bottom-Two-Boxes	20.2	19.1	23.9	17.3	23.8*	16.9*	18.5	21.4	18.9	24.4*	16.6*	21.8	16.3	19.1	23.2
weiss nicht / keine Angabe	5.1	4.2*	8.0*	3.8	3.9	6.2	2.3*	5.4	5.8	5.7	4.0	3.4*	3.8	4.8	5.5
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.40	2.33	2.65	2.20	2.48	2.32	2.42	2.44	2.32	2.61	2.27	2.40	2.13	2.38	2.49

SICHERHEITSTUDIE 2013
ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 104

Q22:Es wird heute viel darüber diskutiert, ob der Militärdienst für das Berufsleben förderlich ist. Ich habe nun einige Frage zum Militärdienst. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen teils nicht, eher nicht zustimmen oder nicht zustimmen.

C Kann ein Mitarbeiter wegen des Militärdienstes seine Leistung nicht erbringen, so kann er nicht mit VERSTÄNDNIS von seinem Arbeitgeber rechnen.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
		D-CH		F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289		52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = stimme zu	8.1	8.1	7.3		11.5	9.7	6.6	9.2	8.3	7.3	7.3	8.6	8.2	10.6	7.7	8.4
2 = stimme eher zu	24.5	24.0	27.0		19.2	27.9*	21.5*	24.3	25.6	22.9	26.7	22.9	25.2	18.3	23.6	27.2
3 = stimme teils zu teils nicht	14.3	13.9	15.6		15.4	12.7	15.8	16.8	14.1	13.6	18.1*	14.9	12.1	14.4	14.2	14.8
4 = stimme eher nicht zu	34.3	35.0	30.8		42.3	32.5	36.0	35.3	35.6	32.0	31.4	34.5	36.3	35.6	34.6	33.4
5 = stimme nicht zu	10.7	12.2*	6.6*		7.7	11.5	10.0	10.4	10.3	11.3	6.3*	11.8	13.1	13.5	11.6	8.6
Top-Two-Boxes	32.6	32.1	34.3		30.8	37.6*	28.1*	33.5	33.8	30.2	34.0	31.5	33.4	28.8	31.3	35.6
Bottom-Two-Boxes	45.0	47.3*	37.4*		50.0	43.9	46.0	45.7	45.9	43.3	37.8*	46.3	49.4*	49.0	46.2	42.0
weiss nicht / keine Angabe	8.1	6.8*	12.8*		3.8	5.8*	10.1*	4.0*	6.2*	12.8*	10.2	7.3	5.1*	7.7	8.3	7.6
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0		100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	3.16	3.21	3.03		3.16	3.09	3.24	3.14	3.15	3.20	3.03	3.20	3.22	3.25	3.21	3.07

SICHERHEITSTUDIE 2013
ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 105
Q22:Es wird heute viel darüber diskutiert, ob der Militärdienst für das Berufsleben förderlich ist. Ich habe nun einige Frage zum Militärdienst. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen teils nicht, eher nicht zustimmen oder nicht zustimmen.
D Die ABWESENHEIT AM ARBEITSPLATZ ist ein Hauptgrund, weshalb der Militärdienst für eine berufliche Karriere hinderlich ist.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = stimme zu	11.9	12.9	8.0*	17.3	13.9*	10.1*	15.6	12.9	8.8*	14.6	10.8	10.4	10.6	11.4	13.4
2 = stimme eher zu	28.9	29.2	28.7	25.0	31.0	27.0	32.9	28.7	27.5	29.8	27.7	29.1	30.8	27.6	31.3
3 = stimme teils zu teils nicht	9.8	9.7	11.1	3.8*	7.6*	11.7*	11.0	9.8	9.1	10.8	8.8	9.9	7.7	11.4*	7.2*
4 = stimme eher nicht zu	31.4	31.3	28.7	48.1*	31.7	31.1	32.4	31.9	30.2	30.5	31.2	33.2	28.8	31.8	31.0
5 = stimme nicht zu	13.8	13.6	15.9	5.8*	13.2	14.4	5.2*	14.0	17.4*	10.8	16.1	15.3	14.4	13.9	14.1
Top-Two-Boxes	40.8	42.1	36.7	42.3	45.0*	37.1*	48.6*	41.6	36.3*	44.4	38.5	39.5	41.3	39.0	44.6
Bottom-Two-Boxes	45.3	44.9	44.6	53.8	45.0	45.5	37.6*	45.9	47.6	41.3	47.4	48.4	43.3	45.6	45.1
weiss nicht / keine Angabe	4.2	3.3*	7.6*	-.*	2.5*	5.7*	2.9	2.7*	7.1*	3.5	5.3	2.2*	7.7	3.9	3.1
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	3.07	3.04	3.17	3.00	2.99	3.13	2.78	3.06	3.21	2.93	3.15	3.14	3.06	3.09	3.01

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 106

Q22:Es wird heute viel darüber diskutiert, ob der Militärdienst für das Berufsleben förderlich ist. Ich habe nun einige Frage zum Militärdienst. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen teils nicht, eher nicht zustimmen oder nicht zustimmen.

E Nach meiner Meinung kann die Mehrfachbelastung durch die Dienstpflicht bewältigt werden, OHNE dass die berufliche Karriere darunter leidet.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = stimme zu	19.5	21.9*	11.8*	23.1	17.8	21.0	13.3*	18.6	23.7*	14.9*	19.6	23.2*	22.1	21.1	16.7
2 = stimme eher zu	40.4	37.4*	47.4*	51.9	40.6	40.3	44.5	41.4	37.0	36.2	42.1	42.6	39.4	40.1	40.3
3 = stimme teils zu teils nicht	9.4	9.5	10.0	3.8*	9.5	9.3	11.6	9.8	7.8	12.1	8.1	8.7	5.8	10.2	9.1
4 = stimme eher nicht zu	20.7	21.9	18.0	15.4	22.2	19.3	22.0	20.8	19.9	25.4*	21.2	16.7*	22.1	19.0	23.6
5 = stimme nicht zu	5.8	5.8	5.5	5.8	6.9	4.7	6.4	5.7	5.5	5.4	6.0	6.1	5.8	5.6	6.2
Top-Two-Boxes	59.9	59.3	59.2	75.0*	58.4	61.3	57.8	60.0	60.7	51.1*	61.7	65.9*	61.5	61.1	57.0
Bottom-Two-Boxes	26.4	27.7	23.5	21.2	29.1*	24.0*	28.3	26.5	25.4	30.8*	27.2	22.8*	27.9	24.5	29.8
weiss nicht / keine Angabe	4.3	3.5	7.3*	3.0*	3.0*	5.4*	2.3	3.7	6.0*	6.0	3.0	2.7*	4.8	4.1	4.1
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.51	2.51	2.55	2.29	2.59	2.43	2.63	2.52	2.43	2.68	2.50	2.38	2.47	2.46	2.61

SICHERHEITSTUDIE 2013
ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 107
Q23 Sie haben in dieser Umfrage einige Fragen zu Sicherheitspolitik beantwortet. Wie stark interessieren Sie sich für Fragen der nationalen Sicherheit, sehr stark, eher stark, ein bisschen oder überhaupt nicht?

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
1 = sehr stark	18.5	20.6*	12.5*	17.3	25.6*	12.2*	9.2*	15.2*	27.7*	11.1*	17.1	26.6*	19.2	17.3	20.3
2 = eher stark	43.0	44.1	36.3*	61.5*	45.0	41.2	42.8	43.0	43.1	39.0	42.3	48.4*	33.7*	43.4	44.4
3 = ein bisschen	35.0	32.1*	46.7*	17.3*	26.8*	42.3*	45.7*	37.9*	25.7*	46.3*	38.0	23.0*	41.3	35.8	32.7
4 = überhaupt nicht	2.9	2.7	3.5	3.8	1.9	3.8	2.3	3.5	2.3	3.5	2.0	1.9	4.8	2.9	2.6
Top-Two-Boxes	61.5	64.7*	48.8*	78.8*	70.5*	53.4*	52.0*	58.3*	70.8*	50.2*	59.4	75.1*	52.9	60.7	64.7
Bottom-Two-Boxes	37.9	34.8*	50.2*	21.2*	28.7*	46.1*	48.0*	41.4*	28.0*	49.8*	40.1	24.9*	46.2	38.7	35.3
weiss nicht / keine Angabe	0.6	0.5	1.0	.*	0.7	0.5	.*	0.3	1.3	.*	0.5	.*	1.0	0.6	.*
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.22	2.17	2.42	2.08	2.05	2.38	2.41	2.30	2.03	2.42	2.25	2.00	2.32	2.24	2.18

SICHERHEITSTUDIE 2013
ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 108
Q24: Kommt es vor, dass Sie von Ihren Freunden oder Bekannten über politische Fragen um Rat und Auskunft gefragt werden?

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
öfters	13.6	13.9	12.5	15.4	17.5*	10.1*	12.7	12.7	15.4	14.0	10.3*	17.2*	8.7	11.1*	18.9*
gelegentlich	37.3	37.4	35.3	48.1	42.2*	33.0*	40.5	36.0	38.0	42.5*	34.3	39.0	22.1*	36.0	43.2*
selten	29.3	30.7	24.9	28.8	26.1*	32.1*	28.9	32.4*	24.4*	29.2	30.0	28.8	27.9	31.6*	25.8*
nie	19.4	17.7*	26.6*	7.7*	13.8*	24.5*	17.9	18.4	21.7	14.3*	25.2*	15.0*	40.4*	21.1	12.2*
weiss nicht / keine Angabe	0.4	0.3	0.7	0.7	0.5	0.3	0.3	0.5	0.5	0.3	0.3	0.3	1.0	0.2	0.3
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

SICHERHEITSTUDIE 2013
ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 109
Zuletzt noch ein paar Fragen zu Ihrer Person. Q25. Welches ist die höchste Schule, die Sie besucht haben oder die Sie zur Zeit besuchen? \ NICHT VORLESEN

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
Primarschule	1.6	1.2	3.1	.*	1.2	1.9	.*	0.8*	3.5*	0.6*	2.8*	0.7*	18.3*	.*	.*
Sekundar-/Real-/Bezirksschule	7.1	6.6	8.3	7.7	6.3	7.7	4.6	6.0	9.8*	4.8*	8.1	7.0	81.7*	.*	.*
Berufsschule/Gewerbeschule/KV/Handelschule	41.6	43.9*	36.3*	32.7	35.1*	47.4*	37.6	39.4	46.9*	30.8*	46.3*	44.3	.*	75.2*	.*
Mittelschule/Gymnasium/DMS/Berufsmaturai/WMS	13.8	12.0*	17.6*	21.2	12.5	14.8	21.4*	11.0*	14.9	14.6	15.4	12.8	.*	24.8*	.*
Technikum/Fachhochschule/Seminar/PH/ HWV	17.5	20.3*	11.8*	3.8*	21.7*	13.7*	11.0*	21.3*	14.4*	20.6	17.6	16.9	.*	.*	50.1*
Uni, PolyETH/Hochschule	17.4	15.1*	21.8*	30.8*	21.9*	13.4*	24.9*	20.2*	9.8*	27.9*	9.1*	16.7	.*	.*	49.9*
andere	0.7	0.6	0.7	1.9	0.9	0.5	0.6	0.8	0.5	0.3	0.3	1.5	.*	.*	.*
weiss nicht/ keine Angabe	0.4	0.3	0.3	1.9	0.4	0.5	.*	0.6	0.3	0.3	0.5	.*	.*	.*	.*
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

Tabelle 110
Q26: Welches ist Ihre Muttersprache, d.h. die Sprache, in der Sie normalerweise denken? \ NICHT VORLESEN

	Total		Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419	
Deutsch	69.9	94.8*	6.2*	13.5*	69.8	70.0	72.8	67.9	71.8	70.8	65.2*	77.0*	63.5	70.6	70.6	
Französisch	21.7	0.8*	86.5*	5.8*	21.2	22.1	19.7	22.2	21.7	21.6	23.9	16.9*	25.0	21.8	20.8	
Italienisch	4.4	0.7*	2.4*	76.9*	5.3	3.6	2.9	4.9	4.3	3.5	5.3	3.9	3.8	3.5	5.7	
Rätomanisch	0.6	0.7	0.3	-*	0.5	0.6	0.6	0.5	0.8	0.6	1.0	0.2	1.0	0.8	0.2	
andere Sprache	3.4	3.0	4.5	3.8	3.2	3.6	4.0	4.4*	1.5*	3.5	4.5	1.9*	6.7	3.3	2.6	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	

SICHERHEITSTUDIE 2013
ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 111
Q27.Sind Sie von Geburt an Schweizer\Schweizerin?

Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
Ja	87.7	89.3*	83.7*	82.7	88.4	87.0	89.0	85.6*	90.4*	85.7	88.2	90.6*	85.6	88.9	86.6
Nein	12.3	10.7*	16.3*	17.3	11.6	13.0	11.0	14.4*	9.6*	14.3	11.8	9.4*	14.4	11.1	13.4
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

SICHERHEITSSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 112

Q28 Sind Sie in der Schweizer Armee eingeteilt oder eingeteilt gewesen? Nur auf Nachfragen: Wer Zivilschutz oder Zivildienst leistet, ist nicht im Militär eingeteilt

	Total	Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
Ja, bin im Militär eingeteilt (ohne Zwischschutz, Zivildienst)	4.8	5.8*	1.7*	5.8	9.7*	0.5*	15.0*	2.2*	4.5	4.1	3.5	6.5	4.8	5.3	4.1
Ja, bin im Militär eingeteilt gewesen und habe die ganze Dienstpflicht geleistet	23.2	23.7	21.8	21.2	48.7*	0.3*	4.0*	25.1	28.5*	17.8*	17.9*	33.4*	19.2	19.1*	30.5*
Ja, bin im Militär eingeteilt gewesen, ha- be aber nicht die ganze Dienstpflicht geleistet	9.3	9.4	9.7	5.8	18.5*	1.1*	8.7	10.3	8.1	9.8	11.6	7.7	6.7	8.0	12.4*
Nein, nicht im Militär eingeteilt (gewesen)	62.7	61.0	66.8	67.3	23.1*	98.1*	72.3*	62.4	58.9	68.3*	67.0*	52.3*	69.2	67.6*	53.0*
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

SICHERHEITSSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 113

Q29 "Links, Mitte und Rechts" sind Begriffe, die häufig gebraucht werden, um politische Ansichten und Einstellungen zu charakterisieren. Können Sie mir sagen, wo Sie selber auf einer Skala von 0 'ganz links' bis 10 'ganz rechts' etwa stehen?

Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
0 = ganz links	1.5	1.3	2.4	.*	1.1	4.6*	0.6*	1.5	5.7*	.*	.*	.*	1.0	2.1*
1	0.5	0.6	0.3	.*	0.5	1.2	0.5	0.3	1.9*	.*	.*	.*	.*	0.2
2	3.8	3.5	4.5	5.8	3.4	5.8	4.3	2.3*	14.6*	.*	.*	1.0*	3.9	4.5
3	8.2	7.6	9.7	9.6	8.8	8.7	9.7*	5.5*	31.1*	.*	.*	2.9*	6.0*	13.1*
4	12.3	13.6*	9.7	3.8*	10.4	12.1	15.4*	7.3*	46.7*	.*	.*	11.5	9.3*	16.9*
5	33.1	31.3*	36.7	42.3	28.4*	23.7*	31.7	39.3*	.*	100.0*	.*	41.3	36.9*	25.3*
6	12.0	12.2	10.4	17.3	14.1*	12.1	13.7	9.3*	.*	.*	34.9*	8.7	11.9	12.9
7	11.1	11.9	10.4	1.9*	15.3*	14.5	10.0	11.3	.*	.*	32.2*	7.7	11.4	11.5
8	8.1	9.1*	5.5*	5.8	9.9*	9.8	6.7	9.6	.*	.*	23.5*	8.7	8.9	6.4
9	1.4	1.7	.*	3.8	1.1	.*	1.4	2.0	.*	.*	4.1*	1.9	1.4	1.2
10 = ganz rechts	1.8	2.3*	0.3*	1.9	1.8	1.7	0.5*	4.0*	.*	.*	5.3*	3.8	2.0	1.2
weiss nicht / keine Angabe	6.3	4.9*	10.0*	7.7	5.3	5.8	5.6	7.6	.*	.*	.*	11.5	6.0	5.0
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	5.25	5.36	4.93	5.25	5.44	5.05	5.10	5.60	3.11	5.00	7.13	5.59	5.34	5.01

SICHERHEITSTUDIE 2013

ad hoc Befragung vom 09.01.-12.02.2013

Tabelle 114

Q30) Wie hoch ist das gesamte monatliche Netto-Einkommen Ihres Haushaltes, also das, was alle Mitglieder Ihres Haushaltes zusammen pro Monat ausbezahlt erhalten? Ist es...

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	289	52	567	633	173	630	397	315	397	413	104	664	419
0 bis 2000,-	2.4	2.3	2.1	5.8	1.2*	3.5*	3.5	1.3*	3.8	2.2	3.0	1.9	7.7*	2.4	1.2*
2001 bis 4000	10.4	10.1	9.0	23.1*	6.0*	14.4*	4.6*	5.4*	20.9*	7.9	11.3	9.4	22.1*	13.0*	3.3*
4001 bis 6000	19.3	19.7	18.3	17.3	19.4	19.1	10.4*	17.0*	26.7*	16.8	22.7*	17.9	26.0	22.4*	12.4*
6001 bis 8000	21.1	20.4	23.9	17.3	22.0	20.2	15.0*	24.3*	18.6	25.1	22.4	18.6	13.5*	24.4*	17.9*
8001 bis 10000	13.3	13.3	13.8	9.6	14.1	12.5	12.7	17.0*	7.6*	16.5	12.8	12.6	6.7*	10.1*	20.0*
10001 bis 12000	7.8	7.9	9.0	*	10.4*	5.5*	9.8	10.6*	2.5*	8.6	4.5*	10.4*	5.8	5.7*	11.9*
12001 bis 14000	4.5	4.8	3.5	5.8	5.3	3.8	5.8	5.6	2.3*	5.1	3.5	5.6	1.9	3.5	6.9*
14001 bis 16000	2.8	2.6	2.8	5.8	3.5	2.1	4.0	2.7	2.3	2.2	2.0	4.1	1.0	1.5*	5.3*
mehr als 16000	3.7	4.0	3.1	1.9	5.3*	2.2*	8.7*	4.0	1.0*	3.8	2.5	5.3*	*	2.7	6.0*
weiss nicht/ keine Angabe	14.8	15.0	14.5	13.5	12.7*	16.7*	25.4*	12.2*	14.4	11.7	15.1	14.0	15.4	14.3	15.0
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

Tabelle 115
Wurde während dem Interview die Abstimmung Freiwilligen-Armee Österreich genannt?

[illegible]

Center for Security Studies

Das Center for Security Studies der ETH Zürich (CSS) wurde 1986 gegründet und befasst sich in Lehre und Forschung mit Fragen der schweizerischen und internationalen Sicherheitspolitik. Im Rahmen des International Relations and Security Network (ISN) entwickelt und betreibt das Center zudem spezialisierte elektronische Informationsdienste. Das Center ist Mitglied des Zentrums für Vergleichende und Internationale Studien (CIS).

Militärakademie

Die Militärakademie an der ETH Zürich (MILAK) ist die Aus- und Weiterbildungsstätte für Berufsoffiziere. Neben der Lehrtätigkeit wird an der MILAK Forschung in den Bereichen Führung und Kommunikation, Militärpädagogik und -psychologie, Militärgeschichte, Strategische Studien, Militärökonomie und Militärsoziologie betrieben. Die Ergebnisse schlagen sich in einer regen Vortrags- und Publikationstätigkeit nieder und bilden eine wichtige Grundlage für die Lehre.

Sicherheit

Die Jahresstudien «Sicherheit», welche die Militärakademie und das Center for Security Studies gemeinsam publizieren, dienen der Ermittlung langfristiger Trends und Tendenzen in der aussen-, sicherheits-, und verteidigungspolitischen Meinungsbildung in der Schweiz. Sie stützen sich auf im Jahresrhythmus durchgeführte repräsentative Befragungen und beinhalten die Wiederholung von Kernfragen zur Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie Erhebungen zu ausgewählten Vertiefungsthemen.